

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Sexualitätsgeschichte der DDR

Verfasserin

Andrea Auerbach

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Jänner 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

312
Geschichte
a.o. Univ. Prof. Dr. Franz X. Eder

Für Philipp

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Definitionen.....	3
3. Die DDR und die Sexualität.....	5
4. Jugendsexualität	7
4.1 Die Jugendgesetze	7
4.2 Sexualerziehung – Vorgaben und Ziele	8
4.3 Sexualerziehung in den Schulen	12
4.4 Sexualerziehung und Aufklärung außerhalb von schulischen Einrichtungen.....	14
4.5. Propagiertes Männer- und Frauenbild sowie junge Ehen	18
4.6 Verhütung und Abtreibung.....	23
4.7 Sexualverhalten der Jugendlichen	26
4.8. Analyse der Kolumne von Dr. Borrmann in der Jugendzeitschrift „Neues Leben“	30
4.9 Zusammenfassung und Resümee	34
5. Homosexualität.....	39
5.1 Der gesetzliche Rahmen.....	39
5.2 Gesellschaftliche Akzeptanz und wissenschaftliche Meinung.....	41
5.3 Homosexualität und Jugendsexualität.....	55
5.4 Zusammenfassung und Resümee	59
6. Vergleiche mit dem Ausland.....	63
6.1. Jugendsexualität im Vergleich DDR-BRD	63
6.1.1. Sexualpädagogik in der BRD.....	63
6.1.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Sexualpädagogik	72
6.1.3. Sexualverhalten in der BRD.....	75
6.1.4 Jugendsexualität im Vergleich zwischen DDR und BRD.....	77
6.1.5 Zusammenfassung und Resümee	80
6.2 Der Umgang mit Homosexualität im Vergleich DDR-BRD	83
6.2.1. Die rechtliche Situation von Homosexuellen in der BRD	83
6.2.2 Die gesellschaftliche Situation von Homosexuellen in der BRD	87
6.2.3 Homosexualität und Jugendsexualität in der BRD	91
6.2.4. Vergleich BRD und DDR in Bezug auf den Umgang mit Homosexualität.....	93
6.2.5 Zusammenfassung und Resümee	94

6.3 Jugendsexualität im Vergleich – DDR – Österreich	96
6.3.1 Sexualpädagogik in Österreich.....	96
6.3.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf Sexualpädagogik.....	103
6.3.3 Das Sexualverhalten österreichischer Jugendlicher	104
6.3.4 Jugendsexualität im Vergleich zwischen Österreich und der DDR	107
6.3.5 Zusammenfassung und Resümee	108
6.4 Der Umgang mit Homosexualität im Vergleich DDR - Österreich.....	110
6.4.1 Die rechtliche Situation von Homosexuellen.....	110
6.4.2 Die gesellschaftliche Situation von Homosexuellen.....	113
6.4.3. Homosexualität und Jugendsexualität.....	118
6.4.4 Vergleich Österreich und DDR in Bezug auf den Umgang mit Homosexualität .	120
6.4.5 Zusammenfassung und Resümee	122
7. Exkurs: Sowjetunion	125
7.1. Der Umgang mit Homosexualität in der Sowjetunion	125
7.2 Jugendsexualität in der Sowjetunion.....	127
7.3 Resümee-Einflüsse auf die DDR.....	130
8. Entwicklungen nach 1989	133
8.1 Veränderungen im Zusammenhang mit Jugendsexualität.....	134
8.2 Homosexualität im wiedervereinigten Deutschland.....	135
9. Zusammenfassung und Resümee	137
Abkürzungsverzeichnis	140
Literaturverzeichnis.....	141

„Der Umgang der DDR mit Sexualität war durchaus zwiespältig und widersprüchlich. Im Alltag entklemmten die DDR-Bürger aber nach und nach ihr Sexuelleben und schufen damit eine neue sexuelle Wirklichkeit.“¹

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit behandelt das Thema „Sexualitätsgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)“. Der Schwerpunkt liegt auf den Themenbereichen Homo- und Jugendsexualität. Das Ziel meiner Arbeit ist es einen Überblick über diese beiden Teilgebiete zu geben und die Situation in der DDR punktuell mit jener in Österreich und der BRD zu vergleichen. Genau an diesem Punkt möchte ich auch Kurt Starkes eingangs zitierter Aussage auf den Grund gehen. Ich werde zeigen inwiefern eine eigene Wirklichkeit der Sexualität geschaffen wurde und wie Widersprüche nebeneinander existierten. In einem Exkurs gehe ich kurz auf die Lage in der Sowjetunion ab den 1970er bis in die 1990er Jahre ein. Besonders hervorzuheben sind bei den Ländervergleichen die Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen den einzelnen Staaten sowie die Verbindung meiner beiden Teilgebiete, also beispielsweise der Umgang mit Homosexualität in der Sexualpädagogik. Ich werde die sexualpolitische Entwicklung der DDR veranschaulichen und versuchen zu verdeutlichen, welche Begründungen hinter diesen Veränderungen standen. Die DDR erschien mir außerdem als ideales Land um eine staatliche Meinung über Sexualität und deren Vermittlung darzustellen sowie die Umsetzung dieser Anordnungen.

Meine Vorgehensweise bei dieser Arbeit war es zuerst Literatur aus der jeweiligen Zeit aus den verschiedenen Ländern zu finden. Damit habe ich die rechtliche Situation mit den tatsächlichen Lebensbedingungen bzw. Umständen verglichen. Daraus entstand ein Bild, das die DDR aus der Perspektive der Sexualität zeigt. Ich habe analysiert, wie sehr ein Regierungssystem die Sexualität des Einzelnen beeinflussen und wie wenig ein System gegen die gesellschaftliche Entwicklung ausrichten konnte. Zu diesem Zweck habe ich vor allem Aufklärungsliteratur und Zeitschriften ausgewertet und deren politische Botschaften extrahiert. Die Frage, was das System damit erreichen wollte, stand dabei im Mittelpunkt, weil gerade in einem Überwachungsstaat davon ausgegangen werden kann, dass durch die Zensur ein politisches Ziel sichergestellt wurde. Anhand eines Ländervergleichs hinterfragte ich die verschiedenen Möglichkeiten der Beeinflussung, nicht nur die Zensur in der DDR sondern auch andere Formen des Lobbyismus in den anderen Staaten. Aus all diesen

¹ Kurt Starke, Partner- und Sozialverhalten ostdeutscher Jugendlicher und gesellschaftlicher Umbruch, in: Hubert Sydow (Hrsg.), Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen vor und nach der Vereinigung Deutschlands, Opladen 1997, 174.

Überlegungen habe ich Schlüsse über die Absichten der Regierung zu ihrem „perfekten Sozialisten“ gezogen.

Nun zu meiner Literatur. Beim Thema Jugendsexualität verwendete ich in erster Linie sexualpädagogische Werke wie etwa Aufklärungsbücher und einzelne Ausgaben der Jugendzeitschrift „Neues Leben“. Ich habe diese Publikationen bewusst deshalb gewählt um ein möglichst unverfälschtes Bild der sexualpädagogischen Ansätze in den drei von mir untersuchten Ländern zu bekommen. Der Mix aus zeitgenössischer Aufklärungsliteratur, sexualpädagogischer Fachliteratur, den Artikeln aus der Jugendzeitschrift „Neues Leben“ und aktuelle Publikationen über die DDR und die anderen Länder ermöglichte es mir ein möglich breites Bild der Jugendsexualität zu zeichnen.

Zur Homosexualität finden sich in den sexualpädagogischen Werken ebenfalls einzelne Passagen, hier griff ich vermehrt auch auf aktuelle Publikationen zurück. Besonders aufschlussreich waren für dieses Thema Lebensberichte Homosexueller. Bei der Auswertung der Literatur über diesen Bereich stand die Abwägung zwischen den gesetzlichen Vorgaben, den wissenschaftlichen Werken, den Lebensberichten und den nachträglichen Betrachtungen im Vordergrund. Publikationen über Jugendsexualität oder Sexualerziehung waren für diesen Teil insofern von Bedeutung, da man anhand dieser Werke ausmachen konnte, wie weit die Toleranz gegenüber den Homosexuellen ging. Umfragen unter Teenagern zu diesem Thema aber auch Hinweise und Verordnungen bezüglich den Umgang von Heranwachsenden mit Schwulen und Lesben lieferten mir interessante Aufschlüsse über Intentionen oder Befürchtungen der Bildungsbeauftragten der drei Länder.

2. Definitionen

Sexualität: Der Fachausdruck „Sexualität“ entstand vor ca. zweihundert Jahren zusammenhängend mit der Neubestimmung der Kategorie Geschlecht. Das Sexuelle in einem kulturunabhängigen Zustand bleibt eine gedankliche Abstraktion, nur die Verhaltensweisen der Sexualität sind empirisch zu fassen. Rüdiger Lautmann führt dazu weiters aus, dass eine Definition von Sexualität deshalb benötigt wird, weil sich zwar bei allen sexuelles Begehren regt aber jede/r etwas anders dabei spürt. Der Begriff Sexualität ist auch insofern schwer zu definieren, da zu viele ähnliche Bezeichnungen wie etwa Libido oder Wollust dafür existieren und man ihn von verwandten Gebieten etwa Liebe und Erotik abgrenzen muss. Lautmanns Versuch einer Definition: „Sexualität ist eine kommunikative Beziehung, bei der Akteure Gefühle erleben, die eine genitale Lust zum Zentrum haben, ohne sich darauf zu beschränken. Für das sexuelle Erleben ist ein Orgasmus weder notwendige noch hinreichende Bedingung, und extragenital festgemachte Emotionen gehören dazu.“²

Homosexualität: Homosexualität ist der seit Ende des 19. Jahrhundert herausgebildete Typus des gleichgeschlechtlichen Begehrens. Ausgewachsene Menschen beziehen sich sexuell aufeinander im Sinngehalt desselben Geschlechts. Lautmann meint damit, dass der Mann den Mann als diesen begehrt sowie die Frau die Frau. Homosexualität ist daher nicht nur ein Ausflug oder eine Nebentätigkeit sondern deckt den Triebbedarf des Einzelnen vollständig ab. Dieser definierte Idealtypus weicht in der einen oder anderen Hinsicht immer wieder von der Lebensrealität ab.³

Jugendsexualität: Jugendsexualität definiert sich nach Lautmann als Zeit zwischen der Geschlechtsreife, die das Ende der Kindheit markiert und der reifen Sexualität. Jugendliche sind keine Kinder aber auch noch keine Erwachsenen. Der Jugendsexualität wird in der Forschung große Aufmerksamkeit gewidmet, da sie in einer Lebensphase stattfindet, die noch wenig von gesellschaftlichen Institutionen erfasst wird wodurch die Jugendlichen große Freiheiten genießen. Diese Phase ist ein Experimentierfeld für Lebensstile und Sexualformen und wird daher von Erwachsenen oft als bedenklich eingestuft, da man die Gefahren von Erkrankungen oder Abirrungen fürchtet.⁴

² Rüdiger *Lautmann*, *Soziologie der Sexualität. Erotischer Körper, intimes Handeln und Sexualkultur*, Weinheim 2002, 19ff.

³ Ebd., 392f.

⁴ Ebd., 90f.

3. Die DDR und die Sexualität

Kurt Starke hat die Besonderheiten von Liebe und Sexualität in der DDR wie etwa die Phänomene der FKK-Bewegung, die Studentin mit Kind oder die totale Dominanz der Pille herausgearbeitet. Starke geht davon aus, dass die DDR einen besonderen Kontext für das Partner- und Sexualverhalten bot. Er nennt einige Spezifika des Landes:

1. In der DDR herrschten völlig andere ökonomische Verhältnisse als in den meisten anderen Gesellschaften. Partnersuche und Partnerfindung, Sexualität sowie Familiengründung waren nur in beschränkter Weise an Eigentum geknüpft. Das Geschäft mit dem Sex fehlte völlig, Pornos konnten nicht legal vertrieben werden. Sozialistische Bordelle existierten nicht und anders als im Westen blieb die Sexualisierung der Werbung mehr oder weniger aus. Ökonomische Kriterien waren für die Partnerfindung nicht relevant und spielten für die meisten Liebenden keine Rolle.

2. Der Sozialismus hatte den Anspruch, das Wohlbefinden der EinwohnerInnen als oberste Priorität anzusehen. Dies zeigte sich im toleranten Umgang mit Sexualität. Partnerbeziehungen zwischen Jugendlichen stand man offen gegenüber, die Liebeswelt in den eigenen vier Wänden entging oft der strengen Kontrolle des Staates.

3. Das Berufs- und Arbeitsleben hatte einen hohen Stellenwert, nicht zuletzt deshalb weil in der Arbeitswelt zumeist PartnerInnen gesucht und gefunden wurden. Die Einbindung in ein Arbeitskollektiv und das von Regeln geprägte Leben verhinderten die Bildung von Szenen aller Art. So auch von sexuellen Szenen, in die man abtauchen und in denen man sich sexuell hätte ausleben können. Die Sozialisierung von Jugendlichen zielte auf eine Vereinbarkeit von Beruf und Partnerschaft bzw. Familie ab. Junge Paare konnten davon ausgehen dass der oder die PartnerIn dieselben Wertvorstellungen mitbrachte und die vorgegebene Lebensweise des Anderen auch tolerierte.⁵

4. Eine Besonderheit der DDR waren der hohe Bildungsgrad und die hohen weiblichen Beschäftigungsraten. Die politische, soziale, rechtliche und psychologische Gleichstellung der Geschlechter wurde von oben propagiert und auf Grund des Fehlens einer feministischen Bewegung kann davon ausgegangen werden, dass die Frauen sich auch tatsächlich gleichberechtigt fühlten. Die EinwohnerInnen sahen sich anders als im Westen weniger stark als Mann oder Frau und erlebten die Geschlechterverhältnisse weniger konfliktbeladen. Die

⁵ Starke, Partner- und Sozialverhalten, 166ff.

meisten sozialen oder wirtschaftlichen Probleme betrafen Männer und Frauen gleichermaßen und mussten von beiden Geschlechtern gemeinsam gelöst werden.

5. In der DDR kam es vor allem in den 1970er Jahren zu einem Wandel im Umgang mit Sexualität und in der Sexualmoral. Anders als in der 1968er Bewegung im Westen verlief dieser in der DDR äußerst unspektakulär. Als äußerliches Indiz entwickelte sich ein neuer Umgang mit Nacktheit, etwa beim FKK-Baden in der Öffentlichkeit. Kinder lernten von klein auf die Beschaffenheit des menschlichen Körpers kennen, wodurch Verklemmtheiten gar nicht erst zustande kamen. Die sexuelle Liberalisierung trat jedoch nicht als allgemeine Sexualisierung auf, die DDR blieb anders als der Westen frei von einer permanenten Übersexualisierung.

Kurt Starke meinte, dass die DDR in manchen Bereichen von Liebe und Sexualität eine Defizitgesellschaft blieb, beispielsweise durch den Mangel bzw. das Verbot von erotischer Literatur oder die Unterentwicklung des Vergnügungsgewerbes. Es gab immer noch Tabuthemen wie sexuelle Gewalt und Minderheiten wie Homosexuelle kämpften lange Zeit mit Diskriminierungen

Der Umgang mit Sexualität in der DDR war also äußerst widersprüchlich und diese Auffassung ist auch meiner Diplomarbeit zugrunde gelegt.⁶

⁶ Ebd., 169ff.

4. Jugendsexualität

Meine Forschungsfragen lauten:

- Wie versuchte man auf das Verhalten der Jugendlichen Einfluss zu nehmen?
- Wurde ein spezifisches Männer- bzw. Frauenbild propagiert?
- Wie wurde mit Familienplanung und Abtreibung umgegangen und wie war der rechtliche Rahmen?
- Konnten sich die staatlich vorgegebenen Moralvorstellungen durchsetzen?
- Was sagen die zahlreichen Umfragen, die unter den Jugendlichen, durchgeführt wurden, tatsächlich aus?

4.1 Die Jugendgesetze

In der DDR-Gesetzgebung fanden sich viele ideologische Grundlagen und Regelungen für die Jugendziehung. Die erzieherischen Aufgaben waren durch die SED geregelt. Bereits im Kommuniqué des Politbüros zu den Problemen der Jugend in der DDR aus dem Jahr 1963 wurde auf die Liebe zwischen zwei jungen Menschen eingegangen. Die Jugendlichen hatten schon in jüngeren Jahren feste Beziehungen und dadurch entstanden Probleme, die nicht durch Prüderie oder Heimlichtuerei beseitigt werden konnten. Man war der Ansicht, dass nur durch einen verständnisvollen Umgang spätere familiäre oder partnerschaftliche Missstände vermieden werden könnten. Sozialistische Zielsetzung war es, jungen Menschen zum Lebensglück zu verhelfen und Verantwortungsbewusstsein zu vermitteln.⁷

In der Einleitung des Jugendgesetzes aus dem Jahr 1964 wurde die Belehrung der Jugend über die Geschlechtsbeziehungen als Grundlage für die Gleichberechtigung und als wichtige Aufgabe für den Aufbau eines sozialistischen Staates genannt. Es wurde darauf verwiesen, dass auf Fragen der Jugendlichen geduldig und überzeugend zu antworten sei, vor allem von jenen die im Begriff seien in den „Kreis der Erwachsenen“ aufgenommen zu werden.⁸ In § 33 Absatz 1 des Jugendgesetzes wurde explizit festgehalten, dass staatliche Organisationen und die Eltern, den jungen Menschen die Bedeutung der Liebe und Ehe zu erklären hätten, mit einem deutlichen Verweis auf die Gleichberechtigung der Ehepartner. §

⁷ Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu Problemen der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Siegfried *Dübel*, Dokumente zur Jugendpolitik der SED, München 1964, 163f.

⁸ Jugendgesetz der DDR, in: Siegfried *Dübel*, Dokumente zur Jugendpolitik der SED, München 1964, 168.

35 Absatz 1 des Jugendgesetzes verlangte, dass grundsätzliche Probleme der Heranwachsenden in der Öffentlichkeit zu behandeln und gemeinsam zu lösen seien.⁹

Das sogenannte „Bildungsgesetz“ von 1965 schrieb diese Werte ebenfalls fest. Betont wurde hier, dass die Heranwachsenden zu sozialistischen Persönlichkeiten erzogen werden sollen. Schon in der Einleitung war einer der Hauptpunkte der sozialistischen Bildung zu finden. „Die Frauen sind gleichberechtigt“ hieß es hier und das sollte durch die schulische Erziehung noch weiter gefördert werden.

In § 7 Absatz 4 des Jugendgesetzes wurde festgeschrieben, dass bei der Erziehung der Jugend Eltern und staatliche Erziehungsorgane eng kooperieren sollten. Großer Wert wurde auf die Einheitlichkeit des Schulsystems gelegt, denn anders als im Negativbeispiel Westdeutschland sollten die SchülerInnen in der DDR im Sinne des Humanismus erzogen werden. Das Bildungsprivileg der „Ausbeuterklasse“ sollte endgültig der Vergangenheit angehören.¹⁰

In der Fassung des Jugendgesetzes von 1974, das bis zur Wende 1990 volle Gültigkeit behielt, waren ähnliche Anordnungen wie im Gesetz von 1964 zu finden. In § 41 wurde festgehalten, dass Staats- und Wirtschaftsfunktionäre gemeinsam mit den Eltern Jugendliche auf das Ehe- und Familienleben vorbereiten sollten um so ein harmonisches Zusammenleben in einer Partnerschaft zu fördern. Neu hinzu kam die Regelung, wonach junge Eheleute durch Kredite finanziell unterstützt werden sollten und Betreuungseinrichtungen für Kinder ausreichend zur Verfügung stehen sollten. So wollte man den Wiedereinstieg der Mütter ins Berufsleben fördern. Ausdrücklich wurde darauf verwiesen, dass vor allem junge Eheleute und Eltern Wohnraum erhalten sollten.¹¹ Wie Kurt Bach bemerkte existierten in diesen Gesetzen keine klaren Vorschriften über die schulische Sexualerziehung.¹²

4.2 Sexualerziehung – Vorgaben und Ziele

Die Ideologie der sozialistischen Sexualerziehung basierte auf dem Marxismus-Leninismus sowie in geringen Teilen auf der linken Sexualreformpädagogik, die ihren Höhepunkt in den 1920er und 1930er Jahren hatte. Mit den Forderungen der letztgenannten konnte sich die Sexualpädagogik der DDR allerdings nicht recht anfreunden. Die Probeehe sowie die freie

⁹ Ebd., 187f.

¹⁰ Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1965 Teil I. S. 83. In: Die Verfassungen Deutschlands, 9. 12. 2004, online unter <<http://www.verfassungen.de/de/ddr/schulgesetz65.htm>> (27.03.2007).

¹¹ Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1974 Teil I. S. 45. In: Die Verfassungen Deutschlands, 30. 1. 2005, online unter Online unter <<http://www.verfassungen.de/de/ddr/jugendgesetz74.htm>>. (23.03.2007).

¹² Kurt R. Bach, Sexualpädagogik und Sexualerziehung in der DDR, in: ders., Harald Stumpe u. Konrad Weller (Hrsg.), Kindheit und Sexualität, Braunschweig 1993, 86.

Liebe passten nicht in das Familien- und Partnerschaftsbild der SED, Unmoral und Ausschweifungen wurden abgelehnt. Anders als in der frühen Sowjetunion propagiert, sollte sexuelle Lust an eine Liebes-Partnerschaft gebunden sein, sexuelles Experimentieren selbst in den Jugendjahren war nicht erwünscht.¹³

Marx und Engels Vorstellungen vom Geschlechterverhältnis wurden als zutiefst humanistisch angesehen, jede Beziehung sollte auf Liebe basieren. Trotz der hohen moralischen Ansprüche an Beziehungen hatten diese nichts mit Prüderie oder sexueller Askese zu tun: Liebe wurde in der marxistischen Ideologie nicht nur als geistiges Band verstanden, sondern beinhaltete als wesentliches Element die körperliche Vereinigung. Die Fortpflanzung diente daher nicht als einzige Rechtfertigung für den Geschlechtsakt, vielmehr sollte er beide Beteiligte beglücken, die allerdings in einem sittlichen, gesellschaftlich verantwortlichen Verhältnis zueinander leben sollten. Marx und Engels wollten damit die Doppelmoral der bürgerlichen Gesellschaft genauso ausräumen wie die christliche Lehre über die Geschlechterverhältnisse. Letztere würde nämlich Enthaltensamkeit von der Frau fordern, während für den Mann voreheliche sowie außereheliche Beziehungen gestattet wurden. Die sexuelle Vereinigung sollte Ausdruck der moralischen Beziehung zweier Menschen sein.¹⁴

Unmittelbar nach der Entstehung der DDR verfügte das Land noch über keine explizite Sexualwissenschaft, die wenigen Aufklärungskampagnen erreichten nur wenige SchulabgängerInnen. Erst Anfang der 1960er Jahre begann sich eine Sexualpädagogik auf wissenschaftlicher Grundlage zu entwickeln. Einige der wichtigsten Wissenschaftler, die diese Entwicklung vorantrieben, waren Kurt Bach, Rolf Borrmann sowie Heinz Grassel. Durch die Sexualerziehung wollte man in die sozialistische Gesellschaft „passende“ Persönlichkeiten erziehen. Der „sozialistische Mensch“ sollte seinen eigenen Körper kennen, die Sexualität bejahen sowie tolerant gegenüber anderen sexuellen Orientierungen sein. Gleiche Rechte für Mann und Frau sollten ebenso vermittelt werden wie Wissen über Verhütungsmethoden und Familienplanung. Zum Thema machte man auch eventuelle Gefährdungen wie sexueller Missbrauch oder Geschlechtskrankheiten. Insgesamt sollte die Sexualität ein beglückender Lebensbereich sein, für den oder die PartnerIn und für sich selbst.¹⁵

Im „Wörterbuch der Sexuologie“ (sic!) aus dem Jahr 1967 wurden diese Vorstellungen weiter ausgeführt. Die sexuelle Aufklärung sollte bereits im Kindesalter beginnen, die Eltern sollten ohne Hemmungen über intime Themen sprechen und den Kindern keinesfalls

¹³ Susanne Zimmermann, Sexualpädagogik in der BRD und in der DDR im Vergleich, Gießen 1999, 85f.

¹⁴ Bernd Bittighöfer u. Jürgen Schmollack, Moral und Gesellschaft. Entwicklungsprobleme der sozialistischen Moral in der DDR, Berlin 1968, 280ff.

¹⁵ Bach, Sexualpädagogik und Sexualerziehung, 82ff.

Lügendgeschichten erzählen. Die Autoren konstatierten, dass die Aufklärung noch immer von bürgerlichen Moralvorstellungen und religiöser Prüderie unterdrückt würde um die kindliche Reinheit zu wahren. Zudem wurden die Rolle des Lehrpersonals und der Einfluss der Bildung hervorgehoben und darauf hingewiesen, dass „sexuelle Fehler“ in den meisten Fällen auf „Bildungsfehler“ zurückzuführen seien.¹⁶

Heinz Grassel meinte 1967, dass sexuelle Beziehungen im Sozialismus nicht mehr länger als Privatsache gesehen werden sollten und jede Beziehung zwischen zwei Menschen weniger ein individuelles, als ein gesellschaftliches Ereignis sei. Überholte unsozialistische Auffassungen sollten die Jugend nicht mehr weiter beherrschen, erzieherische Beeinflussung sei deshalb besonders wichtig. Der Aufbau einer sozialistischen Sexualmoral würde durch das Festhalten an alten, bürgerlichen Traditionen ebenso erschwert wie durch eine gewisse Sexualphobie innerhalb des Regimes. Grassel meinte des Weiteren, dass durch die neue Sexualethik besondere Anforderungen an die Sexualpädagogik erwachsen, und damit die ungestörte Entwicklung der Jugend unterstützt würde.¹⁷

Im Jahr 1956 erschien eine erste Studie zum Masturbationsverhalten von 205 Medizinstudenten. Die erste allgemeine Übersicht über sexualpädagogische Probleme wurde erst 1962 in Rostock erarbeitet, weitere Tagungen zum Thema fanden 1964 und 1965 statt. Mehrere Studien wurden auch über die Gestaltung des Lehrplans erstellt, allerdings fehlten didaktische Schriften mit Hilfe derer das Lehrpersonal die geschlechtliche Erziehung tatsächlich hätte durchführen können.¹⁸

Die offizielle Sexualpädagogik hatte einheitliche Ziele und Methoden. Es sollte die „sozialistische Persönlichkeit“ herausgebildet und bestimmte Anschauungen von Liebe, Ehe und Familie vermittelt werden. Sie war darauf ausgerichtet, die heranwachsende Generation auf das Leben in einer sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten, und sollte von mehreren Seiten – Eltern, Lehrer und andere Pädagogen - einwirken. Ein weiterer Zweck dieser Bildung war, die Jugendlichen zu Erwachsenen zu erziehen, die ihr Leben durch die Beziehung zum anderen Geschlecht sinnvoll bereicherten. Selbstverständlich sollte alles der sozialistischen Moral entsprechen, man sollte Verantwortung für sich selbst und gegenüber dem Partner übernehmen. Die spätbürgerliche Moral sowie unmoralische Verhaltensweisen wurden kritisiert und zur Gründung einer sozialistischen Familie ermuntert. Liebe und Partnerschaft

¹⁶ Karl Dietz u. Peter G. Hesse, Wörterbuch der Sexuologie (sic!) und ihrer Grenzgebiete, Rudolstadt 1967, 38.

¹⁷ Heinz Grassel, Jugend, Sexualität, Erziehung, Berlin 1967, 32ff.

¹⁸ Ebd. 39ff.

sollten nicht nur dem Einzelnen dienen, sondern zu höheren Leistungen im Sinne des Sozialismus anspornen.¹⁹

Grassel unterschied zwischen geschlechtlicher Bildung und ebensolcher Erziehung. Erstere zielte darauf ab, Wissen über die beiden Geschlechter sowie Kenntnisse über die Partnerschaft zu vermitteln. Geschlechtliche Erziehung sah er als bewusste Beeinflussung der Jugendlichen. Hier sollten systemkonforme Normen und Regeln vermittelt werden. Ablehnend stand Grassel dem Begriff „Aufklärung“ gegenüber, da er primär die Vermittlung von hygienischen oder anatomischen Fakten vorsah.²⁰

Nach Grassel sollten Kinder und Jugendliche durch Sexualerziehung ausreichend vor Sittlichkeitsverbrechern gewarnt werden. Dabei sollte den Heranwachsenden keine Angst eingeflößt werden, Aufgabe sei es, sie umfassend zu informieren und im Idealfall eine Vertrauensperson beizustellen.²¹

Sexualerziehung sollte bei den Jugendlichen den Wunsch nach Kindern wecken. 1973 entwarf der Sexualpädagoge Kurt Bach ein detailliertes Programm für die Vorbereitung auf Familie und Ehe, welches in der achten bis zur zehnten Klasse Anwendung finden sollte. So sollten praktische Kenntnisse in der Haushaltsarbeit sowie Wissen über Familienrecht, Familienplanung und Freizeitgestaltung bis hin zu Hilfestellungen bei sexuellen Problemen vermittelt werden. Dieser Unterricht sollte nicht nur Defizite der elterlichen Erziehung ausgleichen, sondern die Jugendlichen dazu ermutigen, nach den „Normen der Gesellschaft“ zu leben. Die schulische Sexualerziehung sollte auch auf die Eltern abfärben.

Sechs Jahre später musste Bach allerdings eingestehen, dass sein Programm eher wirkungslos geblieben war, wofür er in erster Linie das Lehrpersonal bzw. die pädagogische Ausbildung verantwortlich machte. Seiner Meinung nach fehlten in der Ausbildung der zukünftigen LehrerInnen offene Diskussion über Probleme der Sexualität bei SchülerInnen und eine Vorbereitung auf die Thematisierung in der achten Klasse. Auf die Sexualpädagogik in den Schulen werde ich im anschließenden Teil noch weiter eingehen.²²

Die DDR-Führung wünschte eine einheitliche Sexualerziehung, die allerdings nicht gelang. Bereits in den 1960er Jahren erkannten die Sexualpädagogen Heinz Grassel und Bernd Bittinghöfer, dass es neben der offiziellen, sozialistischen Sexualmoral und Sexualerziehung auch eine „bürgerliche Tradition“ in Sachen Sexualität gab. Bestimmte Gewohnheiten standen weiterhin im Widerspruch zu den Grundsätzen der sozialistischen Moral. Das Neben- und

¹⁹ Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 58f.

²⁰ Grassel, Jugend, Sexualität, Erziehung, 146f.

²¹ Ebd., 179.

²² Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 79ff.

Gegeneinander der Auffassungen erschwerte den Jugendlichen den Umgang mit diesen Themen. Noch in der Endphase der DDR 1987 kritisierte Bach, „alte, überholte“ Ansichten und Einflüsse, die seiner Meinung nach die sozialistische Gesellschaft behinderten. Bürgerliche Gewohnheiten setzten sich in der Praxis immer noch durch. Rolf Borrmann kritisierte vor allem, dass ErzieherInnen alles was mit Sexualität im Entferntesten zu tun hatte, von den Jugendlichen fernhielten.²³

4.3 Sexualerziehung in den Schulen

Über die geschlechtliche Erziehung sagt das Wörterbuch der Sexuologie (sic!) von 1967, dass jeder junge Mensch ein Anrecht darauf hat und die Pädagogik ihr Augenmerk darauf richten sollte. Sexualität dürfte keinesfalls als etwas Krankhaftes oder Unsauberes dargestellt werden und die Jugend sollte ihren Wissensdurst keinesfalls aus unlauteren Quellen stillen müssen. Trotz aller Anerkennung der Wichtigkeit des Geschlechtlichen dürfe die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen nicht verfrüht einsetzen. Aus diesem Grund sollten die Heranwachsenden von erregenden Einflüssen wie Kino oder Lektüre ferngehalten werden. Die Beobachtung des Nackten in der freien Natur, also die Freikörperkultur, wurde als unbedenklich angesehen.²⁴

Die LehrerInnen waren daran gewöhnt, Unterrichtseinheiten von 45 Minuten zu halten und darin die zu erwartenden Reaktionen der SchülerInnen einzuplanen. In erster Linie ging es darum den Lehrplan durchzubringen. Themen außerhalb des geplanten Lehrstoffs wurden nur von wenigen Lehrbeauftragten angesprochen. Sexualerziehung fand daher nur selten statt, zumeist im Biologieunterricht. Einen Lehrstuhl für das Fach Sexualpädagogik gab es nicht, mehrere Versuche ein verbindliches Studienprogramm einzuführen scheiterten. Die Ausbildung der ErzieherInnen war schwierig, da die PädagogInnen ihre eigenen Bedenken und Einstellungen zurücksetzen und frei über alle Themenkreise der Sexualität sprechen hätten müssen.

Rechtlich stützte sich die schulische Sexualerziehung auf das bereits genannte Bildungsgesetz. In der Praxis wurden die Anweisungen des Gesetzes oft nicht befolgt, nur in Schulen mit liberalen DirektorInnen und LehrerInnen wurde sexualpädagogisch gearbeitet.²⁵ Bereits 1967 stellte Heinz Grassel fest, dass der damalige Stand der Sexualerziehung nicht den Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft entsprach. Es herrschte von Seiten der

²³ Ebd., 60f.

²⁴ Dietz u. Hesse, Wörterbuch der Sexuologie (sic!), 99f.

²⁵ Bach, Sexualpädagogik und Sexualerziehung, 85ff.

Pädagogen große Zurückhaltung beim Vermitteln dieser Thematik. Die Hauptprobleme waren für Grassel die unzureichende Ausbildung und die Hemmungen der LehrerInnen. Außerdem empfahl er die stärkere Zusammenarbeit mit Müttern und Vätern, wie zum Beispiel die Einberufung von Elternabenden oder die Ausgabe von Informationsblättern. So sollte ihnen einerseits klar gemacht werden, dass Geschlechterziehung wichtig ist und andererseits sollte aufgezeigt werden, wie der Unterricht gestaltet werden wird und wie die Erziehungsberechtigten hier ergänzend einwirken können.²⁶

Ab Mitte der 1970er Jahre kam es zu einigen Veränderungen in der sozialistischen Sexualerziehung. Da sich das Angebot an zuverlässigen Verhütungsmitteln immer weiter verbesserte und ab 1972 die Möglichkeit zur Abtreibung bestand, konnten den Jugendlichen sexuelle Aktivitäten von pädagogischer Seite nicht mehr verwehrt werden. Trotzdem wurde Empfängnisverhütung in erster Linie als Mittel der Familienplanung angesehen und diese offizielle Meinung in den Schulen weitergegeben. Die sexuellen Beziehungen der Jugendlichen sollten keinen Experimentcharakter haben, sondern in einer dauerhaften Partnerschaft, idealer Weise in einer Ehe münden.²⁷

In den Jahren 1973 bis 1979 kam es zu einem Rückschritt innerhalb der Lehrerweiterbildung. Es wurden kaum mehr Spezialkurse zu sexualpsychologischen und -pädagogischen Themen angeboten. In Folge dessen fehlte die Motivation des Lehrpersonals, Sexualkundeunterricht zu erteilen. Den Jugendlichen standen daraufhin in der DDR nur selten kompetente Gesprächspartner zur Sexualität zur Verfügung. Eine Möglichkeit zur Diskussion waren die Veranstaltungen der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ). Gelegentlich fanden Gruppengespräche zu dieser Thematik statt. Diese wurden allerdings nur selten und unregelmäßig abgehalten und nur wenige Jugendliche erreicht.

Ab 1971 wurden zur Erweiterung des Bildungsangebots sogenannte „Eheschulen“ ins Leben gerufen. Diese freiwilligen Kurse wurden für verschiedene Altersstufen angeboten. Behandelte Themen waren unter anderem die Suche nach dem richtigen Partner, das gemeinsame Wohnen oder die Geburt von Kindern. Vortragende waren GynäkologInnen, PsychologInnen oder MitarbeiterInnen des Gerichts. Den TeilnehmerInnen wurden Kenntnisse und Fähigkeiten für eine gute Ehe vermittelt. Trotz dieses Angebotes blieben die Eltern die wichtigsten Gesprächspartner für Angelegenheiten dieser Art. Im Dialog mit den Müttern oder Vätern wurden allerdings nur selten Themen wie Zeugung, Empfängnisverhütung, Geschlechtskrankheiten oder Masturbation besprochen. ExpertInnen

²⁶ Grassel, Jugend Sexualität Erziehung, 143ff.

²⁷ Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 91f.

sahen es als problematisch an, dass Eltern im Allgemeinen den Entwicklungsstand ihrer Kinder unterschätzten.

Besonders negativ war diese Unwissenheit im Zusammenhang mit Empfängnisverhütung. Da die meisten Jugendlichen von Verhütung zu wenig wussten, kam es immer wieder zu ungewollten Schwangerschaften. Seit März 1972 galt die Fristenregelung, womit jeder Frau das Recht zugestanden wurde, in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft eine Abtreibung vornehmen zu lassen. In einer Studie aus den Jahren 1978/79 unter Patientinnen, die einen Abortus hatten, wurde festgestellt, dass die meisten abtreibenden Frauen bereits Kinder hatten. Die Befragten gaben an, dass sie sich eine bessere Aufklärung für Jugendliche wünschen würden.²⁸

4.4 Sexualerziehung und Aufklärung außerhalb von schulischen Einrichtungen

„Das neue Ehebuch“ von Rudolf Neubert von 1957 widmete dem Thema der sexuellen Aufklärung von Kindern ein ganzes Kapitel. Neubert wies darauf hin, dass das rein biologische Wissen für sich völlig unerheblich sei. Er betonte, dass man mit den Jugendlichen ein ernsthaftes Gespräch darüber führen sollte. Diese Aussprachen sollten nicht nur dazu dienen den Fortpflanzungsvorgang zu erklären, sondern auch die Persönlichkeit des jungen Menschen könne dadurch geformt werden. Mit der Aufklärung des Kindes bzw. Jugendlichen sollten gleichzeitig Tugenden vermittelt und das Vertrauensverhältnis mit den Eltern gestärkt werden.

Neubert stellte fest, dass es zahlreiche „Störfaktoren“ in der Erziehung von Teenagern gäbe, wie zum Beispiel Filme, Rundfunk oder illustrierte Zeitungen. Für ihn war es daher das vorrangige Ziel Kinder oder Jugendliche schon früh mit den richtigen Kenntnissen auszustatten, denn wenn der Zustand erreicht ist, in dem nichts mehr „im Dunkeln liegt“, würde sich jede weitere Aufklärung erübrigen.²⁹

Um die Lücken in der Aufklärung möglichst zu schließen veröffentlichte Rudolf Neubert bereits 1956 sein Buch „Die Geschlechterfrage“, in dem er auf biologische sowie auf gesellschaftliche Aspekte der Sexualität einging. Neubert wollte überholte Ansichten ausräumen, z.B. Schreckensgeschichten über Selbstbefriedigung als unwahr entlarven. In einem eigenen Kapitel über den Geschlechtsverkehr spricht er sich gegen diesen bei Jugendlichen aus, da diese zu unreif seien. Allerdings legte er fest, dass der richtige Zeitpunkt

²⁸ Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 83ff.

²⁹ Rudolf Neubert, Das neue Ehebuch. Die Ehe als Aufgabe der Gegenwart und Zukunft. Rudolstadt 1957, 246ff.

zur Aufnahme des Geschlechtsverkehrs nicht unmittelbar an eine Heirat gekoppelt sein muss.³⁰

Neubert kritisierte bereits damals die Vergnügungsindustrie, durch die die Menschen von der Arbeit und ihren politischen Aufgaben abgelenkt werden würden. Als Hilfsmittel dieser Industrie bezeichnete er den Alkohol. Neubert bezog deutlich Stellung gegen solche Einflüsse, die nachkommende Generation sollte ihre Jugend mit Zärtlichkeiten, Musizieren und Sport verbringen, sie sollte zur Liebe und gegenseitigen Achtung erzogen werden. Ein ausführliches Kapitel behandelte Kontrazeption, um vor einer ungewollten Schwangerschaft zu bewahren.³¹

1966 erschien Rolf Borrmanns sexualpädagogisches Buch „Jugend und Liebe“. Er hatte zuvor eine Umfrage unter 900 jungen Menschen, 150 Eltern und 100 LehrerInnen durchgeführt. Bei seinen Erhebungen fragte der Autor nach der sexuellen Belehrung und Beratung und kam hier zu dem Schluss, dass erschreckend viele Erwachsene auf dem Gebiet der Sexualität nur über mangelndes Wissen verfügen und deshalb ihren Nachwuchs nur schlecht oder gar nicht aufklären können. Borrmann wies auf den unschätzbaren Wert der Sexualerziehung hin, denn im Fortbestand der Unwissenheit sah er eine Gefahr für die Gesellschaft. Jugendliche konnten seiner Meinung nach erst durch die Sexualpädagogik lernen, sich nicht von ihren Bedürfnissen und Gefühlen überrumpeln zu lassen. Er meinte außerdem, dass nur durch eine bessere sexuelle Aufklärung und Belehrung „Frigidität“ verschwinden würde und beide Partner zu einem erfüllten Sexualleben kommen könnten.³²

Erstaunlich ist das Ergebnis auf die Frage „Halten sie sich für sexuell ausreichend belehrt?“. 84,8 Prozent gaben an, über genug Wissen zu verfügen. Die Aufklärung fand laut Borrmanns Ergebnissen in erster Linie durch gleichaltrige KameradInnen statt. Fast 70 Prozent der Befragten gaben an, dass der Anteil der Erwachsenen, insbesondere der Väter, an der Aufklärung gering oder nicht vorhanden gewesen wäre. Trotzdem relativ hoch war der Anteil der Mütter an der Belehrung der Jugendlichen, diese wurde zur Wissensvermittlung herangezogen und leisteten keine ernsthafte Entwicklungshilfe. Nur ungenügend aufgeklärt fühlten sich die Befragten vor allem über den Geschlechtsverkehr, die Geschlechterbeziehung sowie Verhütung.³³

Borrmann kritisierte, dass zwar über sexuelle Themen mit den Heranwachsenden gesprochen würde, dass aber von Seiten der älteren Generation nur wenig auf konkrete Probleme der

³⁰ Rudolf Neubert, Die Geschlechterfrage, Rudolstadt 1956, 140ff.

³¹ Ebd. Seite 156ff.

³² Rolf Borrmann, Jugend und Liebe, Leipzig 1966, 201ff.

³³ Ebd., 204ff.

Jugendlichen eingegangen wurde. Erwachsene würden ihre Nachkommen oft unterschätzen, worin er einen erheblichen Missstand sah, da so keine Richtlinien über die Beziehung zum anderen Geschlecht an die Jugendlichen weitergegeben würden. Als andere wichtige Möglichkeiten der Belehrung sah Borrmann den Besuch von Diskussionen und Vorträgen sowie von Ausstellungen oder Theaterstücken an. Als wichtige Informationsquelle bewertete er die Lektüre von Büchern zum Thema Sexualität. Die beste Form der Aufklärung war für ihn eine Aussprache im kleinsten Kreis, bei der der Erzieher kameradschaftliche Ratschläge geben kann. Den Heranwachsenden sollte klar gemacht werden, dass der Geschlechtstrieb nichts Anstößiges sei, man aber nicht immer dem eigenen Trieb folgen sollte. Liebe und Sexualität sollte außerdem keinesfalls getrennt werden. Als wichtigstes Ziel dieser pädagogischen Bestrebungen sah er die Verhütung ungewollter Schwangerschaften. Borrmann weist explizit darauf hin, dass die damals noch kriminellen Aborte nichts außer Leid und Elend nach sich zogen. Als letztes Argument führte er an, dass all diese Belehrungen zur angestrebten Gleichberechtigung der Frau beitrugen, da diese durch das vermittelte Wissen selbst in der Lage war, über ihre Sexualität und eine mögliche Schwangerschaft zu entscheiden. Sexualpädagogik sah er somit als Prophylaxe in mehrerer Hinsicht.³⁴

Heinz Grassel konstatierte 1967 einen ähnlichen Stand der Aufklärung von Jugendlichen. Grassels Erhebungen wichen allerdings in dem Punkt von Borrmann ab, da er zu der Erkenntnis kam, dass SchülerInnen und StudentInnen in erster Linie vom Elternhaus aufgeklärt wurden. Bei der Frage nach der Hauptquelle der Aufklärung deckten sich die Ergebnisse weitgehend, Mädchen sprachen mit der Mutter und Jungen holten sich ihr Wissen in der Schule – laut Grassels Umfrage 44 Prozent.

Grassel führte als Grund für dieses bemerkenswerte Ergebnis die Tatsache an, dass Eltern ihre Töchter immer als gefährdeter ansahen als ihre Söhne, weshalb man den Mädchen eher Aufklärung zu Teil werden lasse. Außerdem meinte er, dass es Müttern einfacher fällt, mit ihren Töchtern über solche Themen zu reden, Väter sprachen anscheinend eher selten über sexuelle Angelegenheiten, weshalb Burschen hier deutlich zurücklagen. Die Mädchen wurden wohl auch aus diesem Grund in jüngeren Jahren aufgeklärt als die Jungen, beispielsweise hatten auf die Frage nach der Herkunft der Kinder durchschnittlich um 4 Prozent mehr Mädchen eine Antwort erhalten als ihre männlichen Altersgenossen. Als problematisch sah Grassel hier die Tatsache, dass vielen Kindern auf diese Frage eine Märchenantwort gegeben wurde, wie etwa die Klapperstorchfabel. Dadurch dass den Kindern eine Lügengeschichte aufgetischt wurde, verloren sie später möglicherweise das Vertrauen zu den Eltern in diesen

³⁴ Ebd., 209ff.

Angelegenheiten. In Bezug auf Aufklärungsliteratur hatten die weiblichen Befragten einen Vorsprung, insgesamt hatten mehr als zwei Drittel der Jugendlichen in der DDR ein oder mehrere Aufklärungsbücher gelesen.³⁵

Bei der Frage nach den „geheimen Miterziehern“ führte er das Negativbeispiel Westdeutschland an. Dazu führte er an, dass 16 Prozent der befragten Jugendlichen in Westberlin zumindest ein Erlebnis mit einer Prostituierten hatten, ähnliche Zahlen existierten anscheinend auch für andere westdeutsche Städte. Er kritisierte außerdem die im kapitalistischen Staat verbreiteten Massenkommunikationsmittel, durch deren zügellose Darstellung der Sexualität die westdeutsche Jugend gefährdet wäre.

Im Jugendkommuniqué SED wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es eine wichtige Aufgabe sei, die Jugend vor imperialistischen Beeinflussungen zu schützen und die Verbreitung der Unmoral zu unterbinden. Erich Honecker sagte am 11. Plenum des Zentralkomitees im Jahr 1966 dazu, dass die DDR ein sauberer Staat sei, in dem man an unverrückbaren Maßstäben der Ethik und Moral festhalten würde. Honecker betonte ebenfalls, dass diese Maßnahmen in vollem Einklang mit der Bevölkerung durchgeführt wurden. Die „geheimen Miterzieher“ sollten somit im sozialistischen Staat keine Chance haben. Die Heranwachsenden sollten sich ungestört entwickeln können und die ständige sexuelle Nötigung durch westliche Einflüsse ausgeschlossen werden.³⁶

Eine weitere Einflussmöglichkeit auf die Jugendlichen war die Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“. Die Erziehung der Jugendlichen erfolgte hier weniger durch Belehrungen zum Thema Sexualität, sondern eher durch gemeinsames Lernen und Spielen, wodurch der Charakter geformt und die sozialistische Moral sowie die Verantwortung für sich selbst und für die Mitmenschen vermittelt werden sollte. Sicherlich ist hier eine gewisse Gruppendynamik in der Erziehung nicht ganz von der Hand zu weisen, auf Ferienlagern fiel es wohl eher schwer, sich den Anforderungen der sozialistischen Norm zu entziehen. Eigens produzierte Aufklärungsfilme sah Grassel ebenfalls als geeignet an, sie waren die Alternative zu gewöhnlichen Spielfilmen. Die medialen Einflussmöglichkeiten der FDJ waren beispielsweise die Zeitschriften "Junge Welt" oder "Neues Leben", auf die ich gesondert im Kapitel 4.8 eingehen werde.

Zwei als positiv eingestufte Erziehungsbeauftragte waren Ärzte, ihrer neutralen Position wegen, sowie die Betriebe. Hier wurden insbesondere an den Freitagen Gespräche über Sexualthemen geführt, an denen laut einer Erhebung vor allem Frauen besonders aktiv

³⁵ Grassel, Jugend, Sexualität, Erziehung, 129ff.

³⁶ Ebd., 136ff.

teilnahmen. Diese Gespräche wurden von fast 50 Prozent der befragten Personen als lehrreich eingestuft.³⁷

Eine Diskussion von sexuellen Themen auf politischer Ebene fand in der DDR trotz allem so gut wie nicht statt, Themen über das sexuelle Miteinander in Partnerschaften oder die Geschlechterfrage wurden nur selten öffentlich diskutiert. Ebenso wenig kam es zu einer ethischen Auseinandersetzung in Bezug auf den Schwangerschaftsabbruch. Solche Debatten wurden von Seiten des Staates verhindert, auf Grund dessen gab es keine Diskussion über Pornografie oder Prostitution. Die Folge aus dem fehlenden Diskurs war, dass das öffentliche Bewusstsein in Fragen der Sexualität weniger polarisiert und weniger differenziert war.³⁸

4.5. Propagiertes Männer- und Frauenbild sowie junge Ehen

Als ein Grundprinzip verankerte man die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Dementsprechende Passagen fanden sich in der Verfassung und im Familiengesetzbuch von 1965. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau stellte das entscheidende Merkmal der sozialistischen Ehe dar. Beide Ehegatten sollten verpflichtet werden, die Beziehung so zu gestalten, dass sich beide Partner frei zum eigenen und gesellschaftlichen Nutzen entfalten können.³⁹

Rudolf Neuberts Ehebuch von 1957 verwies auf die Gleichberechtigung innerhalb der Ehe. Neubert verstand unter ehelicher Gleichberechtigung, dass nicht nur einer der Partner arbeitet und alles gibt, sondern dass das Verhältnis ausgeglichen ist. Er betonte außerdem, dass niemand mehr aus einer Ehe herausholen kann, als hineingesteckt wird und eheliches Glück nur durch Gemeinsamkeit in jedweder Hinsicht entstehen kann.⁴⁰

Im beruflichen Bereich und in der Ausbildung machte die Gleichberechtigung große Fortschritte. Häusliche Aufgaben sowie die Kindererziehung blieben weitgehend den Frauen überlassen. Patriarchalische Grundeinstellungen waren in der DDR weit verbreitet. Die Möglichkeit, dass ein Vater Pflegeurlaub für sein krankes Kind bekam, war durchaus gegeben, stieß aber in der Praxis auf wenig Verständnis. Frauen waren voll in die Erwerbstätigkeit integriert es herrschten noch immer Rollenklischees vor. 90 Prozent des

³⁷ Ebd., 151ff.

³⁸ Konrad Weller u. Kurt Starke, Veränderungen 1970 – 1990 (DDR), in: Gunter Schmidt (Hrsg.), Jugendsexualität, Stuttgart 1993, 50.

³⁹ Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1966 Teil I. In: Die Verfassungen Deutschlands, 17. 4. 2005, online unter <http://www.verfassungen.de/de/ddr/familiengesetzbuch65.htm> (28.3.2007).

⁴⁰ Neubert, Ehebuch, 233.

Lehrpersonals in den Unterstufen war weiblich. Männliche Erzieher im Vorschulbereich und Kindergärtner waren die Ausnahme.⁴¹

Geschlechtsspezifische Ansichten wurden trotz aller Gegenmaßnahmen bereits in der Schule verbreitet. Mädchen wurden wie Jungen nach einheitlichen Lehrplänen unterrichtet, die Lehrer sollten die Gleichstellung bewusst fördern. Ziel des Unterrichts war die Zurückdrängung familiärer Einflüsse. Trotzdem wurden falsche Vorstellungen über das geschlechtsspezifische Verhalten oft kritiklos übernommen. Diese Geschlechterstereotype erwiesen sich in weiterer Folge als hinderlich für den Bildungsverlauf. Zahlenmäßig blieben weibliche Studentinnen in naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen zahlenmäßig zurück. Rollenbilder wurden durch Lehrmittel an die Kinder weitergegeben. In Lesebüchern fanden sich Erzählungen mit geschlechterspezifischer Arbeitsteilung im Haushalt oder die Zuordnung der Frauen in typischen Frauenberufen wie Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen oder Krankenschwestern.

Das angestrebte Ziel einer gerechteren Aufteilung der Haushaltsarbeit und Kindererziehung wurde in erster Linie damit begründet, dass sich mangelnde Arbeitsteilung im häuslichen Bereich negativ auf die berufliche Entwicklung von Frauen auswirkt. Die Realität war, dass in erster Linie Mädchen ihren Eltern bzw. Müttern halfen. Das Verhältnis zu den Jungen lag laut einer 1974 veröffentlichten Studie bei 1:2.⁴²

Die Sexualerziehung in der DDR sollte geschlechtsspezifische Verhaltensweisen abbauen. In allgemein bildenden Schulen sowie in Berufsschulen sollte die Vorbereitung auf Partnerschaft, Liebe und Ehe einen festen Teil des Unterrichts bilden. Den Jugendlichen sollte klar gemacht werden, dass eine erfüllte sexuelle Beziehung auf Dauer nur in einer auf Liebe und Gleichberechtigung basierenden Ehe funktionieren würde.⁴³

Ehen wurden in eher jüngerem Alter geschlossen. Nach Meinung der meisten Jugendlichen, mit Ausnahme der StudentInnen, lag das ideale Heiratsalter zwischen 20 und 24 Jahren. Dies entsprach den Tatsachen. Laut dem statistischen Jahrbuch lag das durchschnittliche Heiratsalter im Jahr 1976 bei den Frauen bei 21,4 und bei den Männern bei 23,2 Jahren. Eine noch nicht abgeschlossene Ausbildung wurde als kein wesentlicher Hinderungsgrund für eine Hochzeit angesehen, ein Drittel der StudentInnen sah 1977 die Jahre des Studiums als die ideale Zeitspanne für eine Heirat. Erhebungen über die Berufstätigkeit von Ehefrauen ergaben, dass der Großteil der Frauen nach ihrer Eheschließung weiter voll berufstätig sein wollte. Die Mehrheit der Frauen gab an, ihre Berufstätigkeit nur

⁴¹ Gisela Helwig, *Jugend und Familie in der DDR. Leitbild und Alltag im Widerspruch*, Köln 1984, 41f.

⁴² Ebd. 43ff.

⁴³ Bach, *Sexualpädagogik und Sexualerziehung*, 82ff.

nach der Geburt eines Kindes vorübergehend unterbrechen zu wollen. Interessant sind hier die Antworten der männlichen Befragten, die deutlich von den propagierten Werten abwichen. Zwar antwortete kaum ein Mann, dass die Frau zu Hause zu sein hat oder nur verkürzt arbeiten sollte, trotzdem waren Rollenklischees nicht gänzlich überwunden. 2 Prozent der Befragten meinten, dass die Frau nach der Eheschließung nicht weiter arbeiten sollte. 6 Prozent fanden, dass sie nur mehr eingeschränkt berufstätig sein sollte, egal, ob ein Kind zu versorgen wäre oder nicht. 3 bis 5 Prozent vertraten die Auffassung, dass die Ehefrau nach der Geburt des Kindes überhaupt nicht mehr arbeiten sollte. Ein Viertel der Befragten sprach sich für eine durchgehende, ganztägige Berufstätigkeit ihrer Partnerin aus. Wenig überraschend ist, dass gerade Studentinnen ihre Berufstätigkeit verteidigten, Studenten und Absolventen von Hochschulen hingegen sahen häufiger ihre Ehefrauen als Hausfrauen.⁴⁴

In den 1970er und 1980er Jahren veränderten sich zusehends die Anforderungen an junge Menschen, es sollten wieder mehr Kinder geboren werden. Geburtenstimulierende Leistungen wurde angeboten und unverheiratete Mütter wurden rechtlich gleichgestellt. Ein Anstieg der Geburtenzahlen war trotz erheblichen Aufwandes nicht zu verzeichnen, in den 1980er Jahren gab es sogar einen Geburtenrückgang. Die Balance zwischen Geburten und Sterbefällen verschob sich, eine Überalterung der Gesellschaft drohte. Diese Prozesse führten zu einer veränderten Einstellung bei Jugendlichen gegenüber der Partnerschaft oder Ehe. Dieser Wandel lässt sich an den vom Zentralinstitut für Jugendforschung durchgeführten Befragungen bei Jungverheirateten ablesen.⁴⁵

Bei einer Gegenüberstellung der Daten aus 1973 und 1988 ist eindeutig zu erkennen, dass Liebe und Treue noch immer als Mittelpunkt einer glücklichen Ehe angesehen wurden, immer wichtiger wurde ein glückliches Sexualleben. Materielle Absicherung sowie berufliche Weiterbildung und somit Beförderungen wurden 1988 als deutlich weniger relevant angesehen als noch 1973. Aus den beiden Erhebungen ist abzulesen, dass die Gleichberechtigung innerhalb der Ehe nur teilweise umgesetzt wurde. Obwohl sich junge Männer vermehrt bei Haushaltsarbeiten oder Kindererziehung einbrachten, änderte sich wenig an der Doppelbelastung der Frauen. Die sozialistische Erziehung, die auf vollkommen gleiche Verteilung sämtlicher Aufgaben innerhalb des Haushaltes abzielte, wurde nicht angewandt und Geschlechterstereotype verschwanden nicht zur Gänze. „Restfreizeit“ stand den Eltern, vor allem den Müttern, in kinderreichen Familien kaum zur Verfügung.⁴⁶

⁴⁴ Kurt *Starke*, *Junge Partner*, Leipzig 1980, 148ff.

⁴⁵ Arnold *Pinther*, *Junge Ehe in den 70er und 80er Jahren*, in: Werner *Henning* u. Walter *Friedrich* (Hrsg.), *Jugend in der DDR*, Weinheim-München, 1991, 155f.

⁴⁶ Ebd., 157ff.

Die sozialistische Erziehung war beim Wecken des Kinderwunsches von wenig Erfolg geprägt, der durchschnittliche Wert blieb bei 1,73 Kindern pro Paar. Sämtliche finanziellen Anreize für kinderreiche Familien hatten nur begrenzte Wirkung, 86 Prozent der Verheirateten gaben 1988 an, dass sich durch die sozialpolitischen Maßnahmen ihr Kinderwunsch nicht positiv verändert hätte. Ein Problem waren die engen Wohnverhältnisse, denn die Größe des zugeteilten Eigenheims hing von der gegenwärtigen und nicht von der geplanten Familiengröße ab.

Konflikte innerhalb der Partnerschaft waren keine Seltenheit. Die jungen Ehen wurden häufig durch unterschiedliche Auffassungen in der Kindererziehung, sexuelle Unstimmigkeiten oder emotionale Überforderung erschüttert. Durch das junge Heiratsalter ergab sich auch das Problem der mangelnden Erfahrung in Bezug auf Krisenbewältigung. Belastungen wie Wohnungsprobleme, fehlende berufliche Perspektive sowie die oftmals ungenügende Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs spielten eine Rolle. 1988 waren 10 bis 15 Prozent der jungen Ehen scheidungsanfällig, im Jahr 1973 waren es nur 9 bis 12 Prozent gewesen.⁴⁷

Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre stieg das Heiratsalter wieder an, parallel dazu vergrößerte sich der Anteil der Unverheirateten in der Altersgruppe der 18 bis 30jährigen. In den 1970er Jahren wuchs zudem die Zahl der Geschiedenen, 1979 wurden bereits 31,3 von 1000 jungen Ehen wieder gelöst, 1970 waren es 18,8 gewesen. In diesem Zeitraum war eine zunehmende Ablehnung gegenüber dem jungen Heiratsalter festzustellen. Trotzdem waren Verheiratete tendenziell zufriedener mit ihrem Sexualleben als ledige Personen. Monika Reissig schrieb jedoch in ihrem 1984 erschienenen Beitrag, dass nur 40 Prozent der Eheleute angaben, im Wunsch nach Geschlechtsverkehr mit ihrem Partner übereinzustimmen. Die Hälfte der verheirateten Männer meinte, dass ihre Ehefrauen den Koitus seltener als sie selbst wünschen. Mit zunehmender Ehedauer nahm die Übereinstimmung weiter ab, besonders stark unterschied sich der Wunsch nach Geschlechtsverkehr bei Ehepaaren mit Kindern. Vor allem Frauen hatten in Folge der Mehrfachbelastung weniger Lust.⁴⁸

In einem Beitrag aus dem Jahr 1982 schrieb Reissig, dass sich Arbeits- und Lebensbedingungen wenig bis gar nicht auf die Koitushäufigkeit der jungen Eheleute auswirkten. 60 Prozent der jungen Eheleute hatten im ersten Ehejahr 5 bis 15 Mal Geschlechtsverkehr pro Monat, 13 Prozent sogar noch öfter. Einen Zusammenhang gab es

⁴⁷ Ebd., 162ff.

⁴⁸ Monika Reissig, Ehe- und Sexualverhalten, in: Kurt Starke u. Walter Friedrich (Hrsg.), Sexualität bis 30, Berlin 1984, 258ff.

aber zwischen der weiblichen Orgasmusfähigkeit und der Zufriedenheit im Beruf. Gute Leistungen im Beruf gingen mit der entsprechenden Libido einher. Hier ist zusätzlich anzumerken, dass ein direkter Zusammenhang zwischen dem Wissen über Sexualität und der sexuellen Erlebnisfähigkeit existierte. Junge PartnerInnen, die ihre Kenntnisse als ausreichend einschätzten, waren durchwegs zufriedener mit ihren Intimbeziehungen, womit die pädagogischen Bemühungen ihre Rechtfertigung fanden.⁴⁹

Es wurde dazu geraten, mit dem ersten Koitus nicht bis zur Hochzeitsnacht zu warten. Lykke Aresin schrieb 1982, dass eine voreheliche geschlechtliche Beziehung richtig ist, da man unbedingt vor der Ehe prüfen sollte, ob man in sexueller Hinsicht zusammenpasst. Zu diesem Zeitpunkt wäre es eher möglich sexuelle Dysfunktionen zu beseitigen. Für den Fall, dass sich diese nicht ausräumen lassen, riet Aresin die Beziehung zu beenden, was in jungen Jahren leichter sei als nach einer mehrjährigen Ehe, aus der eventuell Kinder hervorgingen.⁵⁰

Die Einrichtung von Ehe- und Familienberatungsstellen wurde von Seiten des Gesetzes gefordert. Sozialistische Rechts- und Verhaltensnormen im Bereich der ehelichen Beziehung sowie der Familie sollten dadurch gefördert werden. Diese Stellen halfen bei sexuellen, partnerschaftlichen und familiären Problemen. Die Hauptzielgruppe dieser Stellen waren Jugendliche, sie standen aber auch Erwachsenen offen.

1984 verfügte die DDR über 200 Ehe- und Familienberatungsstellen, die von Ratsuchenden im Alter 17 bis 65 Jahren aufgesucht wurden. Etwa 30 Prozent der Beratungsgespräche wurden über sexuelle Themen geführt, ein großer Teil der Fragen wurde zum Bereich Kontrazeption gestellt.⁵¹

Abschließend möchte ich anmerken, dass der Anteil der jugendlichen Eheschließungen an den Gesamteschließungen konstant hoch blieb, vor allem in den 1960er und 1970er Jahren. Erst in den 1980er Jahren ging der Heiratswunsch bei jüngeren Paaren zurück. Eher gering war die Rate der Ehelösungen bei jungen Menschen, sie lag durchschnittlich bei 20 Prozent des Gesamtanteils. Hier ist allerdings anzumerken, dass die Statistik nicht zwischen Scheidungen und dem Tod eines Ehepartners unterschied.⁵²

⁴⁹ Monika Reissig, Das sexuelle Verhalten junger Ehepartner im 1. Ehejahr und einige seiner wesentlichen Einflussfaktoren, in: Hans Szewczyk (Hrsg.), Sexualität und Partnerschaft, Berlin 1982, 56ff.

⁵⁰ Lykke Aresin, Die Entwicklung der Partnerschaftsbeziehungen und ihre Störungen, in: Hans Szewczyk (Hrsg.), Sexualität und Partnerschaft, Berlin 1982, 98ff.

⁵¹ Lykke Aresin, Ehe-, Sexual- und Familienberatung, in: Kurt Starke u. Walter Friedrich (Hrsg.), Sexualität bis 30, Berlin 1984, 329ff.

⁵² Edeltraud Schulze, DDR – Jugend. Ein statistisches Handbuch, Berlin 1995, 20f.

4.6 Verhütung und Abtreibung

Die Nutzung der Pille setzte in beiden Teilen Deutschlands Mitte der 1960er Jahre ein. Der Trend zur sexuellen Liberalisierung machte ein sicheres Verhütungsmittel notwendig. Sex wurde nicht mehr nur innerhalb der Ehe akzeptiert. Ab 1972 war die Pille kostenlos erhältlich. Voraussetzung war das Vorweisen eines Rezepts, man wollte eine vorherige gynäkologische Untersuchung und ein Beratungsgespräch sicherstellen.

Jedes Mädchen und jede Frau konnte sich ein Rezept für ein Kontrazeptiva vom Arzt holen, eine Einverständniserklärung der Eltern war nicht notwendig, die Frauen benötigten aber für den Arztbesuch einen Krankenschein. Ziel dieser Politik war, dass die Mädchen noch vor dem ersten Geschlechtsverkehr mit der Einnahme der Pille begannen. Ungewollte Schwangerschaften sollten mit größter Sicherheit vermieden werden.⁵³

Die PARTNER I-Studie von 1972/73 unter Jugendlichen ergab, dass ca. ein Viertel der befragten Frauen im Alter von 16 bis 25 Jahren die Pille dauerhaft benutzten. In der zweiten Partnerstudie 1980 lag der Wert bei den 16 bis 30jährigen bereits bei 50 Prozent. Diese Ergebnisse werden durch die Produktionszahlen des einzigen ostdeutschen Pillenproduzenten Jenapharm Jena bestätigt. Dieser hatte den Jahresbedarf von ungefähr zwei Millionen Frauen sicherzustellen. Es gab sieben verschiedene hormonelle Verhütungsmittel. 55 Prozent der Frauen können als Dauernutzerinnen eingestuft werden, die meisten anderen Frauen hatten die Pille zumindest über einen bestimmten Zeitraum hinweg genommen.⁵⁴ Zu den Partnerstudien im Detail siehe das Kapitel 3.7. Sexualverhalten der Jugendlichen.

Seit 1970er Jahre genoss die Pille eine hohe Wertschätzung. In der PARTNER I-Studie sprach sich noch jede fünfte Frau gegen den Gebrauch der Pille aus. In der Beliebtheitsskala stand 1980 noch die Methode der empfängnisfreien Tage an zweiter Stelle nach der Pille. Erst 1990 nahm nicht zuletzt durch die Ausbreitung von AIDS die Ablehnung gegenüber dem Kondom ab. Stark rückläufig war der Coitus interruptus als Verhütungsmethode, ein leichter Anstieg in der Akzeptanz war beim Intrauterinipessar zu verzeichnen.

1980 hatten bereits 62 Prozent der koituserfahrenen 16- bis 18jährigen Mädchen zumindest einige Zeit lang hormonelle Kontrazeption betrieben. Bis 1990 stieg der Wert auf 83 Prozent. 46 Prozent der pillenerfahrenen Mädchen hatten mit der Einnahme im Alter von 16 Jahren begonnen, 15 Prozent mit 15 Jahren und nur ein verschwindend kleiner Anteil hatte die Pille schon in jüngeren Jahren verschrieben bekommen.

⁵³ Ebd., 78ff.

⁵⁴ Konrad Weller u. Hans-Joachim Ahrendt, Teenager und Pille, in: Kurt R. Bach, Harald Stumpe u. Konrad Weller (Hrsg.), *Kindheit und Sexualität*, Braunschweig 1993, 73.

Die unveröffentlichte PARNTER III-Studie von 1990 bestätigt diese positive Bewertung der Kontrazeption. Die Verhütung von ungewollten Schwangerschaften wurde von 99 Prozent der Befragten akzeptiert. Es gab keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern bzw. den verschiedenen Alters- oder Einkommensgruppen. Rund 80 Prozent der Frauen hatten bereits beim ersten Geschlechtsverkehr verhütet. Ungefähr 90 Prozent beim letzten vor der Befragung. Drei Viertel der befragten 16jährigen hatten Erfahrung mit der Pille, bei den 18jährigen lag dieser Wert bereits bei neun Zehntel. Nur 5 Prozent der Koituserfahrenen hatten noch nie verhütet. Einige der koitusunerfahrenen Mädchen nahm die Pille vorsorglich.⁵⁵

Bei der Einführung der Pille gab es moralische Bedenken. Befürchtet wurde ein völliger Sittenverfall auf Grund des zuverlässigen Verhütungsmittels. Diese Sorge erfüllte sich nicht. Der Großteil der Mädchen, die die Pille von Anfang an benutzten, erlebten den ersten Geschlechtsverkehr in einer festen Liebesbeziehung. Die Pille förderte keineswegs spontane Sexualität, sondern war zumeist Teil von geplanten Beziehungen.⁵⁶

Gegenüber den Verhütungsmitteln, vor allem bei der Pille, gab es ablehnende Haltungen. Moralische Gründe gegen empfängnisverhütende Mittel wurden selten vorgebracht. Religiöse und atheistische Jugendliche unterschieden sich kaum in ihren Anschauungen zu diesem Thema.

Hinterfragt wurden die möglichen gesundheitlichen Schäden durch die Einnahme der Pille. Einer Umfrage unter 6000 Wöchnerinnen und Interruptopatientinnen ergab, dass 21 Prozent der jungen Mütter und 33 Prozent der Abtreibungspatientinnen die Pille aus Angst vor gesundheitlichen Schäden nicht benutzt hatten.

Beim Kondom gab es keine derartigen Vorbehalte. Die größte Schwierigkeit war die Beschaffung, da sich viele Jugendliche genierten, Kondome zu kaufen und mit sich zu führen. Befürchtet wurde, dass die Verwendung eines Präservativs das Liebesspiel im entscheidenden Moment erheblich stören könnte. Oftmals wurden Verhütungsmittel aus der Spontaneität der Situation heraus nicht angewendet.⁵⁷

In den 1980er Jahren hat sich nicht nur die Einstellung gegenüber dem Kondom geändert, sondern es wurde häufiger benutzt. Steigende Absatzzahlen belegten diesen Trend. 1985 wurden 13 Millionen Stück verkauft, 1988 waren es bereits 23 Millionen. Ein weiterer Beweis für die tatsächliche Benutzung von Kondomen war der Rückgang der Neuansteckungsrate mit

⁵⁵ *Starke*, Partner- und Sozialverhalten, 202.

⁵⁶ *Weller* u. *Ahrendt*, Teenager und Pille, 74f.

⁵⁷ *Lykke Aresin* u. *Kurt Starke*, Kontrazeption bei Jugendlichen, in: *Kurt Starke* u. *Walter Friedrich* (Hrsg.), Sexualität bis 30, Berlin 1984, 309f.

Gonorrhoe. Die Erkrankungen mit dieser als „Tripper“ bekannten Geschlechtskrankheit, halbierten sich zwischen 1985 und 1989 auf ca. 22.000 Fälle. Das Kondom wurde oft als Verhütungsmittel beim ersten Geschlechtsverkehr angewandt, in festen Partnerschaften hatte es eine untergeordnete Stellung.⁵⁸

Seit März 1972 war die Fristenregelung in Kraft, Frauen konnten nun bis zum dritten Monat der Schwangerschaft selbst darüber entscheiden, ob sie das Kind bekommen wollten oder nicht. Es gab Bedenken, dass die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruches zu moralischem Verfall und sexuellen Ausschweifungen führen könnte. Ebenfalls wurde bekräftigt, dass es sich hierbei um einen Eingriff in keimendes Leben handle und dass durch die gesetzliche Lockerung ein Rückgang der Geburtenziffern zu befürchten sei. Letzteres bewahrheitete sich, denn unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes ließen fast 60 Prozent der Schwangeren eine Abtreibung vornehmen. Einige Zeit später ging die Zahl der Abbrüche wieder zurück, so dass ein einigermaßen ausgewogenes Verhältnis zwischen Geburten und Abtreibungen entstand.

Mitte der 1970er Jahre wurde eine erste Umfrage über die Beweggründe für eine Abtreibung gestartet, dazu wurden 200 Patientinnen in Karl-Marx-Stadt (heutiges Chemnitz) befragt. Der Großteil der Frauen gab an, dass der Schwangerschaftsabbruch nicht ihr letzter Ausweg gewesen sei, sondern dass sie diese mehr oder weniger bewusst als Instrument der Familienplanung eingesetzt hatten. Gut zwei Drittel der Befragten sagten außerdem, dass sie zuvor keine Verhütungsmittel angewandt hätten und nur ein Drittel wollte dies in Zukunft ändern. Viele der Frauen hatten bereits Kinder, bei der Befragung Mitte der 1970er Jahre waren es 47 Prozent der Patientinnen, bis 1980 stieg dieser Wert auf ungefähr 80 Prozent.⁵⁹

Man kritisierte das spärliche Wissen der Heranwachsenden über Schwangerschaft und Verhütung. Professor Borrmann klagte im Oktober 1983 darüber, dass laut seinen Ergebnissen über 50 Prozent der Jugendlichen beim ersten Geschlechtsverkehr keinen ausreichenden Empfängnischutz verwendeten. Die eben genannte Befragung in Karl-Marx-Stadt hatte hingegen ergeben, dass über 60 Prozent der damals befragten Patientinnen über 25 Jahre alt waren.⁶⁰

Von Seiten der Jugendlichen gab es Vorurteile und Ängste gegenüber dem Schwangerschaftsabbruch. Bei einer Befragung im Jahr 1990 meinte ein Fünftel der Teenager, dass die Abtreibung zu physischen Schäden bzw. zu Unfruchtbarkeit führen könnte. Die im gleichen Jahr befragten Jugendlichen in der BRD hatten keine

⁵⁸ Weller u. Starke, *Veränderungen 1970 – 1990 (DDR)*, 54f.

⁵⁹ Helwig, *Jugend und Familie in der DDR*, 85f.

⁶⁰ Ebd., 86f.

gesundheitlichen Bedenken. Dieses Ergebnis lässt sich damit erklären, dass die Argumente gegen einen Abbruch in den beiden Ländern sehr unterschiedlich waren. Anders als in der BRD brachte man keine moralischen oder religiösen Gründe vor sondern es wurde mit der gesundheitlichen Bedenklichkeit argumentiert. Beispielsweise wurde verlautbart, dass Abbrüche insbesondere bei jungen Mädchen zu Unfruchtbarkeit, Frühgeburten oder Missbildungen von später geborenen Kindern führen könnten.

Dieselbe Umfrage ergab auch, dass Jugendliche aus der DDR eher geneigt waren, sich für das Kind zu entscheiden. Auf die Frage, wie sie reagieren würden, wenn sie im nächsten Jahr schwanger werden würden, sagten die Hälfte der Befragten aus der DDR, dass sie für das Austragen des Kindes wären, nur ein Drittel würde sich für einen Abbruch entscheiden. Die gesetzliche Lage wurde trotzdem positiv gewertet, die Jugendlichen waren für die Fristenlösung und nur wenige hätten sich das gesetzliche Verbot der Abtreibung gewünscht.⁶¹

4.7 Sexualverhalten der Jugendlichen

Mit Jugendsexualität befassten sich unter anderem die drei PARTNER-Studien. Daneben wurden beispielsweise Intervallstudien bei SchülerInnen durchgeführt. Besonders die soziale und gesellschaftliche Dimension des Themas war für die Auftraggeber interessant. Die Erhebungen sollte die Untersuchung der aktuellen Lebensbedingungen umfassen.⁶²

Intervallstudien wurden ab 1968 vom Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) unter SchülerInnen in den 6. Klassen durchgeführt. Es wurde nach der Einstellung der Jugendlichen in Bezug auf Liebe, Sexualität und Familie gefragt. Im Herbst 1972 begann die Studie JUNGE PARTNER I, für die StudentInnen sowie Lehrlinge und Berufstätige bis 25 Jahre zu Themen rund um Sexualität und Partnerschaft befragt wurden.

Diese Befragungen wurden mittels Fragebögen und Einzelgesprächen durchgeführt. Die wesentlichen Ergebnisse der PARTNER I-Studie wurden in Kurt Starkes Buch „Junge Partner“ von 1980 veröffentlicht. Ein Ergebnis war die große Toleranz gegenüber vorehelichem Geschlechtsverkehr. Nur 2 bis 3 Prozent äußerten sich negativ.

Jugendliche bis 16 Jahre gaben an, dass Geschlechtsverkehr in ihrem Alter weniger zulässig ist. Bei 17jährigen waren 90 Prozent der Ansicht, dass Verkehr vor der Eheschließung etwas

⁶¹ Marina Knopf u. Carmen Lange, Verhütung, Schwangerschaft und Abtreibung, in: Gunter Schmidt, Jugendsexualität, Stuttgart 1993, 147ff.

⁶² Kurt Starke, Jugend und Sexualität, in: Walter Friedrich u. Hartmut Griese (Hrsg.), Jugend und Jugendforschung in der DDR, Opladen 1991, 177ff.

Normales ist. Bestätigt wird dies durch Umfrageergebnisse, dass 99 Prozent der Jungverheirateten schon vor der Hochzeit Sex hatten.

Kontrovers dazu stellten ein Fünftel der unter 19jährigen den Anspruch an den oder die PartnerIn unberührt zu sein. Männliche Befragte erwarteten das vergleichsweise häufiger. Meine Interpretation ist, dass die Negativbewertung des vorehelichen Geschlechtsverkehrs auf eine zum Teil vorhandene Verhaftung in alten Leitbildern schließen ließ.

Die Befragten zeigten wenig Toleranz gegenüber mehreren gleichzeitigen sexuellen Beziehungen. Voreheliche Promiskuität wurde eher gebilligt als der außereheliche Geschlechtsverkehr.⁶³ Als Hauptgrund für das „erste Mal“ nannten die Jugendlichen das Verliebtsein. Durchwegs herrschte die Ansicht, dass man für den Partner mit dem man geschlechtlich verkehrt tiefe Liebe empfinden muss. Etwa die Hälfte der männlichen und drei Viertel der weiblichen Befragten vertraten diese Einstellung. Rund 40 Prozent hatten ihren ersten Geschlechtsverkehr im Rahmen ihrer ersten Beziehung. Etwa 50 Prozent verkehrten nicht gleich mit dem ersten Liebespartner und 10 Prozent hatten schon vor der ersten Partnerschaft den ersten Koitus. Am häufigsten wurde der erste Geschlechtsverkehr im Alter zwischen 16 und 19 Jahren erlebt, 1973 hatten bereits 95 Prozent der 21jährigen das erste Mal hinter sich gebracht. Das Klischee, dass Mädchen sexuell zurückhaltender wären wurde nicht bestätigt.

Über die exakte Häufigkeit des Koitus bei Jugendlichen lässt sich nichts Genaues sagen, Tatsache war allerdings, dass einerseits nur 5 Prozent der Befragten täglich oder fast täglich Geschlechtsverkehr hatten. Andererseits war der Prozentsatz der Jugendlichen, die im Halbjahr vor der Befragung keinen Verkehr gehabt hatten, mit 7 Prozent relativ niedrig. Besonders häufig hatten ältere Jugendliche Geschlechtsverkehr und hier vor allem jene, die in einer festen Partnerschaft lebten. Ca. 70 bis 80 Prozent der jungen Eheleute verkehrten mehrmals die Woche miteinander.⁶⁴

Drei Tendenzen zur Partnermobilität konnten in der PARTNER I-Studie festgestellt werden. Ein Teil der Jugendlichen wendete sich während der Partnerfindung mehreren Geschlechtspartnern zu, um dann bei der oder dem „Richtigen“ zu verweilen. Ein zweiter Teil lebte einige Zeit in einer festen Beziehung und suchte erst später andere PartnerInnen. Die dritte Gruppe war laut den Erhebungen die größte, man verweilte bei einem Partner. Die Ergebnisse zeigten, dass fast 50 Prozent der weiblichen und fast 30 Prozent der männlichen Befragten im Alter von 20 Jahren bisher nur einen Geschlechtspartner hatten. Ein beträchtlicher Teil von StudienteilnehmerInnen hatte zwei oder drei PartnerInnen gehabt. Die

⁶³ *Starke, Junge Partner, 75ff.*

⁶⁴ *Ebd., 116ff.*

Gruppe jener mit vier oder mehr PartnerInnen war hingegen klein. In ihr fanden sich mehr Männer als Frauen.⁶⁵

Von 1979 bis 1982 wurde die PARTNER II-Studie erstellt. Neben den anonymisierten Fragebögen gab es offene Fragen, die mit einem Kurzaufsatz zu beantworten waren.

Gleichzeitig fand zwischen 1977 und 1982 eine Erhebung über einzelne Themen und Themengruppen wie z.B. Orgasmushäufigkeit, Selbstbefriedigung etc. statt. In der PARTNER II-Untersuchung wurden ungefähr 5500 Personen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren erfasst. Es wurden StudentInnen, Lehrlinge und Berufstätige befragt. Die Befragungen wurden mittels Fragebögen getrennt nach Geschlechtern abgehalten.⁶⁶

Auf Grund dieser Vielzahl an durchgeführten Erhebungen ließen sich diverse Veränderungen innerhalb der sexuellen Entwicklung von Jugendlichen feststellen. Generell kam es in Liebesbeziehungen schnell zu sexuellen Kontakten. Während sich die Jugend in der DDR - verglichen mit Westdeutschland - eher Zeit beim ersten Kuss bzw. beim ersten Petting ließ, war der Übergang zum ersten Geschlechtsverkehr schnell und erfolgte innerhalb der ersten drei Monate nach dem Kennen lernen. Sexuelle Enthaltsamkeit bis zur Hochzeitsnacht war für die Jugendlichen keine Option. Der erste Geschlechtsverkehr basierte in ca. 80 Prozent der Fälle auf Liebe, anonymen Sex war hingegen eher die Ausnahme. Den meisten Jugendlichen stand ein ungestörter Ort zur Verfügung, oft war es das eigene Zimmer in der Wohnung bzw. im Haus der Eltern. Die meisten Mütter und Väter akzeptierten diese Beziehungen und wussten darüber Bescheid, wobei die Mutter die erste Vertrauensperson war.⁶⁷

Die Erhebungen ergaben außerdem, dass sich im Osten die Jugendlichen mehr auf den ersten Koitus freuten, mehr als im Westen. Die PARTNER II-Untersuchung ergab, dass immer mehr Frauen, beim Geschlechtsverkehr einen Orgasmus erlebten. Dieser Trend entwickelte sich insbesondere in den 1970er Jahren. 16jährige Mädchen hatten nach eigenen Angaben zu 75 Prozent Orgasmuserfahrung. Bei der Altersgruppe der 22jährigen lag dieser Wert bereits bei 95 Prozent. Häufig erlebten die Mädchen ihren ersten Orgasmus beim Geschlechtsverkehr. Nur 13 Prozent sagten, sie wären bei der Selbstbefriedigung zum Höhepunkt gekommen.

Die Hauptangst der Jugendlichen war eine ungewollte Schwangerschaft, obwohl die Pille seit 1972 gratis auf Rezept verfügbar war. Die Jugendlichen befürchteten außerdem sexuelle Gewalt. Ungefähr ein Drittel der Mädchen gaben an, bereits selbst sexuelle Gewalt in Form

⁶⁵ Ebd., 137ff.

⁶⁶ *Starke*, Methodik unserer Untersuchung, 97ff.

⁶⁷ *Starke*, Partner- und Sozialverhalten, 182ff.

von Belästigungen oder Übergriffen erlebt zu haben, fast ein Fünftel hatte bereits eine Vergewaltigung oder den Versuch einer solchen erlebt.⁶⁸

Zusammenfassend kann über die Ergebnisse der PARTNER-Studien gesagt werden, dass sich die Koituserfahrung der Jungen und Mädchen in den 1970er und 1980er Jahren dahingehend veränderte, dass es zu einer stärkeren Vorverlagerung kam. Eine gewisse Tendenz ist in Bezug auf Selbstbefriedigungserfahrung bemerkbar, hier ist besonders der Anteil der masturbationserfahrenen Mädchen beträchtlich angewachsen.⁶⁹

In diesem Zusammenhang sind die Studien von Dr. Siegfried Schnabl von Bedeutung. Insbesondere die Umfragen aus 1968 und von 1984 bis 1988 bringen wertvolle Erkenntnisse. Die 1968 gewonnenen Ergebnisse beruhen auf 2.000 Fragebögen von Personen aus allen sozialen Gruppen und jeden Alters. Die Erhebungen von 1984 bis 1988 basieren auf Daten von 2.200 Ratsuchenden in der Chemnitzer Ehe- und Sexualberatungsstelle.

Der Vergleich der Daten zeigt, dass sich das Alter beim ersten Koitus verringerte. 1988 hatten bereits 70 % der Frauen und 56 % der Männer den ersten Koitus vor ihrem 18. Lebensjahr. Im Unterschied dazu lagen 1968 diese Werte noch bei 49 bzw. 51 %. Deutlich zeigt sich, dass Mädchen mehr Erfahrungen sammelten. Zu ähnlichen Ergebnissen kam die Umfrage in Bezug auf Masturbation.⁷⁰

Eine andere Studie aus dem Jahr 1991 erforschte explizit die Sexualität von 12- bis 14jährigen aus der ehemaligen DDR. Die Studie zeigte, dass Jugendliche schon früh erste heterosexuelle Kontakte hatten. Bereits 60 % der 12- bis 14jährigen Mädchen und 56 % der Jungen dieses Alters hatten zumindest einmal einen andersgeschlechtlichen Jugendlichen geküsst. Bei den 15- bis 17jährigen stieg dieser Prozentsatz auf 91 bzw. 85 %. Petting war weniger stark verbreitet, wobei auch hier die Mädchen mehr Erfahrungen hatten. Das durchschnittliche Alter bei der ersten Koituserfahrung lag bei Mädchen bei 16,8 Jahren, bei Burschen bei 17,1 Jahren. Dies korrespondiert mit den bereits genannten Ergebnissen. Als Verhütungsmaßnahme beim ersten Geschlechtsverkehr wurde in erster Linie die Pille verwendet. 15 Prozent gaben an, ein Kondom benutzt zu haben und ebenso viele nahmen den Coitus interruptus vor. Der hohe Prozentsatz der Pillenbenutzerinnen lässt darauf schließen, dass die diesbezügliche bereits beschriebene Politik erfolgreich war.⁷¹

⁶⁸ Ebd., 187ff.

⁶⁹ Weller u. Starke, Veränderungen 1970 – 1990 (DDR), 53f.

⁷⁰ Siegfried Schnabl, Wandel im Sexualleben in den letzten 20 Jahren. Ergebnisse eines Vergleichs in der frühen DDR, in: Sexualmedizin (1990) Nr. 11. 658f.

⁷¹ Michael Selman, IJF, Institut für Jugendforschung, Markt- und Meinungsforschung GmbH, Zärtlichkeiten, Geschlechtsverkehr und Kontrazeption. Studie bei Jugendlichen in der ehemaligen DDR, in: Sexualmedizin (1991) Nr. 3. 94ff.

Wie schon beim Abschnitt über Sexualpädagogik erwähnt, war diese eher auf Partnerschaft, Ehe und Familie orientiert. Jugendliche lebten häufig in festen Partnerschaften und heirateten früh. Ehen wurden jedoch oft aus materiellen Gründen geschlossen. Ein wichtiger Grund war die Bevorzugung von Ehepaaren bei der Wohnungsvergabe. Die geringe Verbindlichkeit der sozialistischen Ehe führte dazu dass einfacher und schneller geheiratet wurde aber auch öfter und unkomplizierter geschieden.⁷²

4.8. Analyse der Kolumne von Dr. Borrmann in der Jugendzeitschrift „Neues Leben“

Die Jugendzeitschrift „Neues Leben“ (NL) war am 10. 12. 1953 gegründet worden und erschien monatlich in einer Stärke von 64 Seiten. Der Vorläufer des Magazins war bereits 1945 erstmals erschienen. Herausgeber der Zeitschrift war die FDJ. „Neues Leben“ war die populärste Jugendzeitschrift in der DDR und hatte im Jahr 1985 eine Auflage von 538.800 Stück. Wie beim Magazin „Junge Welt“ war eine Aufgabe des Blattes, die Jugend im Sinne der FDJ zu beeinflussen, um sie so für ihre Aufgaben in der sozialistischen Republik zu motivieren.⁷³

Die Zielgruppe des NL waren 13- bis 16jährige und es wurden möglichst vielfältige Themenbereiche behandelt. Im Gegensatz zur „Jungen Welt“ wurde Politik nicht vordergründig vermittelt, es geschah eher in „magazinischer“ Form durch Reportagen, Leserdiskussionen oder Ähnliches. Außerdem wollte das nl eine Art Lebenshilfe durch Berufsberatung oder Konfliktlösungsansätze bieten. Genau diesen Anspruch erfüllte die Kolumne „Prof. Dr. Borrmann antwortet“ die später in „nl intim“ umbenannt wurde. Alle Artikel und Beiträge waren streng an der ideologischen Ausrichtung des Staates orientiert, die Themen der einzelnen Ausgaben wurden längerfristig geplant, die Verantwortung für die Inhalte lag bei den einzelnen Redakteuren. Die Beliebtheit des Mediums zeigt sich daran, dass die Zeitschrift nur schwer am Kiosk zu bekommen war, Abonnenten waren sehr privilegiert. Es war fast unmöglich ein neues Abo abzuschließen. Die Zeitschriften wurden unter den Jugendlichen weitergegeben, so dass von ca. zwei Millionen LeserInnen pro Ausgabe ausgegangen werden kann.⁷⁴

In den Ausgaben von 1973 findet sich bereits die Kolumne „Prof. Dr. Borrmann antwortet“. In diesem Jahrgang wurden nur wenige Leserbriefe beantwortet. Ab der 5.

⁷² Weller u. Starke, *Veränderungen 1970 – 1990 (DDR)*, 49f.

⁷³ Gunter *Holzweißig*, *Massenmedien in der DDR*, Berlin 1989, 88.

⁷⁴ Michael *Rauhut*, *Erinnerungen an 38 Jahre Jugendmagazin neues leben*, in: Simone *Barck*, *Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“*, Berlin 1999, 173ff.

Ausgabe wurde die Aufklärungsserie „Liebe, Freundschaft, Sexualität“ gemeinsam mit Dr. Joachim Schille gestartet. Borrmanns Ziel war es, allgemeine Informationen zu geben, gesellschaftlicher wie auch biologischer Natur. Die Vermittlung von Schulwissen wollte er vermeiden. Die Serie sollte sich in erster Linie an 16- bis 18jährige Jugendliche richten, Borrmann weist aber darauf hin, dass die Lektüre für ältere sowie für jüngere LeserInnen durchaus geeignet ist. Borrmann beginnt seine Ausführungen mit dem Kapitel „Was ist das mit der Sexualität?“, in dem er mit der Wertung des Sexuellen beginnt. Er liefert ein betont positives Bild der Sexualität und stellt klar, dass sie zu mehr dient als allein zur Arterhaltung, sondern etwas Förderndes und Beglückendes ist. Die Sexualität ist durchaus zu bejahen und man sollte ihr aufgeschlossen begegnen. Der richtige Umgang mit dem anderen Geschlecht und sich selbst hatte jeder individuell zu erlernen. Zu diesem Zweck sollten Vorurteile und Tabus ausgeräumt werden. Borrmann warnt an dieser Stelle aber vor sexueller Zügellosigkeit, da dadurch die Entwicklung der Persönlichkeit gestört wird und Ausschweifungen nicht im Sinne der sozialistischen Moral seien. Dazu meinte er, dass befriedigender Geschlechtsverkehr erst in einer Liebesbeziehung wirklich möglich und Sex ohne Liebe daher nicht erstrebenswert sei. Er verwies auf die schädliche „neue Moral“, die westlich der Staatsgrenze verbreitet wurde.⁷⁵

Weder Selbstbefriedigung noch Geschlechtsverkehr wertete er negativ, letzteres allerdings nur in einer Beziehung. Gerne berief sich der Autor auf das Verantwortungsbewusstsein der Heranwachsenden, das für ihn eine Selbstverständlichkeit war. Liebe und Sexualität sollten gut überlegt sein, um somit eine möglichst stabile und dauerhafte Partnerschaft bzw. später eine Ehe zu erreichen.⁷⁶

Durch die gesamte Serie zog sich die Betonung der völligen Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Borrmann sprach hier nicht von einem Soll- sondern einem Ist-Zustand. Im dritten Teil der Serie über Formen der Beziehung zum anderen Geschlecht, schrieb er dass „die in unserer Republik verwirklichte und von der heranwachsenden Generation anerkannte und praktizierte Gleichberechtigung“ sich positiv auf die Partnerbeziehungen auswirke.⁷⁷ Mädchen sollten die gleichen Rechte wie Burschen haben, insbesondere beim Beginnen und Auflösen einer Beziehung. Borrmann brachte dazu ein, dass die Gleichberechtigung in Freundschaft, Liebe und Sexualität nicht von selbst entsteht, sondern dass jeder und jede sich dieses Wissen aneignen sollte.⁷⁸

⁷⁵ Rolf Borrmann, Wie ist das mit der Sexualität, in: Neues Leben (1973), Nr. 5, 40ff.

⁷⁶ Rolf Borrmann, Der Geschlechtsverkehr und seine Problematik im Jugendalter, in: Neues Leben (1973), Nr. 9, 42f.

⁷⁷ Rolf Borrmann, Formen der Beziehung zum anderen Geschlecht, in: Neues Leben (1973), Nr. 7, 50.

⁷⁸ Rolf Borrmann, Kontaktschwierigkeiten, in: Neues Leben (1973), Nr. 12, 54.

Als logische Folge einer harmonischen Beziehung sah er den Wunsch beider Partner nach Kindern, wobei er hier auf die gemeinsame Verantwortung von Mann und Frau verwies. Er betonte, dass es sich beim Nachwuchs um Wunschkinder handeln sollte. Er hob die Aufgabe jedes Jugendlichen hervor, schon vor der Volljährigkeit bzw. der Aufnahme von geschlechtlichen Beziehungen sich über Familienplanung Gedanken zu machen. Er plädierte für die rechtzeitige Beschaffung von Verhütungsmitteln. Ein ungewolltes Kind sah Borrmann als eine erhebliche Gefahr für die weitere Existenz der Familie an. Er setzte auf das Verantwortungsbewusstsein der jungen Generation, die seiner Meinung nach diszipliniert und selbstbeherrscht handelte. Im Zusammenhang mit Verhütung beschrieb er die Möglichkeit der Abtreibung, wobei er am Ende der Folge nochmals auf die Wichtigkeit von Kontrazeption verwies.⁷⁹

Eine weitere in allen Zusammenhängen eingebrachte Meinung war, dass eine glückliche Liebesbeziehung automatisch eine Grundlage für eine Ehe darstelle. Die Ehe wurde als positive und für die harmonische Entwicklung des Menschen äußerst wichtige Institution dargestellt. Auffällig ist, dass Borrmann die Möglichkeit der Scheidung bzw. deren rechtliche Grundlagen nie erwähnte. Er warnte davor, eine Ehe überstürzt einzugehen oder mit einem oder einer PartnerIn, die man nicht innig liebt. Deutlich beschrieb er hingegen die Förderung der Ehegemeinschaft in der sozialistischen Republik.⁸⁰

Zu diesen Mechanismen der Unterstützung zählten die von ihm in einer späteren Ausgabe genannten Ehe- und Sexualberatungsstellen. Seiner Meinung nach wurden diese von zu wenigen von Jugendlichen genutzt. Borrmann regte an, dass auch sexuelle Störungen, wie etwa Potenzstörungen, besprochen und nicht unter den sprichwörtlichen Teppich gekehrt werden sollten. An dieser Stelle zählte er die häufigsten Geschlechtskrankheiten auf. Diese sah er nicht als Grund für sexuelle Enthaltbarkeit. Für ihn war wichtig, dass sexuellen Beziehungen nicht überstürzt aufgenommen werden sollten und dass Sexualität am besten und auch aus medizinischer Sicht am sichersten innerhalb einer Beziehung sei.⁸¹

Borrmann orientierte sich bei der Beantwortung der LeserInnenbriefe stark an der sozialistischen Anschauung. Die absichtlich ausgewählten bzw. fingierten Schreiben ermöglichten immer eine Antwort zur positiven Unterstreichung der sozialistischen Lebensweise bzw. ihre Wichtigkeit. Fragen wurden nur bei allgemeinem Interesse behandelt. Publiziert wurde, was sich mit einer Belehrung über sozialistische Moral oder Lebensart verknüpfen ließ.

⁷⁹ Rolf Borrmann, Schwangerschafts- und Familienplanung, in: Neues Leben (1973), Nr. 10, 50ff.

⁸⁰ Borrmann, Formen der Beziehung, 50.

⁸¹ Rolf Borrmann, Gesundheit und Sexualität, in: Neues Leben (1973), Nr. 11, 44ff.

Ein gutes Beispiel dafür fand ich in der Ausgabe Nummer 8 aus dem Jahr 1971. „Inge M.“ fragte, ob Treue noch im Trend der Zeit läge oder etwas Unmodernes wäre. Borrmanns Antwort entsprach exakt der offiziellen Meinung. Er verwies darauf, dass eine unglückliche Beziehung jederzeit aufgelöst werden könne und dass das nichts mit Untreue zu tun hätte. Er führte an, dass das Hintergehen eines Partner bzw. einer Partnerin nicht toleriert werden sollte, man aber bereit sein sollte zu verzeihen. Nicht zu vergessen ist, dass bei Fragen wie diesen immer das Endprodukt Ehe bzw. feste Partnerschaft als das einzig wahre dargestellt und dass zu viel Experimentieren nicht empfohlen wurde.⁸²

Doch nicht nur rein sexuelle Probleme wurden behandelt. In der 5. Ausgabe des Jahres 1980 erzählte „Marion B.“ von ihrem Problem. Sie fühle sich in Jugendgruppen nicht wohl und könne an Gesprächen mit ihren AltersgenossInnen nicht teilnehmen. Borrmann betonte in seiner Antwort die Wichtigkeit sich in das Kollektiv einzufügen. Sein Abschlusskommentar: „Aber früher oder später muss jeder lernen sich einzuordnen und begreifen dass diese Einordnung in das Kollektiv ihm Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet, die ihm außerhalb, in einer wie auch immer selbst verschuldeten Außenseiterposition verschlossen bleiben“.⁸³

Banale Themen wie „Ich darf mit meinem Freund nicht auf Urlaub fahren“ wurden behandelt. Darauf ging Borrmann in der 9. Ausgabe aus dem Jahr 1980 ein. „Ute I.“ erzählte, dass ihre Eltern sie nur auf Urlaub mit ihrem Freund fahren lassen würden, wenn sie verspräche keine intimen Kontakte mit ihm zu haben. Hier teilte sich Borrmanns Antwort in zwei Teile. Als erstes antwortete er Ute und sagte ihr, sie solle sich mit ihren Eltern aussprechen und diese besser nicht belügen. Der zweite Teil seiner Kolumne diente der Verbreitung der öffentlichen Normvorstellungen. So schrieb er: „Unberechtigt ist dagegen das Bestreben einiger Eltern, die Entstehung von Beziehungen ihrer Kinder zu Angehörigen des anderen Geschlechts zu hintertreiben“. Einige Zeilen später: „Für die ungestörte Entwicklung eines Menschen ist es im Hinblick auf seine künftige Lebenstüchtigkeit, die sich auch in verantwortungsbewusster Geschlechtspartnerschaft äußert, unerlässlich, dass dem Jugendlichen hinreichende Gelegenheit zum Umgang mit Angehörigen des anderen Geschlechts gegeben wird. Nur so können sich ein bewusstes Partnerverhalten und ein gutes Verhältnis zum anderen Geschlecht, das sich später auch in einer tragfähigen Ehe bewähren kann, entwickeln.“⁸⁴

Ein für die Jugendlichen relevantes Problem wurde durch die liberalen Ansätze in der DDR gelöst, wodurch die sozialistische Lebensweise in den Vordergrund und in ein positives Licht gerückt wurde. Hier wurde einerseits gegen althergebrachte, bürgerliche Ansichten der

⁸² Rolf Borrmann, Professor Dr. Borrmann antwortet, in: Neues Leben (1971), Nr. 8, 28f.

⁸³ Rolf Borrmann, Professor Dr. Borrmann antwortet, in: Neues Leben (1980), Nr. 5, 52f.

⁸⁴ Rolf Borrmann, Prof. Dr. Borrmann antwortet, in: Neues Leben (1980), Nr. 9, 58f.

Eltern aufgehehrt, die laut Borrmann nicht mehr dem Zeitgeist entsprachen. Andererseits beinhaltete seiner Antwort die wiederholte Festschreibung der Norm: verantwortungsbewusste gegengeschlechtliche Partnerschaften mit dem Ziel einer glücklichen Ehe. Borrmann verpackte diese Botschaft in einer Antwort auf eine für Heranwachsende recht wichtige Frage. Dadurch kann davon ausgegangen werden, dass die Jugendlichen diese Botschaft tatsächlich lasen und beherzigten.

Die Kolumnen von Borrmann stellten eine ausgezeichnete Möglichkeit dar, sozialistische Moralvorstellungen zu verbreiten. Die Aufmachung der Seite sollte die Neugier wecken. Die Seiten in den Heften aus den späten 1970er und 1980er Jahren waren durchwegs schwarz mit weißer Schrift, gepaart mit einem Foto. Borrmann trat nie als Gegner der Jugendlichen auf, er hatte für alles Verständnis. Dies wurde durch die Auswahl der Fragen erreicht. Die Jugendlichen wurden durch diese Methode am besten erreicht und beeinflusst. Es war keine Predigt von Eltern oder PädagogInnen, sondern einfach ein nett geschriebener Text, neben einem ansprechenden Foto, der nebenbei die Norm festlegte.

4.9 Zusammenfassung und Resümee

Abschließend werde ich nun meine Forschungsfragen zusammenfassend beantworten. Wie wurde versucht Einfluss auf das Verhalten der Jugendlichen zu nehmen? Die Einflussnahme auf die Jugendlichen sollte anscheinend von allen Seiten erfolgen, die LehrerInnen in den Schulen sollten die Heranwachsenden ebenso wie die Eltern in sozialistische Bahnen lenken. Von Seiten der Jugendmagazine wurde versucht, die sozialistische Ideologie unter der nachfolgenden Generation zu verbreiten. Das Frauen- und Männerbild wurde über Jugendmagazine und die Sexualerziehung verbreitet. Das Geschlechterbild war relativ ähnlich, beide sollten berufstätig sein und sich im gleichen Maße um Familie und Haushalt kümmern.

Das „Wörterbuch der Sexuologie“ (sic!) definierte das Wort Gleichberechtigung, lobte die Fortschritte in der DDR und kritisierte die kapitalistischen Länder. In der Definition fand sich der Ansatz, dass Mann und Frau zwar nicht biologisch gleich aber gleichwertig sind. Durch die Hilfe der Gesellschaft wie beispielsweise Unterstützung bei der Kinderpflege oder Speisegaststätten wäre es möglich Ungleichheiten auszuräumen.⁸⁵ Es ließ sich also kein wirkliches Frauen- oder Männerbild festlegen. Biologische Unterschiede und gesellschaftlich noch immer existierende Missstände wurden zugegeben, allerdings wurden auf Grund der Forderung nach Gleichberechtigung keine frauen- oder männertypischen Eigenschaften mehr

⁸⁵ Dietz u. Hesse, Wörterbuch der Sexuologie (sic!), 143.

festgelegt. Hier spielten die sozialistischen Ansichten über Kindererziehung eine Rolle, denn man ging davon aus, dass staatliche Einrichtungen genauso gut, wenn nicht sogar besser für die körperliche Pflege und geistige Formung der Nachkommen geeignet wären.

Auch Borrmann verwies an mehreren Stellen darauf, dass beide Teile einer Partnerschaft die gleichen Rechte und Pflichten haben, das begann bereits bei der Aufnahme der Beziehung und geht weiter bis zur gemeinsamen Kindererziehung. Borrmann stellte außerdem klar, dass es kein Argument für die Verbannung der Ehefrau hinter den Herd gibt. So antwortete er im Jahr 1973 einer jungen Frau, sie solle sich gegen ihren Mann in der Frage des Zuhausebleibens nach der Geburt des Kindes durchsetzen. Die Voraussetzungen für die Gleichberechtigung waren seiner Ansicht nach ja schon gegeben und sollen nun in allen Ebenen der Gesellschaft umgesetzt werden. In den Kolumnen wurde festgelegt, dass das Ziel der Gleichberechtigung schon erreicht war und die BürgerInnen nur mehr von den angenehmen Gegebenheiten des Sozialismus profitieren mussten.

Daran anschließend kann die Frage nach der Familieplanung beantwortet werden. Ab den 1970er Jahren standen sichere Möglichkeiten zur Familienplanung zur Verfügung. In diesem Punkt wurde auf das Verantwortungsbewusstsein der oder des Einzelnen gepocht. Diese Freiheiten stießen aber an ihre Grenzen. Verhütung und Abtreibung waren ungehindert möglich, trotzdem wurde von den jungen Menschen die Gründung einer Familie und das Leben in einer festen Partnerschaft erwartet. Von freier Liebe waren die staatlichen Vorgaben weit entfernt.

An diesem Punkt stellt sich die Frage, ob sich die staatlich vorgegebenen, einheitlichen Moralvorstellungen durchsetzen konnten. Glaubt man den zahlreichen Umfragen, die unter den Jugendlichen abgehalten wurden, so könnte man diese Frage bejahen. Viele junge Menschen lebten schon bald in festen Partnerschaften, es wurde jung geheiratet, Treue sowie sexuelle Zufriedenheit waren den meisten Befragten wichtig und viele gaben an, dass sie volle Befriedigung erführen. Fraglich ist allerdings nur, ob diese Statistiken wirklich als Spiegel der Jugendkultur angesehen werden können oder nicht. Ich zweifle hier etwas, da bei Umfragen über Sexualität, egal ob es sich nun um Face to Face-Interviews oder anonyme Fragebögen handelt, nicht immer wahrheitsgemäß geantwortet wird. Insbesondere bei einer eher intimen Thematik ist damit zu rechnen, dass die Befragten eher Standardantworten gaben, um so entweder die Normalität oder die positive Ausnahme darzustellen. Vor allem bei den Fragen nach Orgasmushäufigkeit hätten die Befragten, egal ob politisch beeinflusst oder nicht, nur ungern ein mögliches „Versagen“ zugegeben. Die Antworten lassen auf glückliche ebenso wie sexuell aktive Menschen schließen und passten gut zur politischen Linie. Ebenso könnten

systemkonformen Ergebnisse auf eine nachträgliche „Schönung“ der Werte hinweisen. Vielleicht gab eine parteitreue Person eher an nur mit einem Partner bzw. Partnerin zu verkehren und das auch zu wollen, als jemand, der sich gezielt gegen das System auflehnen wollte. Andererseits konnte niemand sicher sein, dass die Daten wirklich vertraulich behandelt werden. Mit einem Abweichen vom Mainstream hätten im Extremfall Nachteile verbunden sein können. Natürlich besteht die Möglichkeit, dass die gemachten Angaben nicht allzu sehr von der Wirklichkeit abwichen und dass die Menschen in der DDR tatsächlich besonders glücklich mit ihrer Sexualität waren. Dazu stelle die Behauptung auf, dass die Frauen in der DDR durch die zumindest vorgegebene Gleichberechtigung sich eher trauten ihre sexuellen Wünsche zu artikulieren.

Meine erste These lautete, die Sexualerziehung, egal ob durch den Schulunterricht oder durch Aufklärungsliteratur und Zeitschriften, hatte das Ziel, die sozialistische Moral zu verbreiten und die Jugendlichen im Sinne der Norm zu beeinflussen. Diese These kann ich bestätigen, denn die Sexualerziehung diente in jeder Hinsicht der politischen Beeinflussung. Sämtliche Liberalisierungen auf dem Gebiet der Sexualität wurden als Mittel eingesetzt, um die kapitalistischen Staaten, besonders die BRD, als rückständig darzustellen. Allein die Erhebungen über die Häufigkeit von Erfahrungen der westlichen Jugend mit Prostituierten sollte die Botschaft „Wir im Osten haben das nicht notwendig, denn bei uns herrscht im sexuellen Sinne Glückseligkeit“ vermittelt werden. Dass das freie Ausleben der Sexualität ein Ausweg aus dem tristen Alltag war, ist meiner Ansicht nach mit ein Grund für die liberalen Positionen.

Meine nächste These schließt thematisch daran an. Das Regime versuchte die Jugendlichen nach den gewünschten Maßstäben zu beeinflussen, war aber nur oberflächlich erfolgreich. Trotz des offenen Umgangs mit Jugendsexualität in der DDR blieb die nachfolgende Generation oft in alten Moralvorstellungen verhaftet. Ein Grund dafür ist, dass zwar Verhütung und Sexualität offen besprochen wurden und erwünscht waren, die Jugendlichen jedoch trotzdem zu festen Beziehungen und Familienorientierung angehalten wurden.

Eine exakte Antwort auf diese Behauptung ist nur schwer zu geben, da es schwierig oder fast unmöglich ist heute herauszufinden inwieweit entweder von den Befragten falsche Angaben gemacht wurden oder ob die Ergebnisse eventuell im Nachhinein verfälscht wurden. Somit kann ich meine These nur bedingt bestätigen.

Deutlich zeigte sich die starke Verankerung der Jugendlichen in alten Werten, Beispiele dafür sind die Antworten in der PARTNER I-Studie nach dem Virginitätsanspruch der jungen

Männer und Frauen gegenüber ihren PartnerInnen oder die Anforderungen von Studenten und Hochschulabsolventen an ihre zukünftigen Ehefrauen, die sie in der Rolle der Hausfrau und Mutter sahen. Der allseits propagierte Ist-Zustand war also längst nicht erreicht, das Festhalten am bereits umgesetzten „Gleichberechtigungsparadies DDR“ diente, so wie viele sexualpolitische Maßnahmen, vorrangig der Abgrenzung zum Westen. Gerne wurde damit argumentiert, dass in der BRD Frauen unter großen Benachteiligungen zu leiden hätten.

Ein weiterer Punkt, weshalb es nicht zu einem völligen Aufbrechen der Geschlechterstereotype kam, ist die starke Orientierung an der Familie. Zwar war von staatlicher Seite vorgesehen, dass Mütter nach 12 Wochen Schwangerschaftsurlaub wieder nahtlos ins Berufsleben zurückkehren und ihr Neugeborenes in einer Krippe abgeben, dieses Ziel war nur schwer zu realisieren. Einerseits waren sicherlich die Bedenken von Seiten der Mütter zu groß, andererseits gab es einen Mangel an Krippenplätzen, auf den sogar Dr. Borrmann in seiner Kolumne verweist. Er empfahl den Frauen, sich schon während der Schwangerschaft um einen Krippenplatz umzusehen. Durch die starke Propagierung der Familie wurde ungewollt das Bild des männlichen Familienerhalters bzw. Oberhauptes weiter getragen, obwohl Kinderbetreuung und Erziehung im Aufgabenbereich beider Partner liegen sollte.

Die vollkommene Vereinheitlichung der Moral ist nicht geglückt, die viel propagierten Ehen wurden oft aus wirtschaftlichen Überlegungen geschlossen, die demographische Entwicklung konnte nicht im Sinne des Staates umgesetzt werden, die Gleichberechtigung der Geschlechter existierte eher auf dem Papier als in den Köpfen der Menschen. All diese Reformen waren wohl in erster Linie ein Produkt im ideologischen Kampf gegen den Westen, wobei die sozialistische Ethik sich einfach an den Anforderungen des Staates orientierte.

5. Homosexualität

Meine Forschungsfragen zu diesem Abschnitt lauten:

- Wie verhielt es sich mit Diskriminierungen von Homosexuellen, versagte hier die relativ liberale Gesetzgebung?
- Wie war die Meinung von Wissenschaftern und der restlichen Bevölkerung über Homosexuelle? Womit wurden Vorurteile begründet bzw. wo wurden sie reproduziert?
- Wie wurde Homosexualität im Schulunterricht vermittelt bzw. gab es Gründe nicht darüber zu sprechen?

5.1 Der gesetzliche Rahmen

Seit 1871 stellt der § 175 StGB männliche Homosexualität im ganzen deutschen Reich unter Strafe. Der erste Aufhebungsversuch fand 1929 in der Weimarer Republik statt. SPD und KPD stellten den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches vor und plädierten für die Aufhebung der Strafbarkeit des „einfachen homosexuellen Verkehrs“. Diese Neuerungen wurden von NSDAP-Abgeordneten verhindert. Unter der Herrschaft des NS-Regimes kam es zu einer Verschärfung des § 175 StGB. Tausende von Homosexuellen, denen ein Verstoß vorgeworfen wurde, wurden nach Verbüßung ihrer gerichtlichen Strafe oder auch ohne Gerichtsbeschluss in Konzentrationslager deportiert und fanden dort oft den Tod.⁸⁶

Mit dem Ende der NS-Herrschaft und der Re-Demokratisierung Deutschlands setzte eine Diskussion um den § 175 StGB ein. In erster Linie beschäftigte die Frage, inwiefern die Verschärfung der Gesetzgebung dem nationalsozialistischen Gedankengut entsprungen war. Parallel dazu setzte eine Debatte über die Strafbarkeit „einfacher“ männlicher Homosexualität ein. Es folgten zahlreiche Stellungnahmen in diversen Medien gegen den § 175 StGB. Ein wichtiger Vertreter dieser Strömung war der Dresdner Nervenarzt Rudolf Klimmer. Klimmer ging von der Natürlichkeit der Homosexualität aus und griff die Ideen des deutschen Arztes und Sexualforschers Magnus Hirschfeld wieder auf. Bereits die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik hatte sich auf diese berufen. Im August 1948 wurde Klimmers Artikel gegen § 175 StGB in der Sächsischen Zeitung veröffentlicht, in dem er auf die

⁸⁶ Gudrun von Kowalski, *Homosexualität in der DDR: ein historischer Abriss*, Marburg 1987, 16.

gesundheitlichen Schäden der Ächtung von Homosexuellen hinwies. Nach Klimmers Artikel fand eine Auseinandersetzung mit Homosexualität bis in die 1960er Jahre in juristischen und medizinischen Fachzeitschriften statt.⁸⁷

1949 erschien in der juristischen Zeitschrift „Neue Justiz“ ein Kommentar des Chefredakteurs Weiß. Dieser befürwortete die Strafflosigkeit der einfachen Homosexualität. Trotzdem sprach er sich gegen die sofortige Streichung des § 175 StGB aus. Hintergrund war die Rechtseinheit Deutschlands zu wahren. Er machte den Vorschlag einen besonderen Jugendschutz im Gesetz zu verankern. Weiß' Vorschläge wurden mit einem Urteil des Kammergerichts Berlin im Februar 1950 in die Rechtsprechung der DDR übernommen. Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Regelung nur für den Übergang bestimmt sei. Die Homosexualität sollte auf ihre „Gesellschaftsschändlichkeit“ und ihre „Gesellschaftsgefährlichkeit“ hin untersucht werden. 1951 versuchte der Sächsische Landtag den § 175 StGB abzuschaffen. Auf Grund der Unzuständigkeit des Landtages und mit dem Verweis auf eine ohnehin bald folgende Strafrechtsreform in der DDR, erfolgte die Abschaffung nicht. Die angekündigte Reform erfolgte jedoch erst 1968.

Bereits seit 1950 war auf Weisung des Ministeriums für Justiz die Bestrafung einverständlicher, gleichgeschlechtlicher Handlungen eingestellt worden. Begründet wurde diese Anweisung damit, dass diese Handlungen zwar dem Wortlaut eines gesetzlichen Tatbestandes entsprechen würden, aber wegen ihrer Geringfügigkeit und dem Fehlen gesellschaftsschädlicher Folgen Strafflosigkeit rechtfertigen. Es wurden Vergehen nur mehr dann bestraft, wenn sie Handlungen mit unter 18jährigen betrafen. Diese Regelung wurde auch bei der Reform 1968 berücksichtigt.⁸⁸

In den folgenden Jahren wurde immer wieder über die Strafbarkeit von Homosexualität debattiert. Der Jurist Weber kritisierte in seiner Dissertation, dass „der Verstoß gegen die sittlichen und moralischen Anschauungen der Werktätigen (...) allein kein Grund für die Strafbarkeit sein könnte“. 1957 erfolgte der Erlass eines Strafrechtsergänzungsgesetzes. Im Falle geringer Gesellschaftsgefährlichkeit des Angeklagten war das Verfahren einzustellen. Von da an wurde nur mehr der § 175a StGB angewandt, der homosexuelle Kontakte zu Minderjährigen bzw. solche unter Gewaltandrohung und dergleichen bestrafte.⁸⁹

⁸⁷ Ebd. Seite 17f.

⁸⁸ Johannes Wasmuth, Strafrechtliche Verfolgung Homosexueller in der BRD und DDR, in: Reinhard Jellonek u. Rüdiger Lautmann, Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle, Paderborn 2002, 178.

⁸⁹ von Kowalski, Homosexualität in der DDR, 18ff.

Im Zuge der Strafrechtsreform 1968 erfolgte die Streichung des § 175 StGB. Ein besonderer Jugendschutz blieb durch den § 151 des neuen Strafgesetzbuches bestehen. Es herrschte die Meinung, dass Homosexualität vor allem für Heranwachsende gefährlich sei.

Der exakte Wortlaut dieses Paragraphen war: „Ein Erwachsener, der mit einem Jugendlichen gleichen Geschlechts sexuelle Handlungen vornimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung bestraft“. Dieses neue Sondergesetz erfasste nun auch Frauen und sollte der Gefahr einer Fehlentwicklung durch anormale sexuelle Handlungen entgegenwirken.⁹⁰

Die strafrechtliche Gleichstellung von Hetero- und Homosexuellen fand erst im Dezember 1988 durch die Streichung des § 151 StGB statt. Zeitgleich zur Streichung vom § 151 StGB wurden §§ 149 und 150 StGB so umformuliert, dass sie auf sexuellen Missbrauch von Jugendlichen durch verschiedengeschlechtliche oder gleichgeschlechtliche Personen anwendbar waren. Die Neufassung des Strafgesetzes trat am 1. Juli 1989 in Kraft. Der damalige Justizminister meinte dass diese juristischen Lockerungen erstmals von einem Makel befreit waren, den frühere Gesetzesreformen hatten. Davor waren gesetzliche Milderungen in der Verfolgung von Homosexuellen gerne mit dem Zusatz versehen worden, dass sie kein Ausdruck von gesellschaftlicher Akzeptanz und Rechtfertigung der Homosexualität seien. Die neue Regelung legte die Homo- und Heterosexualität als gleich zu bewertende Varianten des sexuellen Verhaltens fest.⁹¹

Ein wichtiger Grund für die zurückhaltende Strafverfolgung von Homosexuellen war die in der DDR angestrebte völlige Abgrenzung von der NS-Zeit. Hintergrund war dass sich eine Kriminalisierung von Schwulen und Lesben sich in keiner Weise für den Staat instrumentalisieren ließ. Durch die Nichtverfolgung konnte sich die DDR, im Vergleich mit der Bundesrepublik, als besonders fortschrittliches und liberales Land präsentieren. Propagiert wurde, dass die Menschenrechte aller geachtet werden würden.⁹²

5.2 Gesellschaftliche Akzeptanz und wissenschaftliche Meinung

Über die Alltagssituation Homosexueller im Ostdeutschland der 1950er Jahre sind kaum Daten zu finden. Strikte Gesetze machten ein öffentliches Auftreten für diese Personen so gut wie unmöglich. Nach der Strafrechtsreform von 1957 waren homosexuelle Männer weiterhin

⁹⁰ Ebd., 35f.

⁹¹ Kurt Bach u. Hubert Thinius, Die strafrechtliche Gleichstellung hetero- und homosexuellen Verhaltens in der DDR, in: Zeitschrift für Sexualforschung, Jg. 2, Heft 3, September 1989, 239f.

⁹² Wasmuth, Strafrechtliche Verfolgung Homosexueller, 172.

vom § 175a StGB betroffen. Insbesondere von medizinischer Seite wurden Homosexuelle weiterhin stigmatisiert. Die Entnazifizierung in medizinischen Kreisen war nur ungenau erfolgt und deshalb hatte homophobes Gedankengut überlebt.

Die ablehnende Haltung der Bevölkerung trug zu einer Isolation Homosexueller bei. Sie waren durch die zu dieser Zeit gültigen gesetzlichen Regelungen von Erpressungen betroffen. Nur in größeren Städten entwickelte sich langsam eine Subkultur von homosexuellen Männern. Die Volkspolizei kannte deren Treffpunkt, griff aber nur ein, wenn Minderjährige betroffen waren.⁹³

Schwierig war auch die Situation von Lesben. Sie waren nie vom § 175 StGB betroffen, allerdings in der Öffentlichkeit wenig sichtbar. Die Unterdrückung der weiblichen Homosexualität ging mit der Situation der Frauen einher. Sie standen in den 1950er Jahren oft in einer ökonomischen Abhängigkeit zu ihren Männern. Verbessert wurde dieser Missstand durch die Maßnahmen in der DDR zur Förderung der Berufstätigkeit der Frauen. Diese waren dadurch nicht mehr gezwungen zu heiraten oder verheiratet zu bleiben. Ein Problem, das Lesben und Schwule gleichermaßen betraf, war der allgemeine Wohnungsmangel. Dadurch hatten sie keine Chance auf eine eigene Wohnung, selbst wenn sie in einer Partnerschaft lebten.

In dieser Zeit wurden erstmals Ansprüche auf Entschädigungen wegen psychischer und physischer Folgen der NS-Verfolgung gestellt. Diese Forderungen waren nicht von Erfolg gekrönt. Die aufrechte Kriminalisierung von Homosexuellen erschwerte dieses Vorhaben noch zusätzlich. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Verfolgung der Juden nicht mit jener der Homosexuellen vergleichbar sei. Damit wurden sie nicht als Opfer des Faschismus anerkannt.⁹⁴

Die homophobe Haltung der Bevölkerung aber auch der SED war ein Erbe der NS-Zeit. Dieses Gedankengut konnte nur schwer beseitigt werden, da unmittelbar nach dem Krieg keine Auseinandersetzung mit dem Thema Homosexualität stattfand. Oft wurde darauf verwiesen, dass es Wichtigeres zu tun gäbe. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Haltung der Sowjetunion, in der es seit 1934 eine massive Diskriminierung von männlichen Homosexuellen gegeben hatte. Da das sowjetische System eine gewisse Vorbildwirkung hatte, wurde kein Anlass zur Entkriminalisierung gesehen.⁹⁵

⁹³ von Kowalski, Homosexualität in der DDR, 25ff.

⁹⁴ Ebd., 26ff.

⁹⁵ Ebd., 30.

Es existiert keine Stellungnahme der SED aus den 1950er Jahren zur Situation der Homosexuellen. Die medizinische Diskussion, die Homosexualität als Krankheit klassifizierte, stieß auf Verständnis von Seiten der Partei.

Wie ein Beispiel zeigt, benutzte die SED Homosexualität bereits in dieser Zeit zu Propagandazwecken. Ein Flüchtling wurde durch Schüsse der Grenzpolizei an der Berliner Mauer getötet. Das Opfer, der 24jährige Günter Liftin, wollte am 25. 8. 1961 vom Humboldthafen aus zum Westberliner Bezirk Tiergarten schwimmen. Der Sachverhalt wurde vorerst nur marginal in den Medien behandelt. Als man in Westberlin eine Gedenktafel für den jungen Mann anbrachte, reagierte die SED. Man veröffentlichte einen Artikel im „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan der SED. Liftin wurde als Homosexueller und Prostituirter dargestellt. Er soll die Flucht deshalb gewagt haben, weil sein Gewerbe im Osten zu wenig einträglich gewesen sei. Damit sollte ein Gegengewicht zur dramatischen Berichterstattung über die Flucht nach Westdeutschland geschaffen werden. Zu diesem Zweck scheute man nicht vor Rufmord eines Toten zurück. Die mediale Aufarbeitung des Falls zeigte deutlich die homophobe Grundeinstellung der Partei.⁹⁶

1955 ging Rudolf Neubert in seinem Buch "Die Geschlechterfrage" auf das Thema Homosexualität ein. Er stellte fest, dass die "echten" Homosexuellen nur eine kleine Minderheit darstellten. Er schrieb, dass viele Homosexuelle eigentlich in der Jugend dazu verführt wurden und deshalb nun "anders" wären. Damit entsprach er der Meinung seiner Landsleute in Ost- und Westdeutschland und knüpfte an die NS-Meinung an. Neubert verwies darauf, dass Homosexualität hauptsächlich beim „Klassenfeind“ den reichen und privilegierten Familien vorkommen würde.⁹⁷

In den 1960er Jahren blieb Homosexualität ein Tabuthema. Die Behauptung der pathologischen Abartigkeit dieser Form der sexuellen Neigung blieb bestehen. Gegenüber homosexuellen Männern gab es folgende Vorurteile: „weibisches“ Verhalten, Wichtigtuerei, Angeberei sowie narzisstisches Verharren. In diesem Zusammenhang wurden Maßnahmen zur Heterosexualisierung homosexueller Männer diskutiert. Neben Psychotherapie, Hormongaben oder Therapien mit Elektroschocks wurde sogar die chirurgische Kastration der Betroffenen als Möglichkeiten zur Umerziehung in Erwägung gezogen. Es ist nicht bekannt, inwieweit diese Praktiken tatsächlich Anwendung fanden. Die Debatte darüber bewies die kollektive Homophobie, die sogar Wissenschaft und Medizin vereinnahmte. In Anbetracht dieser Einstellungen und Vorurteile ist es nur wenig überraschend, dass es 1968 zu keiner

⁹⁶ Richard *Gehling*, *Fremde im eigenen Land*, München 1993, 13.

⁹⁷ Dagmar *Herzog*, *Sex after fascism. Memory and morality in twentieth-century Germany*, Princeton 2005, 197f.

endgültigen Gleichstellung zwischen Hetero- und Homosexuellen kam. Die kollektive Angst vor der gleichgeschlechtlichen Liebe bzw. des Geschlechtsverkehrs blieb erhalten. Die Auffassung der moralischen Verwerflichkeit dieser Handlungen dominierte.⁹⁸

Von wissenschaftlicher Seite entwickelte man in den 1960ern ein besonderes Interesse an der Thematik der Sexualität. Sexualaufklärung wurde als Teil der staatsbürgerlichen Erziehung verstanden und Natur- und Geisteswissenschaften begannen verstärkt auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten. Trotzdem zeigte sich die antihomosexuelle Haltung, im 1964 erschienenen „Wörterbuch der Sexuologie (sic!) und seiner Grenzgebiete“. Im Kapitel über Homosexualität wurde diese als „Störung“ bzw. „Perversion“ gewertet, obwohl sie innerhalb der natürlichen sexuellen Verhaltensweisen läge. Gerne wurde die gleichgeschlechtliche Liebe in der wissenschaftlichen Diskussion als außerhalb der sozialistischen Norm und Moral stehend bezeichnet. Besonders Jugendliche sollten vor solchen Fehlentwicklungen bewahrt werden.⁹⁹

Das Wörterbuch der zählte sämtliche zu dieser Zeit anerkannten Gründe für Homosexualität auf. Diese waren beispielsweise Kastrationsangst, Begehrung der Mutter, die zu dominante Rolle der Mutter bzw. das Heranwachsen in einer rein weiblichen Umgebung. Physische Störungen wie etwa eine Fehlfunktion der Keimdrüsen wurden ebenso beschrieben wie die „Pseudohomosexualität“, aus Mangel an gegengeschlechtlichen Partnern. Diese Definition und Ursachensuche war rein auf Männer beschränkt. Dies zeigt die Nichtwahrnehmung weiblicher Homosexualität. Interessant ist die Einteilung in verschiedene Erscheinungsbilder der Homosexuellen. Genannt werden Homosexuelle ohne äußere oder innere Auffälligkeiten, ebenso die Kategorie „Homosexuelle mit anderen Störungen“ oder „Homosexuelle kombiniert mit anderen Perversionen“. Hier wird deutlich, dass Homosexualität in einen Topf mit „anderen Perversionen“ geworfen wurde.¹⁰⁰

Das Wörterbuch stellte klar, dass Homosexualität biologisch und sozial völlig zwecklos ist und dass homosexuelle Kontakte eher vorübergehend sind. Abgelehnt wurde das Aufwachsen von Kindern im selben Haushalt mit einem gleichgeschlechtlichen Paar. Ein eigener Abschnitt galt der Strafbarkeit der gleichgeschlechtlichen Handlungen. Diese war zum Erscheinungsdatum des Buches 1964 noch aktuell. Der Autor betonte, dass die Bestrafung von Homosexuellen nur wenig zielführend sei, da diese sich nicht durch eine Gefängnisstrafe ändere. Die Homosexualität könne nicht willkürlich abgeschafft werden, da diese trotz

⁹⁸ Gehling, Fremde im eigenen Land, 14.

⁹⁹ von Kowalski, Homosexualität in der DDR, 32f.

¹⁰⁰ Dietz u. Hesse, Wörterbuch der Sexologie (sic!), 159f.

Strafandrohungen nicht weniger häufig vorkomme. Abschließend riet der Autor als Vorbeugungsmitteln den Zugang zum anderen Geschlecht nicht zu unterbinden.¹⁰¹

In diesem Nachschlagewerk findet sich unter lesbische Liebe nur ein Verweis auf Sappho, nähere Ausführungen fehlen.¹⁰² Unter dem Begriff „schwul“ wird darauf verwiesen, dass es sich um einen umgangssprachlichen Ausdruck für „homosexuell“ handelt.¹⁰³

Im 1965 erschienen Buch "Du und ich" von Gerhard und Danuta Weber wurde ebenfalls das Thema Homosexualität behandelt. Sie wurde als Perversion beschrieben und enthielt auch besondere Anweisungen an Jugendliche. Diese sollten keinen Umgang mit Homosexuellen zu haben. Das unter Teenagern sehr beliebte Buch enthält die besondere Warnung an junge Mädchen, keine homosexuellen Männer zu heiraten.¹⁰⁴

In den 1970er Jahren erfolgte in der wissenschaftlichen Forschung kein Aufbruch in Richtung einer neuen Wertung der Homosexualität. Im Gegenteil, besonders durch die Arbeiten von Günter Dörner wurde die Pathologisierung der Homosexualität weiter vorangetrieben. Anhand von Tierexperimenten wollten der Wissenschaftler und seine MitarbeiterInnen beweisen, dass Homosexualität durch biologische Faktoren ausgelöst wurde und beseitigt werden kann. Er kam zu dem Ergebnis, dass durch pränatalen Stress die Entwicklung zur Homo- bzw. Bisexualität gefördert werden würde. Trotz internationaler Kritik an seinen Forschungsergebnissen wurde seinen Positionen eine gewisse Beachtung gezollt.¹⁰⁵

Zur selben Zeit begann auch die sozialwissenschaftlich Sexualforschung. Der bekannteste Vertreter war Siegfried Schnabl. Er ging davon aus, dass Homosexualität eine angeborene oder erworbene Variante der Sexualität ist. Er wandte sich gegen die Ansichten, diese Form der Sexualität als Laster oder als unzüchtig einzustufen. Er war der Meinung, dass man Homosexuellen nichts vorwerfen sollte. Gegen sie könnte nur vorgebracht werden, dass ihnen nie die Freuden der Elternschaft zu teil werden wird. Trotz diesem aufgeschlossenen Standpunkt lehnte er eine mögliche „Therapie“ gegen Homosexualität nicht gänzlich ab. Dies lässt darauf schließen, dass er trotz allem nicht völlig von der Krankheitsvorstellung abging.

Eine Ausnahmeerscheinung war ein Artikel in der Frauenzeitschrift „Für Dich“ von 1975. Die Homosexualität wurde im Zusammenhang mit der Geschlechterrollenproblematik diskutiert und im biologischen Geschlecht wurde keine Bedingung für geschlechtsspezifisches

¹⁰¹ Ebd., 160f.

¹⁰² Ebd., 205.

¹⁰³ Ebd., 299.

¹⁰⁴ Herzog, Sex after fascism, 198.

¹⁰⁵ Gehling, Fremde im eigenen Land, 14.

Verhalten gesehen. Es wurde gefordert, dass die Rollenverständnisse aufgebrochen werden müssten, statt die Verhinderung der Homosexualität anzustreben.

Neben der wissenschaftlichen Literatur wurde das Thema Homosexualität in den 1970er Jahren verstärkt von anderen Medien aufgenommen. So verfasste der bereits genannte Siegfried Schnabl 1973 ein „Plädoyer für eine Minderheit“. In diesem wiederholte er seine bisherigen Thesen und sprach sich zusätzlich gegen Diskriminierung oder Benachteiligung im Berufs- oder Privatleben aus. An dieser Stelle kam es wieder zu widersprüchlichen Aussagen, denn Schnabl verwies auf eine Homosexualitätsprophylaxe.¹⁰⁶

Kurt Bach vertrat ebenfalls diesen Standpunkt. Er warnte in seinem 1973 veröffentlichten Buch „Geschlechterziehung in der sozialistischen Oberstufe“ vor nicht nach der Norm veranlagten Personen. Diese wurden im Kapitel „Abartigkeiten, Homosexualität“ behandelt. Die „hoch gebildete sozialistische Persönlichkeit“ sollte von Homosexuellen fernhalten, sich keinesfalls mit ihnen anfreunden oder ihre Gesellschaft suchen. Bach betonte, dass man sie trotzdem nicht verunglimpfen solle und er stellte gleichzeitig fest, dass bedeutende Künstler oder Wissenschaftler schwul gewesen wären.¹⁰⁷ Anhand dieser Aussagen zeigt sich deutlich die „Ja, aber...“-Einstellung die von den offiziellen Vertretern des Regimes aufrechterhalten wurde; gesetzliche Liberalisierung ja, gesellschaftliche Anerkennung und Gleichstellung nein.

In den 1970er Jahren folgten noch weitere entscheidende Schritte der Emanzipationsbewegung von Schwulen. Das Thema Homosexualität wurde teilweise im Bereich der Belletristik enttabuisiert. Dies geschah zum Teil gleichzeitig mit der Veröffentlichung erster Literatur zum Thema Frauenemanzipation. Deshalb wurde in diesen Büchern nicht nur die männliche, sondern auch die weibliche Homosexualität thematisiert.¹⁰⁸

Ein wichtiges Ereignis war die „Homosexuelle Aktion Westberlin“, die 1972 stattfand und das erste überregionale Treffen von Schwulen- und Lesbengruppen war. Diese Veranstaltung förderte das Selbstvertrauen der ostdeutschen Homosexuellen und ermöglichte somit ein Fortschreiten der Emanzipationsbewegung der Schwulen und Lesben.¹⁰⁹

Trotz der zum Teil liberalen Tendenzen im Bereich der Medien und der Forschung existierte in der Bevölkerung nach wie vor eine ablehnende Haltung gegenüber Homosexuellen. Es herrschte gemeinhin eine Aversion gegenüber öffentlichen Bezeugungen homosexueller Zuneigung. Lokale die als „Schwulentreffs“ bekannt waren, wurden von heterosexuellen Personen gemieden. In größeren Städten existierten meistens „Schwulen-Kneipen“. Es gab

¹⁰⁶ von Kowalski, Homosexualität in der DDR, 40ff.

¹⁰⁷ Hans-Georg Stümke, Homosexuelle in Deutschland: Eine politische Geschichte, München 1989, 167.

¹⁰⁸ von Kowalski, Homosexualität in der DDR, 43ff.

¹⁰⁹ Gehling, Fremde im eigenen Land, 16.

nur wenige Treffpunkte für Lesben in der Öffentlichkeit. Gegenüber Männern kam es immer wieder zu Überfällen oder Gewaltandrohungen. Für Homosexuelle war die Partnersuche besonders erschwert. Sie durften keine Zeitungsinserate schalten, um nach einem oder einer PartnerIn zu suchen. Die Verantwortlichen weigerten, solche Kontaktanzeigen zu drucken.¹¹⁰

Die Führung der DDR war sich nicht ganz einig, wie mit Homosexuellen umgegangen werden sollte. Insbesondere Homosexuellengruppen, die sich ab den 1970er Jahren zu formieren begannen, warfen offene Fragen auf. Seit 1972 bestand eine private Diskussionsrunde in Ostberlin, aus der sich 1973 die „Homosexuelle Interessensgemeinschaft Berlin“ (HIB) entwickelte. Neben dieser entstanden noch einige andere Gruppen, zumeist in den Städten. Die HIB war aber die bedeutendste Homosexuellengruppierung. Sie organisierte Veranstaltungen wie 1976 die Tagung zum Thema „Geschlechterrollen in der sozialistischen Gesellschaft“. Hier zeigte sich die eher uneinheitliche Haltung der Behörden. Zwar wurden für diese Veranstaltung keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, trotzdem wurde betont, dass Homosexuelle nicht weiter in private Räume verdrängt werden sollten. Als die HIB sich 1976 um eine offizielle Anerkennung als Interessensgemeinschaft bemühte, wurde dieses Ansuchen abgelehnt. Sie durfte aber als „privater Freundeskreis“ weiter bestehen.

Sexualwissenschaftler waren in Bezug auf die Bildung von Homosexuellengruppen uneins. Siegfried Schnabl sprach sich nicht generell gegen solche Vereinigungen aus. Hans Szewczyk hingegen befürchtete eine Popularisierung der Homosexualität durch diese Klubs. Er meinte, dass dadurch indirekt Einfluss auf Kinder und Jugendliche ausgeübt werden könnte.¹¹¹

Die ersten Impulse, Homosexualität neu zu überdenken kamen von Seite der protestantischen Kirche. Am 15. September wurde in der Zeitschrift „Die Kirche“ ein Artikel über Homosexualität in der Serie „Toleranz für Minderheiten“ abgedruckt. Erstmals erschien ein Artikel über Homosexualität in einer kirchlichen Zeitschrift und löste intensive Kontroversen aus. Durch die LeserInnenbriefe lassen sich die Reaktionen in etwa nachvollziehen. Die LeserInnenschaft hatte sich offensichtlich in vier Gruppen gespalten. Die erste Gruppe lehnte den Artikel mit dem Argument, dass die Kirche keine Plattform für Sex wäre, ab. Die zweite zahlenmäßig größte Gruppe, stand Homosexualität im Allgemeinen sehr ablehnend gegenüber und zeigte das offen. Ihrer Ansicht war, dass Homosexualität eine Lebensart ist, in der man von Gott abgewendet lebt. Zusätzlich sei diese Form der Sexualität im Allgemeinen unnatürlich. Die dritte Gruppe zeigte Mitgefühl für die Probleme der

¹¹⁰ von Kowalski, Homosexualität in der DDR, 50ff.

¹¹¹ Ebd., 53ff.

Homosexuellen. Die vierte Gruppe bestand aus Schwulen und Lesben, die einen derartigen Artikel in einer christlichen Zeitung begrüßten.¹¹²

Ab den 1980er Jahren begann man neue Strategien der homosexuellen Emanzipationsarbeit zu entdecken. Teilweise wurde mit der evangelischen Kirche zusammengearbeitet. Nicht die gesamte Amtskirche sondern einzelne PastorInnen nahmen an dieser Verbindung teil. Hohe klerikale Vertreter waren bei offiziellen Aussagen zum Thema Homosexualität eher zurückhaltend. Die erste öffentliche Diskussion über Homosexualität fand 1982 in der evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg statt. Das Motto war „Können wir darüber reden? Homosexualität als eine Frage für Theologie und Seelsorge“. Das Besondere an dieser Konferenz war nicht, dass Homosexualität thematisiert wurde, sondern dass sich Schwule und Lesben auch unter den TeilnehmerInnen fanden. Einer der wichtigsten Erfolge dieser Versammlung war die Bildung der „Arbeits- und Gesprächskreise“, die sich noch im selben Jahr in Leipzig und Berlin formierten. Die Gründung dieser Gruppen hatte Signalwirkung für die gesamte DDR. In den folgenden Jahren bildeten sich fast in jeder Stadt Arbeits- und Gesprächskreise, selbst in eher provinziellen Kleinstädten wie etwa Zwickau oder Neustrelitz.

Diese rasanten Veränderungen stießen nicht überall auf positive Reaktionen. Die Theologische Studienabteilung der Evangelischen Kirche warnte 1984 vor „militanten Homosexuellen“. Dazu wurde eine Broschüre mit dem Titel „Homosexuelle in der Kirche“ entworfen. Trotz dieser negativen Einwürfe von einigen Kirchenvertretern organisierten sich Schwule und Lesben weiterhin im Umfeld der Kirche. Breite Unterstützung kam von nicht-homosexuellen Kirchenmitgliedern und von klerikalen Institutionen. Gemeinsam wurden Tagungen abgehalten und Studien erstellt.¹¹³

Die Zusammenarbeit der Kirche mit Homosexuellen und die daraus folgende Organisation von Gruppen wurden von staatlicher Seite mit Argwohn verfolgt. Zur Überwachung dieser Aktivitäten gab es bei der Stasi eine eigene Abteilung für homosexuelle Angelegenheiten in Berlin. Innerhalb der Homosexuellengruppen war die Präsenz von Stasi-Informanten recht hoch. Einzelne Gruppen gaben im Nachhinein an, dass bis zu 60 Prozent ihrer Mitglieder bezahlte Informanten der Staatssicherheit gewesen waren. In einem Interview mit Denis M. Sweet hatte ein ehemaliger Informant, selbst ein Homosexueller, angegeben, von der Stasi direkt rekrutiert worden zu sein. Ihm wurde klar gemacht, dass sie seine sexuelle Präferenz

¹¹² Denis M. Sweet, *The Church, the Stasi and Socialist Integration: Three Stages of Lesbian and Gay Emancipation in the Former German Democratic Republic*, in: *Journal of Homosexuality* (1995), Vol. 29, Nr. 4, 353f.

¹¹³ Ebd., 354ff.

kannten und versuchten ihn zu überzeugen, dass die Homosexuellenorganisationen gegen den Staat arbeiten würden. Später wurde ihm gesagt, dass er durch seine Spionagearbeit etwas zur Verbesserung der Lage von Homosexuellen in Ostdeutschland beitragen könne.

Lesben- und Schwulen-Gruppen wurden auch anders kontrolliert. Interessant ist hier der Fall einer Lesbian-Gruppe die 1985, die ins ehemalige KZ Ravensbrück fahren wollte, um einen Kranz für die dort ermordeten Frauen niederzulegen. Die Aktion wurde von Seiten der Stasi mit der Bemerkung unterbunden, man solle nicht zwischen den Opfern des Nazi-Regimes unterscheiden. Die 11 Frauen wurden verhaftet und eingeschüchert.

Der Staat nahm die Gruppenbildung von Schwulen und Lesben als eine Bedrohung des Sozialismus wahr. Dieser Argwohn bezog sich nicht im Speziellen auf Homosexuellengruppen, sondern auf die Organisation von Verbänden und Vereinigungen im Allgemeinen.¹¹⁴

Die AktivistInnen der Homosexuellenorganisationen waren durchaus keine StaatsfeindInnen. Sie wollten nur ohne Diskriminierungen leben können. Die meisten verhielten sich nicht provokant, sondern akzeptierten den Rahmen der Gesetze. Trotzdem verlangten sie engagiert ihre Gleichstellung als Homosexuelle. Die Einschätzung dieser meist urbanen Bewegungen als staatsfeindlich ist auf die Angst vor jeglicher politischer Opposition zurückzuführen. Oftmals wurden die Forderungen aber mit dem Verweis auf die bereits bestehenden Gesetze abgeschmettert.

Die meisten Homosexuellengruppen waren anfangs männlich dominiert. Die ersten Veröffentlichungen zum Thema Homosexualität bezogen sich hauptsächlich auf Männer. Lesben standen eher im Hintergrund. Die punktuelle Zusammenarbeit zwischen Schwulen und Lesben verlief nicht immer konfliktfrei. Erst später entwickelten sich immer mehr lesbische Eigeninitiativen, wie der „Sonntags-Club“.¹¹⁵

Diese Erfahrungen finden sich auch in Lebensberichten lesbischer Frauen aus dem Buch „... viel zuviel verschwiegen“, von denen ich zwei exemplarisch ausgewählt habe. Ursula Sillige beschrieb die Probleme bei der Organisation von Lesbentreffen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre. Sie war auch von Verboten von Seiten der Staatssicherheit betroffen. Bei Versuchen mit Magistratsbeamten zu verhandeln, wurde darauf verwiesen, dass Homosexuelle in der DDR von juristischer Seite nicht eingeschränkt wären. Sie beschrieb auch ein weiteres Problem des Staates mit Versammlungen von Homosexuellen-Gruppen.

¹¹⁴ Ebd., 356ff.

¹¹⁵ Herbert *Potthoff*, *Lesben und Schwule in der DDR*, in: Fachverband Homosexualität und Geschichte e.V., *Invertitio. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten*. 7 (2005). *Gemeinsam stark – Homosexuelle Netzwerke*, 112ff.

Man verdächtigte sie gegen den Staat zu arbeiten und bezichtigte sie Verbindungen zum Westen, dem „Klassenfeind“, zu haben. Auf Grund dieser Beschränkungen und wegen der vorurteilsbeladenen Haltung der Bevölkerung gegenüber Homosexuellen war es für sie unmöglich, Räumlichkeiten in Gaststätten für diese Treffen zu finden. Außerdem beschrieb sie die Schwierigkeiten Lesben überhaupt zu erreichen. Der Informationsaustausch war durch diverse Verbote sehr erschwert, weshalb zu geplanten Veranstaltungen oft nur wenige Frauen kamen. Die Vervielfältigung von Druckschriften war lange Zeit nur mit der Schreibmaschine erlaubt, was die Aussendung von Informationsblättern oder ähnlichem äußerst mühsam und langwierig machte.¹¹⁶

Die Situation der Homosexuellengruppen wurde aus einer anderen Perspektive von „Henrike“ beschrieben. Sie war extra nach Berlin gezogen, in der Hoffnung dort einfacher Anschluss an andere Frauen zu finden. Sie musste aber feststellen dass es auch in der Großstadt schwierig war überhaupt Adressen von Gruppierungen zu bekommen. Erst über diverse Hinweise fand sie Eingang in den so genannten „Sonntags-Club“, doch gab es Probleme innerhalb der Gruppe. Die einzelnen Mitglieder hatten nicht immer die gleichen Vorstellungen und Ziele. Henrike zeigte beispielsweise auf, dass hier auch engagierte DDR-Gegnerinnen agierten, wohingegen andere Frauen lieber mittels kleiner Reformen versuchen wollten, Fortschritte zu erreichen.¹¹⁷

In den 1980er Jahren kam es nicht zuletzt durch diese Aktivitäten zunehmend zu öffentlichen Auseinandersetzungen mit Homosexualität. In der Forschung veränderte sich die Meinung über Homosexuelle und es entstand ein eher positives Bild der Homosexualität auf wissenschaftlicher Ebene. Die Arbeiten Dörners verloren an Einfluss, seine Forschungsmethoden, wie etwa Tierversuche, wurden kritisiert, da man nicht von Tier auf Mensch schließen könne. Auch Siegfried Schnabl brachte seine Kritikpunkte an, blieb aber nach wie vor bei der Auffassung, dass Homosexualität keine erstrebenswerte Form der Sexualität sei und er warnte davor, dass Heterosexuelle nicht zu einer Minderheit werden sollten.¹¹⁸

1984, gab das Berliner Magistrat eine Studie in Auftrag, die wissenschaftliche Erkenntnisse zum „sozialismuskonformen“ Umgang mit Schwulen und Lesben liefern sollte. Durch diesen Forschungsbericht der „Interdisziplinären Forschungsgruppe Homosexualität“ mit dem Titel „Zur Situation homophiler Bürger in der DDR“ sollte die SED davon überzeugt

¹¹⁶ Christina Karstädt u. Anette von Zitzewitz (Hrsg.), ... viel zuviel verschwiegen. Eine Dokumentation von Lebensgeschichten lesbischer Frauen aus der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1996, 135ff.

¹¹⁷ Ebd., 127ff.

¹¹⁸ von Kowalski, Homosexualität in der DDR, 56ff.

werden, dass die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Homosexuellen nicht nur im Interesse der Betroffenen ist, sondern auch ökonomisch von Vorteil sei. So hieß es in der Studie, dass im Sozialismus die Leistungsfähigkeit aller Bürger ausgeschöpft werden müsse. Eine wichtige Voraussetzung dafür sei ihre unbeschwerte Identifikation mit der sozialistischen Gesellschaft. Auch homophile Bürger sollten sich daher objektiv und subjektiv im Sozialismus wohl fühlen.

Aus dieser Studie ergab sich ein Forderungskatalog zur Verbesserung der Situation von Schwulen und Lesben, der allerdings nicht nur positive Seiten hatte. Herbert Thinius kritisierte beispielsweise, dass es sich hier um ein von oben angeordnetes Integrationsprogramm handelte und dass ein gleichberechtigter Austausch und die politische Mitbestimmung von Homosexuellen auf höherer Ebene nicht vorgesehen waren. Die „Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Homosexualität“ nahm kritisch zu den Verhältnissen Stellung, war aber vom sozialistischen System überzeugt. Die Diskriminierung Homosexueller würde vor allem zu wirtschaftlichen Nachteilen führen, sie sollten sich daher besser in den gesellschaftlichen Prozess integrieren. Ein weiterer Ansatz der Arbeitsgruppen war die Aufhebung des binären Zwangssystems, das die Menschen durch eine strikte Linie in homo- und heterosexuelle Veranlagte teilte. Sie kritisierten, dass sich daraus ergebende Problem einer Minderheiten- und Mehrheitenbildung. Nur durch das Ende der Polarisierung der Sexualität könne eine völlige Integration aller Menschen in die Gesellschaft erfolgen.¹¹⁹

Ein bedeutender Wendepunkt in der öffentlichen Diskussion über Homosexualität außerhalb der Kirche war ein Kongress von der Sektion für Ehe und Familie der Gesellschaft für Sozialhygiene der DDR, der 1985 in Leipzig stattfand. Diese Versammlung war der Ausgangspunkt einer Serie von Konferenzen, die sich dem Thema der „Psychosozialen Aspekte der Homosexualität“ widmeten. Die Folgekonferenzen fanden 1988 in Karl-Marx-Stadt statt und 1990 in Jena. Diese Workshops hatten interdisziplinären Charakter, es waren nicht nur Mediziner, sondern auch Psychologen, Sexualtheoretiker, marxistische Philosophen sowie Schwule und Lesben anwesend. Günter Dörner, der jahrelang dafür eingetreten war, dass Homosexualität durch Hormontherapie zu heilen wäre, war nicht anwesend. Die Ablehnung von Dörners Thesen zeigte deutlich eine Kehrtwende im wissenschaftlichen Umgang mit Homosexualität und die Abkehr von ihrer Pathologisierung. Zwei Grundthemen wurden auf den Konferenzen besprochen, zum einen, dass Vorurteile gegenüber Homosexuellen keinen Platz in der sozialistischen Gesellschaft hatten und zum

¹¹⁹ Helmut *Blazek*, *Rosa Zeiten für rosa Liebe*, Frankfurt am Main, 1996, 303f.

anderen, dass Diskriminierung von Schwulen und Lesben in der Geschichte oft der Aufrechterhaltung des politischen und sozialen Systems diene.

Diese Konferenzen hatten Auswirkung auf die Sozialpolitik des Landes. Es wurde die Bildung von homosexuellen Jugendgruppen im Anschluss an die FDJ-Gruppen ebenso ermöglicht wie das Entstehen weiterer unabhängiger Lesben- und Schwulenorganisationen. Eine nie da gewesene Diskussion in den Medien folgte, zum Beispiel in der populären Zeitschrift „Das Magazin“, die eine Serie über Homosexualität anhand von Interviews und Lebensberichten startete. 1989 wurde der Film „Coming out“ gedreht, der die Geschichte eines jungen schwulen Mannes erzählt. Es wurden verschiedene Formen der sozialen Diskriminierung gezeigt und das Thema der Verfolgung von Homosexuellen in der Nazi-Zeit erwähnt. Festzuhalten ist, dass die mediale Aufmerksamkeit in erster Linie homosexuellen Männern galt, Lesben blieben weiterhin am Rande der Wahrnehmung.¹²⁰

Ein Beitrag von Christa Schenk u. Marinka Körzendörfer vom Kongress von 1988 widmete sich den Lebensumständen homosexueller Frauen. Die Autorinnen stellten klar, dass bis dahin nicht viel über Lebensbedingungen, Lebensweisen und den Umgang mit der eigenen Sexualität dieser Frauen bekannt war. Sie wiesen darauf hin, dass die gewonnenen Erkenntnisse über homosexuelle Männer nicht eins zu eins auf Frauen umgelegt werden können. Sie begründeten das mit den verschiedenen Erwartungen an beide Geschlechter. Lesben wurden von der Wissenschaft nur marginal wahrgenommen. Der Grund dafür war, dass man Frauen in Bezug auf ihre Sexualität jegliche Eigenständigkeit abgesprochen hatte. Als einen weiteren Aspekt sahen die Autorinnen die Unsichtbarkeit von Lesben in der Öffentlichkeit woraus das mangelnde Wissen über Homosexualität von Frauen entstand. Die Emanzipation von homosexuellen Frauen verzögerte sich, das Heraustreten aus dem traditionellen Rollenbild der Ehefrau war fast unmöglich. Die Verfasserinnen kamen zu dem Schluss, dass zahlreiche lesbische Frauen in innerer Isolation lebten und ihre Neigungen nur im Geheimen zuließen. Auch wurden Familienmitglieder oft nicht eingeweiht, nur wenige Lesben lebten wirklich offen und standen in jeder Situation zu ihrem Lesbischsein.¹²¹

Denis M. Sweet meinte zu den Entwicklungen in den letzten Jahren der DDR in Bezug auf die Toleranz gegenüber Homosexuellen dass diese äußerst progressiv waren. Diese Toleranz war aber ein Instrument der Führung, die sich so als besonders minderheitenfreundliches Land präsentierte. Das Regime hatte anfangs mit Repressionen und

¹²⁰ Sweet, *The Church, the Stasi and Socialist Integration*, 359ff.

¹²¹ Christa Schenk u. Marinka Körzendörfer, *Zu einigen Problemen lesbischer Frauen in der DDR – Ursachen und Konsequenzen*, in: Hans Schmigalla (Hrsg.), *Psychosoziale Aspekte der Homosexualität. II. Workshop der Sektion Andrologie der Gesellschaft für Dermatologie der DDR und der Sektion Ehe und Familie der Gesellschaft für Sozialhygiene in der DDR, Jena 1989*, 88ff.

dann mit Überwachung gearbeitet. Durch die Öffentlichmachung des Themas konnte die soziale Kontrolle noch weiter gesteigert werden, es wurde erkannt, dass die Homosexuellenorganisationen perfekte Einheiten zur staatlichen Überwachung waren. Die Interessen des Staates stimmten also nicht automatisch mit jenen der schwulen oder lesbischen EinwohnerInnen überein.¹²²

Überraschend revolutionär erschien die Herausgabe des Buches „Homosexualität – Wissen und Toleranz“ im „Verlag Volk und Gesundheit“ 1987. Bereits die erste Auflage der Veröffentlichung des Psychologie-Professors Rainer Werner hatte 50.000 Exemplare und war bereits nach drei Wochen vergriffen. Neu an diesem Buch war, dass es sich deutlich von den bisherigen Publikationen rund um das Thema Homosexualität unterschied. Werner forderte die Gleichbehandlung von homo- und heterosexuellen Paaren ebenso wie die Einrichtung von staatlichen Konsultationszentren für Homosexuelle.

Ebenfalls 1987 wurde im ostdeutschen Fernsehen im Rahmen des Gesundheitsmagazins „Visite“ ein Beitrag zum Thema Homosexualität ausgestrahlt. Ziel dieser Sendung sollte die Vermittlung von mehr Wissen über Homosexualität sein sowie der Abbau von Vorurteilen und Berührungängsten. In der Sendung wurde nicht nur die seit Jahrhunderten andauernde Verfolgung Homosexueller beklagt. Es wurde klar gestellt, dass sie in allen Gesellschaftsschichten zu finden wären und die gleichen Fähigkeiten und Qualifikationen wie jede/r andere hätten. Homosexualität wurde nicht länger als „unproletarisch“ oder als „westliche Dekadenz“ gebrandmarkt, die Gleichheit homo- und heterosexueller Menschen wurde hervorgehoben. Zudem wurde in „Visite“ nicht länger die „Verführungsthese“ aufrechterhalten, es erfolgte ein klarer Hinweis darauf, dass die homoerotische Prägung bereits bei der Geburt festgelegt wäre. Man appellierte an die Eltern, im Falle einer homosexuellen Neigung des Kindes mit Verständnis zu reagieren und bei Problemen zu unterstützen.¹²³

In der „Visite“ erzählten junge Homosexuelle von ihren Ängsten und Schwierigkeiten mit dem „coming out“ und vom langen Weg zur Selbstakzeptanz. In diesem Zusammenhang wurde auf Beratungsmöglichkeiten von Homosexuellen hingewiesen und eine Vertreterin der Eheberatungsstellen kam zu Wort. Die Sendung endete mit einem Aufruf zu mehr Toleranz der BürgerInnen sowie der Darlegung, dass homosexuelle Beziehungen, so sie auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit basierten, nicht gegen Moral und Anstand verstießen. Sendungen dieser Art konnten als Beweis dafür angesehen werden, dass die Regierung sexual- und

¹²² Sweet, *The Church, the Stasi and Socialist Integration*, 361ff.

¹²³ *Stümke*, *Homosexuelle in Deutschland*, 167ff.

sozialwissenschaftliche Erkenntnisse spät aber doch umsetzte. Diese Veränderungen setzten mit dem Auftreten der Immunschwächekrankheit AIDS ein.¹²⁴

1985 war die erste Infektion in der DDR registriert worden, bis 1989 zählte man insgesamt 16 infizierte Personen. Trotz dieser geringen Rate starteten die Behörden umfangreiche Maßnahmen, um die weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern. Die Gesundheitspolitiker verzichteten darauf die besonders gefährdete Gruppe der homosexuellen Männer im speziellen über die Gefahr von AIDS aufzuklären. Diese fehlende Auseinandersetzung ist darauf zurückzuführen, dass man Homosexuelle von offizieller Seite nicht als sexuelle Minderheit anerkennen wollte. Die Folge dieses Versäumnisses zeigte sich nach der Wende, denn mit der Wiedervereinigung Deutschlands schoss die Anzahl der Neuinfektionen ungebremst in die Höhe.¹²⁵

Eher positiv sah Detlef Bauer 1985 die Situation von Homosexuellen in Bezug auf den Umgang der Medien. Er kam auf Grund seiner Recherchen zu dem Schluss, dass es in Zeitungen, Zeitschriften und anderen Medien keine Diskriminierung von Homosexuellen gab. Bauer führte weiters die oben genannten Beispiele wie etwa den Artikel in der Frauenzeitschrift „Für Dich“ als positives Beispiel an. Er nannte Literaturbeispiele die sich mit der Thematik der Homosexualität auseinandersetzten, etwa Dieter Nolls 1979 erschienener Roman „Kippenberg“. Auf Grund dieser Beschäftigung im Kulturbereich kam Bauer zu dem Schluss, dass Homosexualität in der ostdeutschen Literatur nicht völlig ausgespart wurde. Er sprach von einem toleranten Klima innerhalb des Kulturbetriebs. Bauer wies darauf hin, dass dadurch Alltagsdiskriminierungen nicht automatisch ausgeräumt wurden. Er bemerkte dazu, dass die Führung zwar nichts gegen Homosexuelle unternahm, allerdings auch nichts für sie tat.¹²⁶

Ende 1990 und Anfang 1991 führte Kurt Starke Befragungen von 546 ostdeutschen Männern zwischen 14 und 68 Jahren mittels Fragebögen durch. Sie waren ein Teil der in diesem Zeitraum durchgeführten PARTNER III-Studie. Das Ziel der Untersuchung, deren Ergebnisse in Starkes Buch „Schwuler Osten“ veröffentlicht wurden, sollte ein Bericht über die Lage homosexueller Männern in der DDR sein. Durch diese Berichte sollten nicht nur neue Erkenntnisse gewonnen, sondern es sollten auch Vorurteile abgebaut und Legenden zerstört werden.¹²⁷

¹²⁴ Ebd., 169f.

¹²⁵ Potthoff, *Lesben und Schwule in der DDR*, 114.

¹²⁶ Detlef Bauer, *Homosexualität in der DDR. Versuch einer Bestandaufnahme*, in: *Schwulenreferat im Allgemeinen Studentenausschuss der Freien Universität Berlin* (Hrsg.), *Homosexualität und Wissenschaft*, Berlin 1985, 282ff.

¹²⁷ Kurt Starke, *Schwuler Osten. Homosexuelle Männer in der DDR*, Berlin 1994, 113f.

Ich möchte hier die Ergebnisse der Umfrage in Bezug auf Formen der strukturellen Gewalt an Homosexuellen hervorheben, da diese Angaben ein realistisches Bild ermöglichen. 36 Prozent der befragten Männer gaben an, dass sie auf Grund von Diskriminierungen schon daran gedacht hatten, sich das Leben zu nehmen, 8 Prozent hatten es einmal und 5 Prozent mehrmals versucht. Gewalt gegen Homosexuelle war weniger physischer als psychischer Natur, häufig waren es Spötteleien oder Ausgrenzung, unter denen Homosexuelle litten. 22 Prozent gaben an auf Grund ihrer homosexuellen Neigung im Beruf oder in der Ausbildung benachteiligt worden zu sein. Interessant ist hier, dass solche Probleme in erster Linie Bewohner von Großstädten trafen, da hier der Grad der Offenheit höher war und somit mehr Personen über den Betreffenden Bescheid wussten. Diese Benachteiligungen äußerten sich unter anderem in Entlassungen, Benachteiligungen bei Beförderungen oder im Studium, Ausgrenzungen durch KollegInnen und Schikanen durch Vorgesetzte. Besonders krass war laut Aussagen der Befragten die Situation in der Armee, im Kirchendienst oder in der SED. Dort gab es teilweise Richtlinien, dass unverheiratete Männer nicht aufgenommen wurden. Auch im Privatleben stießen Homosexuelle oft auf Ablehnung, besonders schwierig gestalteten sich einerseits das Verhältnis zu den Eltern und andererseits die Partnersuche. 55 Prozent meinten wegen ihrer Homosexualität beschimpft worden zu sein, von Bekannten ebenso wie von völlig Fremden auf der Straße. Rund ein Viertel der Befragten waren zumindest einmal von körperlicher Gewalt betroffen gewesen zu sein. Auch hier gab es mehr Vorkommnisse in den Großstädten und hier insbesondere in Parks oder Lokalen, die als Schwulen-Treffpunkte bekannt waren.¹²⁸

Starke kam trotz dieser Ergebnisse zu dem Schluss, dass sich die Situation für Homosexuelle insbesondere in den 1980er Jahren deutlich verbessert hatte, etwa durch die verstärkte mediale Aufarbeitung des Themas. Er war außerdem der Meinung, dass sich die Akzeptanz erst langsam einstellen wird und nur durch eine völlige Legalisierung der Homosexualität Vorurteile und jegliche Formen von Gewalt abnehmen würden.¹²⁹

5.3 Homosexualität und Jugendsexualität

Die Verbindung zwischen Homo- und Jugendsexualität stellte einen Aspekt dar, dem seitens der Wissenschaft und vom Gesetzgeber größte Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Sämtliche noch so weit reichende Reformen zur Entkriminalisierung endeten lange beim Umgang

¹²⁸ Ebd., 198ff.

¹²⁹ Ebd., 195ff.

Homosexueller mit Jugendlichen. Homosexuelle galten als besonders gefährlich, Frauen ebenso wie Männer. Man sah sie als VerführerInnen ahnungsloser Minderjähriger zur Homosexualität.

Bis in die 1960er Jahre und darüber hinaus wurde von führenden Sexualpädagogen dazu angeraten, dass der schulische Aufklärungsunterricht die Jugendlichen von solchen „Fehlentwicklungen“ bewahren sollte. Die „Geschlechtsliebe“, so etwa Rolf Borrmann, sollte zwischen zwei verschiedengeschlechtlichen Partnern stattfinden. Andere mögliche Formen wie Homosexualität oder Promiskuität sollten durch die Sexualpädagogik von vornherein ausgeschlossen oder überwunden werden. Da die Schulerziehung als Vorbereitung auf Ehe und Familie angesehen wurde, wurden diese Themen oft nicht behandelt oder als Abartigkeiten dargestellt. Gerne benutzte man Begriffspaare wie etwa „Schmutz“ und „Sauberkeit“ um das gewünschte Wissen weiterzugeben.¹³⁰

Die sozialistische Sexualerziehung blieb lange Zeit auf die heterosexuelle Norm fixiert, bis Mitte der 1970er Jahre wurde Homosexualität als eine Art „Fehlhaltung“ vermittelt obwohl es keine gesetzliche Verfolgung von Homosexuellen mehr gab. Diese ablehnende Haltung von Seiten der SED war unter anderem auf die lange Aufrechterhaltung der „Verführungsthese“ zurückzuführen. Obwohl es schon früh Diskussionen darüber gab, dass Homosexualität keine Gefahr für die Gesellschaft wäre, waren selbst Sexualpädagogen nicht besonders aufgeschlossen. Kurt Bach stand der Vermittlung von Homosexualität in den Schulen eher positiv gegenüber. Fraglich ist aber, inwiefern mehr Toleranz in diesem Bereich tatsächlich verwirklicht wurde bzw. hätte verwirklicht werden können.¹³¹

In meiner kleinen Stichprobe von „Neues Leben“-Heften aus den 1970er und 1980er Jahren fand ich in einer Ausgabe aus dem Jahr 1973 eine Anfrage an Prof. Dr. Borrmann von einem sich selbst als homosexuell einschätzenden Jugendlichen. Ein gewisser Dietmar erzählte, Bekanntschaften mit anderen jungen Männern zu suchen, junge Mädchen würden ihn nicht interessieren und seine Freunde würden ihn deshalb für nicht „normal“ halten bzw. als homosexuell einschätzen. Prof. Dr. Borrmanns Antwort ist insofern interessant da er gleich zu Beginn anführte, dass solche Fragen äußerst selten wären und er diese nur ihrer Außergewöhnlichkeit wegen beantwortet. Im Folgenden gab er eine Erklärung darüber ab, was genau unter Homosexualität zu verstehen ist und worin der Unterschied zur Heterosexualität liegt. Dietmar riet er die Aussagen seiner Freunde und Bekannten nicht weiter zu beachten, da diese ihn wohl auf die Idee gebracht hätten homosexuell zu sein, obwohl er es sicherlich nicht ist. Er solle es einfach mal mit Mädchen versuchen.

¹³⁰ von Kowalski, Homosexualität in der DDR, 33f.

¹³¹ Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 92ff.

Abschließend richtete Borrmann noch ein paar Worte an alle die wirklich homosexuell sind. Er schrieb, dass diese wohl anders wären, sie sollten sich nur auf Grund ihrer homosexuellen Neigungen weder im moralischen noch in einem anderen Sinne schlechter fühlen.¹³²

Meines Erachtens kann man Prof. Dr. Borrmanns Aussage von zwei Seiten betrachten, einerseits war er sehr bemüht dem Jugendlichen klarzumachen, dass er ja eigentlich doch heterosexuell ist. Diese Aussage unterstrich er mit seiner Erklärung, was Homosexualität eigentlich ausmacht und dass es noch immer fraglich wäre, ob man von der Veranlagung her überhaupt homo- und heterosexuell ist. Er war auch sehr optimistisch, was die zukünftigen Bekanntschaften des Fragestellers mit Mädchen anging und er stellte diese zukünftigen Erfahrungen in den Vordergrund. Andererseits stellte er am Ende klar, dass Homosexualität etwas ganz Normales und Anerkanntes ist und folgt damit der propagierten Meinung. Er verhielt sich hier ähnlich wie der Staat selbst gegenüber den Homosexuellen. Er unternahm bzw. schrieb in diesem Fall nichts gegen sie, allerdings deklarierte er sie als Randerscheinung, die zwar anerkannt aber nicht erstrebenswert war.

Im 1984 erschienenen Buch „Liebe und Sexualität bis 30“ widmete sich ein ganzes von Kurt Starke und Siegfried Schnabl verfasstes Kapitel dem Thema der gleichgeschlechtlichen Liebe und Partnerschaft. Der Text behandelte das Thema durchwegs positiv. Er unterstrich, dass es sich dabei um keine Krankheit oder Charakterstörung handelt und dass der Typus vom „weibischen“ Schwulen und der männlich anmutenden Lesbe nur Klischeevorstellungen sind. Zusätzlich wurden die gesellschaftlichen Probleme von homosexuellen Personen aufgezeigt, die unter Diskriminierungen und Vorurteilen zu leiden hatten. Sie gehörten daher zu einer gesellschaftlichen Randgruppe, was auch die Möglichkeit der Partnerfindung erheblich erschwerte. Im Zuge dessen wiesen die Autoren auf die Notwendigkeit von Beratungsstellen für Homosexuelle hin und betonten außerdem, dass Personen mit dieser sexuellen Neigung zwar gute Väter bzw. Mütter wären, aber keinesfalls eine heterosexuelle Ehe eingehen sollten. Deutlich grenzten Starke und Schnabl auch die gegenwärtige Situation von den Jahrzehnten davor ab. Sie hoben die fortschrittliche Gesetzeslage hervor und verwiesen darauf, dass Intoleranzen und Diffamierungen dadurch nicht einfach ausgelöscht werden konnten. An diesem Punkt meinten die Autoren, dass Homosexuelle keinesfalls ihre Eigenart anderen aufdrängen sollten. Sie sollten ihre Neigungen ausleben, was ein eindeutiges Indiz für die noch immer gewollte Verdrängung aus der Öffentlichkeit darstellte.¹³³

¹³² Rolf Borrmann, Professor Dr. Borrmann antwortet, in: Neues Leben (1973), Nr. 4, 53.

¹³³ Siegfried Schnabl u. Kurt Starke, Homosexualität, in: Kurt Starke u. Walter Friedrich (Hrsg.), Sexualität bis 30, Berlin 1984, 290ff.

Interessant war die Einstellung der Jugendlichen gegenüber der Homosexualität. Kurt Starke hatte 1988 eine stichprobenartige Umfrage unter Studentinnen des 3. Studienjahres gemacht. Er ging davon aus, dass die Ergebnisse nicht allzu sehr verfälscht wurden, obwohl nur Frauen befragt worden sind. 73 Prozent assoziierten mit Homosexualität „Männer“, nur 27 Prozent „Frauen“, es wurde also in erster Linie an Schwule gedacht. Die Hälfte der Studentinnen erwähnte das klassische Vorurteil über den homosexuellen Mann. Er hätte weibliche Züge, sie seien keine „richtigen Männer“ und selten aber doch wurden negative Wörter wie „warmer Bruder“, „abstoßend“ oder „eklig“ genannt. Spontan assoziierten die Studentinnen auch Probleme der Homosexuellen wie etwa „Ziel des Spotts“, „Abwertung“ oder „isoliert“. Die mangelnde Toleranz in der Gesellschaft erwähnten die Teilnehmerinnen ebenso wie einen positiven Trend hin zu mehr Verständnis und weniger Ablehnung gegenüber homosexuellen Menschen.¹³⁴

Ein kleiner Teil gab zu, Berührungsängste gegenüber Homosexuellen zu haben, fast alle Befragten hatten Fragen über Homosexualität und forderten deshalb mehr Publikationen zu diesem Thema. Für wenige war es unklar, ob Homosexualität als normal oder abnormal eingestuft werden sollte. Einige fragten woher die Homosexualität käme und ob diese „heilbar“ oder „vermeidbar“ wäre.

Starke kam durch diese Ergebnisse zu dem Schluss, dass bewusste sowie unbewusste Ressentiments gegenüber Homosexuellen unter Jugendlichen noch immer stark verbreitet waren. Diese Vorurteile bzw. die verbreitete Unwissenheit führte er auf eine starke Unsicherheit zurück, nicht nur bei den Jugendlichen, sondern vor allem auch bei den Eltern und LehrerInnen. Für ihn war die Beschäftigung mit diesem Thema durch die verschiedenen Medien, vor allem durch Jugendzeitschriften völlig ausreichend. Eine mögliche weitere Maßnahme war für ihn der verstärkte Dialog zwischen Homo- und Heterosexuellen.¹³⁵

Die ständige Reproduktion von Vorurteilen und Negativbildern im Zusammenhang mit Homosexualität sah auch Kurt Bach als ein immanentes Problem. In seinem Beitrag über die gesundheitlichen Aspekte des Coming out bei homosexuellen Jugendlichen sprach er diese Problematik an. Er führte aus, dass eine mangelnde Toleranz bei Jugendlichen direkte Auswirkungen auf die nächste Generation hätte. Außerdem sprach er die psychischen Auswirkungen auf homosexuell veranlagte Jugendliche an. Diese könnten nicht wie andere

¹³⁴ Kurt Starke, Jugend und Homosexualität, in: Hans Schmigalla (Hrsg.), Psychosoziale Aspekte der Homosexualität. II. Workshop der Sektion Andrologie der Gesellschaft für Dermatologie der DDR und der Sektion Ehe und Familie der Gesellschaft für Sozialhygiene in der DDR, Jena 1989, 27ff

¹³⁵ Ebd., 29ff.

Gleichaltrige die Freuden der ersten Liebe erleben, sondern müssten bereits von Anfang an ihre Neigung im Geheimen, wenn überhaupt, ausleben.¹³⁶

Eine 1988 in der Zeitschrift für Sexualforschung veröffentlichten Studie kam zu dem Ergebnis, dass 12 Prozent der befragten Studenten bereits homosexuelle Erfahrungen hatten. Bei den Studentinnen waren es etwa 5 Prozent. 1 Prozent der männlichen und etwa 2 Prozent der weiblichen Befragten gaben an, dass ihre sexuelle Aktivität zumindest gelegentlich auf einen gleichgeschlechtlichen Partner bzw. eine gleichgeschlechtliche Partnerin gerichtet ist. Nur 3 bis 4 Prozent der Befragten gaben an gelegentlich gleichgeschlechtliche Phantasien zu haben, was auf eine eher heterosexuelle Fixierung schließen lässt.¹³⁷

Laut Starke Umfrage von 1990 war bei Jugendlichen, insbesondere bei jungen Arbeitern, das Toleranzniveau gegenüber Homosexuellen eher gering, vor allem im Vergleich zu älteren Bevölkerungsgruppen. Mitentscheidend für das Maß an Toleranz waren außerdem das Bildungsniveau sowie der Wohnort. StadtbewohnerInnen urteilten toleranter als Menschen aus ländlichen Gebieten. Ein entscheidender Faktor war zudem die Offenheit des Elternhauses gegenüber solchen Themen. Hier zeigte sich der starke elterliche Einfluss bei diesem Thema, der stärker wog als die schulische Sexualaufklärung.¹³⁸

5.4 Zusammenfassung und Resümee

In seinem Beitrag für die Konferenz über „Psychosoziale Aspekte der Homosexualität“ 1989 schrieb Kurt Starke folgendes:

„Die sozialistische Gesellschaft ist auf das Glück des Menschen gerichtet. Das Zusammenleben beruht grundsätzlich auf Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Menschen ungeachtet ihrer Unterschiede, z.B. nach Geschlecht oder ihrer sexuellen Gerichtetheit. Im beruflichen und gesellschaftlichen Leben wird der einzelne nicht in erster Linie nach seiner sexuellen Gerichtetheit bewertet, sondern nach seinen Leistungen für die Gesellschaft und seiner gesamten Persönlichkeit.

¹³⁶ Kurt *Bach*, Gesundheitliche Aspekte des Coming out homosexueller Jugendlicher, in: Hans *Schmigalla* (Hrsg.), Psychosoziale Aspekte der Homosexualität. II. Workshop der Sektion Andrologie der Gesellschaft für Dermatologie der DDR und der Sektion Ehe und Familie der Gesellschaft für Sozialhygiene in der DDR, Jena 1989, 46ff.

¹³⁷ Ulrich *Clement* u. Kurt *Starke*, Sexualverhalten und Einstellungen zur Sexualität bei Studenten in der BRD und in der DDR, in: Zeitschrift für Sexualforschung (1988), Nr. 1, 37f.

¹³⁸ Ebd., 197f.

Gegenüber anderen Ländern besteht in der DDR kein politisches Interesse, Minderheiten zu isolieren und zu diskriminieren und die (in diesem Fall heterosexuelle) Mehrheit gegen die (homosexuelle) Minderheit auszuspielen. (...)

Auf individueller Ebene neigt der DDR-Bürger, infolge seiner gesicherten Lebenssituation, seines Bildungsniveaus und der gesellschaftlichen Gesamtbedingungen generell nicht zu Intoleranz, Aggressivität, Verachtung gegenüber Homosexuellen (...).¹³⁹

Kurt Starke lag mit seinen Einschätzungen 1989 nicht gänzlich falsch, dennoch waren es recht utopische Annahmen. Gegen Ende der 1980er Jahre war eine zunehmende Aufgeschlossenheit gegenüber Homosexuellen zu verzeichnen jedoch führte die Aufarbeitung des Themas von Seiten der Wissenschaft nicht zu mehr Toleranz in der Bevölkerung. Das zögerliche Verhalten von Seiten der PädagogInnen bzw. das komplette Fehlen einer Behandlung dieses Themas in den Schulen verhinderte, dass liberale Ansichten oder einfach nur Wissen über dieses Thema an die Jugendlichen weitergegeben wurde.

Meine These zu diesem Teil war, dass die Gesetzgebung zur Homosexualität im Laufe der Zeit öfters reformiert und daher recht fortschrittlich war. Beim Kontakt von Homosexuellen mit Jugendlichen verhielten sich die Gesetzgeber aber repressiv. Meiner Meinung nach war man zwar bemüht, offen gegenüber der Homosexualität zu sein, alte Vorurteile, wie etwa von der Verführung Jugendlicher zur Homosexualität, konnten nicht zur Gänze abgelegt werden. Das zeigte sich beim Sexualunterricht in den Schulen. Durch diese Versäumnisse im Schulunterricht wurden Vorurteile gegenüber Homosexuellen von Jugendlichen reproduziert.

Meine Annahmen kann ich durchaus bestätigen. Während Gesetze gelockert und liberalisiert wurden, erfolgte von Seiten der Wissenschaft weiter eine Pathologisierung der Homosexualität, wie zum Beispiel in den 1970er Jahren von Günter Dörner. Während bereits seit den 1950er Jahren gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen erwachsenen Männern nicht mehr geahndet wurden, war die Wissenschaft in dieser Zeit noch der Meinung, dass Homosexualität eine Krankheit sei und geheilt werden könne. Das Verhalten gegenüber Homosexuellen war insgesamt uneinheitlich, juristische Toleranz, wissenschaftliche Pathologisierung und gesellschaftliche Ablehnung. Diese seltsame Mischung war darauf zurückzuführen, dass man sich nach außen hin als liberal präsentieren, die Gesellschaft es aber eigentlich nicht war. Die Partei konnte Homosexualität nicht für ihre Zwecke einsetzen und gab daher die strafrechtliche Verfolgung auf. Gesellschaftliche Zugeständnisse machte man aber nicht. Zu misstrauisch war man gegen diese Gruppe von Menschen, die sich organisieren und auflehnen hätte können. Die liberale Gesetzgebung versagte hier eigentlich,

¹³⁹ Starke, Jugend und Homosexualität, 31f.

denn es wurde zwar die Strafbarkeit abgeschafft, das Ziel war aber nicht die völlige Gleichstellung. Das Ende der Strafbarkeit machte aus der DDR kein freies Land für Homosexuelle, sie waren nur keine Kriminellen mehr. Die Gesetzesreformen hatten nicht das unbedingte Ziel Vorurteile zu beenden, Diskriminierungen in beruflicher oder privater Ebene sollten gar nicht beseitigt werden.

Diese nicht so fortschrittliche Einstellung zeigte sich mehr als deutlich in der langen Aufrechterhaltung des § 151 StGB und in der eher vorsichtigen Vermittlung des Themas in den Schulen. Man gab die „Verführungstheorie“ nicht ganz auf, die Homosexuellen sollten zwar weitgehend ungestört leben, aber keine Jugendlichen „verführen“. Auf Grund dieser Einstellung wurde das Thema im Unterricht eher am Rande erwähnt. Dieser war dazu ausgerichtet brave Bürger zu erziehen, die der „Norm“ entsprachen. Daher hatten viele Jugendliche eher konservative Ansichten zum Thema Homosexualität oder verfügten über antiquiertes Wissen und reproduzierten somit Negativstereotype.

Zusammenfassend kann über das Verhältnis Homosexualität und DDR gesagt werden, dass die einzelnen Punkte von Fortschrittlichkeit gerne hochgehalten wurden, während Schwule und Lesben eine Randgruppe blieben.

Wie Detlef Bauer bemerkte: Der Staat unternahm nichts gegen die Homosexuellen, tat aber auch nichts für sie.

6. Vergleiche mit dem Ausland

6.1. Jugendsexualität im Vergleich DDR-BRD

Meine Forschungsfragen lauten:

- War die DDR aufgeschlossener als die BRD in Bezug auf die Sexualerziehung bzw. toleranter gegenüber den sexuellen Aktivitäten der Jugendlichen?
- Gab es ähnliche oder gleiche Ansätze in Bezug auf die Sexualerziehung von Jugendlichen in der DDR und in der BRD?
- Einheitlichkeit im Osten – Pluralismus im Westen?

6.1.1. Sexualpädagogik in der BRD

Im Vergleich zur propagierten Einheitlichkeit der Sexualpädagogik in der DDR herrschte in der BRD eine große Vielfalt an verschiedenen sexualpädagogischen Richtungen. 1966 erarbeitete der Erziehungswissenschaftler Horst Scarbath eine Kategorisierung der Erziehung in Verhütung, Gegenwirkung und Unterstützung. Die Geschlechterziehung als Behütung und Gegenwirkung bezeichnete er als die „negative Geschlechterziehung“. Dieser stellte er die „positive Geschlechterziehung“ gegenüber. Diese erkannte die Erziehungsbedürftigkeit der Menschen an und informierte über die wichtigsten Fakten der Geschlechtlichkeit. Dadurch sollte eine sittliche und emotionale Haltung erworben werden, die dem Betreffenden ein normales Leben ermögliche.

Ähnlich argumentierte Friedrich Koch in seinem Buch „Negative und positive Sexualerziehung“. Er bezeichnete das Verschweigen, Ablenken und Aufschieben als negative Sexualerziehung. Diese würde Furcht und Ekel erzeugen. Die positive Sexualerziehung hingegen würde Sexualität als einen immanenten Bestandteil des Lebens ausweisen. Eine daran anschließende Einteilung nahm Wolfgang Fischer in seinem 1970 erschienenen Artikel „Modelle der Sexualpädagogik“ vor. Ausschließlich in der Familie stattfindende und einzig auf Fakten beruhende Sexualerziehung war für ihn negative Sexualpädagogik. Fischer stellte der negativen Sexualerziehung sein eigenes Modell gegenüber. Zusätzlich zur Sachinformationen sollte je nach dem Stadium der geistigen Entwicklung die vernünftige

sittliche Überzeugung gefördert werden. Für Wolfgang Fischer war die aktive und kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Sexualität wichtig.¹⁴⁰

Anschließend an Wolfgang Fischer kritisierten Doris und Thomas von Freyberg in ihrem 1971 erschienenen Buch „Zur Kritik der Sexualerziehung“ die repressive Sexualpädagogik. Die beiden Pädagogen setzen Sexualerziehung mit politischer Erziehung gleich. Das gewünschte sexuelle Verhalten sollte vorgegeben werden. Repressive Sexualerziehung sei von der Überformung der Sexualität geprägt und impliziere eine politische Entscheidung. Die nichtrepressive Sexualerziehung übte Kritik an diesen politischen Vorgaben der autoritären Gesellschaft. Sie wendete sich gegen die Vorgabe bestimmter gesellschaftlicher Normen und Verhaltensmuster. Als Hauptaufgabe der Sexualpädagogik definierten Doris und Thomas von Freyberg die Erhaltung der herrschenden gesellschaftlichen Vorstellungen sowie deren Ordnung, die Bewahrung der klassischen Mann-Frau-Rollenverhältnisse und die Reduzierung der Sexualität auf die Fortpflanzungsfunktion innerhalb der Ehe. Diese Form der Erziehung war von der absoluten Triebunterdrückung durch Furcht geprägt. Der Kampf gegen diese repressive Sexualerziehung und die Implementierung der emanzipatorischen Sexualpädagogik waren Teil des Kampfes gegen die kapitalistische Politik und den autoritären Staat.¹⁴¹

Heinrich Oesterreich vertrat sein Modell der wahren Mitte. Er meinte dadurch in der progressiven Mitte zu stehen. Alle anderen Theorien seien radikal und extrem. Theorien, die auf sexuelle Liberalisierung abzielen, stuft er als systemverändernd ein. Die progressive Mitte nach Oesterreich sollte nicht der Systemveränderung und nicht als Mittel politischer Erziehung dienen. Er verfolgte vielmehr die Systemstabilisierung mit seinem Ansatz, der die demokratisch-freiheitliche Ordnung anerkennt.¹⁴²

Bereits in den späten 1950er Jahren klagte der evangelische Pastor Heinz Hunger über das teils fehlende oder falsche Wissen der Jugendlichen auf dem Gebiet der Sexualität. Er meinte Fehlinformationen würden zu einer verstärkten Gefahr für Jugendliche auf die „schiefe Bahn“ zu geraten führen. Hunger wollte die Jugendlichen aufklären. Diese sollten nicht behaupten können, sie hätten nicht gewusst was „Unrecht“ sei.

In der schulischen Erziehung wurde das Thema Sexualität fast völlig ausgespart. Die katholische und evangelische Kirche vermittelte im Religionsunterricht Sexualethik ohne Sexualwissen. Aufklärungsschriften über Liebe und Partnerschaft wurden verbreitet um

¹⁴⁰ Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 49ff.

¹⁴¹ Doris und Thomas von Freyberg, Zur Kritik der Sexualerziehung, Frankfurt am Main 1971, 9ff.

¹⁴² Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 54f.

außereheliche Sexualität zu diffamieren und Jugendlichen abzuschrecken. Dieser Sexualunterricht entsprach der von Koch definierten negativen Sexualerziehung.¹⁴³

Heinz Hunger vertrat grundsätzlich die Meinung, dass Jugendliche möglichst wenig über sexuelle Vorgänge wissen sollten. Das Ansprechen der Thematik weckte in seinen Augen erst das Interesse an Sexualität. Hunger warnte vor einer sexuellen Reizüberflutung, durch die Verwendung von Sexualität in der Werbung. Er kritisierte den zunehmenden Verfall der Familie, die er als sexuell neutralisierende Atmosphäre ansah. Die „sexuelle Anarchie“ mache es notwendig, das Schweigen gegenüber den Heranwachsenden zu brechen.¹⁴⁴

Dass bis zum Jahr 1954 Themen betreffend Sexualität von den Jugendlichen beiden Geschlechts eher ferngehalten wurden, zeigte sich in einer von Hunger in sehr kleinem Rahmen Untersuchung. Er befragte 127 SchülerInnen von 15 bis 22 Jahren, wobei die Gruppe der 16- bis 18jährigen am stärksten vertreten war. Die Teenager wurden während einer Schulveranstaltung zum Thema Sexualität dazu aufgefordert den vierteiligen Fragebogen auszufüllen. Anschließend wurden ein Aufklärungsvortrag eines Arztes und eine 10-minütiger seelsorgliche Ansprache gehalten. Die erste Frage der Untersuchung bezog sich darauf, wie die SchülerInnen als Kinder von ihren Eltern über die Herkunft der Babys informiert wurden. Ungefähr 60 Prozent der Befragten beiderlei Geschlechts gaben die „Klapperstorch-Geschichte“ an, nur ca. 16 bis 20 Prozent gaben „unter dem Herzen der Mutter gewachsen“ zur Antwort, die noch eher biologischen Tatsachen entsprechen würde als die Storch-Erzählung. Genau in dieser kindlichen Aufklärung lag für Hunger das Problem, denn den Jugendlichen wurde in ihrer Kindheit eine Fabel, eigentlich eine Lüge, erzählt. Daraufhin würden es die Heranwachsenden später ablehnen, ihre Eltern um Rat in diesen Angelegenheiten zu fragen. Laut Hungers Erhebungen informierten sich die Jugendlichen häufig durch Bücher. Oft versuchten die SchülerInnen zwar mit ihren Eltern, insbesondere mit der Mutter, über Sexualität zu sprechen, wurden aber oft mit dem Hinweis „du bist zu jung“ abgewiesen. Teilweise ergriffen die Eltern die Initiative, die Jugendlichen lehnten es aber ab, darüber zu reden. 49,5 Prozent der befragten Mädchen und 54,2 Prozent der Jungen gaben an, dass sie für weitere Aufklärung einen Arzt als am besten geeignet ansehen würden. Als gute Ansprechperson sah man einen Geistlichen an, LehrerInnen wurden nur von ca. 8 Prozent der Jugendlichen als kompetent für weitere Aufklärung angesehen.¹⁴⁵

¹⁴³ Gerhard Glück, Sexualpädagogik und Sexualerziehung in der BRD, in: Kurt R. Bach, Harald Stumpe, Konrad Weller (Hrsg.), Kindheit und Sexualität, Braunschweig 1993, 90f.

¹⁴⁴ Heinz Hunger, Das Sexualwissen der Jugend, München-Basel 1954, 9ff.

¹⁴⁵ Ebd., 25ff.

Des Weiteren wurde anhand von Lückentests und anatomischen Tafeln das Wissen der Jugendlichen im Bereich der Sexualität überprüft. Hier zeichnete sich eine Überlegenheit der Jungen gegenüber den Mädchen in Bezug auf das Sexualwissen ab, selbst beim Thema Menstruation verfügten sie über bessere Kenntnisse. Keine der weiblichen Befragten bis 17 Jahre hatte eine klare Vorstellung vom Ablauf der Geburt, Mädchen die bereits sexuelle Erfahrungen gemacht hatten, waren ebenso unwissend wie noch völlig unerfahrene. Hunger sah darin eine große Bedrohung, da Unwissen kein Schutz vor Missbrauch sondern eine Gefahr war. Hunger zog daraus den Schluss, dass unaufgeklärte Mädchen Sexualität in einer späteren Ehe eher als Vergewaltigung ansehen werden. Bei unsachlich aufgeklärten Teenagern würde es seiner Meinung nach vermehrt zu einer verfrühten sexuellen Betätigung kommen als bei jenen, die durch Eltern oder ErzieherInnen ihr Wissen erhalten hatten.¹⁴⁶

Er meinte, dass auf Grund der schädlichen Umwelteinwirkungen durch Presse und Film kein „tadelloses Reifen und Werden“ der Jugendlichen möglich sei und dass man diesen Einflüssen die schulische und kirchliche Sexualpädagogik entgegenstellen sollte.¹⁴⁷

Im Jahr 1967 wurde von Seiten einiger Psychologen und Pädagogen wie beispielsweise Kentler, Scarbath oder Martin Goldstein – dem späteren Dr. Sommer - eine Art Gegenoffensive mit dem Buch „Für eine Revision der Sexualpädagogik“ gestartet. Als negativ galt für die Pädagogen das konsequente Fernhalten und Abschrecken der Jugendlichen. Horst Scarbath schrieb in seinem 1967 erschienen Buch „Geschlechterziehung“, dass Sexualerziehung zu oft noch als Gegenwirkung gegen normwidriges Verhalten der Jugend verstanden wurde, nicht aber als Entwicklungshilfe oder Unterstützung für spätere Liebesbeziehungen oder die Ehe.¹⁴⁸

Ähnliche Ansichten wie Horst Scarbath vertrat der Pädagoge Hans Heid in seinem im Jahr 1971 veröffentlichten Lehrerhandbuch „Praxis schulischer Sexualerziehung“, durch das er Vorurteile gegenüber der Sexualpädagogik abbauen wollte. Er vertrat die Meinung, dass die von Unterdrückung geprägte Sexualerziehung durch eine Erziehung der Sexualbejahung abgelöst werden sollte. Heid schrieb, dass es *die* Norm im Sexualverhalten nicht gab ebenso wenig wie eine natürliche Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Der Autor lieferte konkrete Vorschläge zur Gestaltung des Unterrichts, gegliedert nach den verschiedenen Bereichen der Sexualität.¹⁴⁹

¹⁴⁶ Ebd., 45ff.

¹⁴⁷ Ebd., 129ff.

¹⁴⁸ Horst Scarbath, *Geschlechterziehung*, Heidelberg 1967, 14.

¹⁴⁹ Hans Heid, *Praxis schulischer Sexualerziehung*. Ein Lehrerhandbuch, Opladen 1971, 9ff.

Für die 1970er Jahre können drei Strömungen der sexualpädagogischen Theorie unterschieden werden. Erstens die „konservativ-repressive“ Pädagogik, die von der katholischen Kirche verbreitet wurde und Sexualität als eine rein in der Ehe stattfindende Sache darstellte ohne Verhütungsmittel. Jegliche Form von Selbstbefriedigung und Homosexualität wurden abgelehnt. Die zweite Gruppe war die „vermittelnd-liberale“, die ihr Hauptaugenmerk auf eine wissenschaftliche Sexualpädagogik legt.

Die letzte Strömung war jene der Kentler, Heid und Koch angehörten, die „politisch-emanzipatorische“ Gruppe. Als emanzipatorisch verstanden sich die Mitglieder, weil sie Fremdbestimmung und Missbrauch aufdecken wollten, um so die Jugendlichen zu selbständigen Individuen frei von Zwängen zu erziehen. Als politisch bezeichneten sie sich, weil sie gegen die repressive Sexualpolitik ankämpften wie etwa die Mystifizierung der Sexualität. Sexuelle Entwicklung sollte laut den Ansichten dieser Gruppe nicht nur linear und harmonisch ablaufen, sondern es sollten auch Schattenseiten aufgezeigt werden. Hans Heid präsentierte 1977 einen Vorschlag zur Aufarbeitung besonders tabuisierter Themen wie Prostitution oder Pornographie. Zu einem Aufbrechen dieses Positionenstreits kam es erst in den späten 1980er Jahren durch das Aufkommen von AIDS. Hier lag der Fokus auf der Beeinflussung der Jugendlichen zur Vermeidung riskanter Sexualkontakte.¹⁵⁰

In den Schulen hielt die Sexualerziehung erst in den späten 1960er Jahren Einzug. Durch einen Beschluss der ständigen Konferenz der Kultusminister vom 30. Oktober 1968 wurde die Sexualerziehung offiziell zu einem Thema im Unterricht und somit der Intimsphäre des Elternhauses entrissen. In Folge dessen entbrannten heftige Diskussionen, denn Sexualität und Sexualerziehung galten als etwas Privates und die Unterweisung in der Schule wurde als unerwünschter Eingriff in diese Privatheit angesehen. Als Gegenargument brachte das Kulturministerium ein, dass die Erziehung zu verantwortungsbewusstem geschlechtlichen Verhalten pädagogisch verankert sein müsse. Der öffentliche Diskurs verhallte erst im Jahr 1977, als Sexualerziehung vom Bundesverfassungsgericht als verbindlicher Bestandteil im Schulunterricht bestätigt wurde.¹⁵¹

In den ersten Jahren nach diesem Beschluss gab es zwei Konzepte: jenes der Sexualaufklärung, das dem „vermittelnd-liberalen“ Ansatz entsprach und jenes der Sexualerziehung, das in etwa dem Konzept der „politisch-emanzipatorischen“ Gruppe folgte. Die Pädagogen bestanden darauf, dass die Vermittlung von Fakten allein ausreichen würde. In der schulischen Sexualerziehung sollte aber auch von Gefühlen gesprochen werden. Durch

¹⁵⁰ Glück, *Sexualpädagogik und Sexualerziehung in der BRD*, 91ff.

¹⁵¹ Andrea Hilgers, *25 Jahre Sexualerziehung in der Schule. Richtlinien und Unterrichtspraxis*, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen* (1995), Nr. 24, 75ff.

diesen Unterricht sollte klar gestellt werden, dass Sexualität ein wesentliches Bedürfnis der Menschen jeden Alters darstelle. Die Jugendlichen sollten befähigt werden, sexuelle Beziehungen selbst zu gestalten.

Im Unterricht wurde von einem erweiterten Sexualitätsbegriff ausgegangen, der fünf verschiedene Aspekte beinhaltete. Der erste war jener der Fortpflanzung, der Fruchtbarkeitsaspekt, über den biologische Fakten geliefert wurden und dessen erstrangige Bedeutung in der Vermeidung von ungewollten Schwangerschaften lag. Zwei weitere Aspekte waren der Lust- und der Beziehungsaspekt in denen ein Austausch über Partnerschaft und Sexualität stattfand. Ebenfalls behandelt wurde der Identitätsaspekt der Sexualität, hier wurden die identitätsstabilisierenden Funktionen erörtert. Abschließend sollte noch die Kommunikationsfunktion behandelt werden, im Wesentlichen das Erlernen der Fähigkeit über Liebe und Sexualität sprechen zu können. Durch die schulische Sexualerziehung sollte der Porno-Industrie sowie diversen Jugendzeitschriften entgegengewirkt werden. Es sollte auf den übersexualisierten Alltags eingegangen werden.¹⁵²

Die Richtlinien des Kulturministeriums aus dem Jahr 1968 stießen von Seiten der Sexualpädagogen auf harte Kritik. Hans Heid rügte 1971, dass die jungen Menschen laut den offiziellen Anweisungen ihre Aufgaben als Mann und Frau zugewiesen bekamen. Anleitungen für eine Erziehung zur Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter würden völlig unterbleiben. Außerdem bekrittelte Heid, dass es keine Anhaltspunkte für die Bejahung der Sexualität in diesen Richtlinien gab und somit die Vermittlung von Wissen über Lustgewinn vollkommen ausgespart wurde.¹⁵³

Auch Friedrich Koch bemängelte 1975 in seinem Buch „Sexualpädagogik und politische Erziehung“ die staatlichen Erlässe. Er kritisierte die Richtlinien für die schulische Sexualerziehung als repressiv und zu stark in überlieferten Rollenklischees verankert. Die Behandlung der „verführten Sexualbeziehungen“ im Unterricht sah er als versuchte Gegenbewegung zur Liberalisierung des Sexualverhaltens Jugendlicher. Außerdem beanstandete er die mangelnde Auseinandersetzung mit Themen wie Homosexualität, Promiskuität oder Prostitution. Tabuthemen würden nicht aufgearbeitet werden und die biologische Komponente würde zu sehr im Vordergrund stehen. Gesellschaftliche Aspekte der Sexualität würden nur dann als relevant erachtet, wenn sie im Zusammenhang mit dem Strafrecht standen und somit zur Warnung der Jugendlichen dienen konnten. In von öffentlicher Hand geförderten Publikationen fanden sich zwar ausführliche Abhandlungen über Schwangerschaftsabbrüche, Petting oder Impotenz, aber ohne Bezugnahme auf

¹⁵² Ebd., 76.

¹⁵³ Heid, Praxis schulischer Sexualerziehung, 74f.

gesellschaftliche Faktoren, deren Kenntnis die Voraussetzung zum Abbau von Störungen hätte sein können.¹⁵⁴

Die von Koch angestrebte Form der Sexualerziehung entsprach dem emanzipatorischen Ansatz, der auf die individuelle Freiheit abzielte. Verschleierungs- und Manipulationsmechanismen sollten aufgezeigt und beseitigt werden. Jugendlichen sollte es möglich gemacht werden, frei über Sexualität zu sprechen und sich nicht automatisch den gängigen Normen anzupassen. Nur so könnten Vorurteile und überholte Rollenbilder überwunden werden. Koch sah diese Ideologien, Vorurteile und Tabus als ein Überbleibsel des Nationalsozialismus.¹⁵⁵

Die emanzipatorischen Forderungen nach einem Aufbrechen bestehender Tabus wurden erst in den 1980er Jahren umgesetzt. In dieser Zeit wurden auch verstärkt Tabuthemen wie sexuelle Praktiken oder Pornos angesprochen. Ende der 80er Jahre wurde das Medienpaket „Der Liebe auf der Spur“ ausgegeben, in dem Forderungen nach geschlechtlicher Gleichberechtigung sowie die beginnende Anerkennung von Homosexualität und Selbstbefriedigung zu finden waren. Ende der 1980er Jahre fand außerdem als Reaktion auf die Ausbreitung der Immunschwächekrankheit AIDS eine angeordnete AIDS-Aufklärung in allen allgemein bildenden sowie in den berufsbildenden Schulen statt.¹⁵⁶

Die Sexualpädagogik in der BRD hatte zwei exakt definierte Aufgaben. Erstens sollte Kindern und Jugendlichen unter Berücksichtigung des Alters Informationen über Sexualität vermittelt werden. Zweitens sollten Erfahrungen, Wünsche und Wertvorstellungen der Jugendlichen besprochen und geprüft werden, um sie so zu selbstbestimmten Individuen zu erziehen. Sexualerziehung war in der Grundschule dem Sachunterricht zugeordnet, in der Sekundarstufe I sollte der Sexualunterricht fächerübergreifend stattfinden. Es wurde festgelegt, dass alle Fächer außer Mathematik, Physik und Chemie auf sexualerzieherisch relevante Themen eingehen sollten; für gewöhnlich wurden solche Themen jedoch in den Fächern Religion, Deutsch oder Biologie abgehandelt.

Auf Grund einer Erhebung in Nordrhein-Westfalen ließen sich vier Themengruppen unterteilen, die nach Wunsch von Eltern oder LehrerInnen vermittelt werden sollten. Die erste Gruppe umfasste die biologisch-medizinischen Materien, die neben anatomischen Kenntnissen der Geschlechtsorgane auch über Schwangerschaft oder Geschlechtskrankheiten aufklären sollte. Zweitens gab es die ganzheitliche Sexualerziehung, welche die Themengruppen Gleichberechtigung und Geschlechterrollen ebenso umfasste wie Liebe,

¹⁵⁴ Friedrich Koch, *Sexualpädagogik und politische Erziehung*, München 1975, 178ff.

¹⁵⁵ Ebd., 193ff.

¹⁵⁶ Glück, *Sexualpädagogik und Sexualerziehung*, 93.

Sinnlichkeit, vorehelichen Geschlechtsverkehr und die kommerzielle Vermarktung der Sexualität. Der dritte Themenbereich waren die besonders strittigen Bereiche wie Homosexualität, Abtreibung, Selbstbefriedigung oder Prostitution.

Während die erste Gruppe der medizinisch-biologischen Gegenstände selbstverständlich zum Schulunterricht gehörte und auch von Eltern sowie LehrerInnen gutgeheißen wurde, war die ganzheitliche Sexualerziehung umstritten. Nur die Hälfte aller LehrerInnen oder Eltern hielten es für richtig, wenn solche Themen im Rahmen des Unterrichts behandelt wurden. Bei den Tabuthemen waren es nur mehr ca. 15 Prozent der Eltern und immerhin noch 30 Prozent der LehrerInnen, die sich für eine Behandlung dieser Materie im Schulunterricht aussprachen. Vollkommen an den Rand gedrängt waren Themen wie Nacktheit, Perversionen oder Pädophilie.¹⁵⁷

Fraglich bleibt, wenn man dem Beitrag von Gerhard Glück Glauben schenkt, inwiefern die Botschaft bei den SchülerInnen überhaupt ankam, da das systematische Lernen im Vordergrund stand. Auf Fragen und individuelle Ansichten und Bedürfnisse der SchülerInnen wurde wenig bis gar nicht eingegangen. Da sich die PädagogInnen nicht als Vertrauenspersonen der Jugendlichen ansahen, wurde ein zielführendes Gespräch über Sexualität fast unmöglich. Die Wünsche und Bedürfnisse der SchülerInnen wurden in den 1970er Jahren oftmals durch so genannte „Zettelkästen“ ermittelt, in die kleine Nachrichten an das Lehrpersonal mit gewünschten Themen und Fragen geworfen wurden.

Nicht nur gesellschaftliche Diskussionen wurden durch das Aufkommen des schulischen Sexualunterrichts heraufbeschworen, sondern auch rechtliche Debatten entzündeten sich, als ein Elternpaar gerichtlich die Befreiung ihres Kindes von der Sexualerziehung in der Schule erwirken wollte. 1974 wurden daraufhin neue Richtlinien zum Sexualunterricht in der Schule erlassen. Dies führte zu einer Trennung von Sexualaufklärung, der Vermittlung von biologischem Wissen, und Sexualerziehung, durch die auch Werte oder Moralvorstellungen der SchülerInnen beeinflusst werden können. Sexualaufklärung konnte in der Schule erteilt werden, ohne dass Eltern davon in Kenntnis gesetzt wurden. Ebenfalls festgelegt wurde, dass jedes Bundesland selbst den Rahmen für die Sexualerziehung festlegen sollte. Diese könne in den Schulen stattfinden ohne dass Eltern das Recht hätten ihre Kinder davon fernzuhalten. Außerdem wurde festgelegt, dass Eltern rechtzeitig über die Inhalte des Unterrichts informiert werden mussten und dass das Lehrpersonal nicht die eigene Meinung den Kindern aufzwingen und einseitig informieren durfte. Glück wies auf den großen Gegensatz zwischen den einzelnen Bundesländern hin, insbesondere die südlichen Länder waren eher von

¹⁵⁷ Ebd., 93f.

sexualfeindlichen Einstellungen geprägt. Teilweise kam es auch zu Rückschritten bei der Sexualerziehung. Ab 1974 wurde etwa im Bundesland Baden-Württemberg der Sexualunterricht in der Grundschule eingedämmt und in den höheren Stufen war dieser stark von Moral und Vorbereitung auf die Ehe geprägt.¹⁵⁸

Die LehrerInnenausbildung zu Vorbereitung für die Sexualerziehung war allgemein eher marginal, doch es gab Möglichkeiten zur Fortbildung. Beispielsweise in Nordrhein-Westfalen fanden von den interessierten LehrerInnen jede/r Zehnte das Studienangebot ausreichend bzw. jede/r dritte das Fortbildungsprogramm. Mehrere Verbände boten Workshops und Vorträge zum Thema an, die Schulverwaltung selbst stellte keine derartigen Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Ebenso wenig kontrollierten sie, ob die Richtlinien der Sexualerziehung in den Schulen eingehalten wurden. Laut Glücks Ergebnissen aus einer Untersuchung in Nordrhein-Westfalen Ende der 1980er Jahre, erhielt nur ein Drittel der SchülerInnen während der ganzen Schulzeit eine umfassende Sexualerziehung. Grundsätzlich befürworteten die LehrerInnen zwar die ergänzende Aufklärung der Jugend neben den Eltern, oftmals fehlte aber die fachlich-didaktische Kompetenz im Umgang mit pubertierenden Jugendlichen. So wurden bestimmte „heiße“ Themen wie Selbstbefriedigung und Homosexualität häufig ausgespart.¹⁵⁹

Norbert Kluge zog in seinem Buch „Sexualerziehung statt Sexuaufklärung“ von 1985 Bilanz über den Sexualunterricht in den westdeutschen Schulen. Kluge bezog sich in seinem Werk auf drei Erhebungen aus den 1970er Jahren aus Westdeutschland, wobei zwei Studien für mich von besonderer Relevanz waren.

Die erste Studie stammt von Karlheinz Lutzmann und enthält Daten zum Schuljahr 1972/73 in Hamburg. Hier zeigte sich, dass die geforderte fächerübergreifende Sexualpädagogik nicht wirklich stattfand, Sexualunterricht wurde in erster Linie im Biologieunterricht erteilt und war somit eher sexualbiologischer Fachunterricht. Nur vereinzelt wurde in den Fächern Sozialkunde, Deutsch und Religion auf die Thematik eingegangen.

Die zweite Studie ist von Monika Springer, die im Herbst 1976 120 Lehrer der Fächer Biologie, Deutsch, Geschichte, Religion und Kunst an Hauptschulen der Stadt Essen befragte. Aus dieser relativ kleinen Umfrage ergaben sich nur wenige aber doch aussagekräftige Details. Etwa 90 Prozent der Befragten gaben an, ein gutes Verhältnis zur eigenen Sexualität zu haben, allerdings legten mehr als 50 Prozent bei konkreten Frage- oder Problemstellungen ein extrem sexualfeindliches Verhalten zu Tage. Rund die Hälfte der Essener Pädagogen teilte mit, bereits mit sexuellen Problemen der SchülerInnen konfrontiert worden zu sein. Gerade

¹⁵⁸ Ebd., 95f.

¹⁵⁹ Ebd., 97f.

einmal 36 Prozent hatten sich an der Hochschule auf die sexualpädagogische Tätigkeit vorbereitet.¹⁶⁰

Bei einer Stichprobenbefragung der Firma Intermarket in Düsseldorf von 1979 wurden ungefähr 5000 Mütter von Mädchen im Teenageralter ebenso wie 3000 LehrerInnen sämtlicher Schultypen befragt. Bei den LehrerInnen sollte herausgefunden werden, inwiefern diese an der Realisierung schulischer Sexualerziehung interessiert waren. Am meisten waren die Biologielehrer an einer fächerübergreifenden Zusammenarbeit interessiert, kooperiert wurde meistens mit den Fächern Religion, Sachkunde und Deutsch. 42 Prozent der Befragten gaben an, in sexualkundlichen Themenbereichen gar nicht mit anderen LehrerInnen zusammengearbeitet zu haben. Von den befragten Müttern berichteten 20 Prozent, dass ihre Tochter bisher noch nichts im Unterricht über die Sexualität des Menschen gehört hätte. Ansonsten bestätigten die Mütter die Aussagen der LehrerInnen, denn sie hatten den Eindruck, dass vor allem in Biologieunterricht von Sexualität die Rede war. Dieses Ergebnis lässt aber nicht auf einen durchgängigen Sexualkundeunterricht schließen, denn es hätten damit auch gelegentliche Äußerungen des Lehrpersonals gemeint sein können.

Kluge resümierte, dass viele LehrerInnen sich nicht veranlasst fühlten, sexuelle Themen im Unterricht anzusprechen. Als eines der Hauptprobleme sah er, dass nach wie vor die menschliche Sexualität ein Tabuthema war und dass Kinder und Jugendliche lange als asexuelle Wesen wahrgenommen wurden. Abschreckend wirkten zudem Aufsehen erregende Fälle von erzieherischem Fehlverhalten. Diese Missstände, vor allem Konflikte mit dem Gesetz, wurden schnell zu einem Skandal hochstilisiert und somit das Lehrpersonal verunsichert. Auch Falschmeldungen in Boulevardblättern, wie etwa der BILD-Zeitung, führten zu Irritationen der PädagogInnen, die daraufhin vom Sexualunterricht Abstand nahmen. Hier spielten auch die unzureichenden sexualkundlichen Zielsetzungen eine Rolle. Negativ wirkten sich weiters die Richtungsstreitigkeiten in Bezug auf die Sexualerziehung aus, die zu mangelnder fächerübergreifender Erarbeitung der Thematik führten.¹⁶¹

6.1.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Sexualpädagogik

In der Sexualerziehung der DDR sollte Einheitlichkeit herrschen. Ziel war es, die „sozialistische Persönlichkeit“ heranzubilden. Bestimmte Ansichten über Liebe, Ehe und Familie, der Wunsch nach Kindern und eine positive Liebes- und Sexualbeziehung sollten gefördert werden. Dadurch sollte der Einzelne zu besseren Leistungen im Sinne des

¹⁶⁰ Norbert Kluge, Sexualerziehung statt Sexualaufklärung, Frankfurt am Main 1985, 87ff.

¹⁶¹ Ebd., 90ff.

Sozialismus angespornt werden. Dieser scheinbaren Einheitlichkeit standen eine Vielzahl von Meinungen und Theorien in der BRD gegenüber. Das Ziel war weniger klar definiert, im Vordergrund stand Sexualaufklärung. Trotz der einheitlichen Linie in der DDR gab es verschiedene theoretische Ansätze. Die Uneinheitlichkeit der moralischen Anschauungen und Meinungen konnten trotz der sozialistischen Herrschaft in Ostdeutschland nicht beseitigt werden. Der Pluralismus an Theorien war in der BRD aber größer.

Nach Susanne Zimmermann gab es in beiden Staaten werterhaltende und wertverändernde Lehrmeinungen. Werterhaltend war die konservative oder die katholische Pädagogik. Diese Richtung hatte ihren Fokus auf Ehe und eheliche Treue, den Erhalt der klassischen Geschlechterrollen sowie die Unterdrückung der kindlichen und jugendlichen Sexualität. Dieses auf Triebverzicht basierende Modell konnte durchaus als „negative Sexualerziehung“ eingestuft werden. Die wertverändernden Lehrmeinungen kritisierten eben diese repressiven Strömungen. VertreterInnen dieser Richtung hatten zum Ziel klassische Geschlechterrollen sichtbar zu machen und zu überwinden. Jugendsexualität sollte nicht weiter unterdrückt werden.¹⁶²

In der BRD und in der DDR fand in ähnlichem Ausmaß ab den frühen 1960er Jahren eine Art Aufbruch zu liberalen Ansichten statt. Diese Entwicklung setzte sich nicht von alleine in Bewegung, sondern wurde durch aufgeschlossene PädagogInnen erkämpft. Allmählich konnte die repressive Sexualerziehung zurückgedrängt werden. Im Osten hatten es liberale Lehrmeinungen deutlich schwerer, da Forschungsarbeiten oft durch die Zensur unterbunden wurden. Für sexualwissenschaftliche Literatur brauchten die AutorInnen eine Sonderbescheinigung. Das Idealbild des sozialistischen Menschen durfte keinesfalls gefährdet werden. Ein Fortschritt wurde oft nur durch großes Engagement von SexualpädagogInnen erzielt. Trotzdem entwickelte sich der Sexualunterricht in der DDR deutlich schneller als in der BRD. Bereits 1959 wurde in Ostdeutschland die Sexualerziehung an den Schulen eingeführt. Die BRD folgte erst neun Jahre später. Eine Begründung für die Vielfalt und Uneinigkeit der verschiedenen Theorien und Richtungen in der BRD lag in der Hoheit der einzelnen Bundesländer. Die Empfehlungen wurden in den Ländern sehr unterschiedlich umgesetzt. Zwar herrschte im Osten Einheitlichkeit, der negative Effekt war die dadurch verursachte Einseitigkeit und die Eindämmung des wissenschaftlichen Fortschritts.¹⁶³

Deutlich wurden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden deutschen Ländern durch die wissenschaftstheoretische Einteilung in werterhaltende und wertverändernde Theorien. Werterhaltend waren die katholische und die konservative

¹⁶² Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 64ff.

¹⁶³ Ebd., 119ff.

Pädagogik. Der „bedrohliche Charakter der Triebe“ wurde ebenso festgehalten wie die Führungsbedürftigkeit des Einzelnen. Kinder- und Jugendsexualität wurden strikt abgelehnt. Teilweise waren diese Strömungen auf Wissensvermittlung und Triebverzicht angelegt. Hier zeigte sich eine starke Überschneidung mit der sozialistischen Sexualpädagogik. Insbesondere in Bezug auf die Ziele dieser Erziehung zur Treue, Ehemöglichkeit und der Gründung einer Familie. Diese Punkte standen auch im Sozialismus an erster Stelle, es wurde an althergebrachten Beziehungsformen festgehalten. Die Fokussierung der Pädagogik auf Ehe und Familie war in der DDR insofern erfolgreich, da das Heiratsalter in Ostdeutschland im Durchschnitt niedriger war als in Westdeutschland.¹⁶⁴ In Ost- und Westdeutschland gab es ähnliche Institutionen zum Erreichen und zum Erhalt dieser Ziele. Die „Sektion Ehe und Familie“ ist vergleichbar mit die „Pro Familia“ in der BRD.¹⁶⁵

Der größte Unterschied war das völlige Fehlen einer emanzipatorischen bzw. nicht-repressiven Richtung der Sexualpädagogik in der DDR. Eine wertkritische bzw. wertverändernde Strömung existierte nur in der BRD. Diese Strömung lehnte konsequent konservative Normen und Werte ab. Die Verzögerung oder Verhinderung der Sexualität von Jugendlichen wurde ebenso bekrittelt wie die Verbannung der Sexualität in die Ehe. Die wichtigsten VertreterInnen waren Pädagogen Doris und Thomas von Freyberg sowie Wolfgang Fischer. Diese Theorien wurden auch durch die Studenten- und Schülerbewegung in der BRD weiterentwickelt. Durch emanzipatorische Sexualerziehung sollten sexualerzieherische Manipulationen erkannt und althergebrachte Geschlechterrollen aufgebrochen werden. Während in der BRD diese Strömung oft von konservativer Seite kritisiert wurde, war sie in der DDR schlichtweg nicht existent. Die emanzipatorischen bzw. nicht-repressiven Forderungen entsprachen zum einen nicht dem Idealbild des sozialistischen Menschen, zum anderen erschien diese Form der Sexualerziehung den DDR-Politikern als zu liberal und unpassend für die sozialistische Gesellschaft im Allgemeinen. Diese Strömung hätte das politische System der DDR kritisiert, was nicht geduldet wurde. In Bezug auf die Sexualpädagogik gab es daher nur langsame Fortschritte weg von einer repressiven Erziehung. Der lockere Umgang mit empfängnisverhütenden Mitteln und wie die Möglichkeit der straffreien Abtreibung sind jedoch nicht nur emanzipatorischen Bemühungen anzurechnen. Politische Hintergründe waren die Verhinderung unerwünschter Schwangerschaften von Jugendlichen, durch die ihre Berufstätigkeit eingeschränkt gewesen wäre.¹⁶⁶

¹⁶⁴ Ebd., 123ff.

¹⁶⁵ Ebd., 82.

¹⁶⁶ Ebd., 113ff.

6.1.3. Sexualverhalten in der BRD

Volkmar Sigusch und Gunter Schmidt erstellten eine maßgebliche Studie über die Veränderungen der Sexualität in den 1960ern. 1966 wurden StudentInnen und 1968 ArbeiterInnen zu ihrer Sexualität befragt. Untersucht wurden Aspekte wie Masturbations- und Koitusverhalten, die sexuelle Entwicklung seit der Kindheit bzw. Pubertät, die Einstellung zur Sexualität und dergleichen. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden einer Studie von 1970 gegenübergestellt. Später verglich man die Ergebnisse mit jenen einer Umfrage von 1990. Die Ergebnisse dieser Arbeiten waren eine wichtige Grundlage für den folgenden Abschnitt. Den Aspekt der homosexuellen Erfahrungen bei Jugendlichen habe ich bewusst ausgeklammert und im Kapitel 5.2.3 Homosexualität und Jugendsexualität in der BRD bearbeitet.

In den 1960er Jahren konnten Veränderungen beim Masturbationsverhalten erfasst werden. Mädchen begannen durchschnittlich zehn Jahre früher mit Masturbation als noch ein Jahrzehnt zuvor und zwar im Alter von 15 Jahren. Insgesamt begannen Jugendliche früher damit, sich selbst zu befriedigen. Das Alter des ersten Koitus sank in der BRD der 1960er Jahre gegenüber dem vorhergehenden Jahrzehnt. GymnasiastInnen erlebten mit 17 Jahren ihren ersten Geschlechtsverkehr. Ein Ergebnis der Studie zeigt, dass die Unterschiede zwischen GymnasiastInnen und HauptschülerInnen weniger ausgeprägt waren, Schülerinnen beider Richtungen hatten in dieser Beziehung fast gleiche Erfahrungen. Sexualität wurde im Allgemeinen freier und ohne Konflikte oder Ängste erlebt. Die meisten Jugendlichen waren der Ansicht, dass unter 18jährige durchaus Geschlechtsverkehr haben durften. Jungfräulichkeit wurde nur mehr vereinzelt als Vorzug angesehen, viele Befragte wünschten sich erfahrene PartnerInnen. In dieses Muster passte, dass die Befragten sich mehrheitlich für mehrere Beziehungen vor der Ehe aussprachen. Monogamie war nicht mehr als so wichtig wie zehn Jahre zuvor. Trotz dieser Veränderungen im Sexualverhalten waren keine einschneidenden Umgestaltungen in Bezug auf die Einstellung gegenüber der Sexualität festzustellen. Wertvorstellungen wie Treue, Ehe, Liebe und Familie beeinflussten das Sexualverhalten nach wie vor. Die essentiellen Punkte in der traditionellen Sexualmoral wurden nicht angegriffen oder in Zweifel gezogen.¹⁶⁷

Über die Veränderungen in den Jahren 1970 bis 1990 in der BRD geben die Resultate der Studie aus dem Jahr 1990 Aufschluss. Hier ergaben sich weniger gravierende Unterschiede als zwischen den 1950er und 1960er Jahren. Die Jugendlichen waren bei der Befragung 1990 etwa im gleichen Ausmaß koituserfahren. Interessant ist, dass sexuelle

¹⁶⁷ Volkmar Sigusch u. Gunter Schmidt, Veränderungen in den Sechziger Jahren (BRD), in: Gunter Schmidt (Hrsg.), Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder. Stuttgart 1993, 12ff.

Erfahrungen häufiger bereits vor dem 16. Geburtstag gemacht wurden. Besonders auffallend war, dass 1990 weniger Mädchen angaben bereits masturbationserfahren zu sein. Dies ist insbesondere deswegen interessant weil zwischen 1970 und 1990 von Seiten der feministischen Bewegung Selbstbefriedigung als Teil der weiblichen Autonomie propagiert wurde. Bei den männlichen Befragten zeigte sich ein ähnlicher Trend. Diese waren im Allgemeinen weniger sexuell aktiv und die koituserfahrenen Befragten hatten weniger Partnerinnen als 1970. Bei Mädchen konnte eine ähnliche, weniger stark ausgeprägte Entwicklung erkannt werden. Jugendliche beiderlei Geschlechts gaben 1990 weniger oft ein „starkes sexuelles Verlangen“ als Grund für den ersten Geschlechtsverkehr an. Sexuelle Erfahrungen beim Partner ebenfalls weniger gewünscht. Auffallend ist, dass weibliche Befragte 1990 öfter angaben, dass Geschlechtsverkehr und Masturbation wenig befriedigend waren. Mädchen hatten eher die Kontrolle in ihren sozialen Beziehungen, denn es wurde erhoben, dass die Initiative zum ersten Intimverkehr häufiger von der Partnerin ausging.¹⁶⁸

Laut den AutorInnen der Studie könnte der oben angeführte Rückgang der sexuellen Aktivitäten auf das Bekanntwerden des HIV-Virus zurückzuführen sein. Das vermehrte Verwenden eines Kondoms würde auf Ängste der Teenager hinweisen. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dies allerdings als eine Fehlannahme. Nur 8 Prozent der Jugendlichen gaben an sie hätten beim ersten Geschlechtsverkehr ein Kondom auf Grund von HIV benutzt. Kondombenützung diene in erster Linie als Verhütungsmittel. Die Einnahme der Pille wurde im Zeitraum von 1970 bis 1990 häufiger. Die allgemeine Akzeptanz des Kondoms könnte auf HIV-Präventionskampagnen zurückgeführt werden. Das Benutzen eines Kondoms galt in Folge dessen als verantwortungsbewusst und erwachsen. Die Angst sich mit AIDS zu infizieren existierte. Sich anzustecken befürchtete man aber viel mehr Alltagssituationen wie beispielsweise Blutspenden oder anderen Spitalsaufenthalten. Das Aufkommen des AIDS-Virus hatte kaum Einfluss auf den Durchschnittsjugendlichen.¹⁶⁹

Zwischen 1970 und 1990 verringerte sich der Geschlechtsunterschied in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Liebe und Sexualität. 1990 wurde häufiger von beiden Geschlechtern die Bedeutung von Liebe und Bindung hervorgehoben. Die Befragten gaben an, häufiger verliebt zu sein und gestanden ihre Gefühle öfter ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin ein. Bei den Burschen war ebenfalls ein starker Anstieg in Bezug auf den Zusammenhang von Liebe und Geschlechtsverkehr zu verzeichnen. 1970 wurde nur von 44 Prozent der männlichen Befragten Liebe als Grund für den ersten Koitus angegeben. Dieser

¹⁶⁸ Gunter Schmidt, Dietrich Klusmann, Uta Zeitzschel, Veränderungen 1970 – 1990 (BRD), in: Gunter Schmidt (Hrsg.), Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder. Stuttgart 1993, 27f.

¹⁶⁹ Ebd., 32ff.

Anteil stieg bis zum Jahr 1990 64 Prozent. Treue war für die Jugendlichen beider Geschlechter gleichermaßen von Bedeutung. Die Aussage „Man verspricht sich Treue und ist dann auch treu“ wurde 1990 von 89 Prozent der Knaben positiv bewertet, 1970 waren es nur 56 Prozent gewesen. Beide Geschlechter traten 1990 verstärkt für Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen ein. Die traditionellen Geschlechterrollen wurden vermehrt abgelehnt. 1990 gaben 55 Prozent der Jungen und 75 Prozent der Mädchen an, dass Mann und Frau gleichermaßen ihrem Beruf nachgehen sollten. Beide Partner sollten für Kinderbetreuung und Haushaltsarbeiten verantwortlich sein. In Bezug auf die Geschlechterunterschiede kann festgehalten werden, dass sich zwischen 1970 und 1990 die Kluft in Hinblick auf sexuelle Lust und Befriedigung verstärkt hatte. Angenähert hatten sich die Einstellungen der beiden Geschlechter in Bezug auf Liebe und Treue.¹⁷⁰

6.1.4 Jugendsexualität im Vergleich zwischen DDR und BRD

Bei der Sexualerziehung in der DDR und jener in der BRD existierten Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Fraglich bleibt inwiefern Sexualerziehung eine tatsächliche Auswirkung auf die Jugendsexualität hatte. Sexualunterricht war nicht der einzige Einflussfaktor auf die Jugendlichen. Vergleichende Studien über das Sexualverhalten in der DDR und in der BRD sind insbesondere kurz vor oder unmittelbar nach der Wende entstanden.

Ulrich Clement und Kurt Starke veröffentlichten 1988 in der Zeitschrift für Sexualforschung eine Vergleichsstudie über StudentInnen in der DDR und in der BRD, in der Stichproben aus beiden Ländern herangezogen wurden. Die Untersuchung stützt sich auf Erhebungen des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig von 1980 und Daten aus einer Studie der Abteilung für Sexualforschung (AfS) der Universität Hamburg von 1981. Der Anteil der verheirateten StudentInnen, war in der ZIJ-Studie um ein vielfaches höher als jener in der AfS-Untersuchung. Der Wert der männlichen Studenten lag in der DDR bei 31 Prozent, in der BRD nur bei 3 Prozent. Höher war unter den StudentInnen der DDR die Tendenz zu einer festen Partnerschaft, fast alle Befragten aus Ostdeutschland wollten Kinder haben. Ca. 70 Prozent der BRD hatten den gleichen Wunsch, fast ein Viertel war noch unentschieden. Dieser Trend schlug sich auch auf das Heiraten nieder, nur ungefähr ein bis zwei Prozent der DDR-StudentInnen gaben einen negativen Heiratswunsch an, in der BRD hingegen waren es 15 bis 19 Prozent. Es ließ sich eine ausgeprägte Tendenz hin zu Ehe und Familie in

¹⁷⁰ Ebd., 29ff.

Ostdeutschland feststellen, während die traditionelle Familie in Westdeutschland weniger angestrebt wurde.¹⁷¹

Beim Sexualverhalten existierte in Bezug auf Masturbation kaum ein Unterschied zwischen Männern in der BRD und der DDR, 83 bis 87 Prozent der teilnehmenden Studenten hatten sich bis zum Zeitpunkt der Befragung mindestens einmal selbst befriedigt. Stark schwankte der Wert allerdings bei den Frauen, nur 30 Prozent der Studentinnen in der DDR hatten bereits masturbiert, in der BRD hingegen 72 Prozent. Eine erhebliche Differenz bestand bei den männlichen Studenten der beiden Länder in Bezug auf die Koituserfahrung. Der Wert der ostdeutschen Studenten lag mit 91 Prozent koituserfahrenen Befragten um 13 Prozent vor den westdeutschen. Der Unterschied bei den Studentinnen war deutlich geringer, er lag bei nur 4 Prozent, wobei der Wert Studentinnen aus der DDR höher war. Laut der Statistik begannen westdeutsche Mädchen früher, Geschlechtsverkehr zu haben, ihr Vorsprung gegenüber den Ostdeutschen ging aber mit steigendem Alter zurück und verschwand. Kein nennenswerter Unterschied ergab sich bei der monatlichen Koitusfrequenz. Im Jahresvergleich waren die DDR-Männer jenen aus der BRD voraus, hier gaben nur 72 Prozent an, im Jahr der Befragung koitusaktiv gewesen zu sein, der DDR-Wert lag bei 82 Prozent.¹⁷²

In Bezug auf die Partnerfrequenz lagen die Studentinnen in der BRD über dem ostdeutschen Wert, bei den männlichen Befragten hingegen gaben mehr Studenten der DDR einen häufigen Partnerwechsel an. Einen Vorsprung hatten die ostdeutschen Frauen zudem in Bezug auf die Orgasmushäufigkeit, 37 Prozent gaben an immer oder fast immer beim Geschlechtsverkehr zum Höhepunkt zu kommen. Bezüglich Verhütung war das am öftesten verwendete Verhütungsmittel in beiden Ländern die Pille, Schwangerschaftsabbrüche kam bei BRD-Studentinnen doppelt so häufig vor als bei jenen aus der DDR. Anzumerken ist hier, dass die Sexualerziehung in der DDR darauf ausgerichtet war, den jungen Mädchen noch vor dem ersten Geschlechtsverkehr die Pille zu verschreiben. Bei Männern lässt sich eine starke Differenz in Bezug auf die Verwendung des Kondoms feststellen, während 17 Prozent der befragten Männer in der BRD das Kondom als häufigstes Verhütungsmittel angaben, waren es nur 6 Prozent der Männer in der DDR, die ein Kondom schon einmal benutzt hatten.¹⁷³

Bei den Ängsten im Zusammenhang mit Sexualität dominierte bei Jugendlichen im Osten wie im Westen die Befürchtung vor der ungewollten Schwangerschaft. Westdeutsche Männer hatten im Vergleich zu den Ostdeutschen eher Stress bezüglich der sexuellen

¹⁷¹ *Clement u. Starke, Sexualverhalten und Einstellungen*, 30ff.

¹⁷² *Ebd.*, 34f.

¹⁷³ *Ebd.*, 36f.

Leistungsfähigkeit. In Westdeutschland herrschte die Angst nicht der gesellschaftlichen Norm zu entsprechen und nicht als ganzer Mann akzeptiert zu werden. Die Furcht vor Geschlechtskrankheiten und AIDS hielt sich im Osten wie im Westen in Grenzen. Eine unter den Jugendlichen weit verbreitete Angst war jene vor sexueller Gewalt. Insbesondere die Mädchen und Jungen aus dem Westen berichteten in den Interviews davon, bereits selbst sexuelle Gewalt oder sexuelle Übergriffe erlebt zu haben bzw. belästigt worden zu sein. Im Osten waren die Werte im Vergleich geringer, obwohl auch hier ein Fünftel der Mädchen angab, eine Vergewaltigung oder den Versuch einer Vergewaltigung erlebt zu haben.¹⁷⁴

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die DDR-Studenten stärker auf Ehe und Familie orientiert waren, das Modell des sexuell zufriedenen Ehepaars stand im Mittelpunkt. Zu dieser Annahme passen die Erkenntnisse, dass DDR-Frauen häufiger einen Orgasmus hatten, im Vergleich zu den BRD-Studentinnen aber seltener masturbierten.

Harald Stumpe verwies in seinem Beitrag in der Zeitschrift für Sexualforschung auf den Umstand, dass die SED-Politik stark auf die Implementierung eines positiven Familienbildes angelegt war. Die propagierte Ehe stand in starkem Zusammenhang mit einem glücklichen Sexualleben, das als unverzichtbarer Bestandteil galt. Zur Förderung dieses Bildes wurden Ehe- und Sexualberatungsstellen eingeführt, die staatlich unterstützt wurden. Stumpe erwähnte, dass durch die Propagierung der heterosexuellen Ehe und Familie eine zunehmende Disakzeptanz gegenüber anderen Formen der Sexualität entstand, beispielsweise Homosexualität oder Masturbation. Den real existierenden Unterschied zwischen SED-Propaganda und Realität drückte die relativ hohe Partnerfrequenz der DDR-StudentInnen aus, die nicht in das Eheideal passte. Die im Gegenzug hohe Quote an verheirateten StudentInnen ist auf die soziale Privilegierung von verheirateten Paaren zurückzuführen, alternative Formen des Zusammenlebens stießen nur auf wenig Zustimmung.¹⁷⁵

Kurt Starke und Konrad Weller kamen in ihren Ausführungen betreffend Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Sexualverhaltens west- und ostdeutscher Jugendlicher zu ähnlichen Ergebnissen. In ihren Thesen über die Gemeinsamkeiten verwiesen die Autoren auf die kultur- und sittengeschichtlichen gemeinsamen Traditionen und Mentalitäten beider Staaten. Ein Grund dafür, warum das Sexualverhalten der Jugendlichen beider Staaten in bestimmten Bereichen nicht allzu stark auseinander klaffte, war, dass viele Jugendliche ihr Wissen über Sexualität von den Eltern bezogen und von diesen in ihren moralischen Ansichten beeinflusst wurden. Da die Eltern der west- und ostdeutschen

¹⁷⁴ Starke, Partner- und Sozialverhalten, 203.

¹⁷⁵ Harald Stumpe, Methodisch oder soziokulturell bedingte Unterschiede im Sexualverhalten von Studenten der alten BRD und der ehemaligen DDR? in: Zeitschrift für Sexualforschung (1991), Nr. 4, 153ff.

Jugendlichen teilweise noch „gemeinsam“ aufgewachsen waren, denke ich, dass hier oft eine ähnliche Einstellung gewissen Themen gegenüber existierte.

6.1.5 Zusammenfassung und Resümee

Meine Forschungsfrage war inwiefern die DDR in Bezug auf Sexualpädagogik aufgeschlossener oder fortschrittlicher gewesen wäre als die BRD. Meine dazu formulierte These ist, dass durch die staatliche Aufgeschlossenheit gegenüber Fragen der Sexualität Jugendliche in der DDR vergleichsweise sexuell aktiver als ihre Altersgenossen in der BRD waren.

Ich konnte die Frage dahingehend beantworten, dass es in der DDR keineswegs einen moderneren Umgang mit Jugendsexualität gegeben hatte und damit ist der erste Teil meiner These widerlegt. Die sozialistische Sexualerziehung erwies sich als äußerst konservativ und durch die Propagierung der Ehe und Familie waren auch Forderungen betreffend die Gleichberechtigung eher Lippenbekenntnisse. Bis zu den 1960er Jahren war in der DDR eine sehr sexualfeindliche Haltung festzustellen und auch später wurde eher Sex in der Ehe oder innerhalb einer festen Beziehung propagiert. Sex war in Ordnung, der Erotik stand man dagegen ablehnend gegenüber. Ähnlich war meinen Ergebnissen nach die Lage in der BRD. Hier war der kirchliche Einfluss sehr stark. In Westdeutschland konnten sich aber im Gegensatz zum sozialistischen Nachbarland emanzipatorische Gegenströmungen gut entwickeln.

Das Problem der mangelnden Umsetzung der Sexualerziehung fand sich in beiden Ländern, PädagogInnen hatten anscheinend noch lange Skrupel sexuelle Themen, insbesondere Tabuthemen, anzusprechen. Aufklärung fand eher außerhalb der Schulzimmer statt. Somit sind auch meine zweite und dritte Forschungsfrage beantwortet, denn wie ich darstellen konnte, gab es in beiden Ländern verschiedenste Strömungen. Durch die Zensur und die damit verbundenen Repressionen in der DDR konnte jedoch nur in der BRD Kritik am Althergebrachten hervorgebracht werden. In der DDR gab es nicht die gewünschte und von oben angeordnete Einheitlichkeit in Bezug auf Sexualpädagogik. Strömungen gegen den Mainstream waren nur marginal ausgeprägt.

Meine zweite These zu diesem Abschnitt ist, dass in der BRD die konservativen Strömungen in der Sexualpädagogik vorherrschten, nicht zuletzt durch den starken Einfluss der Kirche. Diese Annahme kann ich durchaus bestätigen. Insbesondere für die 1950er und 1960er Jahre erwies sich diese Annahme als Richtig, denn das erste Buch zur

Jugendsexualität wurde 1954 vom evangelischen Pastor Heinz Hunger verfasst. Katholische und evangelische Aufklärungsschriften waren weit verbreitet und besonders in den 1950er Jahren fand sexualpädagogische Jugendarbeit nur selten außerhalb der Kirche statt. Später wurde Sexualerziehung oft im Religionsunterricht vermittelt. Der Verweis darauf, dass Sexualunterricht auch im Religionsunterricht stattfinden sollte, findet sich häufig.

Abschließend möchte ich auf die sexuelle Aktivität von DDR-StudentInnen zurückkommen. Die Jugendlichen im Osten waren sexuell aktiver, was darauf zurückzuführen war, dass man Sexualität vor der Ehe nicht ablehnte. Die ostdeutschen Jugendlichen nahmen die propagierte Pro-Ehe-Haltung durchaus an. DDR-StudentInnen waren nicht nur öfter und jünger verheiratet, sondern sie äußerten seltener einen negativen Heiratswunsch.

6.2 Der Umgang mit Homosexualität im Vergleich DDR-BRD

Meine Forschungsfrage zum folgenden Teil, die schon im Zusammenhang mit der Jugendsexualität relevant war, lautet:

- War die DDR aufgeschlossener bzw. toleranter als die BRD in Bezug auf Homosexualität?

6.2.1. Die rechtliche Situation von Homosexuellen in der BRD

Ähnlich wie in der DDR hielt man nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes an den Gesetzen zur Bestrafung von Homosexualität fest. Homosexuelle Handlungen wurden nach dem § 175 StGB bestraft. Die Verschärfungen aus der NS-Zeit wurden uneingeschränkt übernommen wurden. Jede auf gleichgeschlechtliche Befriedigung oder Erregung hinauslaufende Handlung wurde unter Strafe gestellt. Körperliche Berührung war nicht notwendig. Der § 175 StGB rief Kontroversen hervor. Eine Forderung am 39. Deutschen Juristentag 1951 war die sogenannte „einfache“ Homosexualität nicht weiter zu bestrafen. Das Bundesverfassungsgericht, das von mehreren Verfolgten angerufen wurde, bestätigte jedoch im Mai 1957 die bisherige Praxis der Strafjustiz in vollem Umfang. Das Gericht rechtfertigte seine Entscheidung damit, dass eine Beziehung zwischen zwei Männern eine Verirrung sei, die den Charakter zerrütet und das sittliche Gefühl stört. Würde das Gesetz gelockert werden, könnte diese Verirrung weiter um sich greifen und zum Verfall des ganzen Volks führen. Diese Argumentation wurde auch in der Folgezeit gerne von Strafgerichten verwendet. Die Verurteilungen nach den §§ 175 und 175a StGB stiegen von 1920 Personen im Jahr 1950 auf 3530 Verurteilungen in den Jahren 1958 und 1959 an. Insgesamt wurden bis 1969 über 50.000 Personen bestraft.¹⁷⁶

Im Jahr 1951 wurde das „Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit“ erlassen. Die Kontrolle von Jugendlichen sowie das Eingreifen der Exekutive bei Bedarf sollte dadurch vereinfacht werden. Von den Behörden sollten als „jugendgefährdend“ eingestufte Orte überprüft werden. Das waren vor allem Homosexuellentreffpunkte. Der Gesetzgeber war der Auffassung, dass die heranwachsende Nachkriegsgeneration durch Einflüsse wie Rock ´n´ Roll oder Kommunismus im Allgemeinen gefährdet war. Die besondere Gefahr durch

¹⁷⁶ *Wasmuth*, Strafrechtliche Verfolgung Homosexueller, 174f.

Homosexualität sollte daher intensiv bekämpft werden. Sie entsprach nicht dem Kleinfamilienideal.¹⁷⁷

In der BRD argumentierte man für die Beibehaltung des Gesetzes damit, dass an Verfehlungen nach § 175 StGB hauptsächlich Verführte, geschlechtlich übersättigte oder profitsüchtige Männer verurteilt würden. Entgegen der damals schon bekannten wissenschaftlichen Erkenntnisse wurde Homosexualität als „ansteckend“ angesehen. Einzelne würden zur Gleichgeschlechtlichkeit verführt werden. Hier flossen die Lehren der beiden in der BRD vorherrschenden Religionsgemeinschaften ein. Der besondere Fokus lag darauf, Jugendliche vor dem Abdriften in die Homosexualität zu bewahren.

Zusammenfassend kann man sagen, dass nicht nur die Gesetze der NS-Zeit ohne jegliche Milderung übernommen wurden, sondern auch die Vorurteile und Ansichten über Homosexuelle. Diese galten als psychisch krank, „widernatürlich“ und schädlich. Gerne wurde in der Bundesrepublik dahingehend argumentiert, dass Homosexuelle die Fortpflanzung verhindern würden, und daher der Familienpolitik der BRD zuwider handelten.¹⁷⁸

1962 präsentierte die Bundesregierung den „amtlichen Regierungsentwurf“ E-1962, der als letzter Versuch der Aufrechterhaltung des Sittengesetzes gewertet werden kann. Im E-1962 sollten die §§ 175 und 175a vereinigt werden; Homosexualität unter Erwachsenen sollte trotz gegenteiliger Empfehlungen weiterhin als strafbar deklariert werden, allerdings wollte man „nur“ mehr beischlafähnliche Handlungen unter Strafe stellen. Ganz bewusst wurde auf alte Vorurteile aus der NS-Zeit zurückgegriffen, zum Beispiel die Gefahr einer „Cliquenbildung“, der Bildung von homosexuellen Gruppen. In diesen Gruppen sah man eine besondere Gefahr, da die Unterwanderung des Staates befürchtet wurde. Homosexuelle wurden somit als Staatsfeinde deklariert. Andere Argumente aus dem Dritten Reich wurden ebenfalls angebracht etwa die Befürchtung der Entartung und des Verfalls des Volkes.¹⁷⁹

Im westlichen Nachkriegsdeutschland kam es eindeutig zu einer Wiederbelebung des Naturrechtsgedankens in Bezug auf das Sittlichkeitsgesetz. Es zeigten sich die Prägungen der NS-Herrschaft sowie die Auswirkungen der rechtlichen Fehlentwicklungen in der Weimarer Republik. Die westdeutsche Gesellschaft war nach dem Krieg zerrüttet. Durch die kulturelle Verwestlichung und den raschen wirtschaftlichen Aufstieg wurde ein moralischer Verfall befürchtet, dem man durch eine strenge Sittengesetzgebung entgegenwirken wollte. Die

¹⁷⁷ Blazek, Rosa Zeiten, 241f.

¹⁷⁸ Wasmuth, Strafrechtliche Verfolgung Homosexueller, 180ff.

¹⁷⁹ Mario Kramp, § 175-Restauration und Reform in der Bundesrepublik, in: Kristof Balsler, Mario Kramp, Jürgen Müller, Johanna Gotzmann (Hrsg.), „Himmel und Hölle“. Das Leben Kölner Homosexueller 1945-1969. Köln 1995, 138ff.

Sittengesetze waren an das christliche Naturrecht angelehnt, das den Gesetzgebern zur moralischen Orientierung als besonders geeignet erschien. Die versuchte Stabilisierung durch rechtliche Maßnahmen zeigte sich nicht nur anhand des Sittlichkeitsstrafrechts. Dem Ehe- und Familiengesetz, lag ebenfalls die strenge christliche Sexualmoral zu Grunde und es sah selbst Geschlechtsverkehr zwischen Verlobten als Unzucht an. Jeglicher außereheliche Geschlechtsverkehr, ob nun hetero- oder homosexuell, galt als Verstoß gegen die Sittenordnung, weil der Sinn des Verkehrs nur die Zeugung eines Kindes innerhalb einer Ehe sein durfte. Das Strafgesetz sollte ein Damm gegen die Ausbreitung des lasterhaften Treibens sein. Strafbestimmungen gegen Sodomie, Exhibitionismus sowie gegen die Verbreitung von Verhütungsmitteln wurden erlassen. Ebenso wurde an der Strafbarkeit der „einfachen Homosexualität“, die auf der Freiwilligkeit der beiden Beteiligten basierte, festgehalten. Argumentiert wurde damit, dass die Unzucht zwischen Männern die natürliche Geschlechterordnung unterlaufen würde und nur den Geschlechtsakt zwischen Mann und Frau nachahmen würde. Durch die Strafandrohung wollte man einen sozialpädagogischen Effekt erzielen, das Gefühl der Illegalität der Homosexualität sollte aufrecht gehalten werden.¹⁸⁰

Die Gesetzeslage wurde lautstark kritisiert. Der Hamburger Jurist Herbert Jäger befand in einer Studie, dass sich das Strafgesetz hier auf irrationale Anschauungen und religiöse Lehren stützen würde. Es diene in erster Linie dazu in das Leben des Einzelnen einzugreifen und Jäger meinte, dass dadurch die Grenzen der staatlichen Wirksamkeit überschritten wären. Werner Maihofer, damals Professor für Rechts- und Sozialphilosophie in Saarbrücken, wies darauf hin, dass das geltende Strafrecht nur zur Konservierung einer traditionellen Moral diene. Es wurde vermehrt darauf hingewiesen, dass die Sittlichkeitsgesetze nichts mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu tun hätten. Diese wären in den vergangenen Jahren gleich geblieben während sich die Realität gewandelt hätte. Alternativentwürfe wurden von deutschen Juristen in den folgenden Jahren ausgearbeitet.¹⁸¹

In den 1960er Jahren änderte sich das gesellschaftliche Klima der BRD hin zu größerer Offenheit und eine es kam zu einer Liberalisierung gegenüber Sexualthemen. In dieser aufgeschlossener werdenden Atmosphäre wurde zunehmend der § 175 thematisiert. In schneller Folge erschienen daraufhin Taschenbücher, die den Kenntnisstand der Wissenschaft der breiten Bevölkerung zugänglich machen sollten. In der Reihe „rororo-aktuell“ wurde unter anderem 1966 das „Plädoyer für die Abschaffung des § 175“ veröffentlicht sowie 1967

¹⁸⁰ Michael *Kandora*, Homosexualität und Sittengesetz, in: Ulrich *Herbert* (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 – 1980. Göttingen 2002, 387ff.

¹⁸¹ Ebd., 391ff.

„Homosexualität oder Politik mit dem § 175“. Man erhoffte dadurch, Vorurteile über Homosexualität als Krankheit oder als kriminelle Tat ausräumen zu können.

Vor diesem Hintergrund beschäftigten sich Tageszeitungen vermehrt mit dieser Thematik. Waren in den 1950er Jahren Homosexualität noch tabuisiert und Anfang der 1960er Jahre Homosexuelle noch als „abartig“ bezeichnet worden, veränderte sich das Bild etwa ab 1965. Auch Befürworter der Abschaffung des § 175 kamen in Zeitungen zu Wort und es wurden ausführliche Debatten darüber in den Printmedien geführt. Auch in der Boulevardpresse tauchte das Thema nun häufiger auf, allerdings in erster Linie um die Sensationslust der breiten Masse zu befriedigen und weniger um ein objektives Bild zu zeichnen. 1965 wurde die erste Fernsehsendung zur Problematik des § 175 auf WDR ausgestrahlt, die trotz der späten Sendezeit (22.25) ein großes Echo hatte. Der Journalist Peter von Zahn brachte nun erstmals Themen wie die „Verführungstheorie“ sowie die ungerechte Verfolgung Homosexueller aufs Tapet und sprach darüber mit Vertretern der Kirche.¹⁸²

Eine Reform des Strafgesetzbuches im Jahr 1969 bedurfte eines Aufrufs des 47. Juristentages sowie einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung. Durch die Reform wurde nun ein Mann über 18 Jahren, der mit einem anderen Mann unter 21 Jahren Unzucht treibt oder sich von ihm zur Unzucht missbrauchen lässt, bestraft. Homosexualität unter Erwachsenen blieb nur bei Ausnutzung der Abhängigkeit und bei männlicher Prostitution strafbar. Nach einer weiteren Reform im Jahr 1972 wurde das Schutzalter auf 18 Jahre herabgesenkt und die Regelungen betreffend Erwachsene gestrichen.¹⁸³

Durch diese Reformen wurde die Strafbarkeit homosexueller Handlungen zwischen Männern sukzessive eingeschränkt und somit von althergebrachten sittlichen Normen befreit. Die Folge dieser Reformen war die weitgehende Entkriminalisierung von Homosexualität, die nicht in den Bereich des Jugendschutzes fiel. Dass zwischen dem strikten Festhalten am Sittlichkeitsgesetz und der Aufhebung des § 175 nur ein vergleichsweise kurzer Zeitraum liegt, ist ein Indiz für den rapiden gesellschaftlichen Wandel in Westdeutschland besonders in den 1960er Jahren.¹⁸⁴

Oft wurde befürchtet, dass der Reformeifer mit der Aufhebung des § 175 sich auf das gesamte Sexualstrafrecht fortsetzen könnte. Von Seiten der SPD wurde um Stimmen bei der nächsten Wahl gezittert, da man annahm, dass Arbeiter und der kleine Mittelstand Anstoß an den Strafrechtsreformen finden könnten. Die Reform führte nicht unmittelbar zu einer Aufarbeitung der Geschichte der Homosexuellenverfolgung denn es dauerte noch 15 Jahre

¹⁸² *Kramp*, § 175, 143ff.

¹⁸³ *Wasmuth*, Strafrechtliche Verfolgung Homosexueller, 176f.

¹⁸⁴ *Kandora*, Homosexualität und Sittengesetz, 397ff.

ehe Homosexuellen im Bundestag der Opferstatus in der NS-Zeit zuerkannt wurde. Auch Diskriminierungen endeten durch die Reform nicht automatisch, worauf ich im anschließenden Teil noch näher eingehen werde.¹⁸⁵

Eine tatsächliche Veränderung der Lage von Homosexuellen aus strafrechtlicher Sicht trat erst durch die Wiedervereinigung Deutschlands ein. In der DDR gab es zum Zeitpunkt der Wende keine gesetzliche Diskriminierung von Homosexuellen mehr. Der § 175 wurde erst im Jahr 1994 abgeschafft, bis dahin war er in den alten Bundesländern noch angewandt worden, obwohl dieser nach dem Einigungsvertrag zur deutschen Einheit eigentlich keine Anwendung mehr hätte finden dürfen.¹⁸⁶

6.2.2 Die gesellschaftliche Situation von Homosexuellen in der BRD

Die Lebenssituation von Homosexuellen in Westdeutschland war trist. Insbesondere während der Zeit als der § 175 noch in Kraft war, herrschte ständige Angst vor Erpressung oder Bestrafung. Die rechtliche Lage der Homosexuellen war allgemein eher schlecht. Das Grundrecht der Meinungs-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit wurde ihnen oft vorenthalten. Im Arbeitsrecht waren Homosexuelle schutzlos gegen fristlose Kündigungen.¹⁸⁷

Bis zum Jahr 1969 waren Homosexuelle daher im Visier der Polizei, die sie als potentielle Straftäter ansahen und deshalb „vorbeugende Maßnahmen“ wie Razzien in einschlägigen Lokalen oder Gegenden vornahm. Regelmäßig überprüft wurden außerdem öffentliche Bedürfnisanstalten. Der bloße Verdacht homosexuell zu sein führte zu einem Eintrag in die Homosexuellen-Kartei. In dieser wurden Personalien von Erwachsenen festgehalten, die sich in einschlägigen Lokalen aufgehalten hatten. Eine ähnliche Kartei existierte auch über Orte und Lokale die als Homosexuellen-Treffpunkte deklariert wurden und als jugendgefährdend galten. Nach den Gesetzen der BRD war nur gleichgeschlechtliche Unzucht von Männern strafbar. Trotzdem wurden auch weibliche Homosexuelle in diesem Register eingetragen. Lesben wurden gleichermaßen als Gefahr für Jugendliche angesehen. Diese im Polizeipräsidium aufliegenden Listen waren für andere Behörden offen zugänglich. Informationen konnten ohne das Wissen des Betroffenen weitergegeben werden. Dies konnte zum Verlust des Arbeitsplatzes führen. Besonders verwerflich waren die „Strichjungen“, die nach Aussage der Zeitschrift „Polizei-Rundschau“ nur Arbeitsscheuen und Verbrechern

¹⁸⁵ *Kramp*, § 175, 148.

¹⁸⁶ *Wasmuth*, Strafrechtliche Verfolgung Homosexueller, 174.

¹⁸⁷ *Ebd.*, 175f.

waren. Um die Aussage zu unterstreichen wurde angegeben, dass an 36 von 44 aufgeklärten Morden Strichjungen beteiligt waren.¹⁸⁸

Gegen Homosexualität kämpfte bis in die 1960er Jahre auch der Volkswartbund. Der bereits 1898 gegründete interkonfessionelle Männerbund hatte sich der Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit verschrieben. Schon vor dem 2. Weltkrieg hatte der Bund der Homosexualität den Kampf angesagt. Unmittelbar nach dem Krieg wurde diese Arbeit wieder aufgenommen. Das erklärte Ziel des Vereins war es den Homosexuellen jegliche Existenzgrundlage und Freiheit zu entziehen um so die Gesellschaft von Homosexuellen zu „säubern“. Als Grund für ihr Engagement nannte der Volkswartbund den Schutz der Jugendlichen vor gleichgeschlechtlicher Unzucht.

Neben der Beobachtung von öffentlichen Räumen, an denen man homosexuelle Aktivitäten vermutete, wurden regelmäßig Publikationen und Zeitschriften herausgegeben. In diesen plädierte man für die Beibehaltung des § 175, wie etwa in Richard Gatzweilers „Das dritte Geschlecht“. In diesem wurde auf althergebrachte Vorurteile verwiesen und Homosexuelle als politische Gefahr gewertet. Gatzweilers Abschlussplädoyer appellierte an die Gerichte, die Gefährlichkeit von Homosexuellen zu verstärkt wahrzunehmen und sämtliche Homosexuellen-Klubs und -Zeitschriften zu verbieten. Zusätzlich sollte die Gefahr der lesbischen Liebe erkannt und ebenfalls strafbar werden. Erst in den 1960er Jahren wurde es leiser um den Volkswartbund. 1971 wurde der Verein in die „Zentralstelle für Sozialethik und Sozialhygiene“ umgewandelt¹⁸⁹

Auch offizielle Stellen legten Homosexuellen Steine in den Weg. Beispielsweise die Stadt Köln erschwerte es, eine Konzession für ein mögliches Homosexuellenlokal zu bekommen. Bestehende Gaststätten wurden polizeilich observiert, da allein die Tatsache, dass sich dort Homosexuelle trafen, kein Grund für eine Schließung war. Es musste vielmehr gegen das Jugendschutzgesetz verstoßen werden, um gegen den oder die BetreiberIn vorgehen zu können. Den Besitzern schlug man vor, ihr Lokal in eine „Heterosexuellenbar“ umzuwandeln. Bei einer Weigerung wurde versucht, dem Betreffenden die Konzession zu entziehen, dies konnte aber rechtlich nicht durchgesetzt werden. Schwimmbäder galten ebenfalls als Treffpunkte für Homosexuelle, hier es gab eigene Vorschriften über die Nacktheit beim Duschen. Saunen und öffentliche Toiletten wurden überwacht, staatlichen

¹⁸⁸ Michael Schön, Einsatz für die Sittlichkeit. Kölner Polizei und Homosexuelle, in: Kristof Balser, Mario Kramp, Jürgen Müller, Johanna Gotzmann (Hrsg.), „Himmel und Hölle“. Das Leben Kölner Homosexueller 1945-1969. Köln 1995, 155ff.

¹⁸⁹ Joanna Gotzmann, Der Volkswartbund. Die Bischöfliche Arbeitsstelle für Fragen der Volkssittlichkeit im Kampf gegen Homosexuelle, in: Kristof Balser, Mario Kramp, Jürgen Müller, Johanna Gotzmann (Hrsg.), „Himmel und Hölle“. Das Leben Kölner Homosexueller 1945-1969. Köln 1995, 170ff.

Behörden setzten hier in erster Linie auf Denunziation. Homosexuelle wurde auch der Besitz und Handel von Rauschgift angelastet.¹⁹⁰

Ab Mitte der 1960er Jahre ließ die Beobachtung und Kriminalisierung von Homosexuellen langsam nach. Die Strenge im Umgang mit Konzessionen blieb weiter aufrecht. In dieser Zeit ging der Volkswartbund vermehrt gegen Publikationen mit anrüchigem Inhalt, wie beispielsweise „Männernacktbildern“, vor. Trotzdem ließ sich ein Aufweichen der harten Linie feststellen, es gab eine Tendenz weg vom repressiven Jugendschutz und die Einheitsfront der Behörden mit der katholischen Kirche weichte sich auf.

Die Lebensumstände von Homosexuellen in der BRD waren insbesondere bis zum Jahr 1969 und auch danach von Vorurteilen und Ablehnung geprägt. Sie wurden mit dem Stereotyp vom „bösen Onkel“ assoziiert, der Kinder und Jugendliche anlockt, um sie zu missbrauchen. Aufklärungsschriften und -filme zu diesem Thema wurden verbreitet, in denen Homosexuelle als Kinderschänder dargestellt wurden. Hetero- und homosexuelle Täter wurden nicht differenziert dargestellt. Homosexuelle galten als prädestinierte Sexualstraftäter. In heterosexuellen Kreisen vermutete man Kinderschänder nicht.¹⁹¹

Mit den Reformen 1969 und 1972 etablierte sich nicht automatisch gesellschaftliche Akzeptanz. Trotz der gesetzlichen Fortschritte blieb Homosexualität ein mit Vorurteilen belastetes Tabuthema. Es entstanden erste Ansätze von ersten Interessensorganisationen von Homosexuellen. Zum ersten Mal wurden Homosexuellen-Magazine öffentlich vertrieben. Ende 1970 wurden erste studentische Homosexuellengruppen gebildet, diese standen untereinander kaum in Kontakt. Daher war die Einflussmöglichkeit dieser Vereine gering. Im selben Jahr wurde außerdem der Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation in der er lebt“ von den Autoren Martin Dannecker und Rosa von Praunheim im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks produziert. Homosexualität sollte über das Fernsehen an die Öffentlichkeit getragen werden. Obwohl die Reaktionen auf den Film mehrheitlich negativ waren, wurde so das Tabuthema Homosexualität einer breiten Masse zugänglich gemacht.¹⁹²

Bei der Strategie im Kampf für die Schwulenemanzipation herrschte Uneinigkeit. Die einzelnen Homosexuellengruppen hatten unterschiedliche politische Überzeugungen. Die

¹⁹⁰ Ebd., 198ff.

¹⁹¹ Mario Kramp, „Homosexuelle machen sich in Köln breit“. Vom Umgang städtischer Behörden mit einer diskriminierten Minderheit in der Adenauer-Ära, in Kristof Balsler, Mario Kramp, Jürgen Müller, Johanna Gotzmann (Hrsg.), „Himmel und Hölle“. Das Leben Kölner Homosexueller 1945-1969. Köln 1995, 190ff.

¹⁹² Michael Holy, Lange hieß es, Homosexualität sei gegen die Ordnung. Die westdeutsche Schwulenbewegung (1969 – 1980), in: Manfred Herzer (Hrsg.), 100 Jahre Schwulenbewegung. Berlin 1998, 86ff.

„Homosexuellen Gruppe Münster“ verstand sich beispielsweise als linksliberale Gruppe. Die „Homosexuelle Aktion Westberlin“ war sozialistisch ausgerichtet. In der Praxis leisteten beide Gruppen Informations- und Aufklärungsarbeit. Einige Gruppen beließen es bei diesen Aktivitäten, andere versuchten mit provokanten Aktionen die Öffentlichkeit zu schockieren und so eine Veränderung einzuleiten. Im Verlauf der 1970er Jahre richteten sich die Schwulengruppen immer mehr an die breite Masse, um gegen die nach wie vor bestehende Stigmatisierung Homosexueller vorzugehen. Der Höhepunkt der medialen Instrumentalisierung war eine „Stern“-Titelgeschichte im Jahr 1978, in der sich über 680 Homosexuelle mit vollem Namen nennen ließen, um sich so öffentlich zu ihrer Sexualität zu bekennen. Trotz Diskriminierungen schöpften die westdeutschen Homosexuellen-Vereinigungen neuen Mut, nicht zuletzt durch die starke Gay-Bewegung in den USA.¹⁹³

Die US-amerikanische Gay-Liberation-Bewegung war bereits in den 1960er Jahren entstanden, als „Gründungstag“ gilt der 27. Juni 1968. Dieser Tag ist deshalb so zentral, weil sich Homosexuelle in New York erstmals gegen eine Polizei-Razzia in der Schwulenbar „Stonewall“ zu Wehr setzten und es zu Ausschreitungen kam. Der Tag ist als „Christopher Street Day“ bekannt, da sich besagte Bar in dieser New Yorker Straße befand. Unmittelbar nach diesen Aufständen wurde die „Gay Liberation Front (GLF)“ gegründet. Die Emanzipationsbewegung setzte sich gegen Diskriminierungen im beruflichen und öffentlichen Leben und für eine Liberalisierung der Gesetze ein.¹⁹⁴

Bereits Anfang der 1970er Jahre bildeten GLF-Teilorganisationen in westdeutschen Städten. 1977 wurde in Hamburg die „Nationale Arbeitsgruppe Repression gegen Schwule“ gegründet. Diese setzte sich 12 Gruppen zusammen und sollte im Fall von Ungerechtigkeiten gegenüber Homosexuellen sofort an die mediale Öffentlichkeit gehen.¹⁹⁵

Trotz aller Fortschritte in Bezug auf Homosexuellen-Organisationen blieb die Haltung der Bevölkerung gegenüber Homosexuellen negativ. Von der antihomosexuellen Stimmung in Deutschland gingen in den 1970er Jahren noch zahlreiche Benachteiligungen für Homosexuelle aus. Deshalb wurde ein Antidiskriminierungsgesetz gefordert. Die Initiative scheiterte. Teilweise nahmen Parteien wie die GRÜNEN oder FDP das Thema Homosexualität in ihre Wahlprogramme auf, eine ausführliche, parteiinterne Beschäftigung erfolgte nicht.

¹⁹³ Blazek, Rosa Zeiten, 271ff.

¹⁹⁴ Centrum Schwule Geschichte Köln, Chronik zu Geschichte der (männlichen) Homosexualität in Köln, 1.11.2007, online unter: < <http://www.csgkoeln.de/Texte/Chronik6BRD45-69.htm> > (27.1.2008)

¹⁹⁵ Blazek, Rosa Zeiten, 271ff.

Einen Aufschwung erlebte die Homosexuellen-Bewegung am Anfang der 1980er Jahre durch zwei gesellschaftliche Veränderungen. Einerseits wurde die homosexuelle Subkultur weniger kritisiert, was bei vielen Homosexuellen das Gefühl eine Art sexuelle Avantgarde zu sein auslöste, andererseits stärkte die aktionistisch ausgerichtete Antidiskriminierungspolitik die Gruppierungen. Ein klarer Beweis für dieses neue Selbstbewusstsein war die bislang größte Homosexuellendemonstration in Hamburg am 20. Juni 1981, bei der mehr als 3.000 Lesben und Schwule auf die Straße gingen. Der Rückschlag folgte durch Aufkommen der Immunschwächekrankheit AIDS. Da Homosexuelle von dieser Krankheit besonders betroffen waren, erschienen sie schnell als die Sündenböcke, die die Bevölkerung verseuchen würden. Moralisten sahen sich in ihren Annahmen bestätigt. In den Homosexuellenzeitschriften entbrannte eine heftige Diskussion, wie sich Schwule zu verhalten hätten. Die Schwulenbewegungen reagierten mit der Gründung von AIDS-Hilfen und propagierten safer sex.¹⁹⁶

6.2.3 Homosexualität und Jugendsexualität in der BRD

Von den in der BRD vorherrschenden konservativen Strömungen der Sexualpädagogik wurde Homosexualität abgelehnt. Katholische Richtungen sahen Homosexualität als besonders negativ an, da diese schon in der Bibel verboten sei. Andere konservative Strömungen sahen Homosexualität bei Jugendlichen als Durchgangsphase von beschränkter Dauer an. Diese würde im Laufe des Erwachsenwerdens überwunden. Bei Erwachsenen wurde Homosexualität als eine zu behandelnde Störung angesehen. Die „Betroffenen“ sollten sich nach der Behandlung wieder Ehe und Familie zuwenden. Die Strömung der „progressiven Mitte“ sah dies ähnlich. Jugendliche Homosexualität wertete man als Pseudohomosexualität. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften im Erwachsenenalter gelten als weniger gut als gegengeschlechtliche, wurde aber weniger kritisch beurteilt.¹⁹⁷

Emanzipatorische Richtungen bzw. wertkritische Strömungen, die sich gegen die althergebrachte repressive Sexualpädagogik richteten, standen der Homosexualität aufgeschlossener gegenüber. Diese sei zumindest zu tolerieren oder als gleichrangige Form der Sexualität zu akzeptieren. Kritisiert wurde in erster Linie die heterosexuelle Norm in der Gesellschaft und somit in der Sexualerziehung.¹⁹⁸

¹⁹⁶ Ebd., 280ff.

¹⁹⁷ Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 75ff.

¹⁹⁸ Ebd., 83ff.

Der Sozialwissenschaftler und Autor des Buchs „Sex Front“ Günter Amendt nahm sich in einem Beitrag aus dem Jahr 1982 exakt dieser Thematik an. Er ging der Darstellung von Homosexualität in Schulbüchern nach. Er forschte, welche Fragen SchülerInnen zu dieser Thematik hatten und welche Rolle das Lehrpersonal spielte. Amendt stützte sich auf eine Untersuchung im Zuge einer Diplomarbeit an der Uni Bielefeld. In 36 von 90 untersuchten Büchern war nichts über das Thema Homosexualität zu finden. In den restlichen Publikationen war die Qualität und Ausführlichkeit der Beiträge sehr unterschiedlich. Amendt kam zu dem Schluss, dass in den durchschnittlichen Sexualaufklärungsbüchern der Abschnitt über Homosexualität bei Geschlechtskrankheiten, Vergewaltigungen und ähnlichem platziert war. Er betonte in diesem Zusammenhang, dass es weniger wichtig war, dass Homosexualität in einem eigenen Kapitel vorkommt, sondern dass im gesamten Buch die Thematik behandelt werden sollte. Es sollte nicht nur von der Heteronormativität ausgegangen werden.

In Bezug auf die Lehrinhalte meint Amendt, dass in erster Linie das unterrichtet wurde, was der oder die LehrerIn persönlich für wichtig hielt. Auf Fragen der SchülerInnen wurde nach persönlicher Maßgabe der ErzieherInnen geantwortet. Über Homosexualität wurde zwar gesprochen, jedoch davon Abstand gehalten, homosexuelle Praxis zu ermöglichen oder zu erleichtern.¹⁹⁹

Eine 1981 an 15 Universitäten durchgeführte Studie befasste sich unter anderem mit homosexuellen Erfahrungen Jugendlicher. Die Stichprobe bestand aus 1106 männlichen und 816 weiblichen Studierenden. Eine ähnliche Umfrage hatte es bereits im Jahr 1966 gegeben. 25 Prozent der männlichen und 18 Prozent der weiblichen Befragten gaben 1981 an bis zum Zeitpunkt der Befragung bereits homosexuelle Kontakte gehabt zu haben. Homosexuelle Erlebnisse kamen vor allem in der Pubertät vor. Anders als Masturbation oder Koitus nahm weder bei den Jungen noch bei den Mädchen die homosexuelle Erfahrung nach dem 15. Lebensjahr zu. Es handelte sich vor allem um eine phasenweise Erscheinung im Jugendalter. Die Erklärungen für diese Neigungen besonders in jungen Jahren waren sehr vielfältig. Einerseits führte man dieses Verhalten auf die Tabuisierung der Sexualität in jungen Jahren zurück und die damit verbundene Problematik in der PartnerInnenfindung. Aus dieser Not, so die beiden Theoretiker Dannecker und Reiche, würden sich homosexuelle Kontakte ergeben. Zusätzlich führten sie die Wiederkehr verdrängter sexueller Neigungen während der Pubertät als Grund für diese Erfahrungen an. Die dritte Erklärung stammt von Wolff, der davon ausging, dass die primäre sexuelle Orientierung des Menschen eine bisexuelle sei.

¹⁹⁹Günter Amendt, Homosexualität und Sexualerziehung, in: Schwulenreferat im allgemeinen Studentenausschuss der FU Berlin (Hrsg.), Dokumentation zur Vortragsreihe „Homosexualität und Wissenschaft“. Berlin 1985, 43ff.

Die erwachsenen StudentInnen definierten sich selbst trotz allem als überwiegend heterosexuell. 96 Prozent der Männer und 95 Prozent der Frauen bezeichneten sich selbst als heterosexuell, nur ca. 2-3 Prozent als bi- bzw. homosexuell. Besonders interessant war die Gruppe jener Befragten, die sich als bisexuell bezeichneten. Diese müssten auf Grund ihrer Angaben latent homosexuell sein. Diese Selbsteinschätzung wurde als gezielte Verweigerung der heterosexuellen Geschlechterrollen gedeutet. Hier zeigte sich die Ablehnung der Zwangsunterteilung in homo- und heterosexuell.

In einem Vergleich mit der Studie aus dem Jahr 1966 wurde 1986 eine Zunahme der homosexuellen Erfahrungen von Jugendlichen deutlich. Das Sammeln von Erfahrungen am Beginn der Pubertät blieb konstant.²⁰⁰

6.2.4. Vergleich BRD und DDR in Bezug auf den Umgang mit Homosexualität

Vom rechtlichen Standpunkt aus, war die DDR moderner als die BRD. In Ostdeutschland fiel der § 175 bereits im Jahr 1968. Auf Grund einer internen Weisung des Justizministeriums waren bereits 1950 einverständliche, gleichgeschlechtliche Handlungen unter Erwachsenen in der DDR straflos. Man begründete diese Entscheidung mit der Geringfügigkeit der Tat, Strafen sah man als nicht gerechtfertigt an. In der Praxis wurden nur mehr Handlungen mit Personen unter 18 Jahren bestraft, dies stimmte für beide Geschlechter. Später wurde das Schutzalter auf Personen unter 16 Jahren herabgesetzt. Von offizieller Seite war Homosexualität eine Variante des Sexualverhaltens und die Betroffenen sollten nicht außerhalb der Gesellschaft stehen. Diese scheinbare Offenheit und Liberalität ist damit zu erklären, dass sich die Verfolgung von Homosexuellen vom Regime der DDR weder instrumentalisieren noch rechtfertigen ließ. Die Abschaffung der gesetzlichen Diskriminierung ließ sich dahingehend auslegen, dass sich die DDR völlig von der NS-Zeit abgrenzen konnte und im Gegensatz zur Bundesrepublik ein Land sei, in dem die Menschenrechte aller geachtet würden.²⁰¹

Die gesellschaftliche Realität der Homosexuellen war aber in beiden Ländern ähnlich. Homosexuelle waren im Sozialismus der DDR ebenso benachteiligt und diskriminiert wie in der Gesellschaft der BRD. Homosexuellen blieben in beiden Ländern Rechte wie die

²⁰⁰ Ulrich *Clement*, *Sexualität im sozialen Wandel*, Stuttgart 1986, 51ff.

²⁰¹ *Wasmuth*, *Strafrechtliche Verfolgung Homosexueller*, 184.

Meinungs- und Versammlungsfreiheit verwehrt, die Situation kann daher bis 1990 nach Wasmuth als „graues Versteck“ charakterisiert werden.²⁰²

Der Alltag der Homosexuellen war auch in der DDR von Isolierung und Benachteiligungen geprägt. Durch die Abschaffung des § 175 nicht automatisch eine Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Partnerschaften eingeleitet worden. Gleichgeschlechtliche Beziehungen blieben im Ehe-, Renten-, Erb- und Steuerrecht diskriminiert.²⁰³

Der mediale Umgang mit dem Thema Homosexualität in den beiden Staaten war vergleichbar. In beiden Teilen Deutschlands war Homosexualität in den 1950er Jahren ein absolutes Tabuthema. In den 1960er und vor allem aber in den 1970er Jahren erschienen Artikel zur Thematik und später auch eigene Homosexuellen-Zeitschriften. Die zunehmende Emanzipationsbewegung in Westdeutschland hatte Auswirkungen auf den Osten, Initiativen und Beratungsstellen wurden nach und nach in der DDR gegründet.²⁰⁴

Homosexuelle wurden in beiden Ländern von staatlicher Seite überwacht. Die Gründe für die Anlegung der „Rosa Listen“ und der Stasi-Akten unterschieden sich. Während in der BRD in erster Linie aus Gründen des Jugendschutzes und aus Angst um die moralische Situation Dokumente über Homosexuelle angelegt und Razzien in einschlägigen Lokalen durchgeführt wurden, war der Grund für die Überwachung in der DDR eher politischer Natur. Die Staatssicherheit der DDR beobachtete die Homosexuellenbewegung in erster Linie deshalb, weil sie eine organisierte Gruppe außerhalb der SED war und somit als Gefahr für die Stabilität des Staates angesehen wurde. Homosexuelle galten als außerhalb der sozialistischen Moral stehend, worauf der Staatsapparat mit Repressionen gegenüber Einzelnen reagierte. Gruppenaktivitäten wurden verhindert, berufliche Einschränkungen und die Zerstörung des Rufs einer Person waren gängige Methoden, um verdächtige Personen zu unterdrücken. Das Ansetzen von so genannten „Romeos“ auf angebliche politische Gegner war eine Möglichkeit der Erpressung und somit der Kontrolle durch den Staat.²⁰⁵

6.2.5 Zusammenfassung und Resümee

War die DDR aufgeschlossener bzw. toleranter als die BRD in Bezug auf Homosexualität? Diese Frage lässt sich nicht ganz einfach beantworten, da die DDR sicherlich auf dem Papier als toleranter angesehen werden konnte. Mit den gesetzlichen Reformen verschwanden

²⁰² Ebd., 179.

²⁰³ Gehling, Fremde im eigenen Land, 23.

²⁰⁴ Ebd., 15ff.

²⁰⁵ Potthoff, Lesben und Schwule in der DDR, 110ff.

allerdings nicht automatisch Vorurteile oder Diskriminierungen. Insbesondere in den 1950er Jahren war die Lage der Homosexuellen in Ostdeutschland insofern brisant, da nach wie vor die Gesetze aus der NS-Zeit Gültigkeit hatten und Homosexualität somit einen kriminellen Tatbestand darstellte. Gleichgeschlechtlicher Sex wurde als abartig angesehen und oftmals in ein Eck mit Prostitution gestellt. Nach den Reformen des Strafgesetzes war die Situation in der DDR zwar formell besser, Benachteiligungen in bestimmten Bereichen wie im Erbrecht oder bei der Wohnungssuche blieben bestehen. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass Berichte über Fortschritte der Homosexuellenbewegung in erster Linie die Situation in größeren Städten aufzeigten. Somit ließ sich die teilweise liberalere Stimmung nicht eins zu eins auf das gesamte Staatsgebiet der DDR umlegen. Trotzdem könnte man sagen, dass Ostdeutschland hier etwas fortschrittlicher war als der westliche Teil Deutschlands, denn in der BRD blieben Homosexuelle länger von Seiten des Gesetzes stigmatisiert. Beiden Ländern gleich war ein starker Fokus auf den Jugendschutz. Eine tatsächliche Gleichstellung zwischen homosexuellen und heterosexuellen TäterInnen in Bezug auf den § 151 StGB fand auch in der DDR erst im Jahr 1988 statt. Somit kann davon ausgegangen werden, dass trotz aller Verbesserungen und Reformen die Ansicht, dass Homosexuelle für Jugendliche eher gefährlich waren, bestehen blieben. Der § 151 galt in der DDR für Männer und Frauen. In der BRD hingegen galten die Homosexuellen-Paragrafen durchwegs nur für Männer.

In Bezug auf die Erörterung von Homosexualität in der Sexualerziehung lässt sich sagen, dass trotz aller gesetzlichen Besserungen in den Schulen Homosexualität eher als etwas Negatives, als eine „Fehlhaltung“, vermittelt wurde. Homosexuelle entsprachen nicht dem „sozialistischen Menschen“ und passten nicht in das Ehe-Familie-Prinzip womit ihnen auf diesem Gebiet eine ähnliche Ablehnung oder Nichtbehandlung zu Teil wurde wie in der Sexualpädagogik der BRD.

Somit kann ich meine erste These bestätigen, dass allein durch Veränderungen auf dem Papier kein gesellschaftlicher Wandel eingeleitet wurde. Hier könnte man ähnlich wie im vorangegangenen Kapitel über Jugendsexualität mit tief verwurzelten Traditionen und Vorurteilen argumentieren, die von einem Regime nicht von einem Tag auf den anderen von oben herab verändert werden können.

Von offizieller Seite her gab man sich in der DDR eher liberal, die Abgrenzung von der NS-Zeit spielte hier ebenso eine Rolle wie das Problem die weitere Verfolgung Homosexueller zu rechtfertigen.

6.3 Jugendsexualität im Vergleich – DDR – Österreich

Meine Forschungsfragen zum folgenden Teil sind:

- Kann man von einer „positiven“ oder „negativen“ Sexualpädagogik im Österreich der Zweiten Republik sprechen?
- Welche Ziele sollten durch die Sexualerziehung in den österreichischen Schulen verfolgt bzw. welche grundlegenden Meinungen vermittelt werden?
- In Fragen der schulischen Erziehung war die katholische Kirche sehr einflussreich, inwiefern spiegelte sich das im Verhalten der Heranwachsenden wider?

6.3.1 Sexualpädagogik in Österreich

Am 18. 7. 1962 wurde in Österreich eine Novelle des Verfassungsgesetzes beschlossen, dadurch fiel das Schulwesen in die Bundeskompetenz. Sämtliche grundsätzlichen schulischen Angelegenheiten mussten seitdem durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament beschlossen werden. Dadurch war der Spielraum für pädagogische Veränderungen stark eingeschränkt.

Am 25. 7. 1962 wurden acht Schulgesetze beschlossen. Gleichzeitig wurde ein Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Vatikan, der die staatliche Subventionierung von katholischen Privatschulen regelte, unterzeichnet. Diese Schulgesetze waren die Basis für die weiteren Entwicklungen und der Schlussstrich unter langjährige Diskussionen zwischen den Parteien und Interessensgruppen.²⁰⁶

1968 wurde das Schulvolksbegehren gestartet. Als Reaktion darauf wurde 1969 die Schulreformkommission einberufen. In diesem Rahmen sollten langfristige Planungen und Konzepte ausgehandelt werden. Durch diese mehrheitlich konservative Kommission, wurde der Konsenszwang auf vorparlamentarische Ebene gehoben. Ebenfalls 1969 wurde das Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung geschaffen. Dessen Aufgabe war es, die Schulreform wissenschaftlich zu kontrollieren und zu begleiten. 1971 wurde mit Schulversuchen zur Schulreform begonnen und 1973 ein „autonomes Gremium“ eingerichtet. Dadurch sollten die Schulversuche kontrolliert und beurteilt werden. Anhand dieses kurzen Abschnitts über die Entwicklung des österreichischen Schulsystems bzw. der Schulpolitik

²⁰⁶ Karin Brunner, Elisabeth Jandl-Jäger u. Margit Kafka, Sexualerziehung in der österreichischen Schule und anderswo, in: Karl H. Auer u. Anneliese Frantsits, Sexualität zwischen Verdrängung und Befreiung. Wien 1989, 205f.

wird deutlich, dass für eine Neuerung der Lehrinhalte ein unglaublicher bürokratischer Aufwand nötig war. Schule war in diesem Zeitraum von einem Lernbegriff geprägt der auf das Abprüfen von Leistung ausgerichtet war. Dadurch war es fraglich, inwiefern Inhalte über Sexualität oder zwischenmenschliche Beziehungen in den Schulen vermittelt wurden.²⁰⁷

In Österreich gab es bis 1970 keine formalen Regelungen bezüglich der Sexualerziehung an den Schulen. Zur ersten öffentlichen Thematisierung dieses Themas kam es erst 1969 auf Anregung des Elternbeirats. Im Februar 1970 wurde der ministerielle Erlass zur Sexualerziehung herausgegeben. Dessen wichtigste Punkte lauteten:

- Die Sexualerziehung sollte mit der ersten Schulstufe beginnen und ein durchlaufendes Unterrichtsprinzip bis zum Ende der Schulzeit sein. Sie hatte im Rahmen des jeweils gültigen Lehrplans zu erfolgen. Auf Fragen der SchülerInnen sowie deren Drang nach Informationen sollte altersgerecht Rücksicht genommen werden.
- In einer Elternversammlung zu Beginn des Schuljahres sollte vor allem in den niedrigeren Klassen die schulische Sexualerziehung mit jener im Elternhaus abgestimmt werden. In der Lehrerfortbildung sollten diese Aufgabengebiete besonders berücksichtigt werden.

Die Grundsätze für den Sexualekundeunterricht beinhalteten Sexualerziehung als nicht wertfreie Begleitung im Reifungsprozess. Die Vorstellungen verschiedener Gesellschaftsgruppen sollten sachlich dargelegt und diskutiert werden. Die Sexualerziehung sollte ein Teil der Gesamterziehung sein und das vom Elternhaus vermittelte Wissen ergänzen, vertiefen und allenfalls berichtigen.²⁰⁸

Der Unterricht zu dieser Thematik sollte fächerübergreifend stattfinden, da auf diese Weise die Anforderungen an die Sexualerziehung besser zu erfüllt wären. Der Nachteil dieser Unterrichtsweise war, dass sich dadurch niemand zuständig fühlte, heikle Themen anzusprechen und die Belehrung unterblieb. Die forcierte Lehrerweiterbildung blieb aus. Bei der Lehrerausbildung ging der Anteil der Sexualerziehung weiter zurück. In den Bundesländern Niederösterreich, Wien, Vorarlberg, Tirol und der Steiermark gab es im Zeitraum von 1983 bis 1988 keine Lehrerfortbildungsveranstaltungen zu der Sexualerziehung. In den anderen Bundesländern wurden im selben Zeitraum durchschnittlich vier bis fünf solcher Veranstaltungen angeboten. Nur im Grundschulbereich fanden seit 1974 regelmäßig Meetings im Rahmen der zentralen Arbeitsgemeinschaft statt.

²⁰⁷ Ebd., 206f.

²⁰⁸ Ebd., 207f.

Das Interesse der Jugendlichen an Themen wie Sexualität und Partnerschaft war sehr groß. Sie verfügten trotzdem über wenig Wissen in diesem Bereich. Das Problem war, dass die PädagogInnen selbst große Scheu hatten, diese Themen im Schulunterricht anzusprechen. Überforderte LehrerInnen führten dazu, dass die Jugendlichen häufig allein mit ihren Problemen zurechtkommen mussten. Fehlende Information in den Schulbüchern verstärkte die Problematik.²⁰⁹

1984 wurde im Auftrag des Unterrichtsministeriums von Lehrern, Jugendberatern und Erwachsenenbildnern der „Medienkoffer Sexualerziehung“ erarbeitet. In der Diskussion um den neuen LehrerInnenbehelf wurden die verschiedenen Ansichten über die Sexualerziehung in Österreich klar. Einige Vertreter waren der Meinung, dass Sexualität gar nicht in der Schule behandelt werden sollte, da dadurch das Elternrecht verletzt werde. Andere meinten, dass diese Form der Erziehung in den Schulen zwar notwendig sei, aber strikt an den christlichen Werten orientiert sein müsste. Wieder andere führten an, dass die Informationen für die LehrerInnen nicht ausreichend wären und dass die Orientierung an der christlichen Norm nicht weiter aufrechterhalten werden sollte. Nach verschiedenen Änderungen und Kompromissen wurde der Medienkoffer unter der damaligen Familienministerin Fröhlich-Sandner im Spätherbst 1986 beschlossen. Durch die unmittelbar darauf folgenden Neuwahlen wurde das Projekt letztendlich nicht umgesetzt.²¹⁰

Die Entwicklung der Sexualpädagogik setzte in Österreich erst Ende der 1960er Jahre mit anderen gesellschaftlichen Umbrüchen ein. Sexualerziehung wurde als Unterrichtsprinzip nicht aber als Unterrichtsfach verankert.

Nach dem Erlass von 1970 waren die Ziele der Sexualerziehung in Österreich die Vermittlung von biologischem Basiswissen und von Verantwortungsbewusstsein. Sexualität wurde weder mit Freude oder Lust noch mit Sinnlichkeit oder Zärtlichkeit verbunden. Ein wichtiger Punkt war die Festschreibung der heterosexuellen Rollenbilder, die Familie sollte aus einem Mann, einer Frau und einem Kind bestehen. Elternschaft und verantwortungsvolle Erziehung sollten als Aufgaben der Mutter vermittelt werden. Homosexualität wurde nur im Zusammenhang mit „abweichenden Formen des Sexuallebens“ erwähnt, nicht zuletzt wegen der langen Kriminalisierung von gleichgeschlechtlichen Handlungen.

Der Erlass stellte die theoretische Basis des Sexualunterrichts an den Schulen dar, die praktische Umsetzung wurde dem Lehrpersonal überlassen. Gewisse Themen sollten auf Empfehlung des Erlasses besser geschlechtshomogen behandelt werden, beispielsweise sollte man das Thema Menstruation nur mit den Mädchen besprechen. In diesem Prozess kam der

²⁰⁹ Ebd., 208f.

²¹⁰ Ebd., 209f.

Schulleitung eine besondere Bedeutung zu, welche das sexualpädagogische Vorgehen gemeinsam mit den LehrerInnen und Eltern zu koordinieren hatte.²¹¹

Neben den lückenhaften Ausführungen des Erlasses gab es innerschulische Widerstände gegen die offiziellen Anweisungen. Innovative Lehransätze, nicht nur im Bereich der Sexualerziehung, wurden oftmals von konservativen DirektorInnen unterdrückt. Die Umsetzung des Sexualunterrichtes fand daher kaum statt.²¹²

Neben Problemen dieser Art gab es noch einen Wertestreit der beiden hauptverantwortlichen Fächer: der Religions- und der Biologieunterricht. Der Biologieunterricht behandelte Sexualität als Fortpflanzungsfunktion. Es wurde davon ausgegangen, dass sämtliche männlichen oder weiblichen Charaktereigenschaften sich abhängig von Umwelteinflüssen entwickeln. Trotzdem war der Biologieunterricht zu jener Zeit nicht besonders fortschrittlich.

In den Biologiebüchern der 1960er Jahre fehlten Hinweise auf eine Veränderung des Körpers in der Pubertät. Bis Mitte der 1970er Jahre sah der Lehrplan eine Unterweisung zum Aufbau des menschlichen Körpers vor, die Geschlechtsteile wurden allerdings ausgespart. Auf seelische Veränderungen in dieser Phase wurde marginal eingegangen, Darstellungen von der Entwicklung des Körpers waren schematisch und kaum aussagekräftig. In der überarbeiteten Auflage eines Schulbuches von 1977 wurde der charakterlichen Veränderung der Pubertierenden nur ein Absatz gewidmet. Dieser beschrieb ausschließlich die Entwicklung der Jungen, die Mädchen wurden nicht berücksichtigt. In Bezug auf den seelischen Reifeprozess wurde auf Selbsterziehung verwiesen, die gleichzusetzen war mit Enthaltensamkeit.²¹³

Im Gegensatz zur marginalen Erörterung des Themas Sexualität wurde in den Biologiebüchern Schwangerschaft und Geburt ausführlich behandelt. Der Schwerpunkt lag in der Beschreibung der Freuden des Mutterglücks. Nachteile oder Probleme bei mit der Schwangerschaft wurden ebenso wenig erwähnt wie Geburtsrisiken oder Missbildungen. Schmerzen während des Geburtsvorgangs würden von der Mutter „gerne“ in Kauf genommen, um neues Leben zu schenken. Zeugung, Verhütung und Schwangerschaftsabbruch wurden nur am Rand genannt. Schwangerschaft wurde als etwas an die Ehe gekoppeltes dargestellt, die Rolle des Vaters wurde kaum erwähnt. Dadurch wurde

²¹¹ Marcel *Scheffknecht*, Sexualaufklärung an den Schulen als gesellschaftliche Vision im Österreich der Siebziger Jahre, Dipl. Universität Wien 2004, 100ff.

²¹² Ebd., 115ff.

²¹³ Nora *Korecky*, „Schulische Sexualaufklärung in den 60er und 70er Jahren“. Ein Vergleich zwischen Biologie- und Religionsunterricht am Beispiel Österreich, Dipl. Universität Wien, 2005, 51ff.

der Eindruck vermittelt, dass dieser nach der Befruchtung seinen Beitrag bereits geleistet hätte.²¹⁴

Durch die Sexualpädagogik wurden die Geschlechterrollen verankert. Mädchen wurden als in sich gekehrt und introvertiert dargestellt, wodurch man biologische Gegebenheiten mit einer sich daraus ergebenden Sozialisation gleichsetzte. Die Vorstellung der sexuellen Passivität der Frauen wurde dadurch noch unterstrichen.

Die monogame Beziehung wurde propagiert. Es wurde die Vorstellung vermittelt, dass sich monogame Menschen, die sich an die gängigen Sexualpraktiken halten, nicht mit Geschlechtskrankheiten infizieren könnten. Das Kondom als Mittel zum Schutz vor Ansteckung fand kaum Erwähnung, als Verhütungsmittel wurde es nur am Rand angeführt. Verhütung wurde als Frauensache deklariert, die Pille wurde als sicherstes, umstrittenes Mittel zum Schutz vor einer ungewollten Schwangerschaft genannt. Enthaltensamkeit wurde als die beste Verhütungsmethode dargestellt. Verhütung blieb bis in die 1980er Jahren in den Schulbüchern eine Angelegenheit innerhalb der Ehe. Zärtlichkeit und Liebe fanden oft keine Erwähnung, Geschlechtsverkehr sollte der Fortpflanzung dienen.²¹⁵

Besonders konservativ gestaltete sich in dieser Zeit der Religionsunterricht, im Vordergrund stand die Warnung vor den Gefahren der sexuellen Lust. Die katholische Morallehre war daran orientiert, sexuelle Enthaltensamkeit bis zur Ehe zu predigen, Sexualität und Erotik wurden mit der Sünde gleichgesetzt. Als besonders bedrohlich wurde Masturbation eingestuft. Zu deren Folgen zählten nach der christlichen Auffassung Geschlechtskrankheiten, Minderung der Ehechancen, psychische Schäden oder vermindertes Interesse an der betreffenden Person durch das andere Geschlecht. Die letzte Drohung wurde besonders bei Mädchen verwendet.

Einig waren sich Katholiken und Protestanten darüber, dass Sexuaufklärung von Kindern und Jugendlichen nur durch Angehörige mit der richtigen Moralvorstellung stattfinden sollte. Deshalb stieß der Erlass zum Sexualunterricht von klerikaler Seite auf Ablehnung. Über Sexualität sollte nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen werden, wodurch Ärzte oder LehrerInnen als geeignete Vermittler ausfielen. Voreheliche Beziehungen und Verhütung wurden als völlig negativ gewertet. Nur von protestantischer Seite wurde die Verhütung mit natürlichen Mitteln nicht völlig abgelehnt. Die Pille wurde für Theologen beider Glaubensrichtungen mit Sexualenthemmung und Ehemissbrauch gleichgesetzt. Ebenso negativ sah man Ehescheidung, Homosexualität und ganz besonders Abtreibung. Hier zeigte sich eine Parallele mit den Biologiebüchern, die das traditionelle Mann-Frau-Rollenklichee

²¹⁴ Ebd., 58ff.

²¹⁵ Ebd., 65ff.

aufrecht erhielten und somit an die Ansichten der Theologen anschlossen. Der Schutz der Ehe und die Betonung der Mutterschaft waren eindeutige Indikatoren für diese veralteten Meinungen.²¹⁶

Zusammenfassend kann über das angebliche Konkurrenzverhältnis des Biologie- und des Religionsunterrichts gesagt werden, dass ein solches eigentlich nicht existierte. Der Auftrag an die beiden Unterrichtsgegenstände war verschieden – Aufklärung versus Morallehre –, das Ergebnis allerdings ziemlich ähnlich. Fehlende Information über Verhütung oder den Geschlechtsakt, Verbreitung und Aufrechterhaltung überholter Geschlechtsvorstellungen sowie die Warnung vor Abtreibung ebenso wie die Propagierung monogamer Beziehungen war diesen Fächern gemein.

Die mangelnde Umsetzung des Sexualkundeunterrichts an den österreichischen Schulen kann am stark lückenhaften Wissen der österreichischen Jugend in den 1970er Jahren abgelesen werden. Bei einer Umfrage unter 16- bis 18jährigen SchülerInnen von 1974 gaben 35 Prozent der Burschen und 31 Prozent der Mädchen an, der Klapperstorch würde die Kinder bringen. 30 bzw. 37 Prozent gaben „Wachsen im Mutterleib“ zur Antwort. 10 Prozent der männlichen und 9 Prozent der weiblichen Befragten waren der Auffassung, Kinder wären vom lieben Gott geschenkt. Dem Satz „Meine Eltern hätten mir mehr über sexuelle Dinge sagen sollen“ stimmten 69 Prozent der Heranwachsenden zu. Besonders mangelhaft war das Wissen der Jugendlichen im Bereich der Empfängnisverhütung und der Geschlechtsorgane. Nur ca. die Hälfte der Befragten waren gut informiert. Etwa genauso viele meinten, mit ihren Eltern problemlos über sexuelle Dinge sprechen zu können. Um ihre Wissensdefizite auszugleichen, sprach die österreichische Jugend bevorzugt mit einem Freund bzw. einer Freundin oder auch mit einem Arzt. Im Allgemeinen war die Beziehung der Mädchen zu ihren Müttern recht gut, Jungen waren eher bereit mit beiden Elternteilen oder mit dem Vater zu sprechen. Wenig überraschend ist in diesem Zusammenhang, dass Töchter sexuelle Aktivitäten eher vor ihren Vätern geheim hielten als vor den Müttern. Bei den männlichen Gleichaltrigen war das Verhältnis eher ausgeglichen.²¹⁷

Trotz aller Kommunikationsprobleme waren die Eltern als Informationsquelle gefragter als der Schulunterricht, nur 32 Prozent der Burschen und 26 Prozent der Mädchen gaben an, in sexuellen Dingen lieber in der Schule als von den Eltern aufgeklärt zu werden. Auffallend

²¹⁶ Ebd., 86ff.

²¹⁷ Adolf Graf, Elternhaus und Schule in der Sackgasse?, in: Hans-Jürgen Melcher (Hrsg.), Schülersexualität und Sexualerziehung. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in Österreich, Möglichkeiten einer Reform, Wien 1977, 22ff.

war, dass die SchülerInnen zum Zeitpunkt der Befragung schon zwei Jahre Sexualerziehung in der Schule bekommen hätten sollen.

Eine im Jahr 1973 in Linz durchgeführte Studie bei 878 LehrerInnen zeigte deutlich die ablehnende Haltung des Lehrkörpers. 92 Prozent gaben an, noch nie oder nur gelegentlich sexualpädagogisch tätig gewesen zu sein. Diese Ergebnisse deckten sich mit den Angaben der Jugendlichen. 58 Prozent der Jungen und 64 Prozent der Mädchen gaben an, in den letzten Jahren nie Sexualerziehung in der Schule erhalten zu haben. Nur 2 Prozent antworteten, dass sie mit einer gewissen Regelmäßigkeit etwas über Sexualität im Unterricht gehört hätten.²¹⁸

In den weiteren Antworten der LehrerInnenumfrage wurden die Wurzeln des Problems deutlich. 41 Prozent der Befragten gaben an, dass sie keine Ausbildung zur Sexualpädagogik erhalten hätten und 51 Prozent meinten in vielen Fällen persönliche Hemmungen bei der Durchführung des Lehrauftrags der Sexualerziehung zu haben. Die bisher eher asexuelle Lehrerrolle war neuen Belastungen ausgesetzt, die kaum eine Lehrkraft bewältigen konnte. Die PädagogInnen befürchteten außerdem Konflikte mit Eltern, Vorgesetzten oder Geistlichen, wenn sie zu intime Themen ansprechen würden. Deswegen kam es oftmals zu einer inhaltlichen Verkürzung oder einseitigen Behandlung der Thematik. Ausführungen über lustbetonte Aspekte wurden eher vermieden. Man griff auf verschiedene Medien wie z.B. Tonfilme zurück, um besonders anrühige Inhalte nicht selbst artikulieren zu müssen. Die eigene Meinung zu vertreten fiel den LehrerInnen allem Anschein nach besonders schwer.²¹⁹

In den 1980er Jahren hatte sich die Lage nicht wesentlich verbessert. In einer Studie von Adelina Husslein gaben 50 Prozent der befragten Jugendlichen an, noch mehr über Sexualität wissen zu wollen. Die Jugendlichen interessierten sich besonders für Kontrazeption und Geschlechtskrankheiten, vor allem Mädchen über 16 Jahren wollten mehr Informationen zur Empfängnisverhütung. Beide Themen wurden im Schulunterricht vernachlässigt. In den 1980er Jahren blieb die Mutter für die weiblichen Jugendlichen die Hauptinformationsquelle gefolgt vom Schulunterricht und FreundInnen. Bei Burschen waren es in erster Linie der Unterricht und der Freundeskreis, die als Quelle der Information dienten.

Illustrierte und Filme spielten für männliche Teenager eine größere Rolle als für weibliche. Bei der Frage, von wem die Jugendlichen sich mehr Aufklärung erwarten würden, standen die Eltern an erster Stelle, vor allem bei unerfahrenen Jugendlichen. Mit PädagogInnen wollten die Jugendlichen nur ungern über Sexualität reden. Konkrete Informationen wurden in größerem Umfang von MedizinerInnen gewünscht. Abschließend lässt sich festhalten, dass

²¹⁸ Ebd., 25ff.

²¹⁹ Ebd., 31ff.

eine Diskussion über Sexualität in erster Linie mit Gleichaltrigen geführt werden wollte, 67 Prozent wollten lieber mit anderen Jugendlichen als mit Erwachsenen darüber debattieren.²²⁰

6.3.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf Sexualpädagogik

Horst Scarbath unterschied 1968 einerseits in „positive Geschlechtserziehung“, welche die Erziehungsbedürftigkeit des Menschen anerkennt und über die wichtigsten Fakten informiert. Durch sie sollte der Betreffende eine sittliche und emotionale Haltung erwerben, die ihm ein normales Leben ermöglicht. Andererseits führte er die „negative Geschlechtserziehung“ an, deren Hauptaufgabe die Behütung und Gegenwirkung war. Auch Friedrich Koch bezeichnete das Verschweigen und Ablenken als Bestandteile der negativen Sexualerziehung, durch die Furcht und Ekel erzeugt werden sollte (siehe dazu Kapitel 6.1.1).²²¹

In Österreich herrschte die „negative Sexualerziehung“ vor. Die monogame Beziehung wurde hervorgehoben, klassische Geschlechterrollen wurden reproduziert und vor Masturbation wurde gewarnt.

An diesem Punkt kann man das erste Unterscheidungsmerkmal zwischen der österreichischen Sexualpädagogik und jener in der DDR feststellen. In der DDR sollte zumindest von offizieller Seite ein auf Gleichberechtigung ausgelegtes Frauen- und Männerbild vermittelt werden. Sexualität wurde in der DDR nicht als reine Privatsache angesehen, während man in Österreich noch lange daran festhielt, solche Themen nicht in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Ein gravierender Unterschied ist im Bereich der Aufklärung über Verhütungsmittel festzustellen. Während man in der DDR schon früh über die Möglichkeiten der Verhütung informierte und Verhütungsmittel relativ leicht zugänglich machte, war das Thema in Österreich ein Tabu. Von kirchlicher Seite wurde damit argumentiert, dass die beste Verhütung einer ungewollten Schwangerschaft noch immer die Enthaltsamkeit wäre und selbst im Biologieunterricht handelte es sich eher um ein Randthema.

Trotz dieser Unterschiede gab es Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern. In Österreich und in der DDR wurde den Jugendlichen eine monogame Beziehung nahe gelegt, deren Ziel die Gründung einer Familie sein sollte. Anders als in Österreich gestand man es in der DDR den jungen Menschen zu, den ersten Koitus nicht erst in der Hochzeitsnacht

²²⁰ Adelina Husslein, Voreheliche Beziehungen. Eine empirische Studie zum Sexualverhalten der 14-18jährigen in Österreich. Wien 1982, 71ff.

²²¹ Zimmermann, Sexualpädagogik im Vergleich, 49ff.

vollziehen zu dürfen. In Österreich wurde vor allem im Religionsunterricht auf Enthaltensamkeit in der Jugend gepocht, was den klerikalen Einfluss zeigte.

Ein Problem, dem beide Länder gegenüberstanden, ebenso wie auch die BRD, war die mangelnde Umsetzung der staatlichen Vorgaben und die unzureichende Ausbildung der PädagogInnen. In allen drei Staaten fanden sich von Aussagen von LehrerInnen über Probleme der Vermittlung solcher Themen im Unterricht. Einerseits waren diese auf die Scham der ErzieherInnen zurückzuführen und andererseits auf die schlechte Vorbereitung darauf. In keinem der drei Länder gelang es, die vorgegebenen Richtlinien umzusetzen. Vor allem in Österreich scheiterten Maßnahmenpakete und Reformversuche oftmals am übermächtigen Einfluss der Kirchenvertreter, die bei jeder nicht kirchenkonformen Veränderung sofort Einspruch erhoben.

Wenig verwunderlich war es, dass sich die Jugendlichen in allen drei Ländern bei den Eltern bzw. noch häufiger bei gleichaltrigen FreundInnen informierten und die schulische Aufklärung eher in einem negativen Licht stand.

6.3.3 Das Sexualverhalten österreichischer Jugendlicher

Das Sexualverhalten der Heranwachsenden im Österreich der 1970er Jahre unterschied sich nicht wesentlich von den Gewohnheiten im geteilten Deutschland. Einer Studie zufolge hatten ca. die Hälfte der Befragten im Alter von 14 Jahren intensive Kuserfahrung gehabt, mit 15 Jahren Brustpetting, mit 16 Erfahrungen im genitalen Petting, bei dem der Mann aktiv ist und mit 17 Jahren Genitalpetting, bei dem die Frau aktiv ist. Etwa ein Drittel hatte mit 17 Jahren bereits den ersten Geschlechtsverkehr hinter sich. Diese nach Alter gegliederten Stadien der Entwicklung verliefen in der Regel gleichförmig, durchschnittlich vergingen vier Jahre vom ersten Kuss bis zum ersten Koitus.

Auch in Österreich begannen Jugendliche immer früher mit sexuellen Aktivitäten. Festzuhalten ist hier, dass diese Veränderungen Jungen und Mädchen gleichermaßen betrafen. Jugendliche der 1970er Jahre erlebten trotz der negativen Sexualpädagogik in den Schulen ihre eigene Sexualität offen und frei, sie war nur kaum mit Schulgefühlen oder Ängsten verbunden. Die Heranwachsenden in Österreich waren stark an einem Partner bzw. einer

Partnerin orientiert, jugendliche Promiskuität, wie sie gerne von konservativen Kreisen befürchtet oder angeprangert wurde, gab es in der Realität nicht.²²²

Für die sexuelle Entwicklung der Jugend in Österreich waren die Eltern maßgeblich. Sie spielten eine Rolle in der Weitergabe von Geschlechterrollen ebenso wie in der Beeinflussung der Jugendlichen in Bezug auf Moralvorstellungen oder Verhaltensmuster.

Ein wirksames Mittel zur Kontrolle der Nachkommen waren Ausgehverbote, da so Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit dem anderen Geschlecht behindert oder eingeschränkt werden konnten. Einer Studie unter 16- bis 18jährigen zufolge machten die Eltern in den 1970er Jahren von diesen Beschränkungen Gebrauch. Besonders Mädchen wurden stärker in ihren Freiheiten beschränkt und mussten häufig zu einer bestimmten Zeit wieder zuhause sein. Zu den größten Ängsten der Eltern gehörte die freie Bestimmung der Jugendlichen über ihr Sexualverhalten, was sich dadurch belegen lässt, dass Burschen und Mädchen, die in ihrer Ausgehfreiheit beschränkt waren, seltener sexuelle Erfahrung als ihre AltersgenossInnen hatten. Somit kann behauptet werden, dass die elterliche Kontrolle äußerst hemmend für den heterosexuellen Lernprozess war.²²³

Nicht zu unterschätzen war der Einfluss von Religiosität auf die Jugendlichen und ihr Sexualverhalten. Religiöse Überzeugungen und die dazu gehörenden Moralvorstellungen waren ein entscheidender Punkt. Ein besonders großer Unterschied zwischen sich selbst als religiös bezeichnenden Jugendlichen und nicht religiösen war bei der Koituserfahrung festzustellen. Nur 18 Prozent der religiösen Burschen und Mädchen gaben an, bereits Geschlechtsverkehr gehabt zu haben, 43 Prozent waren es hingegen bei den nicht religiösen. Durch die Wert- und Moralvorstellungen waren die Jugendlichen nicht nur gehemmt, sie hatten auch Schuldgefühle beim vorehelichen Geschlechtsverkehr. Im Allgemeinen standen sie auch anderen Fragen der Sexualität eher ablehnend gegenüber. So wünschten sich der Religion nahe stehende Heranwachsende eher eine jungfräuliche Partnerin bzw. einen unerfahrenen Partner. Sie traten für die Strafbarkeit von Homosexualität und Empfängnisverhütung ein, Abtreibung stieß bei dieser Gruppe vermehrt auf Ablehnung. Der überwiegende Teil der religiösen Jugendlichen orientierte sich insbesondere in Fragen der Sexualität an den moralischen Prinzipien der christlichen Kirche, nur ein Viertel gestaltete ihr Leben nach den Grundsätzen der Kirche.²²⁴

²²² Franz Kroath, Einflussfaktoren der soziosexuellen Entwicklung 16- bis 18jähriger Schüler, in: Hans-Jürgen Melcher (Hrsg.), Schülersexualität und Sexualerziehung. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in Österreich, Möglichkeiten einer Reform, Wien 1977, 57ff.

²²³ Ebd., 65ff.

²²⁴ Ebd., 70ff.

In den 1980er Jahren führte die Frauenärztin Adelina Husslein eine Studie zum Sexualverhalten der österreichischen Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren anhand von Fragebögen durch. Von den 2809 befragten Jugendlichen hatten 41 Prozent der Mädchen und 36 Prozent der Burschen bereits Geschlechtsverkehr gehabt, besonders hoch war der Anteil bei BerufsschülerInnen. Das Alter beim ersten Koitus war laut den Ergebnissen der Studie weiter gesunken. 50 Prozent der 17jährigen hatten bereits Verkehr, mit 18 waren es 65 Prozent, wobei die Mädchen in diesem Punkt den Burschen voraus waren. Unter den 19jährigen war das Geschlechterverhältnis ausgeglichener, 75 Prozent dieser Gruppe hatten Sex. Laut Hussleins Ergebnissen gab es keinen signifikanten Unterschied zwischen den Jugendlichen in der Stadt und am Land.²²⁵

Husslein erhob ebenfalls die Einstellung der Heranwachsenden zur Sexualität. 95 Prozent antworteten, dass diese in erster Linie dazu diene, sich gegenseitig Freude zu bereiten. Die Sexualität stand nicht mehr in direkter Verbindung mit Fortpflanzung und Ehe. Vorehelicher Geschlechtsverkehr wurde als zulässig und nicht als unmoralisch empfunden. Die Einstellung änderte aber nichts am Heiratswillen, 95 Prozent gaben an, später heiraten und Kinder bekommen zu wollen. Treue und Liebe wurden von einem überwältigenden Teil der Jugendlichen als sehr wichtig angesehen, Verkehr ohne Liebe wurde vor allem von jüngeren Mädchen als unmöglich empfunden. Obwohl die weiblichen Jugendlichen oft schon vor ihren männlichen Altersgenossen sexuelle Erfahrung hatten, verhielten sie sich laut den Umfrageergebnissen eher passiv, die Initiative zum ersten Koitus ging vor allem von den Burschen aus.²²⁶

Diese Studie zeigte, dass in den 1980er Jahren der Einfluss der Kirche noch immer bestand. Die Einstellung der religiösen Burschen und Mädchen hatte sich dahingehend verändert, dass diese aufgeschlossener wurden. Gläubige Jugendliche, egal welcher Glaubensrichtung, hatten später den ersten Geschlechtsverkehr, obwohl die Meinungen über den vorehelichen Koitus weniger vorurteilsbehaftet waren. 90 Prozent aller Jugendlichen bejahten die Empfängnisverhütung. Auch religiöse Heranwachsende vertraten nicht automatisch die konservativen Ansichten der Amtskirche. Die Pille und das Kondom wurden oft angewendet.²²⁷

²²⁵ *Husslein*, Voreheliche Beziehungen, 45ff.

²²⁶ Ebd., 47ff.

²²⁷ Ebd., 56ff.

6.3.4 Jugendsexualität im Vergleich zwischen Österreich und der DDR

Es lässt sich kein signifikanter Unterschied zwischen ostdeutschen und österreichischen Jugendlichen beim Sexualverhalten feststellen, obwohl die Grundvoraussetzungen für die Teenager in den beiden Ländern recht unterschiedlich waren. Spätestens in den 1980er Jahren waren über 90 Prozent der Jugendlichen in beiden Ländern die Meinung verbreitet, dass vorehelicher Geschlechtsverkehr und Kontrazeption durchaus zulässig seien. Liebe und Treue waren die Grundlage für die, häufig festen, Beziehungen der Mädchen und Burschen in beiden Ländern. Der erste Koitus wurde in beiden Ländern zum überwiegenden Teil im Alter von 16 bis 19 Jahren erlebt. Die Jugendlichen in der DDR waren trotz der Offenheit im Umgang mit Sexualität und des Fehlens einer öffentlich verbreiteten kirchlichen Moral nicht aufgeschlossener als jene in Österreich.

Der Einfluss der Amtskirche machte sich vor allem beim schulischen Aufklärungsunterricht bemerkbar. Sich selbst als religiös definierende Jugendliche sammelten erst später sexuelle Erfahrungen. Ihre Einstellung gegenüber Themen der Sexualität, wie etwa Verhütung, wich jedoch nicht besonders stark von der allgemeinen Meinung ab. Vor allem in den 1980er Jahren fielen laut Adelina Hussleins Ergebnissen hier die Grenzen.

Beim Umgang mit Kontrazeption ließen sich nur minimale Unterschiede feststellen. In der DDR wurde die Einnahme der Pille bereits vor dem ersten Geschlechtsverkehr forciert, weshalb 1980 bereits 87 Prozent der 16- bis 18jährigen Mädchen diese Methode zur Empfängnisverhütung anwandten. Auf Grund dieser Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass zahlreiche junge Frauen mit der Einnahme der Pille bereits vor dem ersten Geschlechtsverkehr begonnen hatten. Bei Hussleins Umfrage hatten nur 19 Prozent der weiblichen Befragten angegeben, beim ersten Koitus mit der Pille verhütet zu haben. Beim weiteren Verkehr stieg die Bedeutung der Pille an.²²⁸

Die Eltern in den beiden Ländern unterschieden laut den Umfragen in einem Punkt. Von den Müttern und Vätern in der DDR wurde angenommen, dass sie häufig über das Sexualleben ihrer Nachkommen Bescheid wussten und den Jugendlichen die Möglichkeit des gemeinsamen Übernachtens eher geboten wurde als in Österreich, wo die Eltern hemmend für die sexuelle Entfaltung ihrer Kinder waren.

²²⁸ Ebd., 77f.

6.3.5 Zusammenfassung und Resümee

Meine Thesen zu diesem Teil lauteten:

- Österreich ähnelte in Bezug auf Sexualpädagogik eher der BRD als der DDR, wobei es in allen drei Ländern Probleme gab, die jeweilige Lehrmeinung zu vermitteln und umzusetzen.
- Anders als in der DDR, in der die christlichen Kirchen in ihrem Einfluss stark zurückgedrängt waren, hatte insbesondere die katholische Kirche großes Gewicht, wenn es um schulpolitische Fragen ging.
- Trotz der verschiedenen sexualpädagogischen Ansätze war die Entwicklung der Jugendlichen in beiden Staaten ähnlich.

Die Sexualpädagogik in den beiden Ländern unterschied sich oberflächlich betrachtet zwar grundlegend, trotzdem gab es einige Punkte, die einander ähnlich waren. Die starke Ausrichtung auf Ehe und Familie oder das Verschweigen gewisser Randthemen wie etwa Prostitution oder Pornographie sind nur einige dieser Parallelen. Der Wunsch nach Kindern sollte in Österreich so wie in der DDR geweckt werden, Promiskuität wurde negativ bewertet. In der Reihe der Ähnlichkeiten kann die mangelnde LehrerInnenausbildung in beiden Staaten genannt werden und die infolgedessen fehlende Vermittlung des Themas Sexualität in den Schulen. In beiden Ländern, wie auch in der BRD, befürchtete man den schädlichen Einfluss der Massenmedien, was in Österreich zu Aufrufen gegen „Schmutz und Schund“ führte und in der DDR relativ einfach durch die Zensur unterbunden werden konnte.

Ein wichtiger Einflussfaktor waren die Eltern. Die Elterngeneration der verschiedenen Länder hatte eine ähnliche Erziehung erhalten. Deshalb herrschten in Österreich ebenso wie in den beiden deutschen Staaten althergebrachte Ansichten noch lange vor. Durch die von oben angeordnete Toleranz und Liberalität in der DDR konnte dies nicht zur Gänze ausgeräumt werden.

Die Jugendlichen lebten, in Bezug auf Sexualität, nicht in völlig unterschiedlichen Welten. Man könnte annehmen, dass durch die propagierte Gleichstellung von Männern und Frauen die Mädchen eine unterschiedliche Entwicklung durchmachten. Festmachen könnte man diese Annahme daran, dass laut den Ergebnissen von Adelina Husslein, die weiblichen Teenager in Österreich eher passiv in Bezug auf Sexualität waren und dass in Ostdeutschland die Initiative zum ersten Koitus häufig von den jungen Frauen kam. Den Mädchen in der DDR sollte zumindest von offizieller Seite vermittelt werden, dass die bürgerlichen Geschlechterklischees

überwunden werden müssten, während in Österreich nicht zuletzt durch den Unterricht das klassische Ehefrau- und Mutter-Bild vermittelt wurde.

Die religiösen Vorgaben wurden vor allem in den 1980er Jahren nicht mehr eins zu eins umgesetzt, die Jugendlichen emanzipierten sich zusehends von althergebrachten Meinungen vor allem wenn es um vorehelichen Sex ging. Das große Gewicht des katholischen Einflusses war somit eher auf den Schulunterricht als auf die Jugendlichen selbst beschränkt, wobei beachtet werden muss, dass noch in den 1980er Jahren zwei Drittel der Befragten angaben, von der Religion überzeugt zu sein. Enthaltensam lebten diese Teenager trotzdem nicht, was daran liegen könnte, dass sie trotz religiöser Überzeugung die Vorgaben der Amtskirche, nicht zur Gänze umsetzten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass trotz differierender Sexualpädagogik und äußerst divergierender Ziele derselben bei den Jugendlichen doch ähnliche Trends bemerkt werden können. Weder lässt sich sagen, dass die Ostdeutschen alle zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ umgeformt wurden, noch dass die kirchliche Dominanz in Österreich die gesamte Bevölkerung vereinnahmte. Trotz weniger liberaler Voraussetzungen fanden die österreichischen Jugendlichen Mittel und Wege, um sexuell aktiv zu sein und nahmen die wenigen vermittelten Ansichten zur Sexualität in den Schulen nicht wirklich an. Hier lässt sich feststellen, dass die Meinung der Bildungselite nicht mit jener der Bevölkerung übereinstimmte.

6.4 Der Umgang mit Homosexualität im Vergleich DDR - Österreich

Meine Forschungsfragen lauten:

- Wie war der Umgang mit Homosexualität im Österreich der Zweiten Republik?
- Lassen sich Parallelen zwischen der sozialistischen DDR und dem eher antikommunistischen Österreich feststellen?
- Wie wurde das Thema Homosexualität im Schulunterricht behandelt?

6.4.1 Die rechtliche Situation von Homosexuellen

Bis zum Jahr 1971 galt in Österreich das StG 1852. Der darin enthaltene § 129 StG regelte sämtliche Fälle von Unzucht „wider die Natur“. Unter Strafe gestellt waren durch dieses Gesetz sämtliche geschlechtlichen Handlungen mit Personen des gleichen Geschlechts und mit Tieren. Als Voraussetzung für die Strafbarkeit wurde nicht der Geschlechtsverkehr angesehen. Es hing vom Richter ab, ob er beischlafähnliche Handlungen allein als einen Grund für eine Verurteilung ansah oder ob die Berührung der Geschlechtsteile einer gleichgeschlechtlichen Person für eine Anklage ausreichte. Personen, die eine solche Handlung zuließen, wurden als Mittäter belangt. Völlig unabhängig davon, ob sie geschlechtlichen Genuss dabei empfanden oder nicht. Prostitution war daher ebenfalls strafbar. Bei einer Verurteilung hatte der oder die Betreffende - Frauen waren von dem Gesetz betroffen - mit einem bis fünf Jahren schwerem Kerker zu rechnen. In besonders drastischen Fällen konnte der Strafraum auf zehn Jahre bis lebenslänglich ausgedehnt werden.²²⁹

Der erste Reformversuch fand in einer Regierungsvorlage des Jahres 1867 statt. Dieser war besonders fortschrittlich, da er eine ersatzlose Streichung des § 129 StG vorsah. Dieser Vorschlag fand allerdings keine Zustimmung. 1874 gab es einen weiteren Antrag den Unzuchtparagraphen zu streichen. Männliche Homosexualität sollte trotzdem bestraft werden. Dieses Vorhaben war ebenfalls erfolglos. Während der Monarchie und in der Zeit der 1. Republik gab es zahlreiche weitere Versuche den § 129 StG zu ändern. Trotzdem blieb er im inhaltlich bis zum „Anschluss“ an das Deutsche Reich nahezu unverändert. Nach der Vereinigung mit Deutschland gab es in Bezug auf die Bestrafung von Sexualdelikten keine gemeinsame Linie. In der „Ostmark“ war lesbischer Verkehr weiterhin strafbar, im restlichen deutschen Reich nicht.

²²⁹ Sabine Schäffer-Ziegler, Die Strafbarkeit widernatürlicher Unzucht, in: Ursula Floßman (Hrsg.), Sexualstrafrecht. Beiträge zum historischen und aktuellen Reformprozess, Linz 2000, 145ff.

1945 wurde das StG 1852 wieder verlautbart und zwar nach dem Stand der Gesetzgebung vom 20. März 1938. Sämtliche Novellierungen die unter dem NS-Regime vorgenommen worden waren, wurden gestrichen. Der § 129 StG war damit wieder in Geltung, de facto war er das schon durchgängig seit 1852 gewesen. Von tatsächlichen Verurteilungen waren in erster Linie Männer betroffen.²³⁰

Nach dem Ende des Krieges wurden die Männer mit dem rosa Winkel bzw. „asoziale“ Frauen zwar aus den Konzentrationslagern entlassen, allerdings nicht in die Straffreiheit. Der rosa Winkel war das Zeichen für männliche Homosexuelle im KZ. Durch die restriktive Gesetzeslage wurde der Vorgang zur Anerkennung des Opferstatus weiter behindert und verunmöglicht. Ähnlich wie in der DDR und der BRD wurden Homosexuelle unter Berufung auf das Opferfürsorgegesetz lange nicht als Opfer des NS-Regimes anerkannt. Durch dieses Gesetz war festgeschrieben worden, dass nur Personen als Opfer anzusehen sind, die aus Gründen der Abstammung, der Religion oder der Nationalität durch ein Gericht, eine Verwaltungsbehörde oder durch Eingriffe der NSDAP erheblichen Schaden erlitten hatten. Da diese Definition Homosexuelle nicht einschließt und außerdem deren strafrechtliche Verfolgung nicht als typisch nationalsozialistisch angesehen werden konnte, wurden die Anfragen diverser lesbisch-schwuler Organisationen negativ beantwortet.²³¹

Eine Gesetzesnovelle 1971 beendete die sogenannte „Totalverbotszeit“. Die gleichgeschlechtliche Sexualität zwischen Männern wurde nicht gänzlich straffrei. Man führte den § 209 StGB ein. Dieser bestrafte Männer, die nach Vollendung des neunzehnten Lebensjahres mit einem Mann, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr hatten. Mit diesem Gesetz sollten nicht nur beischlafähnliche Handlungen bestraft werden, sondern auch Masturbation. Begründet wurde diese strenge Regelung damit, dass sich männliche Jugendliche dieses Alters besonders leicht beeinflussen lassen würden und daher leicht hinsichtlich ihrer Triebrichtung verändert werden könnten. Das Absurde am § 209 StGB ist aber, dass z.B. ein 14jähriger und ein 17jähriger durchaus eine legale Beziehung führen konnten, zwei Jahre später hätte diese Verbindung aber einen strafrechtlichen Tatbestand erfüllt. Mit dieser Novellierung wurde eine starke Ungleichberechtigung geschaffen. Für heterosexuelle und lesbische Kontakte galt eine Mindestaltergrenze von 14 Jahren. Für homosexuelle Beziehungen unter Männern galten jedoch 18 Jahre als Untergrenze. Verstöße gegen diesen Paragraphen wurden weiterhin mit

²³⁰ Ebd., 151ff.

²³¹ Hannes *Sulzenbacher*, Keine Opfer Hitlers. Die Verfolgung von Lesben und Schwulen in der NS-Zeit und ihre Legitimierung in der Zweiten Republik, in: Wolfgang *Förster*, Tobias G. *Natter* u. Ines *Rieder* (Hrsg.), *Der andere Blick. Lesbischswules Leben in Österreich*, Wien 2001, 207f.

sechs Monaten bis fünf Jahren Gefängnis geahndet. Gleichzeitig erfolgte die Einführung von neuen Strafbestimmungen. Werbung für Unzucht mit Personen des gleichen Geschlechts sowie mit Tieren (§ 220 StGB) wurde ebenso bestraft wie männliche Prostitution. In der Praxis wurden homosexuelle Beziehungen wegen Verletzung der Sittlichkeit oder Schamhaftigkeit nach § 516 StGB weiterhin verfolgt.²³²

Das Werbeverbot galt nicht nur, wenn zu homosexuellen Sexualhandlungen aufgefordert oder diese propagiert wurden, sondern auch dann wenn gleichgeschlechtliche Betätigung nahe gelegt wurde. Zu einer praktischen Anwendung des Gesetzes kam es im Jahr 1992. Der Stein des Anstoßes war eine Aids-Präventionsbroschüre mit dem Titel „Schwuler Sex. Sicher.“. Das Prospekt wurde eingezogen, da es homosexuelle Betätigung als besonders wertvoll und genussreich darstellen würde und somit der Tatbestand nach § 220 StGB erfüllt wäre. Das Werbeverbot wurde im Jahr 1996 abgeschafft, erst im Jahr 2000 wurde vom Grazer Oberlandesgericht bestätigt, dass der Vertrieb homosexueller Pornographie nicht strafbar sei.²³³

Die durch die Gesetzesnovelle 1971 eingeführte Rechtslage war somit keinesfalls besonders vorteilhaft. Nur die Strafbarkeit lesbischer Beziehungen gehörte der Vergangenheit an. Die eingeführte Unterscheidung zwischen männlicher und weiblicher Homosexualität wurde dahingehend begründet, dass die Tathandlungen bei Frauen nur schwer fassbar seien und dass der echte gleichgeschlechtliche Akt sich weitgehend der Feststellung im Strafprozess entzöge.²³⁴

Seit 1. Jänner 1989 wurde der § 209 StGB abgeändert. Bestraft wurden nun Personen die das neunzehnte Lebensjahr vollendet hatten. Zuvor waren es 18jährige. Durch die Anhebung des Alters wurde klar gestellt, dass es sich dabei nicht um eine Jugendstrafsache handelt.²³⁵

Eine wichtige zivilrechtliche Verbesserung war die ansatzweise Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren 1998. Durch diese Gesetzesnovelle wurden unter Angehörigen nicht mehr nur verschiedengeschlechtliche Partner verstanden, wodurch es einige Begünstigungen im materiellen Zivilrecht gab. Bedeutende Benachteiligungen gegenüber der heterosexuellen Ehe wurden nicht ausgeräumt. Homosexuelle Personen bekamen keine Pflegefreistellung für ihren Partner bzw. ihre Partnerin. Regelungen bezüglich

²³² Stefan *Dobias*, Homosexualität im österreichischen Recht. Historischer Überblick, in: Wolfgang *Förster*, Tobias G. *Natter* u. Ines *Rieder* (Hrsg.), *Der andere Blick. Lesbischswules Leben in Österreich*, Wien 2001, 173.

²³³ Ebd., 174.

²³⁴ Ebd., 174f.

²³⁵ Karin *Neuwirth*, Gleicher als gleich. Zur Strafbarkeit männlicher Homosexualität nach § 209 StGB, in: Ursula *Floßman* (Hrsg.), *Sexualstrafrecht. Beiträge zum historischen und aktuellen Reformprozess*, Linz 2000, 194.

Diskriminierung oder Benachteiligung auf Grund der sexuellen Orientierung sind nur dünn gesät.²³⁶

2002 wurde der § 209 StGB abgeschafft. Diskriminierungen im Zusammenhang mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften bestehen weiter. Österreich hinkt im europäischen Vergleich noch immer hinter her, wenn es um die Gleichstellung homo- und heterosexueller Paare geht.²³⁷

Ein Antrag auf Entschädigung der Opfer von § 209 StGB wurde von der Mehrheit im Parlament abgelehnt. Am 10. Juli 2002 wurde der § 207b StGB als eine Ersatzregelung zum § 209 StGB abgeändert. Dieser neue Paragraph unterscheidet nicht zwischen homo- oder heterosexuellen Kontakten, das Mindestalter liegt bei 14 Jahren. Durch dieses Gesetz sollen Personen bis 16 Jahre vor „Ausnutzung einer Zwangslage“ geschützt werden bzw. vor „Ausnutzung mangelnder Reife“, sowie Personen bis 18 Jahre vor „Kontakten gegen Entgelt“. An diesem Gesetz wurde vor allem die ungenaue Formulierung kritisiert, außerdem warnten Lesben- und Schwulenbewegungen davor, dass der Paragraph insbesondere gegen junge Homosexuelle ausgelegt werden könnte.²³⁸ Der Psychiater Max Friedrich stellte in diesem Zusammenhang fest, dass durch das neue Strafrecht die Selbstbestimmung durch Fremdbestimmung abgelöst werden würde, da nun die Eltern bzw. Richter entscheiden, ob das Kind reif genug für ein eigenes Intimleben sei.²³⁹

6.4.2 Die gesellschaftliche Situation von Homosexuellen

Jenseits von rein rechtlichen Aspekten fand eine Diskriminierung von Schwulen und Lesben im gesellschaftlichen Bereich statt. Benachteiligungen gibt es noch heute. Neben der in Österreich eher seltener vorkommenden anti-homosexuellen Gewalt sind es oft moralische Werte, die sich in der öffentlichen Meinung niederschlagen. Homosexuelle wurden mit negativen Stereotypen belegt. Schwule und Lesben wurden in unterschiedlicher Weise deklassiert. Weibliche Homosexuelle wurde häufig durch Nicht-Wahrnehmung diskriminiert.²⁴⁰

²³⁶ *Dobias*, Homosexualität im österreichischen Recht, 176f.

²³⁷ *Veronika Weis*, Sexualität und Kontrolle. Verfolgung und Diskriminierung Homosexueller in Österreich im Dritten Reich und heute, Frankfurt am Main 2006, 118.

²³⁸ *Ulrike Repnik*, Homosexualitäten als politisches Thema. Entstehung und Verlauf der Lesben- und Schwulenbewegung in Österreich, Dipl., Universität Wien 2003, 91f, nach der Standard 5.7 2002, Die Presse 5.7 2002, Der Standard 6.7.2002, Der Standard 9.7. 2002, Der Standard 11.7. 2002.

²³⁹ Ebd., nach Der Standard , 11.7.2002

²⁴⁰ Ebd., 69f.

Schwule litten insbesondere darunter, dass sie als Männer in einer patriarchalen Gesellschaft lebten und dass dadurch ihre Abweichung vom Rollenklischee besonders stark wahrgenommen wurde, zum Teil stärker als bei Lesben. Männer hatten die Möglichkeit die Vorurteile gegen sich abzuschwächen, da von ihnen in erster Linie beruflicher Erfolg erwartet wurde. Homosexuellen Frauen fiel das schwerer, da sie dem Rollenklischee von Hausfrau und Mutter weniger entsprachen. Die homosexuelle Sexualität war von vielen Mythen und Vorurteilen umrankt. Schwulen wurde vor allem promiskuitives Verhalten unterstellt. Es stellte sich die Problematik der schwulen Identitätsfindung. Die Fremddefinition floss in die Selbstdefinition ein. Problematisch war die Situation homosexueller Jugendlicher, die sich von der Vorstellung der Andersartigkeit oder der „sexuellen Abweichung“ hätten befreien müssen.

Die Diskriminierung Homosexueller in Österreich ging mit einer konservativen politischen Einstellung einher. Lange Zeit fehlte den Betroffenen das Bewusstsein, Gleichberechtigung einfordern zu können. Erst mit dem Beginn der Homosexuellenorganisationen wurde eine erhöhte Sensibilisierung für Diskriminierungen von Seiten der Schwulen und Lesben selbst erzeugt.²⁴¹

Lesben waren, obwohl gesellschaftlich weniger stark wahrgenommen, nicht weniger stark diskriminiert. Wie oben schon erwähnt passten sie sich dem vorgegebenen Rollenbild der Frau in der Zweiten Republik häufig nicht an. Sie durchbrachen die Vorstellung, dass sexuelles Vergnügen an Fortpflanzung gebunden sein muss. Sie widersprachen dem „natürlichen“ Geschlechterklischee und zeigten, dass nicht nur monogame, heterosexuelle und familienbezogene Liebesbeziehungen möglich wären. Lange Zeit wurde auf die Wünsche und Rechte von heterosexuellen Frauen nicht eingegangen. Sie wurden als Bewahrerinnen der Häuslichkeit und der Familie angesehen. Durch diese Vorstellungen einer „richtigen Frau“ wurden die Emanzipationsbewegungen der Lesben behindert. Die Tatsache, dass junge Frauen eher sexualitätsfern erzogen wurden und sie es somit schwerer hatten, ihre sexuellen Wünsche zu artikulieren spielte hier hinein. Die Erfüllung der weiblichen Norm, die von der Gesellschaft erwartet wurde, steht hier im Spannungsverhältnis zur eigenen Sexualität. Ein weiterer Grund, weshalb Lesben an den Rand der Aufmerksamkeit gedrängt wurden, ist die Vorstellung, dass diese Frauen nicht von AIDS betroffen wären. Damit wurde laut Alexandra von Streit ihre Zweitrangigkeit betont. Diskriminierungen durch Stereotypisierung und durch Lächerlichmachen betrafen Lesben und Schwule zu gleichen Teilen. Während einerseits von

²⁴¹ Wolfgang Till, Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlicher Diskriminierung und subjektiver Verarbeitung oder Was heißt es, schwul zu leben?, in: Michael Handl (Hrsg.), Homosexualität in Österreich: aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien, Wien 1989, 18ff.

„weibischen Männern“ ausgegangen wurde, assoziierte man mit dem Wort Lesbe gerne das „Mannsweib“.²⁴²

In der Zweiten Republik gab es ab den 1960er Jahren erste Bestrebungen zum Aufbau einer Schwulen- und Lesbenorganisation. Anders als in den anderen europäischen Ländern gründete sich erst 1963 eine „Homophilenorganisation“. Der Verband für freie Mutterschaft und sexuelle Gleichberechtigung setzte sich für die Abschaffung der § 144 und 129 StGB ein (Anm.: Der § 144 stellte den Schwangerschaftsabbruch unter Strafe). Die Gründung des Verbands war erst möglich, nachdem die Sicherheitsdirektion Wien einen Nichtuntersagungsbescheid ausgestellt hatte. Hier zeigten sich deutlich die Probleme mit denen sich potentielle GründerInnen auseinander zu setzen hatten. Die Kriminalisierung sowie das Bestehen von Vorurteilen und das Fehlen von Vorbildern machten diese Entwicklungen erst spät möglich. Der Verband für freie Mutterschaft und sexuelle Gleichberechtigung, der eine Zeitschrift mit dem Titel „Aufklärung“ herausgab, existierte nur wenige Jahre. Diese erste Organisation war ein wichtiger Impuls für die spätere Entwicklung von Homosexuellen- und Frauenbewegungen.²⁴³

Am Ende des Jahres 1975 formierte sich wieder eine Homosexuellengruppe, diesmal unter dem Namen „Coming out“ (CO). Die Gruppe gab von 1975 bis 1978 eine eigene Zeitung heraus. Deren Auflage betrug zwischen zweihundert und fünfhundert Stück. Im März 1977 sorgten zwei CO-Aktivistinnen mit einem Auftritt in der TV-Sendung „Club 2“ zum Thema Homosexualität für Aufsehen. Empörte ZuseherInnen beschwerten sich darüber, dass das österreichische Fernsehen mit dieser Sendung Werbung für gleichgeschlechtliche Unzucht machen würde, was damals gesetzlich verboten war.

Im Frühjahr 1977 formierte sich die zweite Schwulengruppe, die „Arbeitsgruppe kultureller Initiativen“ (AKI). Anders als die CO-Bewegung hatte dieser Verband vor allem Selbsterfahrungen von Homosexuellen zum Ziel. Die anfangs eng miteinander verbundenen Gruppierungen entfernten sich ideologisch voneinander. 1978 löste sich die AKI wieder auf.²⁴⁴

1979 wurde die Homosexuelle Initiative (HOSI) gegründet, die bereits ab demselben Jahr die Zeitschrift „Lambda Nachrichten“ herausgab. Erstmals für Aufsehen sorgte die Gruppe 1980 als sie zu den „Wiener Festwochen – alternativ“ am Reumannplatz einlud. Nachdem die Stadt Wien den dortigen HOSI-Stand gewaltsam schließen ließ, solidarisierten sich sämtliche

²⁴² Gudrun Hauer, Was heißt es, lesbisch zu leben?, in: Michael Handl (Hrsg.), Homosexualität in Österreich: aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien, Wien 1989, 27ff.

²⁴³ Gudrun Hauer u. Elisabeth Perchinig, Homosexualitäten in Österreich: Über Zusammenhänge von politischer Identität und Praxis. Wien 2000, 38.

²⁴⁴ Weis, Sexualität und Kontrolle, 119ff.

andere Bewegungen mit dem Erfolg, dass der Stand letztendlich wieder aufgebaut werden musste und zwar auf Gemeindegeldern. Im Zuge dieser Aktion entstand das Manifest „Für eine neue Liebesordnung“, das ganz bewusst gegen den § 220 StGB verstieß. Nach und nach wurden in den anderen Bundesländern HOSI-Gruppen gegründet, wobei es immer wieder das Hindernis des § 220 StGB zu überwinden galt. 1981 wurde die HOSI für Lesben geöffnet, was anfangs von beiden Seiten auf großes Misstrauen stieß, da die Frauen um ihre Unabhängigkeit fürchteten. Eine weitere Aktion war die Kundgebung beim Wiener Neujahrskonzert 1982. Zwei nackte Männer stürmten die Bühne mit einem Transparent für „Menschenrechte für Schwule“ eintraten. Die Eröffnung des Lesben- und Schwulenzentrums „Rosa Lila Villa“ in Wien fand 1982 statt.²⁴⁵

Parallel zu den eher männlich dominierten Bewegungen entwickelten sich eigene Frauen- und Lesbenbewegung in Wien. Die erste lesbische Arbeitsgruppe, die Aktion unabhängiger Frauen (AUF), bildete sich 1976 im Rahmen der autonomen Frauenbewegung. In der „AUF – Eine Frauenzeitschrift“ war das Thema Homosexualität zuvor sporadisch behandelt worden. Aus diesem Grund kam es bei der Entstehung der ersten Lesbengruppe zu Kontroversen innerhalb der AUF. Die heterosexuellen Frauen warfen den Lesben männliches Verhalten vor, diese kritisierten dafür ihre Marginalisierung in der AUF. Nach der Auflösung der Gruppe setzten sich diese Diskussionen fort. Nach dem Ende der AUF begannen sich die Lesben zusehends in eigenständigen Verbänden zu engagieren. Projekte der autonomen Frauenbewegungen waren unter anderem die Buchhandlung „Frauenzimmer“ sowie das Frauencafé. Die Motivation dazu lag allerdings weniger darin lesbische Räume sondern reine Frauen-Orte zu schaffen.²⁴⁶

Ende der 1970er Jahre entstand die Idee ein Frauenkommunikationszentrum (FKZ) einzurichten. Bereits 1982 wurde der Lila Löffel, ein Beisl in den Räumlichkeiten des FKZ, eröffnet. Nach Auseinandersetzungen um das Lokal wurde 1990 in diesen Räumlichkeiten das Vereinslokal des FrauenLesbenMädchenZentrums (FLMZ) eröffnet, das sich selbst als „feministisch, lesbischen, öffentlichen Frauenort“ bezeichnet. Ab den 1980er Jahren fanden in Wien regelmäßige Lesbentreffen statt. Dort wurde die Idee zu den „Lesbenrundbriefen“ geboren, die stark zur Vernetzung der österreichischen Lesben beitrugen.²⁴⁷

²⁴⁵ Ebd., 120.

²⁴⁶ *Repnik*, Homosexualitäten als politisches Thema, nach Hildegunde *Dick*, Die autonome Frauenbewegung, Diss., Wien 1991 nach Brigitte *Geiger* u. Hanna *Hacker*, Donauwalzer – Damenwahl. Frauenbewegte Zusammenhänge in Österreich, Wien 1989, 119ff

²⁴⁷ Ulrike *Repnik*, Lesben in Bewegungen(en). Die Lesbenbewegung in Österreich seit den 1970er Jahren, in: Wolfgang *Förster*, Tobias G. *Natter* u. Ines *Rieder* (Hrsg.), Der andere Blick. Lesbischswules Leben in Österreich, Wien 2001, 229ff.

Die Wichtigkeit der Vertretungen für Homosexuelle zeigte sich mit dem Aufkommen der Immunschwächekrankheit AIDS ab 1983. Schon 14 Tage nachdem die erste Rundfunkmeldung über AIDS in Österreich ausgestrahlt worden war, gab die HOSI gemeinsam mit der „Wiener Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit“ die erste Informationsbroschüre über diese Krankheit heraus. Ab 1984 war es möglich mittels Antikörpertest das Blut zu untersuchen, allerdings mussten diese Tests erst erprobt werden. Auf eine Anfrage hin entschied sich die HOSI an der Studie teilzunehmen und handelte bestimmte noch heute gültige Bedingungen aus, wie zum Beispiel die Anonymität des Getesteten.²⁴⁸

Ohne die Initiative der Vertretungen hätte die österreichische AIDS-Politik wohl eher andere Ausmaße angenommen. Erste Schritte in Richtung Ausgrenzung statt Prävention waren gesetzt worden. So hatte die Landessanitätsdirektion in Vorarlberg unmittelbar nach dem ersten Auftreten der Krankheit beschlossen, alle Angehörigen von Risikogruppen umgehend und konsequent zu untersuchen, um mit Hilfe der Exekutive Homosexuellenlisten anzulegen. Nicht zuletzt durch die Bedrohung durch AIDS war es zu einer stärkeren Einigung innerhalb der Homosexuellenbewegungen gekommen.²⁴⁹

Trotz dieser Fortschritte innerhalb der Homosexuellenbewegung kam es aber zu jeder Zeit zu gesellschaftlichen Diskriminierungen, am Arbeitsplatz oder in Bezug auf Partnerschaften. Es lässt sich eine Art „Gläserne Decke“ bestehend aus diskriminierenden Verhaltensweisen feststellen. Einer Studie aus dem 1997 zufolge haben ca. 81 Prozent der Schwulen und Lesben unter solchem Verhalten ihrer Kollegen am Arbeitsplatz zu leiden. Diese Herabwürdigungen reichen von Witzen über Homosexuelle und Benachteiligungen bei Beförderungen bis hin zu sexuellen Belästigungen.²⁵⁰

Veronika Weis konstatiert, dass es bisher durch zum Teil recht provokante Aktionen den Homosexuellenbewegungen gelungen war, das Bild des Homosexuellen in der Öffentlichkeit zu ändern und klarzustellen, dass es sich bei diesen Personen um ganz „normale“ BürgerInnen handelt.²⁵¹ Ulrike Repnik kommt am Ende ihres Artikels zu dem Schluss, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Lesben in den letzten Jahren verändert haben. Das

²⁴⁸ Weis, Sexualität und Kontrolle, 121.

²⁴⁹ Wolfgang Förster, Zwischen Provokation und Integration – ein Vierteljahrhundert Schwulenbewegung in Österreich, in: Wolfgang Förster, Tobias G. Natter u. Ines Rieder (Hrsg.), Der andere Blick. Lesbischswules Leben in Österreich, Wien 2001, 222ff.

²⁵⁰ Susanne Schwärzler, Homosexualität und Gesellschaft – Zur Situation gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in Österreich, Dipl., Johannes Kepler Universität Linz, 2007, 71ff.

²⁵¹ Ebd., 121.

ehemalige Tabuthema Homosexualität wird heute auch in den Medien präsentiert. Dennoch hätten die Homosexuellenbewegungen nichts an Wichtigkeit verloren.²⁵²

Die Zweite Republik war im Umgang mit Homosexualität vor allem vom Bestreben gekennzeichnet, den Status quo aufrecht zu erhalten. Diese Einstellung wird besonders durch die lang anhaltende Kriminalisierung von lesbischen und schwulen Partnerschaften belegt, ebenso wie den tendenziell repressiven Umgang mit Homosexuellenvereinigungen. Eine gewisse Kontinuität in der Argumentation gegen die Legalisierung homosexueller Beziehungen oder Aktivitäten lässt sich erkennen. Oft wurde auf Rechtfertigungen aus der NS-Zeit zurückgegriffen und nicht zuletzt die katholische Kirche erwies sich als äußerst fortschrittshemmend.²⁵³

6.4.3. Homosexualität und Jugendsexualität

Die heterosexuelle Norm für den Aufklärungsunterricht in der Schule war bereits 1969 in einem vom damaligen Unterrichtsminister Alois Mock (ÖVP) veranstalteten Expertenseminar festgelegt worden. Als eines der Ergebnisse dieser Tagung kann die Festschreibung der Heterosexualität als Geschlechtsnorm im Schulunterricht gewertet werden. Homo-, Bi- oder Transsexualität existierten in den damaligen Denkwürfen nicht. Das Ziel dieser Festlegung war die Erziehung der SchülerInnen zu heterosexuell funktionierenden Menschen.²⁵⁴

In den österreichischen Schulbüchern der 1960er und 1970er Jahre ist oft von der „Gefahr“ der Homosexualität die Rede. Sie wurde als krankhaftes Verhalten dargestellt, die durch seelische Behandlung heilbar sei. In zahlreichen Schulbüchern wurde Homosexualität als Form des Sexualverhaltens nicht erwähnt. Teilweise wurde die „Verführungsthese“ neu aufgerollt. Schwule seien gewissenlose Männer, die ihre Triebe mit jungen unerfahrenen Männern ausleben. Den Heranwachsenden sollte klar gemacht werden, dass es sich bei der gleichgeschlechtlichen Liebe um keine anerkannte oder wünschenswerte Form der Sexualität oder Partnerschaft handelt.²⁵⁵

Besonders in katholisch geprägten Schulbüchern wurden Homosexuelle bis Mitte der 1970er Jahre als Personen wider die Natur dargestellt, die kleine Jungs verführen würden. 1973 wurde diese Ansicht erstmals teilweise revidiert, trotzdem riet man jungen Menschen, die diese Neigung an sich feststellen, einen Arzt oder Seelsorger aufzusuchen. Homosexualität

²⁵² Repnik, *Lesben in Bewegungen(en)*, 234.

²⁵³ Weis, *Sexualität und Kontrolle*, 128.

²⁵⁴ Scheffelknecht, *Sexualaufklärung an den Schulen*, 94f.

²⁵⁵ Korecky, *Schulische Sexualaufklärung*, 66f.

wurde als „Kümmerform“ der Liebe bezeichnet, die den Begriff der Liebe abwerte. Diese christliche Norm wurde auch in den evangelischen Religionsbüchern vertreten.²⁵⁶

Homosexualität wurde in klerikalen Aufklärungsbüchern gerne als Ergebnis verfrühter Sexualität, als Laster bzw. als Strafe Gottes bezeichnet. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand immer die Warnung vor der Verführung von Kindern oder Jugendlichen durch Homosexuelle. Diese würden ihre „Opfer“ laut diesen Büchern durch Geschenke oder Süßigkeiten anlocken, um sie dann zu missbrauchen. Lange Zeit war diese Ansicht der katholischen Kirche durch die restriktive Gesetzeslage bestätigt. In den Büchern war in erster Linie von männlichen Homosexuellen die Rede, Lesben wurden ausgeblendet. Die Kirche gab den Rat, dass Eltern einer möglichen homosexuellen Neigung durch ein intaktes Familienleben vorbeugen könnten. Dadurch wurde zusätzlich die Scheidung negativ bewertet. Den Eltern riet man ihr homosexuelles Kind als Kranken anzusehen, das unbedingt ärztlicher Hilfe bedarf.²⁵⁷

Der Einfluss der Kirche auf die Sexualpädagogik an Österreichs Schulen zeigte sich sogar Ende der 1980er Jahre in unverminderter Intensität. Der 1989 vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport eingeführte „Sexkoffer“, der Materialien zur Sexualerziehung enthielt, wurde nach lauten Protesten der Kirche und der Elternvertreter stark dezimiert. Die Kapitel über Prostitution, Masturbation, Pornographie und Homosexualität wurden gekürzt. Vorwürfe der „Moralischen Verwahrlosung der Kinder“ hatten zu diesen Einschränkungen geführt. Hier zeigte sich deutlich die konservative Haltung gegenüber diesen „heißen“ Themen.

Dass diese Vorurteile nicht ganz der Vergangenheit angehörten, zeigte zuletzt die Aufregung der Broschüre „Love, Sex und so“. Diese wurde 2002 vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generation unter dem damaligen Jugendminister Herbert Haupt herausgegeben. Der Absatz über Homosexualität enthielt unter anderem folgende Passage: „Vielleicht hast du gerade Gefühle für Personen des eigenen Geschlechts. Das ist okay. Du musst dich nicht entscheiden, nicht festlegen“.

Familienbischof Klaus Küng reagierte mit herber Kritik. Es verstöße gegen pädagogische Mindestanforderungen und stelle unter anderem Homosexualität als etwas völlig Normales dar. Weihbischof Laun bezeichnete die Broschüre als Spiegelbild der Unmoral. Er beanstandete, dass Jugendliche durch diese zum Ausleben ihrer Homosexualität angestiftet würden. Hier zeigt sich eindeutig, dass die Kirche mehrere Ziele auf einmal verfolgte. Die

²⁵⁶ Ebd., 83f.

²⁵⁷ Ebd., 94f.

Kritik an der positiven Darstellung der Homosexualität war mit der Forderung verbunden, dass Sexualität nur der Fortpflanzung dienen solle.²⁵⁸

6.4.4 Vergleich Österreich und DDR in Bezug auf den Umgang mit Homosexualität

Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern in Bezug auf den Umgang und der Toleranz gegenüber Homosexuellen zu finden, ist auf den ersten Blick schwierig. Rein vom Gesetz her betrachtet hinkte Österreich lange Zeit der DDR und der BRD hinterher. Eine Gemeinsamkeit ist allerdings, dass trotz der Gesetzesreformen in der DDR ebenso wie in Österreich Homosexualität lange Zeit ein Tabuthema blieb. In beiden Ländern hatten Schwule und Lesben ähnliche Probleme, wie etwa Diskriminierung am Arbeitsplatz, Intoleranz von großen Teilen der Bevölkerung sowie das Hineindrängen in Rollenklischees. Zu letzterem gehörte das lange Aufrechterhalten der „Verführungsthese“, die in der angeblich so fortschrittlichen DDR noch lange beibehalten wurde. Ähnlich verhielt es sich mit der Ansicht Homosexualität sei eine Krankheit oder Jugendliche seien ganz besonders vor schwulen Männern zu schützen. Der juristische Ausdruck dieses Misstrauens war in der DDR der § 151 StGB und in Österreich war es der § 209 StGB. Unterschiedlich wurde in den beiden Ländern mit weiblicher Homosexualität umgegangen. Während in Österreich seit 1971 Lesben nicht mehr gesetzlich bestraft wurden, erfasste der § 151 StGB in der DDR auch Frauen.

Fraglich ist, ob auf Grund der etwas früheren Liberalisierung der Gesetze in der DDR die gesellschaftliche Meinung über Homosexualität in Österreich konservativer war oder nicht. Meiner Ansicht nach wurde nur von offizieller Seite Toleranz gepredigt. Die EinwohnerInnen der DDR änderten ihre Meinung kaum. Beispielsweise unterstützten nicht alle VertreterInnen der evangelischen Kirche die Homosexuellenorganisationen. In Österreich herrschte wegen des starken klerikalen Einflusses eine sehr konservative Meinung.

In beiden Ländern waren die Nichtanerkennung des Opferstatus von Homosexuellen nach dem 2. Weltkrieg und eine daraus resultierende fehlende Wiedergutmachung immanent. Die Staaten verwehrten sich mit ähnlichen Argumenten dagegen, selbst die DDR die um Abgrenzung zur eigenen Vergangenheit bemüht war. Möglicherweise sah man das Vergessen einer ganzen Opfergruppe als Teil des Abgrenzungsprozesses an. Gleich war in Österreich, der DDR sowie der BRD, die Berufung auf das Opferfürsorgegesetz und der Verweis darauf, dass Homosexuelle nicht auf Grund ihrer „rassischen Abstammung“ verfolgt wurden. Daraus lässt erkennen, dass die Einstellung gegenüber Homosexuellen nicht so verschieden war.

²⁵⁸ Weis, Sexualität und Kontrolle, 109ff.

Trotz der verschiedenen gesetzlichen Rahmenbedingungen kam es zu einer ähnlich langsamen Bildung von Homosexuellenorganisationen in beiden Ländern. In der Zweiten Republik gab es ab den 1960er Jahren erste Bemühungen zum Aufbau von Schwulen- und Lesbenorganisationen. Hier kam es häufig noch zu Auflösungen der Gruppen und anschließenden Neuformierungen. Die Gruppen waren, ebenso wie in der DDR, anfangs eher von homosexuellen Männern dominiert. Lesben standen diesen Organisationen in beiden Ländern kritisch gegenüber, so dass sich eine Zusammenarbeit häufig schwierig gestaltete. Die Frauen gründeten oft eigene Gruppen wie den „Sonntags-Club“ in der DDR oder die „AUF“ in Österreich.

Im Allgemeinen kann über die Situation homosexueller Frauen gesagt werden, dass sie oftmals an den Rand der Aufmerksamkeit gedrängt wurden. In der DDR war die Situation der Frauen und damit auch der Lesben insofern leichter, da durch die volle Einbindung ins Berufsleben die ökonomische Abhängigkeit von möglichen Ehemännern weit weniger gegeben war. Frauen waren finanziell unabhängiger und konnten sie sich in Ostdeutschland einfacher scheiden lassen. Die Erfüllung der „weiblichen Norm“ lastete, wenn auch zum Teil unterschiedlich, in beiden Ländern auf den Frauen. Die Gründung einer Familie gehörte in Österreich wie in Ostdeutschland zum guten Ton. Unter fehlenden Lesben-Treffpunkten litten die Frauen in beiden Ländern.

In Bezug auf die Vermittlung von Homosexualität in den Schulen gab es nur eine Parallele zwischen den beiden Ländern, es wurde nur wenig auf sie eingegangen. Die Gründe hierfür waren vollkommen verschieden. In Österreich sollte bzw. durfte vom Lehrplan her auf Homosexualität nicht eingegangen werden. Der kleinste Verstoß gegen diese Regelung führte zu Protesten von Elternvereinen oder der Kirche. In der DDR stand man dem Thema der Homosexualität zwar im Allgemeinen offener gegenüber, im Schulunterricht wurde es aber trotzdem nur marginal behandelt. Der Grund war hier in erster Linie das Desinteresse des Lehrpersonals solch heikle Themen anzusprechen. Da wegen der mangelhaften Ausbildung der PädagogInnen schon Aufklärungsunterricht an sich keine Selbstverständlichkeit war, wurde das Thema der gleichgeschlechtlichen Liebe ganz vergessen. In Ostdeutschland hatten die Jugendlichen wenigstens in den 1980er Jahren die Möglichkeit sich durch Bücher oder Zeitschriften zu informieren, während in Österreich jegliche Information zu diesem Thema mit dem Verweis auf die gesetzliche Lage verunmöglicht wurde.

Die Argumente gegen Homosexualität waren natürlich von den verschiedenen ideologischen Leitbildern der beiden Länder geprägt. In der DDR wurde der „sozialistische Mensch“ den Jugendlichen durch Unterricht und Bücher ebenso vermittelt wie die

Wichtigkeit der „sozialistischen Familie“, die Homosexuelle nicht in der Lage waren zu gründen. Obwohl man Homosexuelle als „gleichwertig“ betrachtete, ließ man doch keinen Zweifel daran, dass sie außerhalb der gesellschaftlichen Norm wären. In Österreich war die Lage anders, hier war es vor allem der starke kirchliche Einfluss, der eine Liberalisierung der Gesetze oder eine korrekte Vermittlung des Themas in den Schulen unmöglich machte. In Österreich setzte man vor allem auf katholische Vorurteile.

6.4.5 Zusammenfassung und Resümee

Meine Thesen zu diesem Teil waren:

- Es gab mehrere immanente Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ländern, beispielsweise bei der Vergangenheitsbewältigung oder bei der Diskriminierung von Homosexuellen.
- Die Gesetzgebung und die gesellschaftliche Meinung zum Thema Homosexualität waren in Österreich vergleichsweise konservativer und von mehr Vorurteilen geprägt.
- Das Thema der gleichgeschlechtlichen Liebe und Partnerschaft wurde im Schulunterricht in Österreich völlig ausgeblendet.

Die beiden Länder waren nicht so unähnlich wie anfangs angenommen. Die DDR gab sich liberal, zumindest nach außen, Österreich konservativ. Die Meinung in der Bevölkerung zu Homosexualität war in beiden Ländern ähnlich. Bei der Vergangenheitsbewältigung waren Österreich und DDR säumig, denn Homosexuelle wurden nicht als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt. Diskriminierungen von staatlicher Seite fanden in beiden Ländern statt. In Österreich wehrte man mit klerikalen Argumenten Verbesserungen oder Änderungen ab, in der DDR wurde das Problem ignoriert. Forderungen wurden in Ostdeutschland damit entgegnet, dass die gesetzliche Lage bereits fortschrittlich genug wäre, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Anliegen von Homosexuellen gab es erst gegen Ende der 1980er Jahre.

Ohne Zweifel war die Gesetzeslage in Österreich sehr strikt und auch nach dem Ende der „Totalverbotszeit“ gab es zahlreiche Einschränkungen für Homosexuelle und deren Organisationen z. B. durch das Werbeverbot. Die gesellschaftliche Meinung war dadurch in Österreich sehr konservativ aber auch in der DDR war es schwer eine Liberalisierung herbeizuführen.

Der Unterschied zwischen den Staaten war, dass die DDR um eine rasche Überwindung von althergebrachtem Gedankengut bemüht war, während Österreich in vielen Belangen einfach jegliche Veränderung aufhielt und sich auf traditionelle katholische Traditionen zurückzog.

Dass man aber Vorurteile nicht gänzlich überwunden hatte zeigte sich deutlich am Schulunterricht. In beiden Ländern verwehrte man sich im Unterricht gegen das Thema, nicht zuletzt wegen der lange aufrechten Annahme, dass man zur Homosexualität verführt werden könne.

7. Exkurs: Sowjetunion

Meine These zum folgenden Teil lautet:

Es bestanden durchaus Einflüsse von Seiten der Sowjetunion auf die DDR, allerdings gab es Bereiche, in denen Ostdeutschland eine Abgrenzung gelang.

7.1. Der Umgang mit Homosexualität in der Sowjetunion

Unmittelbar nach der Revolution herrschten in der Sowjetunion in Bezug auf Homosexualität sehr liberale Gesetze. Weder das Strafgesetzbuch von 1922 noch das von 1926 enthielt Strafbestimmungen gegen Homosexuelle. Der § 151 StGB aus dem Jahr 1926 stellte homosexuelle Handlungen, die im Zuge des Missbrauchs von Minderjährigen geschahen, unter Strafe. Der Paragraph sah Freiheitsstrafen von 5 bis 8 Jahren für Geschlechtsverkehr mit Personen vor, die die Geschlechtsreife noch nicht erlangt hatten. Weitere Paragraphen richteten sich gegen unzüchtige Handlungen mit Minderjährigen sowie gegen die gewaltsame Veranlassung eines anderen zum Geschlechtsverkehr oder zur Prostitution. Gleichgeschlechtlicher Verkehr unter Erwachsenen wurde strafrechtlich nicht verfolgt, einzig die Republik Aserbeidschan sah eine Verfolgung vor, da solche Handlungen als dortiges „Nationallaster“ bezeichnet wurden. Diese Emanzipation der Homosexuellen war in der Sowjetunion sehr stark von oben initiiert, sie war Teil der allumfassenden Reform und Veränderung dieser Zeit.

Dieser fortschrittliche Zustand fand ein jähes Ende. Am 7. März 1934 wurde das neue Gesetz (§ 154a) über die strafrechtliche Verantwortung für Päderastie erlassen. Unter „Päderastie“ wurden alle Formen des Geschlechtsverkehrs zwischen Männern verstanden. Lesben waren von diesem Gesetz nicht betroffen, jedoch konnte beispielsweise der § 151 StGB auch bei Frauen angewandt werden die z.B. sexuellen Kontakt zu Minderjährigen suchten. Die Strafe für einvernehmlichen Geschlechtsverkehr unter zwei männlichen Erwachsenen betrug 5 bis 8 Jahre.²⁵⁹

Bis zum Jahr 1993 wurde Homosexualität, auch zwischen Erwachsenen, gesetzlich verfolgt. Homosexuelle fürchteten nicht nur die staatliche Verfolgung, sondern auch Erpressung. Schwule und Lesben hatten kaum eine Möglichkeit sich zu entfalten. Von medizinischer Seite bekamen sie keine Unterstützung und in den ab den 1970er Jahren erscheinenden

²⁵⁹ Joachim S. *Hohmann*, Zum rechtlichen und sozialen Problem der Homosexualität, in: ders., *Sexualforschung und -politik in der Sowjetunion seit 1917*, Frankfurt am Main 1990, 273ff.

sexualpathologischen Büchern wurde Homosexualität als sexuelle Perversion gewertet. Die Situation änderte sich auch nicht durch die Liberalisierungstendenzen in den 1980er Jahren. Bei einer Umfrage 1989 wurde die Intoleranz der Bevölkerung besonders deutlich. 33 Prozent der Befragten gaben an, die beste Methode im Umgang mit Homosexuellen wäre deren Ausrottung und fast ein Drittel sprach sich dafür aus diese von der Bevölkerung zu isolieren. Nur 6 Prozent meinten, dass ihnen Hilfe angeboten werden sollte.

Als in der Sowjetunion die ersten Krankheitsfälle mit dem AIDS-Virus bekannt wurden, wurde die Schuld dafür den Homosexuellen gegeben. Homosexuelle waren in der Sowjetunion die meistgehasste Gruppe. Aus diesem Grund waren Gewalttaten gegen Schwule und Lesben keine Seltenheit. Diese wurden nur selten geahndet, da sich die Opfer selbst scheuten die Vorfälle der Polizei zu melden. Auch der sowjetische Geheimdienst KGB interessierte sich für Homosexuelle, in erster Linie dann, wenn sie sich zu Organisationen zusammenschlossen. Man vermutete, ähnlich wie in der DDR, eine Gefahr für den autoritären Staat.²⁶⁰

Die Alltagssituation von Homosexuellen in der DDR und der Sowjetunion war in einem weiteren Punkt ähnlich. Da auch in der Sowjetunion Wohnraum äußerst rar war hatten sie kaum die Möglichkeit sich in ihre Privatsphäre zurückzuziehen. Die Situation zum Beispiel in Moskau ähnelte jener in den ostdeutschen Städten. Vor allem Homosexuelle, die in Gemeinschaftswohnungen lebten, waren der permanenten Beobachtung ihrer MitbewohnerInnen ausgeliefert. Die Tatsache, dass oftmals ganze Familien in einem einzigen Raum zusammenlebten, verschärfte die Situation der fehlenden Rückzugsmöglichkeiten, unter der nicht nur Homosexuelle zu leiden hatten. Aus diesem Grund waren sie oftmals gezwungen auf öffentliche Räume, wie etwa Parks oder öffentliche Toiletten, auszuweichen. In den 1970er und 1980er Jahren begannen sich zunehmend Schwulen-Treffs zu etablieren wie etwa Bars oder Cafés. Eine Einschränkung erfuhren sie durch die sowjetische Planwirtschaft, denn jedes Restaurant und jede Kneipe war in staatlichem Besitz, wodurch es unmöglich war, solche Treffs selbst zu eröffnen. Zahlreiche Homosexuelle versuchten den fehlenden Wohnraum durch das Ausleben einer kulturellen Subkultur wettzumachen, um so auch mehr soziale Anerkennung zu erlangen.²⁶¹

²⁶⁰ Igor S. Kon, *The Sexual revolution in Russia: from the age of the czars to today*, New York 1995, 242ff.

²⁶¹ Dan Healey, *Moscow*, in: David Higgs, *Queer Sites. Gay urban histories since 1600*, London 1999, 52ff.

7.2 Jugendsexualität in der Sowjetunion

In der Sowjetunion der 1950er und der 1960er Jahre wurde Sexualität, und alles was damit zu tun haben könnte, praktisch ignoriert. Bis in die 1960er Jahre gab es keine wissenschaftliche Literatur zu diesem Thema. Bücher von außerhalb des Landes durften von Bibliotheken nur selten bestellt werden bzw. fehlte das Interesse, entsprechende Publikationen zu besitzen. Selbst Werke von Sigmund Freud waren nicht überall zu bekommen. Eine der ersten Dissertationen zu diesem Thema entstand am Beginn der 1960er Jahre an der Leningrad Universität. Der Autor, Sergei Golod, musste aber bald erfahren, wie schwierig es war in einem Land wie der Sowjetunion einfache Umfragen zu organisieren. Die Menschen hatten oft Angst davor zu antworten und der Forscher geriet in ein schiefes Licht wegen seines Forschungsgegenstands. Obwohl die fertige Arbeit in keiner Weise besonders aufwieglend gewesen wäre, passte sie nicht in die sowjetische Ideologie. Die Dissertation brachte nur zu Tage, dass die sowjetischen Jugendlichen, so wie ihre AltergenossInnen überall, vorehelichen Geschlechtsverkehr hatten.²⁶²

Golod führte zwischen 1969 und 1970 eine zweite Studie unter insgesamt 3.700 StudentInnen durch. Seine Ergebnisse wurden in einer Reihe von Büchern und Artikeln veröffentlicht und beinhalteten soziologische Dokumente zum Sexualverhalten der sowjetischen Jugend. In der Sowjetunion wurden traditionelle Systeme langsam zurückgedrängt, die althergebrachten Familienstrukturen befanden sich im Aufbruch, die Geburtenrate sank, die Geschlechterstereotype sorgten für soziale Konflikte und somit das Sexualeben veränderte sich. Die Teenager begannen früher, sexuelle Erfahrungen zu sammeln und der voreheliche Geschlechtsverkehr stieß auf mehr Akzeptanz. Ein immer größerer Unterschied zwischen den Generationen trat zu Tage, denn was für die Eltern noch undenkbar gewesen wäre, war für ihre Kinder normal und natürlich. Diese Trends unterschieden sich nicht wesentlich von jenen im Westen, nur dass in der Sowjetunion diese Themen nicht in der Öffentlichkeit behandelt wurden. Während sich das Verhalten und das Wertesystem der Jungen änderten, tat man von offizieller Seite so, als würde nichts passieren. Asexualität war fast so etwas wie das Parteiprogramm, denn selbst nach Stalins Tod gab es kaum Fortschritte oder Liberalisierungstendenzen im Bereich der Sexualität.²⁶³

Erst in den späten 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre kam es zur Entstehung einer medizinischen Sexualwissenschaft, der „Sexualpathologie“, deren Aufgabe es war, klar zu

²⁶² Kon, *The Sexual revolution in Russia*, 85f.

²⁶³ Ebd., 87ff.

stellen, dass „normale“ Sexualität keine Probleme verursachte und positiv zu bewerten sei. Abweichungen von dieser propagierten Normalität sollten allerdings auf jeden Fall durch ärztliche Behandlung ausgemerzt werden. Die Sexualforschung litt vor allem unter der Einseitigkeit der Forschung. Die wenigen in der Sowjetunion dazu veröffentlichten Bücher wurden aber trotzdem zu Bestsellern. Ein weiteres Problem der Sexualforschung war, dass die sowjetischen Wissenschaftler Publikationen aus dem Westen prinzipiell ignorierten. Das Ziel dieser Forschung war es allerdings eher die Sexualität kontrollieren zu können, als neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Unter all diesen Eindrücken ist es kaum verwunderlich, dass Kinder und Jugendliche keinerlei Belehrung oder Aufklärung zu diesem Thema erhielten. Weder in der Schule noch durch die Eltern erhielten die Heranwachsenden Informationen. In den 1950er und 1960er Jahren kam eine Diskussion darüber auf, ob und wie Kinder und Jugendliche aufgeklärt werden sollten, es blieb aber ein Tabuthema. In den Fällen in denen es etwas wie Sexualkundeunterricht gab, handelte es sich in erster Linie um konservativen Moralunterricht, niemand kam auf den Gedanken einer sexuellen Aufklärung. Von Seiten der Bildungsbeauftragten herrschte die Einstellung, dass ein Unterricht über solche Themen vollkommen unnötig wäre. Um Fortpflanzung zu erklären, griff man auf Beispiele aus dem Tierreich zurück, es gab nicht die geringste Erklärung zum Thema der menschlichen Sexualität, geschweige denn zur Verhütung. Die Darstellung weiblicher oder männlicher Geschlechtsorgane wurde abgelehnt, da man dies als pornographisch ansah. Da es in der Sowjetunion keine Publikationen zur Aufklärung von Jugendlichen gab, griff man auf Werke aus anderen Ländern zurück, wie etwa auf zwei Bücher von Rudolf Neubert aus der DDR.²⁶⁴

Auf Grund dieser fehlenden Belehrung der Jugendlichen beklagten Jungverheiratete oft ihr mangelndes Wissen auf dem Gebiet der Sexualität. Diese Unzulänglichkeiten wurden durch eine Umfrage in den 1960er Jahren belegt. Infolgedessen wurde 1973 das erste Beratungszentrum für „Ehe und Familie“ in Leningrad eröffnet, dessen Bewerbung allerdings von offiziellen Stellen strikt verboten wurde. Im Angebot des Instituts waren Vorlesungen über Familie und Ehe sowie über Sex. Erst im Jahr 1983 wurde in den Schulen ein Kurs zum Thema „Ethik und Familienleben“ für 16- bis 17jährigen Teenager eingeführt, der einige Elemente einer Sexualerziehung enthielt. Ähnlich wie in anderen Ländern gab es Probleme bei der Umsetzung dieses Kurses und selbst wenn er tatsächlich abgehalten wurde, predigte er die heterosexuelle Normalität. Sexuelle Abstinenz wurde positiv bewertet, Masturbation hingegen als unnatürlich und verdorben klassifiziert. Sexualpädagogik war somit bereits von

²⁶⁴ Ebd., 91ff.

Anfang an zum Scheitern verurteilt, da sie nur kaum aufklärte und dazu führte, dass Vorurteile weiterlebten.²⁶⁵

Auch in der Zeit der Perestroika änderte sich nichts Wesentliches am Umgang mit Sexualität. Man begann langsam einzusehen, dass es doch eine Notwendigkeit für Sexualerziehung in den Schulen gab. Von offizieller Seite davon ausgegangen, dass nur der Schulunterricht allein nicht besonders erfolgreich sein würde und dass es besser wäre, wenn hier „alle zusammenarbeiten würden“, was soviel hieß, dass sich niemand so recht dafür zuständig fühlte. Letztendlich vertrat man die Ansicht, dass das Leben selbst wohl der beste Lehrer für die Jugendlichen wäre und das Projekt der schulischen Sexualerziehung wurde nicht umgesetzt. Von Medizinern und diversen öffentlichen Organisationen wurden gelegentlich Vorträge und Beratungen von Teenagern angeboten. In den Folgejahren wurde das Thema zwar immer wieder aufgegriffen, allerdings niemals ernsthaft behandelt.²⁶⁶

Eine direkte Folge der sowjetischen Sexualphobie war, die Aufklärung über Verhütungsmittel kaum ein Thema war. Ab 1955 war die Abtreibung wieder legalisiert und wurde zum Hauptmittel der Familienplanung. Verschiedene Umfragen, die ca. alle 10 Jahre durchgeführt wurden, ergaben, dass wenig zuverlässige Methoden der Empfängnisverhütung wie etwa der Koitus interruptus oder die Kalendermethode von insgesamt mehr als einem Drittel bis fast der Hälfte der Befragten angewandt wurden. Das Kondom, das häufig von schlechter Qualität war, wurde vor allem in den 1960er und 1970er Jahren häufig verwendet, verlor dann aber zusehends an Bedeutung. Diese Umfragen wurden nur in Großstädten durchgeführt. Die Situation von ländlichen Gebieten kann als noch problematischer eingestuft werden da man dort kaum Zugang zu Verhütungsmitteln hatte und schlechter informiert war. Mittel zur Kontrazeption wurden in der Öffentlichkeit verunglimpft 1971 wurde vom Gesundheitsministerium verlautbart, dass die Einnahme der Pille starke Nebenwirkungen hervorrufen und zu verschiedenen Krankheiten führen würde. Im Vergleich dazu erschien die Abtreibung als relativ ungefährlich und harmlos. Die Gründe für diese ablehnende Haltung von Seiten des Staates waren darauf zurückzuführen, dass man bei einer Verbreitung der Pille sinkende Geburtenraten befürchtete. Außerdem dachte man, dass eine individuelle Verhütung zu einem gestärkten Selbstvertrauen der BürgerInnen führen und die Macht des Staates geschwächt werden würde.

Da Wissen der Jugendlichen war mangelhaft. Bei einer Umfrage 1990 gaben 30,5 Prozent der Mädchen unter 15 Jahren an, nicht die geringste Ahnung von Verhütung und Verhütungsmethoden zu haben. Bei den 16- bis 17jährigen waren es 24,6 Prozent und von

²⁶⁵ Ebd., 99ff.

²⁶⁶ Ebd., 107ff.

den 18 bis 23jährigen hatten 11 Prozent keine Kenntnisse zum Thema Kontrazeption. 96,6 Prozent der 16 bis 17jährigen Mädchen verwendeten niemals Verhütungsmittel, was dazu führte, dass 15 Prozent der Studentinnen bereits eine Abtreibung hinter sich hatten, 6 Prozent sogar mehrere. Erst 1987 wurde vom Ministerium für Gesundheit eine Kampagne gestartet, die Kontrazeption bewerben und Abtreibung, die bis in die 1990er Jahre kostenlos war, eindämmen sollte.²⁶⁷

7.3 Resümee-Einflüsse auf die DDR

Sexualunterdrückung prägte die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Die fortschrittlichen Ansätze, die unmittelbar nach der Revolution von 1917 entwickelt und umgesetzt wurden, gingen durch den Stalinismus zur Gänze verloren.

Die Unterschiede beim Umgang mit Sexualität in den beiden Ländern waren sehr deutlich, obwohl die DDR sich in der Einflussosphäre der Sowjetunion befand. Während man in der DDR zumindest von offizieller Seite plante, Sexualunterricht in den Schulen durchzuführen, fehlten dafür in der Sowjetunion jegliche Ansätze. Völlig unterschiedlich war der Umgang mit Kontrazeption. In der DDR sollten bereits 15jährige Teenager über die Möglichkeiten der Verhütung Bescheid wissen und diese aktiv anwenden. In der UdSSR ließ man solche Themen unangesprochen. Die Ziele der beiden Länder waren ähnlich, beide wollten hohe Geburtenraten, nur dass man in der DDR auf Aufklärung und glückliche Ehen setzte und in der Sowjetunion auf die Unwissenheit.

Eine weitere Ähnlichkeit zwischen den beiden Ländern, war der Umgang mit der Gleichberechtigung der Geschlechter. Das sowjetische Regime hatte unmittelbar nach der Revolution von 1917 sämtliche gesetzlichen oder politischen Diskriminierungen ausgeräumt. Gleichberechtigung verstand man als absolute Gleichheit der Geschlechter und die Emanzipation der Frauen rief zahlreiche Konflikte mit traditionellen Wertvorstellungen hervor. Eine reale Gleichberechtigung konnte nie gänzlich umgesetzt werden. Zwar rühmte sich die Sowjetunion damit, dass es so viele weibliche Ärzte gäbe, allerdings erhielten Frauen oft nur die schlechter bezahlten Jobs. Kinderbetreuung und Haushaltsarbeiten blieben, ähnlich wie in der DDR, im Aufgabenbereich der Frauen, wodurch eine enorme Doppelt- und Dreifachbelastung für die Frauen entstand. Der sozialistische Traum von voll berufstätigen

²⁶⁷ Ebd., 180ff.

Frauen wurde zwar in beiden Ländern umgesetzt, die Gleichberechtigung blieb aber Utopie.²⁶⁸

Völlig verschieden war der gesetzliche Umgang mit Homosexualität, in der UdSSR das „Totalverbot“, in der DDR schrittweise Liberalisierung. Im Alltag hatten es Homosexuelle in beiden Ländern schwer. Die wenig tolerante Bevölkerung, die Angst vor Erpressung die zum Verlust des Arbeitsplatzes führen konnte und nicht zuletzt die geheimdienstliche Überwachung, machte es Schwulen und Lesben unmöglich ein „normales“ Leben zu führen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es zwar einige Parallelen zwischen den beiden Staaten gab, dass aber die DDR der Sowjetunion in Bezug auf den Umgang mit Sexualität ein Stück voraus war. In der DDR setzte man vor allem auf sexuelle Freiheit im Jugendalter, die zu einer sozialistischen Ehe führen sollte. Man könnte hier also Frage in den Raum stellen, welches Land seine Bürger stärker kontrollieren bzw. beeinflussen wollte. Die DDR mit der Aufklärung, die zum gewünschten Ergebnis führen sollte oder musste oder die Sowjetunion, die auf die Unwissenheit ihrer BürgerInnen setzte, um so keinen Raum für Individualismus zu lassen. Sexualität unterschiedlich instrumentalisiert und kontrolliert.

²⁶⁸ Ebd., 143ff.

8. Entwicklungen nach 1989

Bis zur Wende 1989 herrschten in den beiden deutschen Staaten völlig unterschiedliche Meinungen und Ansichten über Sexualität. Während die Westdeutschen ihre östlichen Nachbarn als sexuell zurückgeblieben und unerotisch ansahen, hatte man eine Art „Sodom und Gomorra“-Bild über den westdeutschen Lebensstil. Da Sexualität als eher triviales Thema galt, schenkte man ihr während des Wiedervereinigungsprozesses keine große Aufmerksamkeit. Diese Nichtbeachtung des Themas brachte Probleme mit sich, da man eine Art moralischen Konsens finden musste. 1989 fand keine Wiedervereinigung im eigentlichen Sinne des Wortes statt, sondern die ehemalige DDR wurde ein Teil der BRD. Aus diesem Grund wurden in erster Linie Standards aus der BRD übernommen. Positive Maßnahmen oder Regelungen aus der DDR, wie etwa die staatliche Kinderbetreuung, wurden als ideologisch belastet im Westen des Landes abgelehnt.²⁶⁹

Mit der Öffnung der Grenzen setzten zahlreiche Diskurse über Sexualität ein, ebenso wie ideologische Auseinandersetzungen. Auf die BürgerInnen der ehemaligen DDR kamen starke Veränderungen zu, anders als im einstigen Ostdeutschland konnte Sexualität nunmehr konsumiert werden. Peep-Shows oder Pornovideos waren erstmals im Osten verfügbar. In dieser Zeit setzte die intensive Erforschung des Sexuallebens in der ehemaligen DDR von Seiten des Westens ein. Bald entstand das Klischee der „Sexy Ossi-Frau“, da jene Ergebnisse präsentiert wurden, die den Frauen aus Ostdeutschland ein besonders befriedigendes Sexualleben bescheinigt hatten. Es wurde davon ausgegangen, dass die ehemaligen Bewohnerinnen Ostdeutschlands einfacher zu befriedigen wären als jene des Westens. Frauen aus der ehemaligen DDR wurden zu Sexgöttinnen hochstilisiert, die auf der Suche nach Männern aus dem Westen wären, weil die eigenen Partner angeblich auf einmal uninteressant geworden wären. Man ging davon aus, dass die Frauen die „graue DDR“ gehasst hätten, weil es kaum Luxus und viel Arbeit gegeben hätte. Außerdem war man der Ansicht, dass die Frauen aus dem Osten weiblicher wären als jene die im Westen, eine Annahme die vielleicht auf das bekannte Fehlen einer starken feministischen Bewegung in der DDR zurückzuführen ist. Die ehemaligen DDR-Bürgerinnen wären viel bescheidener als ihre Schwestern im Westen, nicht zuletzt deshalb weil Konsumgüter und Luxus im Osten rar gewesen sind. Kurt Starkes Antwort auf den „Hot-Ossi-Mythos“, dass die sexuelle Zufriedenheit der Frauen auf ihr Selbstbewusstsein zurückzuführen sei, das durch ihre berufliche und ökonomische

²⁶⁹ Ingrid Sharp, The sexual unification of Germany, in: Journal of the history of sexuality (2004), Vol. 13, Nr. 3, 348f.

Selbstständigkeit aufgebaut werden würde, wurde in die Ecke der „Sowjetpropaganda“ gerückt.²⁷⁰

Die große Nachfrage, nach westlicher Pornographie fand bald ein Ende. 1995 hatten bereits zwei Drittel der nach der Wende eröffneten Sex-Shops bereits wieder geschlossen, nicht zuletzt deshalb, weil die westlichen Produkte als nicht besonders erotisch sondern als plump empfunden wurden. Die Flut an Sexartikeln hatte aber die ostdeutsche FKK-Kultur zerstört. Die ostdeutschen Frauen trauten sich nicht länger sich nackt vor dem „pornographisch geschulten Blick“ ihrer männlichen Mitbürger zu zeigen. Genau diese Veränderungen führten zu einem allmählichen Aufkommen der so genannten „Ostalgie“, also der besonders positiven Bewertung der DDR und des Herbeiwünschens der vergangen Zeit. Es wurde nicht nur daran erinnert, dass „die Uhren in der DDR langsamer gelaufen wären“ sondern auch an die Tatsache, dass Prostitution eine Ausnahmeerscheinung in Ostdeutschland gewesen war und daher Sex nicht zum Verkauf angeboten wurde.²⁷¹

Aber nicht nur die Sexwelle brach über die Ostdeutschen herein, es galten im wiedervereinigten Deutschland auch andere Werte. Die Gesetze betreffend Abtreibung oder Homosexualität waren im Westen restriktiver, Verhütungsmittel waren nicht gratis zu bekommen. Der Einfluss der katholischen Kirche war im Gegensatz zur DDR tatsächlich vorhanden. Man ging davon aus, dass diese moralischen Standards besser wären als jene im Osten. Was die Wiedervereinigung ermöglichte, war, dass Sexualität weiter von der Reproduktion getrennt werden konnte, die Anzahl der Single-Haushalte stieg an wodurch auch Schwule und Lesben es einfacher hatten sich zu entfalten, trotz der strengeren Gesetzeslage.²⁷²

8.1 Veränderungen im Zusammenhang mit Jugendsexualität

Über die Veränderungen, welche die Wende für Jugendliche brachte, geben Kurt Starkes Studien Aufschluss. Ein Beispiel waren die veränderten Erwartungen der Jugendlichen. Insgesamt ging Starke davon aus, dass der in der DDR übliche Trend zu einer frühen Partnerbeziehung nach der Wende abgeschwächt wurde. In beiden Ländern betonten die Jugendlichen die Wichtigkeit von Liebe und Treue in einer Partnerschaft. Ähnlich war in den 1990er Jahren die Toleranz der Eltern gegenüber der Sexualität ihrer jugendlichen Kinder. Im Osten wie im Westen konnten diese ungestört, meist im eigenen Zimmer, mit ihren

²⁷⁰ Ebd., 355ff.

²⁷¹ Herzog, *Sex after fascism*, 217f.

²⁷² Sharp, *The sexual unification*, 363ff.

FreundInnen zusammen sein. Der enge Familienzusammenhalt in den ehemaligen DDR-Ländern auch über die Wende hinaus erhalten blieb.²⁷³

Obwohl durch die Wiedervereinigung Mittel zur hormonellen Kontrazeption nicht mehr kostenlos erhältlich waren, änderte das nichts an der großen Beliebtheit der Pille, neun Zehntel der 18jährigen Mädchen hatten Erfahrung mit ihr. Durch die Wende wurde das Kondom populärer, das in der DDR eher unbeliebt gewesen war.

Im Allgemeinen konnte laut Kurt Starke davon ausgegangen werden, dass sich bis 1997, als die Studie erstellt wurde, nichts Wesentliches am Sexualverhalten der ostdeutschen Jugendlichen geändert hatte. Weder wurde die Partnermobilität größer noch die sexuelle Aktivität geringer. Die Ostdeutschen hatten ihre sexuelle Befriedigung weiterhin mit einem festen Partner und wenn dieser nicht vorhanden war, verzichteten viele gänzlich auf Sexualkontakte. Westliche Konsumgewohnheiten wurden übernommen, die sehr stark den sexuellen Bereich betrafen. Die Übersexualisierung der Gesellschaft machte nicht vor dem Osten halt wodurch sich in logischer Folge das Frauenbild änderte. Die Frau wurde zum Sexualobjekt in der Werbung. Starke meinte, dass vor allem die nachkommende Generation sich anders verhalten wird, da diese in veränderten Umständen aufwuchsen.²⁷⁴

8.2 Homosexualität im wiedervereinigten Deutschland

Laut der Umfrage von Kurt Starke von 1990 sahen Homosexuelle aus dem ehemaligen Ostdeutschland die Wende als eher positiv an. Nur wenige Befragte äußerten sich skeptisch, nicht einmal Personen die zuvor Konflikte mit dem § 175 StGB gehabt hatten, gaben an, eine nachteilige Veränderung auf Grund der Wiedervereinigung erlebt zu haben. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten sahen 1990 noch keine Veränderung durch die Wende in ihrem Dasein als Homosexuelle. Als besonders positiv wurde die neue Freiheit in den Westen reisen zu können angesehen, um sich in der dortigen Schwulenszene umsehen zu können. In Bezug auf die Nachwendezeit waren die Befragten eher pessimistisch. Vor allem die neue Kriminalisierung durch § 175 StGB sahen viele als ein erhebliches Problem an, auch befürchteten sie als ehemalige DDR-Bürger von vornherein benachteiligt zu sein. Angst hatten viele zudem vor neuen Diskriminierungen und vor vermehrter Gewalt gegen Homosexuelle, im Besonderen von Rechtsradikalen. Positive Entwicklungen erwartete man sich von der Wende in erster Linie in Bezug auf verbesserte Kontakt- und

²⁷³ Starke, Partner- und Sozialverhalten, 178ff.

²⁷⁴ Ebd., 205ff.

Informationsmöglichkeiten durch vielfältige Medien. Außerdem erhoffte man sich mehr persönlichen Freiraum, keine geheimdienstliche Bespitzelung sowie die Entwicklung einer schwulen Subkultur.²⁷⁵

Seit Oktober 1990 gab es einen deutschen Staat, jedoch bis 10.3.1994 galten in Ost und West unterschiedliche Gesetze in Bezug auf Sexualität. Erst 1994 fiel der § 175 StGB auch in Westdeutschland, nachdem schon 1969 die durch die Nazis verschärfte Form abgeschafft worden war. Allzu große Veränderungen brachte die Wende für Homosexuelle allerdings nicht. Diskriminierungen und soziale Ausgrenzungen hielten an, Gewalt vor allem gegen homosexuelle Männer existierte auch im vereinigten Deutschland.²⁷⁶

²⁷⁵ *Starke*, Schwuler Osten, 215ff.

²⁷⁶ Bert *Thinius*, Aufbruch aus dem grauen Versteck. Ankunft im bunten Ghetto?, in: Kurt *Starke*, Schwuler Osten, Berlin 1994, 63ff.

9. Zusammenfassung und Resümee

„Attention to the history of sexuality thus also alters our assessment of classic topics in East German historiography. It provides new insight into the divergent ways East and West Germany managed the Nazi past. It furthers our understanding of GDR citizens' gradual accommodation to life under SED communism.“²⁷⁷

Dieses Zitat aus „Sex after facism“ von Dagmar Herzog habe ich deshalb als einleitenden Satz meines Resümeees gewählt, weil es ein Ziel dieser Arbeit zusammenfasst. Ich wollte das Leben in der DDR aus der Perspektive der Sexualitätsgeschichte unter der SED veranschaulichen, um festzustellen, wie Ost- und Westdeutschland ihre gemeinsame Vergangenheit aufgearbeitet haben bzw. nicht.

Zusammenfassend lassen sich folgende Punkte herausfiltern:

Die Jugendlichen in der DDR sollten von allen Seiten beeinflusst werden, nicht nur in der Schule oder durch Magazine, sondern auch die Eltern sollten ihren Beitrag zum Aufbau der „sozialistischen Persönlichkeit“ leisten. Es sollte auf diesem Weg klargestellt werden, dass der Sozialismus die bessere Staatsform ist. Hier stellte man die Errungenschaften in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der Frauen in den Vordergrund. Sieht man sich nur die PARTNER-Studien an, so könnte man durchaus den Eindruck gewinnen, dass diese Erziehung von der Jugend angenommen wurde. Ehen wurden in jungen Jahren geschlossen und die StudienteilnehmerInnen stellten stets ihr positives Sexualleben in den Vordergrund. Einerseits könnte man davon ausgehen, dass diese Angaben nicht so falsch sind, denn emanzipierten Frauen trauten sich wohl eher ihre sexuellen Wünsche zu artikulieren. Andererseits könnte man auf eine inszenierte Normalität schließen, denn vielleicht wollten die Befragten dieser Umfragen nicht aus der sprichwörtlichen Reihe tanzen und gaben deshalb diese positiven Antworten. Dass die Erziehung zur „sozialistischen Persönlichkeit“ im vollen Umfang erfolgreich war ist fraglich, nicht zuletzt wegen der sich hartnäckig haltenden Rollenklischees, die den Traum von einer gerechten Arbeitsteilung in Öffentlichkeit und Privatheit verunmöglichten.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Thema Homosexualität, denn hier konnte die propagierte Offenheit und Toleranz der Bevölkerung nicht näher gebracht werden. Die Gesetzeslage war in der DDR recht fortschrittlich. Anders als zum Beispiel in Österreich, wo es bis 1971 ein totales Verbot von homosexuellen Beziehungen gab, erkannte man in der

²⁷⁷ Herzog, *Sex after facism*, 188.

DDR recht bald, dass man die Aufhebung der Gesetze für den Sozialismus instrumentalisieren konnte. Dass der Jugendschutz dann aber doch sehr lange erhalten blieb, Homosexuelle nicht als Opfer des NS-Regimes angesehen wurden und man Jugendliche von diesem Thema fernhalten wollte, zeigt, dass die liberale Einstellung sehr schnell an ihre Grenzen kam. Homosexuelle standen außerhalb der Norm, nicht zuletzt deshalb weil sie das große Ziel des „sozialistischen Menschen“ – die Gründung einer Familie – nicht erreichen konnten bzw. gar nicht sollten.

Auf Grund dieser Erkenntnisse finden sich in den Vergleichen mit der BRD bzw. mit Österreich einige Parallelen. In Bezug auf Jugendsexualität lässt sich feststellen, dass hier oft ähnliche Ziele in der Erziehung, wie etwa der Schwerpunkt auf Familiengründung, in allen drei Ländern recht ähnlich waren. Zu beachten ist allerdings, dass man in den beiden „westlichen“ Ländern auf Grund des kirchlichen Einflusses vorehelichen Sex, Verhütung oder Abtreibung gänzlich ablehnte, während die DDR hier eine aufgeschlossene Position vertrat. Hier lässt sich die Vermischung zweier Tendenzen in der DDR feststellen, einerseits der starke Drang zur Liberalisierung in Bezug auf Gesellschaftspolitik und andererseits die althergebrachten Werte, die nicht völlig unter den Tisch gekehrt werden konnten. Aus diesem Grund hielt man an der Pro-Familie Einstellung fest, gestand den Jugendlichen aber vorehelichen Sex zu.

Weitere Parallelen lassen sich auch in Bezug auf Homosexualität feststellen. Einerseits war die DDR auf dem Papier fortschrittlicher, die Alltagssituation der Schwulen und Lesben war aber ähnlich von Konflikten und Diskriminierungen geprägt wie in der BRD und in Österreich. In allen drei Ländern blieben Homosexuelle grundlegende Rechte verwehrt und lange auf Grund des Jugendschutzes in Verruf. Wegen dieser staatlichen Diskriminierungen änderten sich die Vorurteile der Bevölkerung nur langsam, selbst nach mehreren Gesetzesreformen. Die Vermittlung im Unterricht blieb in allen drei Ländern nur ein Vorhaben, das nie umgesetzt wurde, weshalb Voreingenommenheiten gerade unter jungen Leuten nur schwer auszuräumen waren. Die Verdrängung von Randthemen ist sicherlich eine Ähnlichkeit zwischen der DDR, der BRD und Österreich. Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass die drei von mir untersuchten Länder in Bezug auf Sexualpädagogik bzw. Homosexualität nicht ganz so unähnlich sind wie anfangs angenommen. Die gemeinsame NS-Vergangenheit spielte mit eine Rolle. Trotzdem muss festgehalten werden, dass es in der DDR eher einen Reformwillen gab als in den anderen Ländern, da die Abgrenzung von der NS-Zeit ein wichtiges Ziel war. Ein Grund war unter anderem der fehlende kirchliche Einfluss der vor allem in Österreich fundamentale Veränderungen vor allem in der

Sexualpädagogik verhinderte. Überraschend war für mich, dass in Bezug auf Sexualität der sowjetische Einfluss anscheinend nicht besonders stark war, denn vor allem im Bereich der Jugendsexualität existierten grundlegende Unterschiede.

Um den Umgang mit Sexualität gesamt betrachten zu können, muss man auf die Gesamtsituation der Menschen in einzelnen Ländern eingehen. Diese umfasst die gesamten Lebensumstände von finanziellen Aspekten, politischer Mitbestimmung bis hin zu persönlichen Freiheiten. Die Situation war in Westdeutschland und Österreich finanziell besser als in Ostdeutschland. Dies beweisen unter anderem die Fluchtbewegungen aus Ostdeutschland in den Westen und der Zerfall der DDR. Drei weitere Teilaspekte der Gesamtsituation sind hier näher zu erläutern. Zum einen der Umgang mit Sexualität im Allgemeinen, der Fortschritt der Gleichberechtigung der Geschlechter und die Toleranz gegenüber Homosexuellen. Beim Umgang mit Sexualität im Allgemeinen stehen immer die Fragen „Was wurde gelehrt?“ und „Was wurde gelebt?“ im Mittelpunkt. Hier ließen sich keine gravierenden Unterschiede feststellen, laut den Umfragen unter Jugendlichen war das Sexualverhalten unabhängig von der offiziellen Lehrmeinung. Anders sah die Situation bezüglich der Gleichberechtigung aus. Das offizielle Frauenbild und die staatlichen Bemühungen waren in der DDR fortschrittlicher, die Bevölkerung hat jedoch diese Möglichkeiten nicht wirklich wahrgenommen. Als dritten Aspekt der persönlichen Freiheiten ist noch die Toleranz gegenüber Homosexuellen zu nennen. Die grundlegenden Voraussetzungen waren in der DDR für Homosexuelle besser als in den verglichenen Ländern. Das änderte aber wenig daran, dass die Bevölkerung und lange Zeit die Wissenschaft Vorurteile und Diskriminierungen aufrechterhielten. Das Problem bei allen sexuellen Aspekten, insbesondere bei der Homosexualität, war, dass der Staat grundsätzlich auf Kontrolle und Überwachung aufgebaut war. Daraus schließe ich, dass zwar die Voraussetzungen für einen mehr sexuelle Freiheiten gegeben waren, die negativen Gesichtspunkte des autoritären Regimes bewirkten dass diese Erhöhung dieser Freiheit nicht greifen konnte. Als Beispiel kann man Homosexuelle nennen, die zwar nicht eingesperrt wurden, aber trotzdem streng überwacht und kontrolliert lebten.

Die Heranbildung des „sozialistischen Menschen“ ermöglichte eine intensive Auseinandersetzung mit Sexualität, da die sexuelle Zufriedenheit des Einwohnern ein zentraler Punkt war. Hier ist ein Unterschied zu den beiden anderen Ländern herauszufiltern, da dort die Menschen einfach nur nach der heterosexuellen Norm funktionieren sollten und nicht nach dem persönlichen Glück gefragt wurden.

Abkürzungsverzeichnis

AfS – Abteilung für Sexualforschung (BRD)

AKI – Arbeitsgruppe kultureller Initiativen: zweite österreichische Schwulengruppe, existierte von 1977 bis 1978.

AUF – Aktion unabhängiger Frauen: Frauenorganisation in Wien, u. a. auch erste lesbische Arbeitsgruppe.

BRD – Bundesrepublik Deutschland (Westdeutschland)

CO – Coming Out: Schwulenorganisation in Österreich ab 1975.

DDR – Deutsche Demokratische Republik (Ostdeutschland)

FDJ – Freie Deutsche Jugend: Die FDJ war die einzige in der DDR zugelassene Jugendorganisation. Sie bekannte sich in ihrem Statut zur führenden Rolle der SED und sah in den Partei- und Regierungsbeschlüssen die Grundlage ihrer Arbeit. Rund 70 Prozent aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 25 Jahren waren Mitglieder der FDJ. Wichtige Aufgaben der FDJ waren die Heranbildung von SED – Nachwuchs, die Verbreitung des Marxismus und Leninismus, die Herausbildung der „sozialistischen Persönlichkeit“.²⁷⁸

FKZ – Frauenkommunikationszentrum: 1984 eröffnetes Frauenzentrum in Wien.

FLMZ – FrauenLesbenMädchenZentrum: 1990 eröffnetes Zentrum für Frauen in Wien.

GLF – Gay Liberation Front: Homosexuellenbewegung in den USA.

HIB – Homosexuelle Interessensgemeinschaft Berlin, entwickelte sich 1973 in Ostberlin.

HOSI – Homosexuelle Initiative: seit 1979 bestehender Verein in Österreich.

KGB - Komitet Gosudarstvennoy Bezopasnosti, sowjetischer Geheimdienst von 1954 bis 1991.

NL– Neues Leben: „Neues Leben“ war eine Jugendzeitschrift in der DDR, wurde am 10. 12. 1953 gegründet und erschien monatlich, im Jahr 1985 hatte das Magazin eine Auflage von 538.800 Stück.²⁷⁹

Stasi – umgangssprachlich für Ministerium für Staatssicherheit, Geheimdienst der DDR

StG - Strafgesetz

StGB - Strafgesetzbuch

SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

ZIJ – Zentralinstitut für Jugendforschung (DDR)

²⁷⁸ Helwig, Jugend und Familie in der DDR, 122.

²⁷⁹ Holzweißig, Massenmedien in der DDR, 88.

Literaturverzeichnis

Günter *Amendt*, Homosexualität und Sexualerziehung., in: Schwulenreferat im allgemeinen Studentenausschuss der FU Berlin (Hrsg.), Dokumentation zur Vortragsreihe „Homosexualität und Wissenschaft“. Berlin 1985, 43-56

Lykke *Aresin*, Die Entwicklung der Partnerschaftsbeziehungen und ihre Störungen, in: Hans Szewczyk (Hrsg.), Sexualität und Partnerschaft, Berlin 1982, 96-105

Lykke *Aresin*, Ehe-, Sexual- und Familienberatung, in: Kurt *Starke* u. Walter *Friedrich* (Hrsg.), Sexualität bis 30, Berlin 1984, 329-337

Lykke *Aresin* u. Kurt *Starke*, Kontrazeption bei Jugendlichen, in: Kurt *Starke* u. Walter *Friedrich* (Hrsg.), Sexualität bis 30, Berlin 1984, 306-319

Kurt *Bach*, Gesundheitliche Aspekte des Coming out homosexueller Jugendlicher, in: Hans *Schmigalla* (Hrsg.), Psychosoziale Aspekte der Homosexualität. II. Workshop der Sektion Andrologie der Gesellschaft für Dermatologie der DDR und der Sektion Ehe und Familie der Gesellschaft für Sozialhygiene in der DDR, Jena 1989 46-50

Kurt *Bach* u. Hubert *Thinius*, Die strafrechtliche Gleichstellung hetero- und homosexuellen Verhaltens in der DDR, in: Zeitschrift für Sexualforschung (1989), Nr. 3, 237-242

Kurt R. *Bach*, Sexualpädagogik und Sexualerziehung in der DDR, in: ders., Harald *Stumpe* u. Konrad *Weller* (Hrsg.), Kindheit und Sexualität, Braunschweig 1993, 82-89

Detlef *Bauer*, Homosexualität in der DDR. Versuch einer Bestandaufnahme, in: Schwulenreferat im Allgemeinen Studentenausschuss der Freien Universität Berlin (Hrsg.), Homosexualität und Wissenschaft, Berlin 1985, 271-284

Helmut *Blazek*, Rosa Zeiten für rosa Liebe, Frankfurt am Main, 1996

Rolf *Borrmann*, Jugend und Liebe. Die Beziehungen der Jugendlichen zum anderen Geschlecht. Leipzig 1966

Rolf *Borrmann*, Professor Dr. Borrmann antwortet, in: Neues Leben (1973), Nr. 3, 51

Rolf *Borrmann*, Professor Dr. Borrmann antwortet, in: Neues Leben (1973), Nr. 4, 24-25

Rolf *Borrmann*, Prof. Dr. Borrmann antwortet, in: Neues Leben (1980), Nr. 9, 58

Rolf *Borrmann*, Wie ist das mit der Sexualität, in: Neues Leben (1973), Nr. 5, 40-43

Rolf *Borrmann*, Formen der Beziehung zum anderen Geschlecht, in: Neues Leben (1973), Nr. 7, 48-51

Rolf *Borrmann*, Der Geschlechtsverkehr und seine Problematik im Jugendalter, in: Neues Leben (1973), Nr. 9, 40-43

Rolf *Borrmann*, Schwangerschafts- und Familienplanung, in: Neues Leben (1973), Nr. 10, 60-63

Rolf *Borrmann*, Gesundheit und Sexualität, in: Neues Leben (1973), Nr. 11, 44-47

Rolf *Borrmann*, Kontaktschwierigkeiten, in: Neues Leben (1973), Nr. 12, 52-54

Karin *Brunner*, Elisabeth *Jandl-Jäger* u. Margit *Kafka*, Sexualerziehung in der österreichischen Schule und anderswo, in: Karl H. *Auer* u. Anneliese *Frantsits*, Sexualität zwischen Verdrängung und Befreiung. Wien 1989, 205-219

Ulrich *Clement*, Sexualität im sozialen Wandel, Stuttgart 1986

Ulrich *Clement* u. Kurt *Starke*, Sexualverhalten und Einstellungen zur Sexualität bei Studenten in der BRD und in der DDR, in: Zeitschrift für Sexualforschung (1988), Nr. 1, 30-44

Karl *Dietz* u. Peter G. *Hesse*, Wörterbuch der Sexuologie (sic!) und ihrer Grenzgebiete, Rudolstadt 1964

Stefan *Dobias*, Homosexualität im österreichischen Recht. Historischer Überblick, in: Wolfgang *Förster*, Tobias G. *Natter* u. Ines *Rieder* (Hrsg.), Der andere Blick. Lesbischwules Leben in Österreich, Wien 2001, 173-178

Wolfgang *Förster*, Zwischen Provokation und Integration – ein Vierteljahrhundert Schwulenbewegung in Österreich, in: Wolfgang *Förster*, Tobias G. *Natter* u. Ines *Rieder* (Hrsg.), Der andere Blick. Lesbischwules Leben in Österreich, Wien 2001, 215-224

Doris und Thomas *von Freyberg*, Zur Kritik der Sexualerziehung, Frankfurt am Main 1971

Richard *Gehling*, Fremde im eigenen Land, München 1993

Gerhard *Glück*, Sexualpädagogik und Sexualerziehung in der BRD, in: Kurt R. *Bach*, Harald *Stumpe*, Konrad *Weller* (Hrsg.), Kindheit und Sexualität, Braunschweig 1993, 90-100

Joanna *Gotzmann*, Der Volkswartbund. Die Bischöfliche Arbeitsstelle für Fragen der Volkssittlichkeit im Kampf gegen Homosexuelle, in: Kristof *Balser*, Mario *Kramp*, Jürgen *Müller*, Johanna *Gotzmann* (Hrsg.), „Himmel und Hölle“. Das Leben Kölner Homosexueller 1945-1969. Köln 1995, 169-183

Adolf *Graf*, Elternhaus und Schule in der Sackgasse?, in: Hans-Jürgen *Melcher* (Hrsg.), Schülersexualität und Sexualerziehung. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in Österreich, Möglichkeiten einer Reform, Wien 1977, 19-38

Heinz *Grassel*, Jugend, Sexualität, Erziehung, Berlin 1967

Gudrun *Hauer* u. Elisabeth *Perchinig*, Homosexualitäten in Österreich: Über Zusammenhänge von politischer Identität und Praxis. Wien 2000

Gudrun *Hauer*, Was heißt es, lesbisch zu leben?, in: Michael *Handl* (Hrsg.), Homosexualität in Österreich: aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien, Wien 1989, 26-34

Dan *Healey*, Moscow, in: David Higgs, Queer Sites. Gay urban histories since 1600, London 1999, 38-60

Hans *Heid*, Praxis schulischer Sexualerziehung. Ein Lehrerhandbuch, Opladen 1971

Gisela *Helwig*, Jugend und Familie in der DDR. Leitbild und Alltag im Widerspruch, Köln 1984

Dagmar *Herzog*, Sex after fascism. Memory and morality in twentieth-century Germany, Princeton-Oxford 2005

Andrea *Hilgers*, 25 Jahre Sexualerziehung in der Schule. Richtlinien und Unterrichtspraxis, in: Sozialwissenschaftliche Informationen (1995), Nr. 24, 75-82

Joachim S. *Hohmann*, Zum rechtlichen und sozialen Problem der Homosexualität, in: ders., Sexualforschung und –politik in der Sowjetunion seit 1917, Frankfurt am Main 1990, 270-286

Michael *Holy*, Lange hieß es, Homosexualität sei gegen die Ordnung. Die westdeutsche Schwulenbewegung (1969 – 1980), in: Manfred *Herzer* (Hrsg.), 100 Jahre Schwulenbewegung. Berlin 1998, 83-110

Gunter *Holzweißig*, Massenmedien in der DDR, Berlin 1989

Heinz *Hunger*, Das Sexualwissen der Jugend, München-Basel 1954

Adelina *Husslein*, Voreheliche Beziehungen. Eine empirische Studie zum Sexualverhalten der 14-18jährigen in Österreich. Wien, 1982

Jugendgesetz der DDR, in: Siegfried *Dübel*, Dokumente zur Jugendpolitik der SED, München 1964, 167-192

Michael *Kandora*, Homosexualität und Sittengesetz, in: Ulrich *Herbert* (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 – 1980. Göttingen 2002, 379-401

Christina *Karstädt* u. Anette von *Zitzewitz* (Hrsg.), ... viel zuviel verschwiegen. Eine Dokumentation von Lebensgeschichten lesbischer Frauen aus der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1996

Norbert *Kluge*, Sexualerziehung statt Sexualaufklärung, Frankfurt am Main 1985

Marina *Knopf*, Carmen *Lange*, Verhütung, Schwangerschaft und Abtreibung, in: Gunter *Schmidt*, Jugendsexualität, Stuttgart 1993, 102-118

Friedrich *Koch*, Sexualpädagogik und politische Erziehung, München 1975

Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu Problemen der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Siegfried *Dübel*, Dokumente zur Jugendpolitik der SED, München 1964, 140-166

Igor S. *Kon*, The Sexual revolution in Russia: from the age of the czars to today, New York 1995

Gudrun *von Kowalski*, Homosexualität in der DDR: ein historischer Abriss. Marburg 1987

Nora *Korecky*, Schulische Sexualaufklärung in den 60er und 70er Jahren. Ein Vergleich zwischen Biologie- und Religionsunterricht am Beispiel Österreich, Dipl., Universität Wien, 2005

Mario *Kramp*, § 175 – Restauration und Reform in der Bundesrepublik, in: Kristof *Balser*, Mario *Kramp*, Jürgen *Müller*, Johanna *Gotzmann* (Hrsg.), „Himmel und Hölle“. Das Leben Kölner Homosexueller 1945-1969. Köln 1995, 124-154

Mario *Kramp*, „Homosexuelle machen sich in Köln breit“. Vom Umgang städtischer Behörden mit einer diskriminierten Minderheit in der Adenauer-Ära, in Kristof *Balser*, Mario *Kramp*, Jürgen *Müller*, Johanna *Gotzmann* (Hrsg.), „Himmel und Hölle“. Das Leben Kölner Homosexueller 1945-1969. Köln 1995, 184-218

Franz *Kroath*, Einflussfaktoren der soziosexuellen Entwicklung 16- bis 18jähriger Schüler, in: Hans-Jürgen *Melcher* (Hrsg.), Schülersexualität und Sexualerziehung. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in Österreich, Möglichkeiten einer Reform, Wien 1977, 57-78

Rüdiger *Lautmann*, Soziologie der Sexualität. Erotischer Körper, intimes Handeln und Sexualkultur, Weinheim 2002

Rudolf *Neubert*, Die Geschlechterfrage, Rudolstadt 1956

Rudolf *Neubert*, Das neue Ehebuch. Die Ehe als Aufgabe der Gegenwart und Zukunft. Rudolstadt 1957

Karin *Neuwirth*, Gleicher als gleich. Zur Strafbarkeit männlicher Homosexualität nach § StGB, in: Ursula *Floßman* (Hrsg.), Sexualstrafrecht. Beiträge zum historischen und aktuellen Reformprozess, Linz 2000, 191-226

Arnold *Pinther*, Junge Ehe in den 70er und 80er Jahren, in: Werner *Henning* u. Walter *Friedrich* (Hrsg.), Jugend in der DDR, Weinheim-München, 1991, 155-168

Herbert *Potthoff*, Lesben und Schwule in der DDR, in: Fachverband Homosexualität und Geschichte e.V., *Invertitio. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten*, 7 (2005), *Gemeinsam stark – Homosexuelle Netzwerke*, 110-115

Michael *Rauhut*, Erinnerungen an 38 Jahre Jugendmagazin *neues leben*, in: Simone *Barck*, *Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“ Zeitschriften in der DDR*. Berlin 1999, 173-180

Monika *Reissig*, Ehe- und Sexualverhalten, in: Kurt *Starke* u. Walter *Friedrich* (Hrsg.), *Sexualität bis 30*, Berlin 1984, 258-266

Monika *Reissig*, Das sexuelle Verhalten junger Ehepartner im 1. Ehejahr und einige seiner wesentlichen Einflussfaktoren, in: Hans *Szewczyk* (Hrsg.), *Sexualität und Partnerschaft*, Berlin 1982, 56-62

Ulrike *Repnik*, Homosexualitäten als politisches Thema. Entstehung und Verlauf der Lesben- und Schwulenbewegung in Österreich, Dipl., Universität Wien 2003

Ulrike *Repnik*, Lesben in Bewegungen(en). Die Lesbenbewegung in Österreich seit den 1970er Jahren, in: Wolfgang *Förster*, Tobias G. *Natter* u. Ines *Rieder* (Hrsg.), *Der andere Blick. Lesbischwules Leben in Österreich*, Wien 2001, 225-236

Horst *Scarbath*, *Geschlechtserziehung*, Heidelberg 1967

Sabine *Schäffer-Ziegler*, Die Strafbarkeit widernatürlicher Unzucht, in: Ursula *Floßman* (Hrsg.), *Sexualstrafrecht. Beiträge zum historischen und aktuellen Reformprozess*, Linz 2000, 129-190

Marcel *Scheffknecht*, Sexualaufklärung an den Schulen als gesellschaftliche Vision im Österreich der Siebziger Jahre, Dipl., Universität Wien 2004

Christa *Schenk* u. Marinka *Körzendörfer*, Zu einigen Problemen lesbischer Frauen in der DDR – Ursachen und Konsequenzen, in: Hans *Schmigalla* (Hrsg.), *Psychosoziale Aspekte der Homosexualität. II. Workshop der Sektion Andrologie der Gesellschaft für Dermatologie der DDR und der Sektion Ehe und Familie der Gesellschaft für Sozialhygiene in der DDR*, Jena 1989, 88-94

Gunter *Schmidt* Dietrich *Klusmann* u. Uta *Zeitzschel*, Veränderungen 1970 – 1990 (BRD), in: Gunter *Schmidt* (Hrsg.), *Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder*. Stuttgart 1993, 27-48

Siegfried *Schnabl* u. Kurt *Starke*, Homosexualität, in: Kurt *Starke* u. Walter *Friedrich* (Hrsg.), *Sexualität bis 30*, Berlin 1984, 290-305

Siegfried *Schnabl*, Wandel im Sexualleben in den letzten 20 Jahren. Ergebnisse eines Vergleichs in der frühen DDR, in: *Sexualmedizin* (1990), Nr. 11, 658-666

Michael *Schön*, Einsatz für die Sittlichkeit. Kölner Polizei und Homosexuelle, in: Kristof *Balser*, Mario *Kramp*, Jürgen *Müller*, Johanna *Gotzmann* (Hrsg.), „Himmel und Hölle“. Das Leben Kölner Homosexueller 1945-1969. Köln 1995, 155-168

Edeltraud *Schulze*, DDR – Jugend. Ein statistisches Handbuch, Berlin 1995

Susanne *Schwärzler*, Homosexualität und Gesellschaft – Zur Situation gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in Österreich, Dipl., Johannes Kepler Universität Linz, 2007

Michael *Selbman*, IJF; Institut für Jugendforschung, Markt- und Meinungsforschung GmbH, Zärtlichkeiten, Geschlechtsverkehr und Kontrazeption. Studie bei Jugendlichen in der ehemaligen DDR, in: Sexualmedizin (1991), Nr. 3, 94-102

Ingrid *Sharp*, The Sexual Unification of Germany, in: Journal of the history of sexuality (2004), Vol. 13, Nr. 3, 248-365

Volkmar *Sigusch*, Gunter *Schmidt*, Veränderungen in den Sechziger Jahren (BRD), in: Gunter *Schmidt* (Hrsg.), Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder. Stuttgart 1993, 12-26

Kurt *Starke*, Jugend und Sexualität, in: Walter *Friedrich* u. Hartmut *Griese* (Hrsg.), Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren, Opladen 1991, 177-190

Kurt *Starke*, Junge Partner. Tatsachen über Liebesbeziehungen im Jugendalter. Leipzig 1980

Kurt *Starke*, Methodik unserer Untersuchung, in: Kurt *Starke* u. Walter *Friedrich* (Hrsg.), Sexualität bis 30, Berlin 1984, 96-105

Kurt *Starke*, Partner- und Sozialverhalten ostdeutscher Jugendlicher und gesellschaftlicher Umbruch, in: Hubert *Sydow* (Hrsg.), Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen vor und nach der Vereinigung Deutschlands, Opladen 1997, 159-219

Kurt *Starke*, Jugend und Homosexualität, in: Hans *Schmigalla* (Hrsg.), Psychosoziale Aspekte der Homosexualität. II. Workshop der Sektion Andrologie der Gesellschaft für Dermatologie der DDR und der Sektion Ehe und Familie der Gesellschaft für Sozialhygiene in der DDR, Jena 1989, 26-32

Kurt *Starke*, Schwuler Osten. Homosexuelle Männer in der DDR, Berlin 1994

Hans-Georg *Stümke*, Homosexuelle in Deutschland: Eine politische Geschichte, München 1989

Harald *Stumpe*, Methodisch oder soziokulturell bedingte Unterschiede im Sexualverhalten von Studenten der alten BRD und der ehemaligen DDR? in: Zeitschrift für Sexualforschung (1991), Nr. 4, 153-155

Hannes *Sulzenbacher*, Keine Opfer Hitlers. Die Verfolgung von Lesben und Schwulen in der NS-Zeit und ihre Legitimierung in der Zweiten Republik, in: Wolfgang *Förster*, Tobias G. *Natter* u. Ines *Rieder* (Hrsg.), Der andere Blick. Lesbischswules Leben in Österreich, Wien 2001, 207-212

Denis M. *Sweet*, The Church, the Stasi and Socialist Integration: Three Stages of Lesbian and Gay Emancipation in the Former German Democratic Republic, in: Journal of Homosexuality (1995), Vol. 29, Nr. 4, 351-365

Bert *Thinius*, Aufbruch aus dem grauen Versteck. Ankunft im bunten Ghetto?, in: Kurt *Starke*, Schwuler Osten, Berlin 1994, 11-90

Wolfgang *Till*, Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlicher Diskriminierung und subjektiver Verarbeitung oder Was heißt es, schwul zu leben?, in: Michael *Handl* (Hrsg.), Homosexualität in Österreich: aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien, Wien 1989, 18-25

Johannes *Wasmuth*, Strafrechtliche Verfolgung Homosexueller in der BRD und DDR, in: Reinhard *Jellonnek* u. Rüdiger *Lautmann*, Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle, Paderborn 2002, 173-186

Veronika *Weis*, Sexualität und Kontrolle. Verfolgung und Diskriminierung Homosexueller in Österreich im Dritten Reich und heute, Frankfurt am Main 2006

Konrad *Weller* u. Hans-Joachim *Ahrendt*, Teenager und Pille, in: Kurt R. *Bach*, Harald *Stumpe*, Konrad *Weller* (Hrsg.), Kindheit und Sexualität, Braunschweig 1993, 73-80

Konrad *Weller* u. Kurt *Starke*, Veränderungen 1970 – 1990 (DDR), in: Gunter *Schmidt* (Hrsg.), Jugendsexualität. Stuttgart 1993, 49-65

Susanne *Zimmermann*, Sexualpädagogik in der BRD und in der DDR im Vergleich. Gießen 1999

Internetquellen:

Centrum Schwule Geschichte Köln, Chronik zu Geschichte der (männlichen) Homosexualität in Köln, 1.11.2007, online unter: < <http://www.csgkoeln.de/Texte/Chronik6BRD45-69.htm> > (27.1.2008)

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1966 Teil I S.1. In: Die Verfassungen Deutschlands, 17. 4. 2005, online unter

<<http://www.verfassungen.de/de/ddr/familiengesetzbuch65.htm>> (28.3.2007)

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1974 Teil I. S. 45. In: Die Verfassungen Deutschlands, 30. 1. 2005, online unter

<<http://www.verfassungen.de/de/ddr/jugendgesetz74.htm>> (23.03.2007)

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1965 Teil I. S. 83. In: Die Verfassungen Deutschlands, 9. 12. 2004, online unter

<<http://www.verfassungen.de/de/ddr/schulgesetz65.htm>> (27.03.2007)

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Thema Sexualitätsgeschichte der DDR mit besonderem Blick auf die Jugend- und Homosexualität. Am Anfang der Arbeit steht ein kurzer Überblick über Sexualität im Allgemeinen in der DDR. Daran anschließend wird das Thema Jugendsexualität anhand von einschlägigen Gesetzestexten, sexualpädagogischen Werken und Fachliteratur zur Umfragen bei Jugendlichen erarbeitet. Das Hauptaugenmerk liegt in diesem Teil bei der Sexualerziehung innerhalb und außerhalb der Schulen und die dadurch vermittelten Inhalte wie etwa Geschlechterrollen sowie das Sexualverhalten der Jugendlichen in der DDR. Abschließend erfolgt eine kurze Analyse der Jugendzeitschrift „Neues Leben“. Das Fazit dieses Kapitels ist, dass die einheitliche Sexualerziehung zwar nicht eins zu eins in den Schulen umgesetzt werden konnte, dass aber die staatlichen Moralvorstellungen von den Jugendlichen durchaus angenommen und umgesetzt wurden. Alte Wertvorstellungen, wie etwa Geschlechterklischees, konnten trotzdem nicht zur Gänze ausgeräumt werden.

Der folgende Teil beschäftigt sich mit Homosexualität in der DDR. Der Fokus dieses Kapitels liegt auf den gesetzlichen Rahmenbedingungen für Homosexuelle, auf deren gesellschaftliche Situation und die wissenschaftliche Meinung zu diesem Thema. Ein weiterer behandelte Punkt ist der Zusammenhang zwischen Homo- und Jugendsexualität. Das Ergebnis aus diesem Kapitel ist ambivalent, denn auf gesetzlicher Ebene war die DDR sehr liberal, die Stigmatisierung von Homosexuellen blieb aber weitgehend aufrecht.

Weiters erfolgen Vergleiche bezüglich dieser Thematiken zwischen der DDR und der BRD bzw. Österreich. Beim Thema Jugendsexualität werden Unterschiede und Parallelen zwischen den Ländern in Bezug auf Sexualpädagogik in den beiden Ländern herausgearbeitet und der Frage nachgegangen inwiefern es eine Auswirkung auf das Sexualverhalten der Jugendlichen gab. Im Abschnitt über Homosexualität werden die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen in den drei Ländern herausgearbeitet und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Freiheiten bzw. Diskriminierungen dargestellt. Das Fazit aus diesem Teil ist, dass trotz verschiedener Ansätze bei Jugend- und Homosexualität die Einstellungen und Meinungen in der Bevölkerung ähnlich waren.

Ein Exkurs widmet sich kurz dem Umgang mit Jugend- und Homosexualität in der Sowjetunion und es werden die Einflüsse auf die DDR analysiert. Ein abschließendes Kapitel widmet sich den Veränderungen in der ehemaligen DDR nach der Wiedervereinigung Deutschlands.

Lebenslauf

Andrea Auerbach

Ausbildung

Schule

1989 - 1993	4 Jahre Volksschule Czerningasse
1993 - 1997	4 Jahre Gymnasium Kleine Sperlgasse
1997 – 2002	5 Jahre Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe Wassermann-gasse, Zweig Kultur-tourismus
Juni 2002	Abschluss Matura mit gutem Erfolg

Studium

Seit Oktober 2002	Parallelstudium der Diplomstudien Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien
Februar 2005	Abschluss des ersten Studienabschnitts Geschichte
April 2005	Abschluss des ersten Studienabschnitts Politikwissenschaft